



Beteiligungsbericht 2014



Kreis Offenbach

Impressum

Herausgeber

Kreisausschuss des Kreises Offenbach
Fachdienst Finanzen
20.3 Bereich Beteiligungsmanagement
Werner-Hilpert-Strasse 1
63128 Dietzenbach

Ansprechpartner:

Herr Horst Hannwacker	Telefon	06074/8180-5226
Kommissarische Leitung	Fax	06074/8180-5940
	E-Mail	h.hannwacker@kreis-offenbach.de beteiligungsmanagement@kreis-offenbach.de

Herr Rainer Bauer	Telefon	06074/8180-5408
	Fax	06074/8180-5940
	E-Mail	r.bauer@kreis-offenbach.de beteiligungsmanagement@kreis-offenbach.de

Stand: 31.12.2014

Redaktionsschluss: 15.11.2015

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem diesjährigen Beteiligungsbericht möchten wir Sie, wie schon in den vergangenen Jahren, über die aktuellen wirtschaftlichen Aktivitäten unseres Kreises informieren und damit die gebotene Transparenz schaffen. Außerdem bildet der Bericht nach wie vor die Grundlage für die Diskussion und die Entscheidungen unserer politischen Gremien.



Im Geschäftsjahr 2014 hat der Kreis Offenbach insgesamt 18 Beteiligungen gehalten. Diese verteilen sich auf 14 Gesellschaften mit beschränkter Haftung, zwei Zweckverbände, einen Eigenbetrieb und eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Eine entsprechende Gesamtübersicht finden Sie auf Seite 13.

Die wichtigste Veränderung gegenüber dem Vorjahr ist der Übertrag der Kommanditbeteiligung der KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH i. L. an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG an den Kreis Offenbach. Damit wurde einer der letzten entscheidenden Schritte vollzogen, um diese Beteiligung dann im laufenden Geschäftsjahr 2015 endgültig abwickeln zu können.

Ansonsten gibt es in dem aktuell vorliegenden Geschäftsbericht wenige Veränderungen. Er steht Ihnen selbstverständlich erneut in elektronischer Form im Internet unter www.Kreis-Offenbach.de/Beteiligungen zur Verfügung. Ich denke, dass es erneut gelungen ist, den interessierten Leserinnen und Lesern interessante und aufschlussreiche Einblicke in das wirtschaftliche Handeln des Kreises Offenbach zu gewähren. Abschließend sei allen Beschäftigten gedankt, die an der Erstellung des Beteiligungsberichtes mitgearbeitet haben.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Carsten Müller'.

Carsten Müller

Kreisbeigeordneter

Redaktionelle Hinweise zum Beteiligungsbericht

Gemäß § 123a Abs. 1 HGO „hat die Gemeinde zur Information der Gemeindevertretung und der Öffentlichkeit jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, an denen sie mit mindestens 20 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.“

Im Rahmen dieses Beteiligungsberichtes sind über diese gesetzliche Mindestanforderung hinausgehend alle Unternehmen des privaten Rechts, an denen der Kreis Offenbach beteiligt ist, aufgeführt, auch solche unterhalb von 20 Prozent.

Wie bereits auch in den Berichten der zurückliegenden Jahre, sind wiederum die Mitgliedschaften in Zweckverbänden und der einzige Eigenbetrieb des Kreises sowie die Kommunale Anstalt öffentlichen Rechts „Pro Arbeit – Kreis Offenbach (AöR)“ bzw. deren wirtschaftliche Daten im Beteiligungsbericht wiedergegeben.

Der Begriff „Redaktionsschluss“ ist im Beteiligungsbericht so zu verstehen, dass alle in den Beteiligungsbericht eingehenden Angaben zu einer Beteiligung, einem Zweckverband bzw. Eigenbetrieb oder der AöR, die per Stand 31.12.2014 bis zum 15.11.2015 dem Bereich Beteiligungsmanagement vorlagen, in den Bericht eingearbeitet sind.

Im Beteiligungsbericht findet sich zu Beginn der Darstellung jeder „Beteiligung“ ein Hinweis auf das entsprechende Berichtsjahr.

Grundsätzlich ergibt sich so die Systematik, dass im diesjährigen Bericht - 2014 - im Wesentlichen die jeweiligen „Unternehmensdaten“ des Jahres 2013 wiedergegeben werden. Ursache hierfür ist die Tatsache, dass die entsprechenden Daten in aller Regel den testierten Berichten über den Jahresabschluss entnommen und diese zunächst von den Organen der Gesellschaft – Aufsichtsrat, Verwaltungsrat, Gesellschafterversammlung – zu beschließen sind, ehe sie rechtsverbindlich werden.

Bei den nachfolgend aufgeführten Beteiligungen, der Zweckverbände, des Eigenbetriebes sowie der AöR sind die von den jeweils zuständigen Gremien festgestellten Jahresabschlüsse für das Geschäftsjahr 2014 und somit Angaben zum Geschäftsjahr 2014 in den vorliegenden Beteiligungsbericht aufgenommen:

- Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark
- Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach
- FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main
- Hochtief PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
- Hochtief PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm
- ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main
- kvgOF - Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

Kreis Offenbach
Beteiligungsbericht 2014

- KVBG - Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH i.L., Dietzenbach
- Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Frankfurt am Main
- Pro Arbeit - Kreis Offenbach – AöR, Dietzenbach
- Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main
- Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach am Main
- RTW Planungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main
- SKE Schul-Facility-Management GmbH, Langen
- Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd, Lampertheim-Hüttenfeld
- Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach am Main

Im Falle der kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach, hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 11.06.15 den Jahresabschluss 2014 festgestellt und der Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung empfohlen. Der entsprechende Beschluss der Gesellschafterversammlung hierzu steht zum Redaktionsschluss noch aus.

Generell ist zum Aufbau des Beteiligungsberichtes zu sagen, dass die Unternehmensdaten der jeweils letzten drei Jahre dargestellt werden. Darüber hinaus sind die Abweichungen des laufenden Jahres zum Vorjahr in den Zahlen der Bilanz in der Spalte Veränderung aufgezeigt.

Inhaltsverzeichnis	Seite
Entwicklung der Beteiligungen im Jahre 2014	3
Zielsetzung und Aufbau des Beteiligungsberichtes	5
Allgemeine Informationen zum Beteiligungsbericht	6
➤ Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung	6
➤ Der Begriff der Beteiligung	7
➤ Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Kreises Offenbach	8
Übersicht der Beteiligungen des Kreises Offenbach	
➤ KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH i.L., Dietzenbach	27
➤ Wirtschaft und Wirtschaftsförderung	
➤ Frankfurt RheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main	49
➤ Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin	67
➤ Verkehr und Infrastruktur	
➤ kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft mbH, Dietzenbach (KVG)	93
➤ RTW Planungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	117
➤ Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main	133
➤ Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus (RMV)	149
➤ ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main	179

Inhaltsverzeichnis

Seite

Übersicht der Beteiligungen des Kreises Offenbach (Fortsetzung)

➤	Ver- und Entsorgung	
➤	Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach am Main (ZWO)	205
➤	Rhein-Main-Abfall GmbH, Offenbach am Main (RMA)	219
➤	Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd, Lampertheim	241
➤	Bildung, Jugend, Soziales, Kultur und Gesundheit	
➤	Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach	255
➤	Pro Arbeit - Kreis Offenbach – (AöR), Dietzenbach	271
➤	Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark	313
➤	Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg v.d. Höhe	329
➤	Hochtief PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm	349
➤	Hochtief PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm	367
➤	SKE Schul-Facility-Management GmbH, Langen	381
➤	Mitgliedschaften	395

Entwicklung der Beteiligungen im Jahr 2014

Am Ende des Jahres 2014 war der Kreis Offenbach an insgesamt 18 Unternehmen im Sinne der Berichterstattung des Beteiligungsberichts beteiligt; hierbei handelt es sich bei allen Beteiligungen um unmittelbare Beteiligungen. Zur Begrifflichkeit der Beteiligung im Sinne des Beteiligungsberichts sehen Sie bitte auch unter „Redaktionelle Hinweise zum Beteiligungsbericht“.

Im Einzelnen handelt es sich hierbei um 14 Beteiligungen an Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH bzw. GmbH & Co. KG), zwei Beteiligungen an Zweckverbänden sowie je einer Beteiligung an einem Eigenbetrieb und einer Anstalt öffentlichen Rechts (siehe auch Schaubild Gesamtübersicht Beteiligungen Seite 13).

Wesentliche Änderungen im Berichtsjahr 2014

Gegenüber dem Jahr 2013 kam es in der Beteiligungsstruktur des Kreises Offenbach wiederum zu Veränderungen.

Der Kreisausschuss des Kreises Offenbach hat in seiner Sitzung am 22. September 2014 einstimmig die Übertragung der Kommanditbeteiligung der KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH i. L. an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG an den Kreis Offenbach beschlossen.

Aus der seither mittelbar (über die KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH i. L.) gehaltenen Beteiligung des Kreises Offenbach wurde somit eine unmittelbare Beteiligung.

Zielsetzung und Aufbau des Beteiligungsberichtes

Zielsetzung

Zielsetzung des Beteiligungsberichtes ist es, den Gremien des Kreises sowie allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern einen Überblick über das Beteiligungsvermögen des Kreises Offenbach zu ermöglichen.

Der Beteiligungsbericht soll ein Nachschlagewerk sein, dem die wirtschaftliche Situation der Unternehmensbeteiligungen des Kreises Offenbach zu entnehmen ist.

Aufbau

Der Beteiligungsbericht setzt sich im Wesentlichen aus zwei Teilen zusammen.

Neben einem Teil mit allgemeinen Informationen zum Bericht wie

- Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung
- Definition des Begriffes „Beteiligung“
- Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Kreises Offenbach

besteht der Beteiligungsbericht aus einer Gesamtübersicht aller Beteiligungen, die wiederum in insgesamt fünf Einzelübersichten gegliedert ist.

Im Anschluss an die graphische Übersicht der einzelnen Aufgabenbereiche sind die Beteiligungen in der Einzeldarstellung grundsätzlich wie folgt gegliedert:

- Rechtliche und wirtschaftliche Daten
- Gesellschaftszweck, Verbandszweck bzw. Gegenstand des Eigenbetriebes
- Organe der Gesellschaft, der AöR, des Verbandes bzw. Eigenbetriebes
- Angaben zu Gesellschaftern, Verbandsmitgliedern
- Beteiligungen
- Erfüllung des öffentlichen Zwecks
- Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises
- Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis
- Verbindlichkeiten der Gesellschaft, der AöR, des Verbandes bzw. Eigenbetriebes
- vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)
- Lagebericht bzw. Auszüge aus dem Lagebericht
- Bilanz
- Gewinn- und Verlustrechnung bzw. Angaben zum Haushalt / Wirtschaftsplan
- bis zu 5-jähriger Vergleich wichtiger Geschäftszahlen in Diagrammform, z.B. Bilanzsumme, Jahresüberschuss bzw. –fehlbetrag, Eigenkapital etc.

Allgemeine Informationen zum Beteiligungsbericht

1. Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung

Das Grundgesetz garantiert Gemeinden und Gemeindeverbänden in Artikel 28 Abs. 2 das Recht, im Rahmen der Gesetze alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung, also durch Selbstverwaltung zu regeln. Diese verfassungsrechtliche Garantie der kommunalen Selbstverwaltung räumt den Kommunen neben der Personal-, Finanz- und Vermögenshoheit auch die Organisationshoheit ein. Kommunen haben das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise die Erfüllung ihrer Aufgaben erfolgen soll.

Mit In-Kraft-treten des Gesetzes zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung und anderer Gesetze (GVBl I, Seite 54ff, vom 09. Februar 2005) wurde der Dritte Abschnitt des sechsten Teiles der HGO „Wirtschaftliche Betätigungen der Gemeinde“ maßgeblich geändert.

Gemäß § 52 Abs. 1 Hessische Landkreisordnung (HKO) in Verbindung mit § 121 Hessische Gemeindeordnung (HGO) darf ein Landkreis sich wirtschaftlich betätigen, wenn

- der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Landkreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht
- der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Darüber hinaus bestimmt § 122 HGO, welche Voraussetzungen grundsätzlich erfüllt sein müssen, damit ein Landkreis eine Gesellschaft gründen oder sich an ihr beteiligen darf. Nach § 122 muss

- die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung des Landkreises auf einen seiner Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt sein,
- der Landkreis einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsgremium, erhalten,
- gewährleistet sein, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

Diese Voraussetzungen für eine Beteiligung gelten auch dann, wenn eine Gesellschaft, an der die Gemeinde oder der Gemeindeverband mit insgesamt mehr als 50% beteiligt ist, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will.

Nach § 121 Abs. 8 HGO sind wirtschaftliche Unternehmen so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu bringen ist.

2. Der Begriff der Beteiligung

Beteiligungen sind nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften über die Handelsbücher definiert als „Anteile an anderen Unternehmen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen. Dabei ist es unerheblich, ob der Anteil in Wertpapieren verbrieft ist oder nicht“. Als Beteiligung gelten nach § 271 Abs. 1 Handelsgesetzbuch (HGB) im Zweifel Anteile an einer Kapitalgesellschaft, deren Nennbeträge insgesamt den fünften Teil des Nennkapitals dieser Gesellschaft überschreiten.

Im Gegensatz dazu liegt den Vorschriften des Gemeindewirtschaftsrechts ein umfassenderer Beteiligungsbegriff zugrunde. § 122 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) befasst sich mit „Beteiligungen an Gesellschaften“. Die Formulierungen des § 122 Abs. 6 lassen den Schluss zu, dass der Gesetzgeber auch die Mitgliedschaft an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft als Beteiligung ansieht. Zudem formuliert § 126 HGO „Beteiligungen an einer anderen privatrechtlichen Vereinigung“. Dies kann beispielsweise ein eingetragener Verein sein.

Insofern setzt die Verwendung des Begriffes der Beteiligung nicht zwingend voraus, dass es sich bei der Beteiligung um ein Unternehmen im Sinne des § 271 Abs. 1 HGB bzw. des § 121 HGO handelt.

Im vorliegenden Beteiligungsbericht ist der Begriff der Beteiligung deshalb auch weit gefasst. In den Beteiligungsbericht sind alle

- privatrechtliche Gesellschaften

sowie

- (Kommunale) Anstalten öffentlichen Rechts
- Eigenbetriebe
- öffentlich-rechtliche Körperschaften
- Vereine und Genossenschaften

aufgenommen, an denen der Landkreis Offenbach beteiligt ist.

3. Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Landkreises Offenbach

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung verfügt über eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die jeweiligen Gesellschafter sind mit Einlagen auf das in Stammanteile aufgeteilte Stammkapital beteiligt. Eine persönliche Haftung der Gesellschafter für Verbindlichkeiten der Gesellschaft erfolgt nicht.

Gesetzlich zwingend vorgeschriebene Organe der Gesellschaft mit beschränkter Haftung sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Die Bildung eines Aufsichtsrates für Gesellschaften mit beschränkter Haftung ist fakultativ. Die Kommune muss jedoch mit der Bildung eines entsprechenden Überwachungsorgans einen angemessenen Einfluss sicherstellen (§ 122 Abs.1 Nr. 3 HGO).

Kommanditgesellschaft

Das Recht dieser Gesellschaftsform ist in den §§ 161 – 177 des Handelsgesetzbuches (HGB) geregelt.

Namens gebend für die Gesellschaft sind die "Kommanditisten": Sie sind von der laufenden Geschäftsführung ebenso freigestellt wie von der Haftung mit ihrem Privatvermögen. Als "Teilhafter" müssen sie nur mit ihrer Einlage für die Gesellschaft gerade stehen.

Wichtiger für die Gläubiger ist der "Komplementär": Dieser persönlich haftende Gesellschafter muss mit seinem kompletten Vermögen gegenüber den Gläubigern des Unternehmens einstehen.

Eine KG besteht aus jeweils mindestens einem Voll- und einem Teilhafter, es kann aber auch mehrere Kommanditisten und / oder Komplementäre geben.

Eine besondere Form der Personengesellschaft KG stellt die GmbH & Co. KG dar. Hier übernimmt die Rechtspersönlichkeit einer Kapitalgesellschaft den Part des Komplementärs, als dessen "Privatvermögen" das Gesellschaftsvermögen der GmbH betrachtet wird. Diese Konstruktion kombiniert also Merkmale der Personengesellschaft mit denen einer Kapitalgesellschaft.

3. Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Landkreises Offenbach (Fortsetzung)

Eigenbetrieb

Eigenbetriebe sind Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die über organisatorische Selbstständigkeit, eigene Wirtschaftsführung und eigene Personalwirtschaft verfügen. Finanzwirtschaftlich gelten Eigenbetriebe als Sondervermögen. Im Falle der Landkreise entscheidet der Kreistag über die Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb gestaltet und wirtschaftlich geführt werden soll.

Organe der Eigenbetriebe sind die Betriebsleitung und die Betriebskommission.

Zweckverband

Zweckverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, die der gemeinsamen Wahrnehmung einzelner, bestimmter kommunaler Aufgaben dienen. Sie verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften in eigener Verantwortung. Einzelheiten ergeben sich aus dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG).

Organe des Zweckverbandes sind der Vorstand und die Versammlung.

Anstalt öffentlichen Rechts

Anstalten des öffentlichen Rechts werden durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes errichtet, verändert und aufgelöst. Grundsätzlich wird unterschieden zwischen rechtsfähigen und nicht rechtsfähigen Anstalten öffentlichen Rechts. Eine Anstalt des öffentlichen Rechts hat keine Mitglieder, sondern Benutzer. Dies stellt einen wesentlichen Unterschied zur Körperschaft des öffentlichen Rechts dar.

Anstalten öffentlichen Rechts sind juristische Personen des öffentlichen Rechts, die der gemeinsamen Wahrnehmung einzelner, bestimmter kommunaler Aufgaben dienen. Sie verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften in eigener Verantwortung.

Anstalten des öffentlichen Rechts werden durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes errichtet, verändert und aufgelöst. Grundsätzlich wird unterschieden zwischen rechtsfähigen und nicht rechtsfähigen Anstalten öffentlichen Rechts. Eine Anstalt des öffentlichen Rechts hat keine Mitglieder, sondern Benutzer. Dies stellt einen wesentlichen Unterschied zur Körperschaft des öffentlichen Rechts dar.

3. Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Landkreises Offenbach (Fortsetzung)

Anstalt öffentlichen Rechts (Fortsetzung)

Anstalten öffentlichen Rechts sind juristische Personen des öffentlichen Rechts, die der gemeinsamen Wahrnehmung einzelner, bestimmter kommunaler Aufgaben dienen. Sie verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften in eigener Verantwortung.

Gemäß § 1 des Hessischen Offensiv-Gesetzes (HessOffensivG) vom 20. Dezember 2004 sind die kreisfreien Städte und Landkreise kommunale Träger nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch; sie führen die Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende als Selbstverwaltungsangelegenheit durch.

Gemäß § 2b HessOffensivG können die kommunalen Träger nach § 1 sowie nach § 2a HessOffensivG zur Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts errichten.

Organe der Anstalt öffentlichen Rechts sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.

Eingetragener Verein

Der eingetragene Verein ist ein auf Dauer angelegter freiwilliger Zusammenschluss von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zweckes, dabei ist der Zweck unabhängig vom jeweiligen Mitgliederbestand. Die Rechtsfähigkeit erlangt ein Verein durch Eintragung in das Vereinsregister beim zuständigen Amtsgericht.

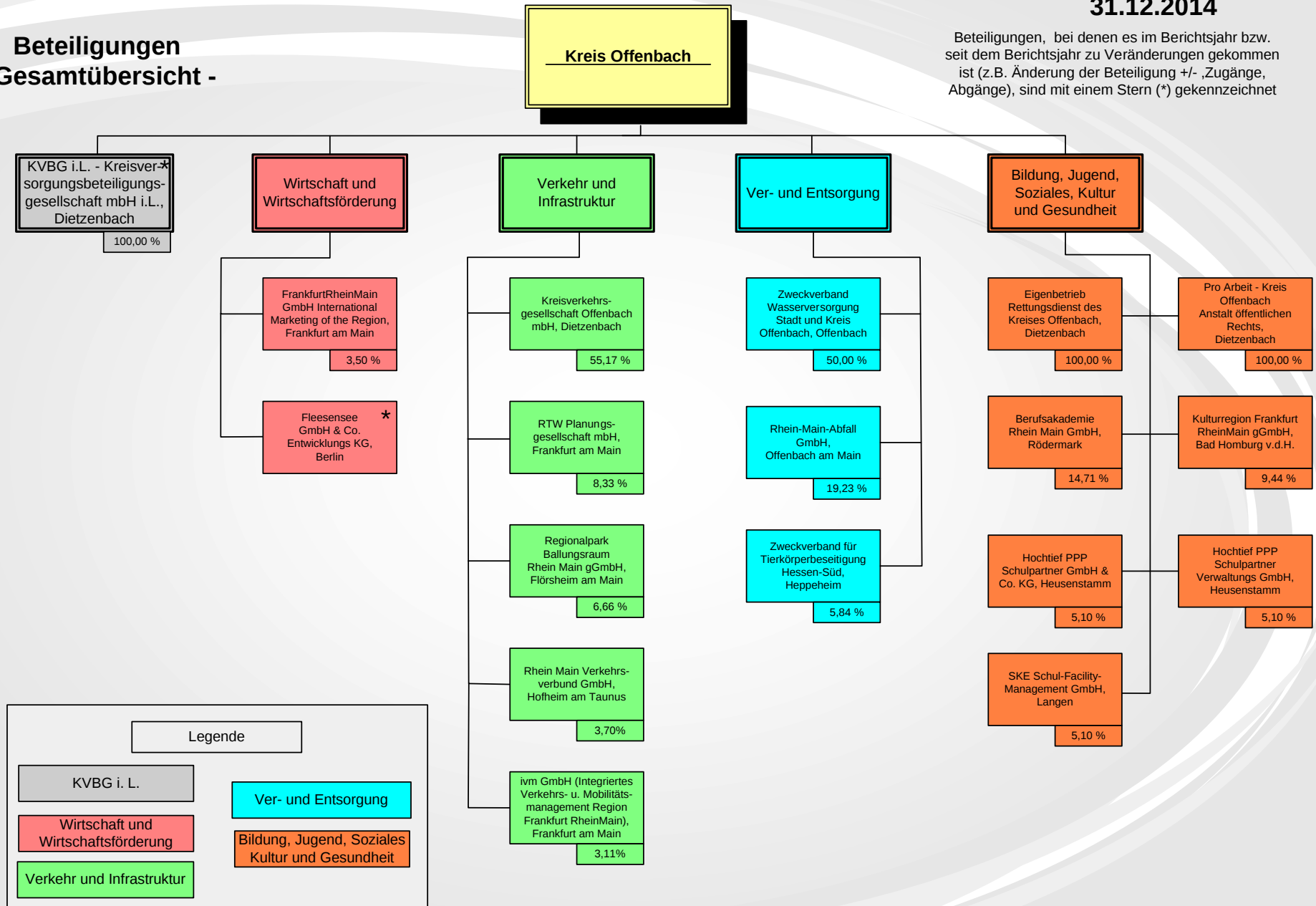
Organe des Vereines sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand.

Gesamtübersicht

Beteiligungen - Gesamtübersicht -

Stand:
31.12.2014

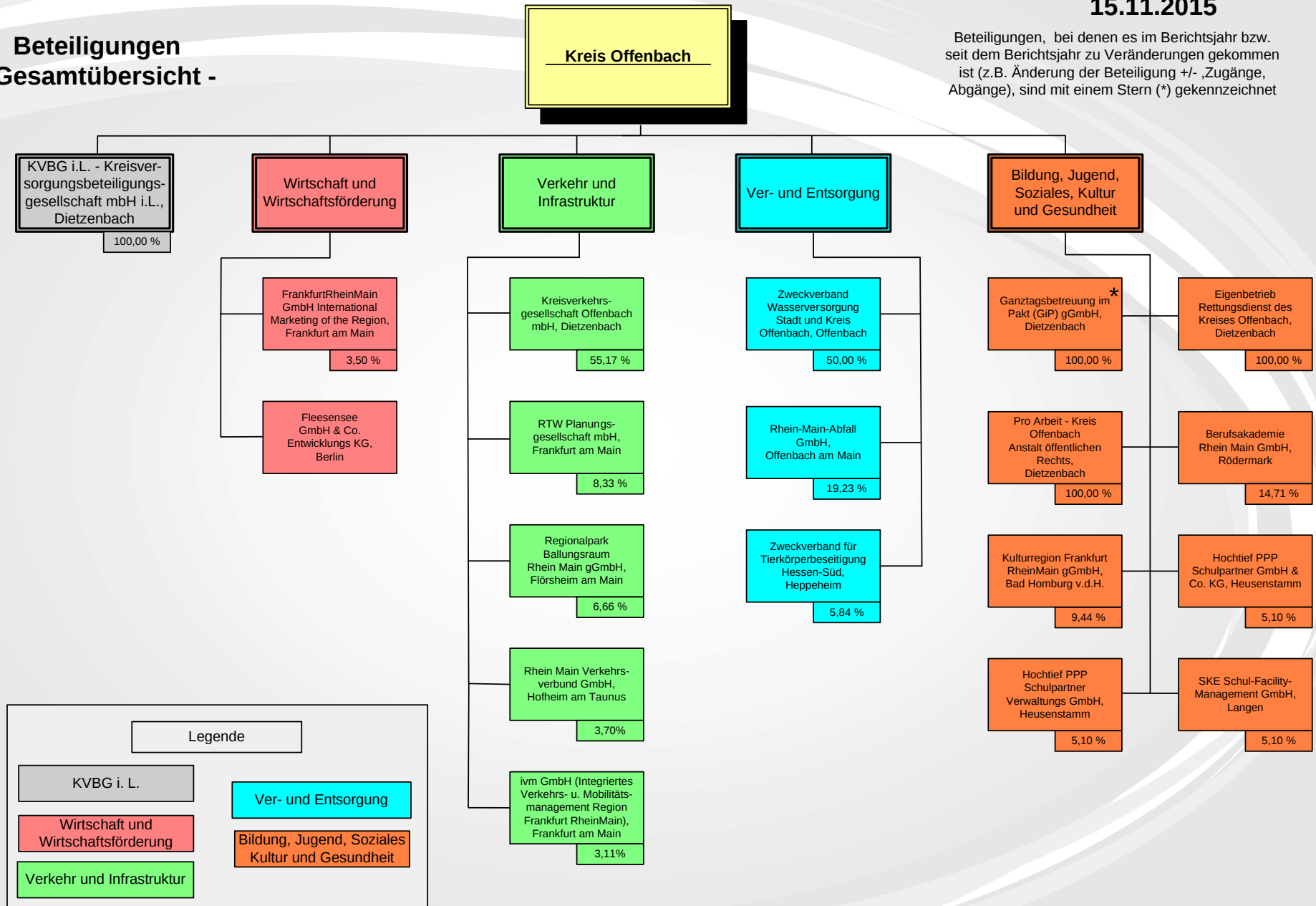
Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet



Beteiligungen - Gesamtübersicht -

Stand:
15.11.2015

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet



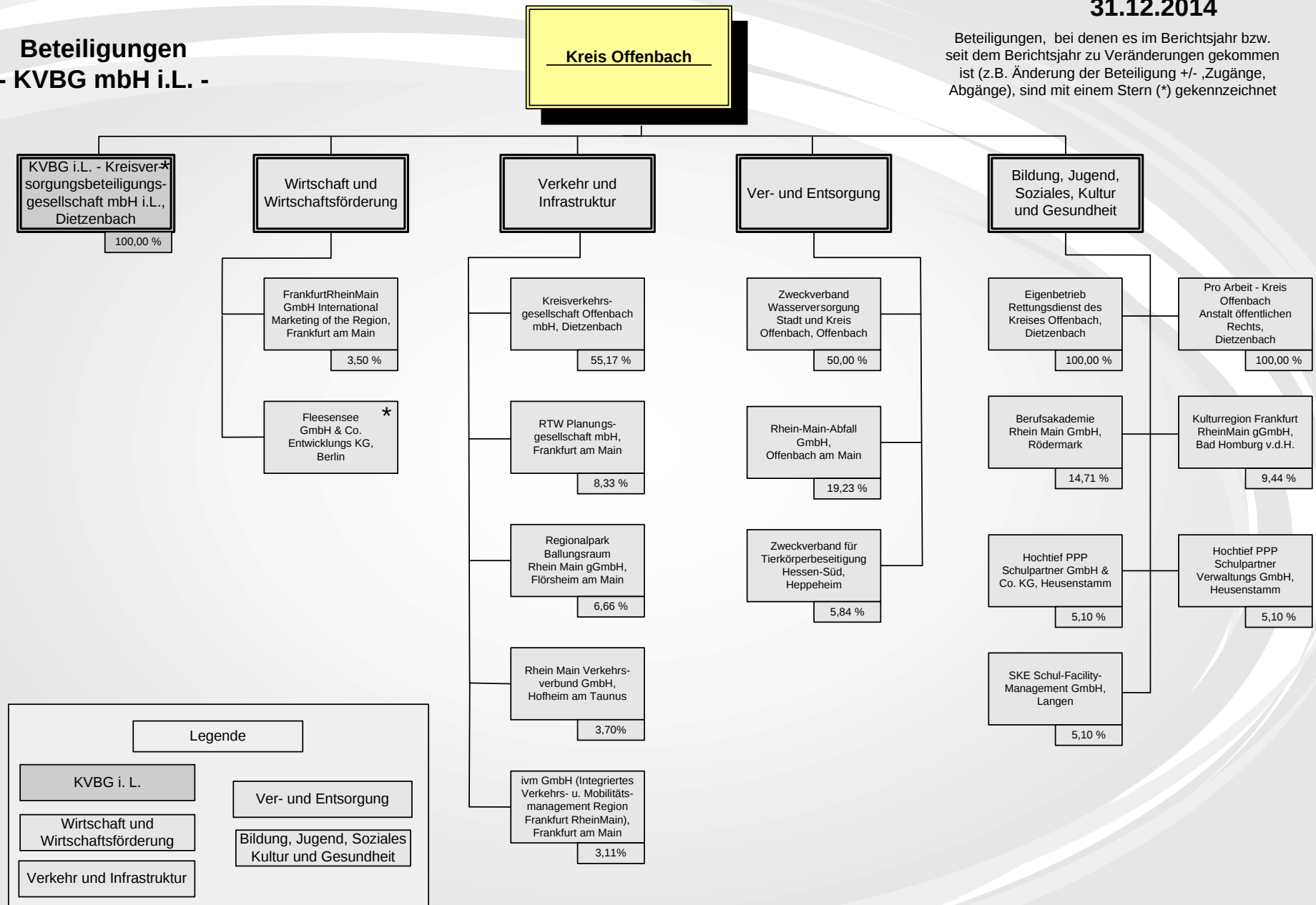
KVBG

**Kreisversorgungs-
beteiligungsgesellschaft mbH i. L.,
Dietzenbach**

**Stand:
31.12.2014**

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet

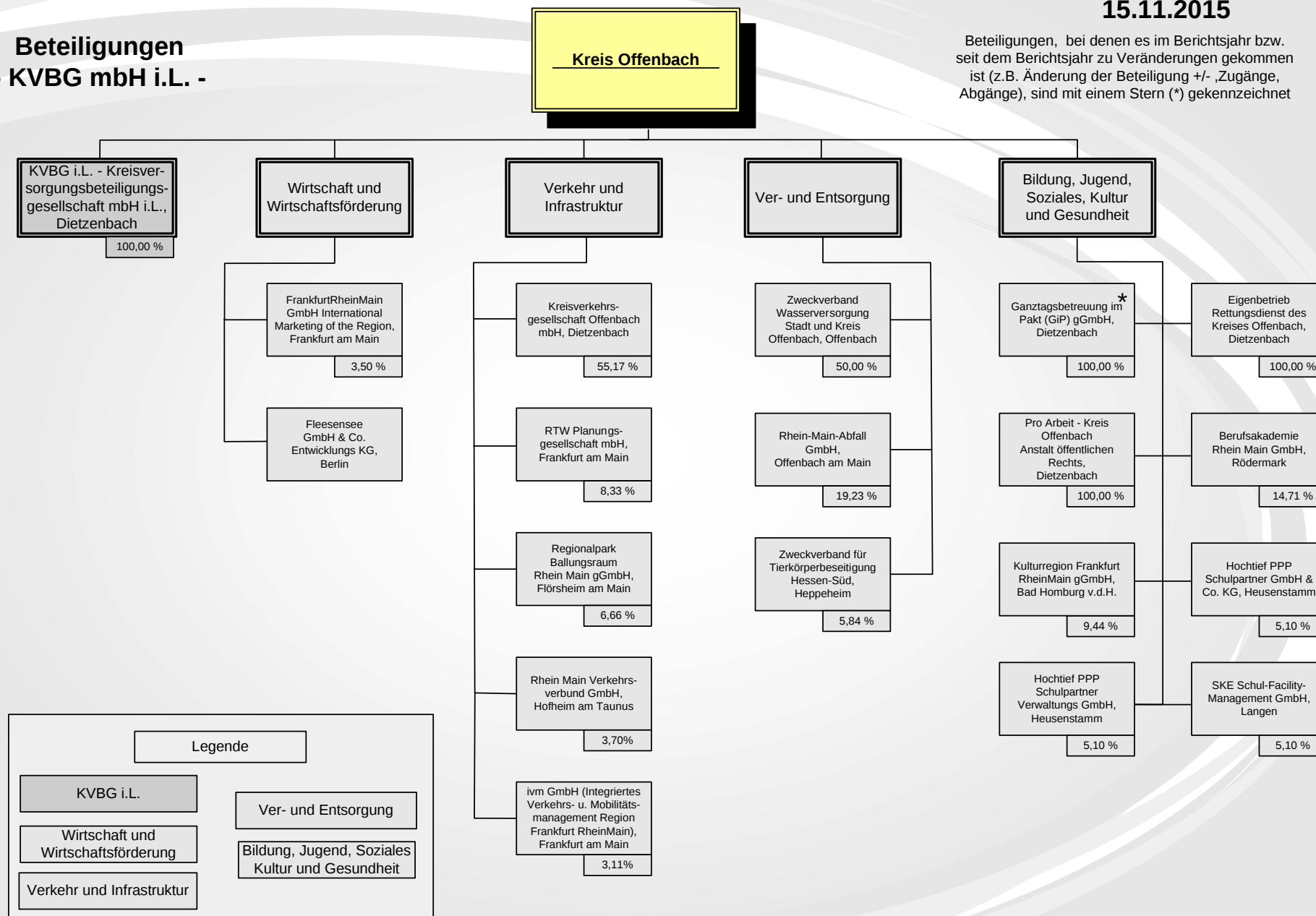
Beteiligungen - KVBG mbH i.L. -



Beteiligungen - KVBG mbH i.L. -

Stand:
15.11.2015

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet



K V B G i. L.

Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH i.L., Dietzenbach,
Stammkapital : 2.500.000,-- €
Alleingesellschafter:
Kreisausschuss des Kreises
Offenbach 100,00 %

K V B G i. L.

Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH i.L., Dietzenbach,
Stammkapital : 2.500.000,-- €
Alleingesellschafter:
Kreisausschuss des Kreises
Offenbach 100,00 %

KVBG i.L. - Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

Am 23. September 1980 wurde die Energieversorgung Offenbach Kreis-Beteiligungsgesellschaft mbH mit Firmensitz in Offenbach und einer Stammeinlage in Höhe von DM 12.000.000,-- vom Kreis Offenbach (Stammeinlage DM 11.900.000,--) und der Stadtwerke Offenbach GmbH (Stammeinlage DM 100.000,--) als Gesellschafter gegründet. Ursprünglicher Gegenstand des Unternehmens war der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung an der Energieversorgung Offenbach Aktiengesellschaft (EVO AG). Am 15. Dezember 1980 hat dann der Gesellschafter Stadtwerke Offenbach GmbH seine Geschäftsanteile an den Kreis Offenbach abgetreten, seither war der Kreis Offenbach alleiniger Gesellschafter.

Am 12. November 1990 wurde dann die Firma der Gesellschaft in KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH und der Unternehmensgegenstand dahingehend geändert bzw. erweitert, dass Gegenstand des Unternehmens „der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen an Unternehmen, die Versorgungsaufgaben im Kreis Offenbach wahrnehmen“ ist.

Innerhalb des Beteiligungsportfolios des Kreises Offenbach nimmt die KVBG eine herausgehobene Position ein.

Nach dem im Jahre 2000 vollzogenen Verkauf des an der Energieversorgung Offenbach AG gehaltenen Aktienpaketes an die MVV Energie AG, Mannheim, standen insgesamt drei Anlagealternativen der Wiederanlage des Veräußerungserlöses zur Disposition

1. Gesamte Ausschüttung des Veräußerungserlöses an den Kreis mit entsprechenden steuerlichen Verpflichtungen
2. Verbleib des Erlöses bei der KVBG und Wiederanlage ausschließlich in Festgeld
3. Verbleib des Erlöses bei der KVBG und Investition in Beteiligungen in Form von Immobilien- und Geldfonds und in die Errichtung einer Stiftung.

Aufgrund von Gremienentscheidungen der Gesellschafterversammlung wurde der Anlagealternativen 3 der Vorzug eingeräumt und so auch die Errichtung der Stiftung „Miteinander Leben“ beschlossen und diese gegründet.

Bei der Wiederanlage des Veräußerungserlöses war unter anderem von Bedeutung, dass diese noch im Jahre 2000, dem Jahr des Ertrages, erfolgen musste, um entsprechende Steuervorteile hieraus ziehen zu können. Die Steuerersparnis betrug insgesamt ca. 7,5 Mio. €, die sich zusammensetzen aus steuerlichen Verlustzuweisungen für

- | | |
|--|------------|
| - Sonnengarten Glienicke Fonds in Höhe von | 4,9 Mio. € |
| - Fleesensee | 1,2 Mio. € |
| - durch Gründung der Stiftung | 1,4 Mio. € |

KVBG i.L. - Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

Gegen die Investition in die Immobilienfonds Glienicke und Fleesensee gab und gibt es Vorbehalte hinsichtlich des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde. An dieser Stelle sei auf die Ausführungen bei den angesprochenen Beteiligungen unter der Rubrik „F. Erfüllung des öffentlichen Zwecks“ hingewiesen.

Zum Zeitpunkt der Re-Investition gab es für Geldanlagen keinen ministeriellen Erlass, der Richtlinien für kommunale Anlagegeschäfte vorgab. Die Anlagen erfolgten nach den Grundsätzen des Gemeindewirtschaftsrechts und somit in analoger Anwendung der Grundsätze für die Versicherungswirtschaft.

Gegenüber dem Zeitpunkt der Anlage im Jahre 2000 und der heutigen Situation hat sich die Rechtslage geändert. Mit dem Erlass des Hessischen Ministeriums des Inneren und für Sport vom 18.02.2009 „Richtlinien zu kommunalen Anlagegeschäften und derivativen Finanzierungsinstrumenten“ sowie des im Zuge der Erlassbereinigung mit Ablauf des 31.12.2008 außer Kraft getretenen Erlasses des HMdIS vom 21.03.2003 sind u.a. der Erwerb von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen zur Geldanlage nicht zulässig. Gemäß den Bestimmungen des Erlasses liegt eine Geldanlage vor, wenn die Gemeinde (der Kreis) über die Rendite hinaus keine eigenen kommunalpolitischen Ziele verfolgt.

Hinsichtlich der aus dem Veräußerungserlös der EVO-Anteile im Jahre 2000 erworbenen Beteiligungen an den Sonnengarten Glienicke Fonds und der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG besteht seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde die Auffassung, dass es sich bei diesen Beteiligungen um reine Kapitalanlagen handelt und diese deshalb unzulässig sind. Seitens der Aufsichtsbehörde sind die Beteiligungen im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten in vermögensschonender Art und Weise zu beenden.

Dieser Vorgabe des Regierungspräsidiums Darmstadt zur Abwicklung der Beteiligungen wurde im Rahmen der Beschlussfassung zum Schulprojekt Rechnung getragen.

Eine Abwicklung der Beteiligungen war lange nicht erfolgt, da aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Marktsituation eine vermögensschonende Veräußerung nicht möglich war.

Zwischenzeitlich wurde seitens der Geschäftsführung insbesondere hinsichtlich der Abwicklung der beiden Beteiligungen an den Sonnengarten Glienicke Fonds und der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG ein Umstrukturierungsprozess in Gang gesetzt, der über das Jahr 2012 hinaus zu grundlegenden Veränderungen führte.

Ein aktueller Sachstand zur Gesellschaft ergibt sich auf den nachfolgenden Seiten.

Am 25. November 2013 hat die Gesellschafterversammlung die Liquidation der Gesellschaft mit Ablauf des 31. Dezember 2013 beschlossen.

**KVBG i.L. - Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach**

Anschrift	Werner Hilpert-Straße 1, 63128 Dietzenbach
Telefon	06074/8180-8890
Telefax	06074/8180-8899
E-Mail	h.tragesser@kreis-offenbach.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2014

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	23. September 1980
Stammkapital	2.500.000,00 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 19. Juni 2012.
Handelsregistereintrag	HRB 4930 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, das Verwalten und Veräußern von Beteiligungen an Unternehmen aller Art, insbesondere an Unternehmen, die Versorgungsaufgaben im Kreis Offenbach wahrnehmen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder diesem unmittelbar oder mittelbar nützlich erscheinen, insbesondere auch zum Abschluss von Unternehmensverträgen, Interessengemeinschaften und ähnlichen Verträgen.

Die Gesellschaft kann Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften errichten und andere Unternehmen erwerben oder sich an solchen beteiligen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Stiftungen zu gründen und sich an solchen zu beteiligen.

KVBG i.L. - Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Der Kreisausschuss ist die Gesellschafterversammlung.

Zusammensetzung der Gesellschafterversammlung im Berichtsjahr 2014 (Stand: 31.12.2014)

Vorsitzender	Herr Oliver Quilling
Mitglied	Frau Claudia Jäger
-----„-----	Herr Carsten Müller
-----„-----	Frau Sonja Arnold
-----„-----	Herr Heinz Eyßen
-----„-----	Herr Holger Gros
-----„-----	Frau Heide Heß
-----„-----	Herr Gerd Hibbeler
-----„-----	Herr Frank Lortz
-----„-----	Frau Natascha Maldener-Kowolik
-----„-----	Frau Margot Süß
-----„-----	Herr Walter Winter
-----„-----	Frau Heide Wolf

**KVVG i.L. - Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2014 Stand (31.12.2014)	
Vorsitzender	Herr Oliver Quilling
Mitglied	Frau Claudia Jäger
-----,,----	Herr Carsten Müller
-----,,----	Herr Bernd Abeln
-----,,----	Frau Maria Becht
-----,,----	Frau Ingeborg Fischer
-----,,----	Frau Lucie Gerhardt
-----,,----	Herr Frank Lortz
-----,,----	Herr Werner Müller
-----,,----	Frau Maria Sator-Marx
-----,,----	Herr Stefan Schmitt
-----,,----	Herr Helmut Weigert
-----,,----	Herr Rolf Wenzel

Geschäftsführung

Geschäftsführer/ Liquidator	Herr Herbert Tragesser
--	------------------------

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen.

KVBG i.L. - Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die im Geschäftsjahr 2014 gezahlten Bezüge des Liquidators beliefen sich auf € 52.750.

Die Vergütungen für den Aufsichtsrat betragen für das Geschäftsjahr 2014 € 2.642,--.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	100,00	2.500.000,00

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

Der Kreisausschuss des Kreises Offenbach hat in seiner Sitzung am 22. September 2014 einstimmig die Übertragung der Kommanditbeteiligung der KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH i. L. an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG an den Kreis Offenbach beschlossen.

KVBG i.L. - Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Hinsichtlich der aus dem Veräußerungserlös der EVO-Anteile im Jahre 2000 erworbenen Beteiligungen an den Sonnengarten Glienicke Fonds und der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG besteht seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde die Auffassung, dass es sich bei diesen Beteiligungen um reine Kapitalanlagen handelt und diese deshalb unzulässig sind.

Seitens der Aufsichtsbehörde sind die Beteiligungen im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten in vermögensschonender Art und Weise zu beenden.

Dieser Vorgabe des Regierungspräsidiums Darmstadt zur Abwicklung der Beteiligungen wurde im Rahmen der Beschlussfassung zum Schulprojekt Rechnung getragen.

Am 25. November 2013 hat die Gesellschafterversammlung die Liquidation der Gesellschaft mit Ablauf des 31. Dezember 2013 beschlossen.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Produkt Beteiligungsmanagement

Buchungsstelle 20.30.01.71250030

in €	2015	2014	2013
Zuweisung an den Wirtschaftsplan	0	0	5.189.750

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2014 und 2015 auf den jeweiligen Haushaltsansatz und für das Jahr 2013 auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung des Kreises.

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

**KVBG i.L. - Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach**

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2014	2013	2012
Verbindlichkeiten	102.426	8.379.413	20.691.836

Berichtsjahr 2014	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	8.379.413
Zunahmen	0
Abnahmen	8.276.987
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	102.426

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

**KVBG i.L. - Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach**

K. Lagebericht 2014

Vorbemerkung

Der Aufsichtsrat trat im vergangenen Jahr zu vier Sitzungen zusammen. Die Gesellschafterversammlung führte drei Sitzungen durch. Die Sitzungen wurden planmäßig und ordnungsgemäß unter dem Vorsitz von Herrn Landrat Quilling durchgeführt.

Vermögens- und Finanzlage

	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
AKTIVA				
Zum Verkauf bestimmte Immobilien Glienicke	0	10.555	10.555	-100,0%
Flüssige Mittel	106	693	-587	-87,4%
übrige Aktiva	437	264	173	65,5%
Gesamtvermögen	543	11.512	-10.969	-95,3%
PASSIVA				
Eigenkapital	415	2.144	-1.729	-80,6%
Rückstellungen	25	979	-954	-97,4%
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	0	2.008	2.008	-100,0%
Verbindlichkeiten gg. dem Gesellschafter	98	6.138	6.040	-98,4%
übrige Passiva	5	243	-238	-97,9%
Kurzfristiges Kapital	128	9.368	-9.240	-98,6%
Gesamtkapital	543	11.512	-10.969	-95,3%

Im Geschäftsjahr 2013 war es im Hinblick auf die Beendigung der KVBG gelungen, die Fondsstrukturen bei den Sonnengarten Glienicke GbR Fonds 1,15,23,24,26,27,29 und 30 aufzulösen und die in den Fonds befindlichen Immobilien zunächst in das Eigentum der KVBG zu überführen. Die Hauptaufgabe des Jahres 2014 lag darin, die zum Verkauf bestimmten Immobilien Glienicke zu veräußern. Bis auf ein Reihenhaus, das separat verkauft wurde, konnten mit Hilfe eines vor Ort ansässigen Maklers sämtliche Wohnungen an eine Investorengruppe veräußert werden. Insgesamt konnte ein um T€ 690 über den Buchwerten liegender Kaufpreis von T€ 11.310 erzielt werden, der bis auf T€ 400 vor dem Bilanzstichtag zugeflossen ist. Die restlichen T€ 400 werden von einem Notar auf einem Treuhandkonto, welches unter den übrigen Aktiva ausgewiesen ist, verwahrt und freigegeben, sobald die grundbuchrechtlichen Bereinigungen hinsichtlich der Tiefgaragenstellplätze des ehemaligen Fonds 15 durchgeführt sind.

**KVBG i.L. - Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach**

K. Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Unter Berücksichtigung des Jahresgewinns (T€ 1.806) und der Vorab-Auskehrungen (T€ 3.535) auf das zu erwartende Liquidationsrestvermögen hat sich das Eigenkapital von T€ 2.144 auf T€ 415 entsprechend vermindert.

Die Tochtergesellschaften der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, die von Insolvenz bedroht waren, wurden im Jahr 2014 nach langwierigen Verhandlungen veräußert. Im Zuge dessen wurden die Kommanditisten aus ihrer Haftung entlassen, die in Vorjahren durch die teilweise Rückzahlung der Einlage (Liquiditätsausschüttungen) aufgelebt war. Die von der KVBG gebildete Rückstellung für Kommanditistenhaftung in Höhe von T€ 965 konnte dementsprechend zu Gunsten des Ergebnisses aufgelöst werden. Die auf den Erinnerungswert abgeschriebene Beteiligung der KVBG an der Fleesensee GmbH & Co. KG wurde für € 1 an den Kreis Offenbach veräußert, um die Liquidation der KVBG nicht zu verzögern.

Aus den zugeflossenen Kaufpreisen für die Immobilien in Glienicke (T€ 11.310) wurden das unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesene noch verbliebene Bankdarlehen (T€ 2.000) sowie die Kassenkredite des Kreises, die mit T€ 5.510 den Großteil der im Vorjahr ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter ausmachten, abgelöst. Außerdem wurden an den Kreis Offenbach Vorab-Auskehrungen auf das Liquidationsrestvermögen in Höhe von T€ 3.535 geleistet sowie große Teile der übrigen Verbindlichkeiten dem Kreis gegenüber zurückgeführt.

Die folgende verkürzte Kapitalflussrechnung zeigt die Entwicklung des Finanzmittelbestands, bestehend aus den Bankguthaben sowie im Vorjahr abzüglich der kurzfristigen Bankverbindlichkeiten, wobei der ausgewiesene negative Finanzmittelbestand des Vorjahres insbes. liquidationsbedingten Besonderheiten geschuldet war, denen Anfang 2014 durch die Aufnahme eines weiteren, vom Gesellschafter Kreis Offenbach gewährten Kassenkredits zur Zwischenfinanzierung Rechnung getragen wurde:

	2014	2013
	T€	T€
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	-10.996	-2.617
Mittelzufluss aus Investitionstätigkeit	0	13.174
Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit	-9.575	-12.495
zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands	1.421	569
Finanzmittelbestand am 1. Januar	-1.315	623
Finanzmittelbestand am 31. Dezember (flüssige Mittel)	106	-1.315

KVBG i.L. - Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

K. Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Ertragslage

	2014	2013	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Auflösung Rückstellung Kommanditistenhaftung Fleesensee KG	965	0	965	o.A.
Buchgewinne aus der Veräußerung der Immobilien in Glinicke	690	0	690	o.A.
Finanzerträge	0	173	-173	-100,00%
Finanzaufwendungen	76	200	-124	-62,00%
Finanz- und Beteiligungsergebnis	1.579	-27	1.606	o.A.
 Betriebserträge	 519	 24	 495	 o.A.
Betriebsaufwendungen	292	318	-26	-8,18%
Übriges Ergebnis	227	-294	521	-177,21%
Betriebsergebnis	1.806	-321	2.127	-662,62%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.806	-321	2.124	-662,62%

Die Gesellschaft hatte in den Jahren 2001 bis 2008 aus der Beteiligung an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG Ausschüttungen in Höhe von insgesamt T€ 965 erhalten, die als Beteiligungserträge vereinnahmt worden waren. Es handelte sich hierbei jedoch unstreitig nicht um Gewinnausschüttungen, sondern um Kapitalrückzahlungen. Für das Rückforderungsrisiko bzw. für die hierdurch wieder auflebende Kommanditistenhaftung war eine entsprechende Rückstellung gebildet worden. Zwischenzeitlich wurden die Tochtergesellschaften der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG verkauft und hierbei eine Freistellung sämtlicher Anleger von ihrer Kommanditistenhaftung vereinbart, so dass die Rückstellung aufgelöst werden konnte.

Die Immobilien der Glinicke-Fonds, die im Zuge des Erwerbs sämtlicher Anteile an diesen Gesellschaften der KVBG zum 31. Dezember 2013 angewachsen waren, wurden im Berichtsjahr planmäßig veräußert. Die erzielten Kaufpreise von zusammen T€ 11.310 lagen um T€ 690 über den Buchwerten, so dass in dieser Höhe ein Buchgewinn erzielt wurde.

Bei den Finanzaufwendungen handelt es sich mit T€ 1 um Zinsen für das letzte verbliebene und Anfang des Geschäftsjahres getilgte Bankdarlehen und um T€ 75 auf Zinsen für die Kassenkredite des Kreises Offenbach, die zum Bilanzstichtag ebenfalls vollständig zurückgeführt sind.

Die Betriebserträge betreffen mit T€ 517 im Wesentlichen die Mieterträge aus den Immobilien der Glinicke-Fonds, die der KVBG zum 31. Dezember 2013 angewachsen waren und bis zum 1. Dezember 2014 veräußert wurden.

KVBG i.L. - Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

K. Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Nachdem im Geschäftsjahr 2014 die Immobilienbestände in Glienicke erfolgreich veräußert werden konnten und das Risiko der Rückzahlung erhaltener Liquiditätsausschüttungen der Fleesensee Entwicklungs GmbH & Co. KG aus dem Wiederaufleben der Kommanditistenhaftung abgewendet werden konnte, verbleiben keine nennenswerten Chancen und Risiken und nur noch wenige Handlungsnotwendigkeiten, bis die Liquidation der Gesellschaft abgeschlossen werden kann.

Wesentliche Vorgänge nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

Ausblick

Im angelaufenen Geschäftsjahr 2015 werden wir bestrebt sein, zügig die letzten grundbuchrechtlichen Voraussetzungen für die Freigabe des Teilkaufpreises in Höhe von T€ 400 zu erreichen, um sodann die Liquidation der Gesellschaft umgehend beenden und die Löschung der Gesellschaft im Handelsregister herbeizuführen zu können. Die Betriebsaufwendungen betreffen im Wesentlichen Rechts-, Beratungs-, Abschluss- und Prüfungskosten.

KVBG i.L. - Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

L. Bilanz

	2014	2013	Verände- rung-	2012
Aktiva	in €	in €	in €	in €
- Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten	0	0	0	529.583
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	329	-329	439
Sachanlagen	0	329	-329	530.022
- Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0	0	697.640
- Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0	0	0	10.392.930
- Beteiligungen	0	1	-1	16.626
- Wertpapiere des Anlagevermögens	0	0	0	1.536.979
Finanzanlagen	0	1	-1	12.644.175
Anlagevermögen	0	330	-330	13.174.196
- Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und Gebäude	0	10.554.668	-10.554.668	0
- Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0	0	0	534.984
- Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0	0	83.955
- Forderungen gegen den Gesellschafter	0	0	0	7.704.899
- Sonstige Vermögensgegenstände	427.371	264.059	163.312	1.825.216
- Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	427.371	264.059	163.312	10.149.053
- Guthaben bei Kreditinstituten	106.052	693.360	-587.308	954.232
Umlaufvermögen	533.423	11.512.086	-10.978.664	11.103.285
Rechnungsabgrenzungsposten	9.248	0	9.248	0
	542.670	11.512.416	-10.969.746	24.277.482

**KVBG i.L. - Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach**

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2014	2013	Verände- rung-	2012
	in €	in €	in €	in €
Passiva				
- Gezeichnetes Kapital	2.500.000	2.500.000	0	2.500.000
- Gewinnvortrag	-2.084.756	0	-2.084.756	0
- Gewinnvortrag	0	0	0	0
- Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	0	0	0	0
- Bilanzergebnis	0	-356.184	356.184	-35.376
Eigenkapital	415.244	2.143.816	-1.728.572	2.464.624
Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0	0
Rückstellungen	25.000	978.573	-953.573	1.121.021
- Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	0	2.008.120	-2.008.120	10.035.952
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.823	53.492	-49.669	21.314
- Verbindlichkeiten gg. Gesellschaftern	98.095	6.138.003	-6.039.908	10.629.498
- Sonstige Verbindlichkeiten	509	179.798	-179.289	5.072
Verbindlichkeiten	102.426	8.379.413	-8.276.987	20.691.836
Rechnungsabgrenzungsposten	0	10.614	-10.614	0
Passive latente Steuern	0	0	0	0
	542.670	11.512.416	-10.969.746	24.277.482

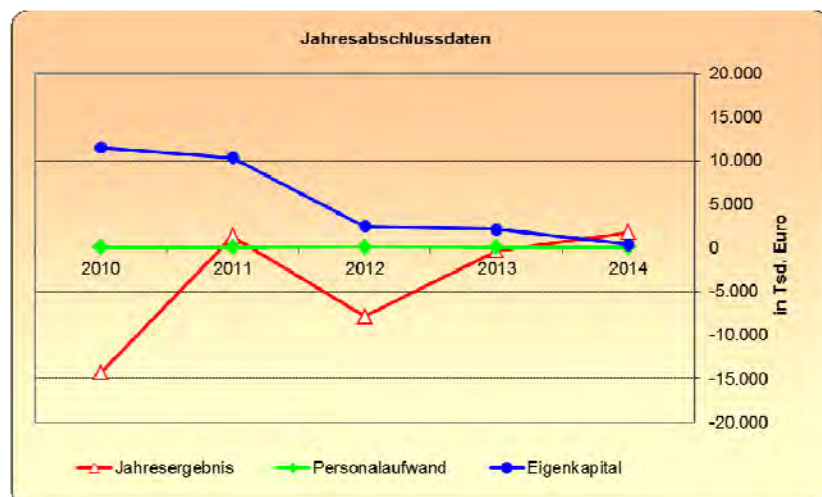
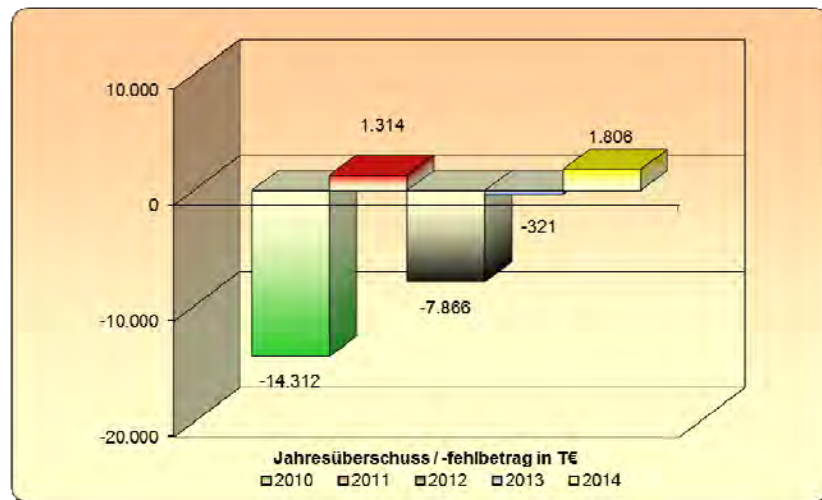
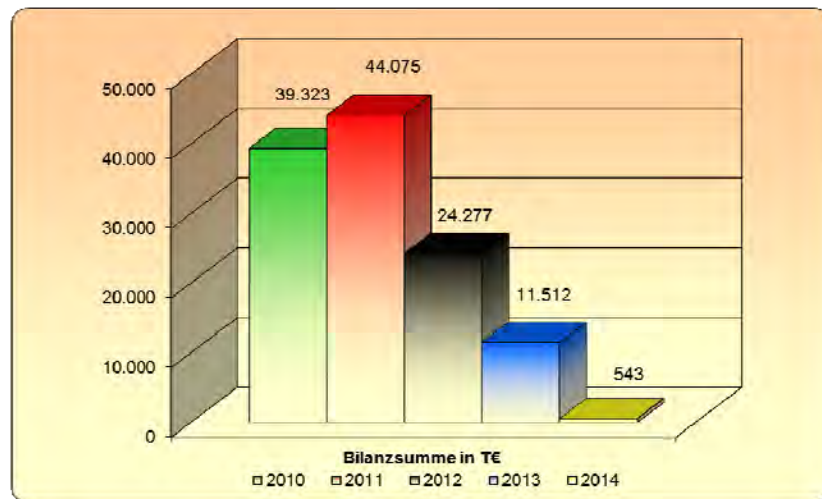
KVBG i.L. - Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2014	2013	2012
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	12.794.272	24.277	6.841.806
Sonstige betriebliche Erträge	10.619.680	0	0
Personalaufwand	61.451	86.492	108.010
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	329	110	186
Sonstige betriebliche Aufwendungen	229.619	232.112	518.681
Erträge aus Beteiligungen	0	0	84.210
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlage- vermögens	0	94.190	81.397
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	174	79.416	102.281
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	9.814.624
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	75.651	200.302	544.863
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	4.221.182
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	12.427.396	-321.133	-8.097.854
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	-231.500
Sonstige Steuern	1.288	-325	80
Jahresfehlbetrag/-überschuss (-)	12.426.108	-320.808	-7.866.434
Gewinnvortrag (Verlustvortrag aus dem Vorjahr)	-356.184	-35.376	4.195.458
Erträge aus der Kapitalherabsetzung	0	0	3.635.600
Vorabauskehrung des Restgewinns	1.450.244	0	0
Bilanzergebnis	0	-356.184	-35.376

KVBG i.L. - Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen

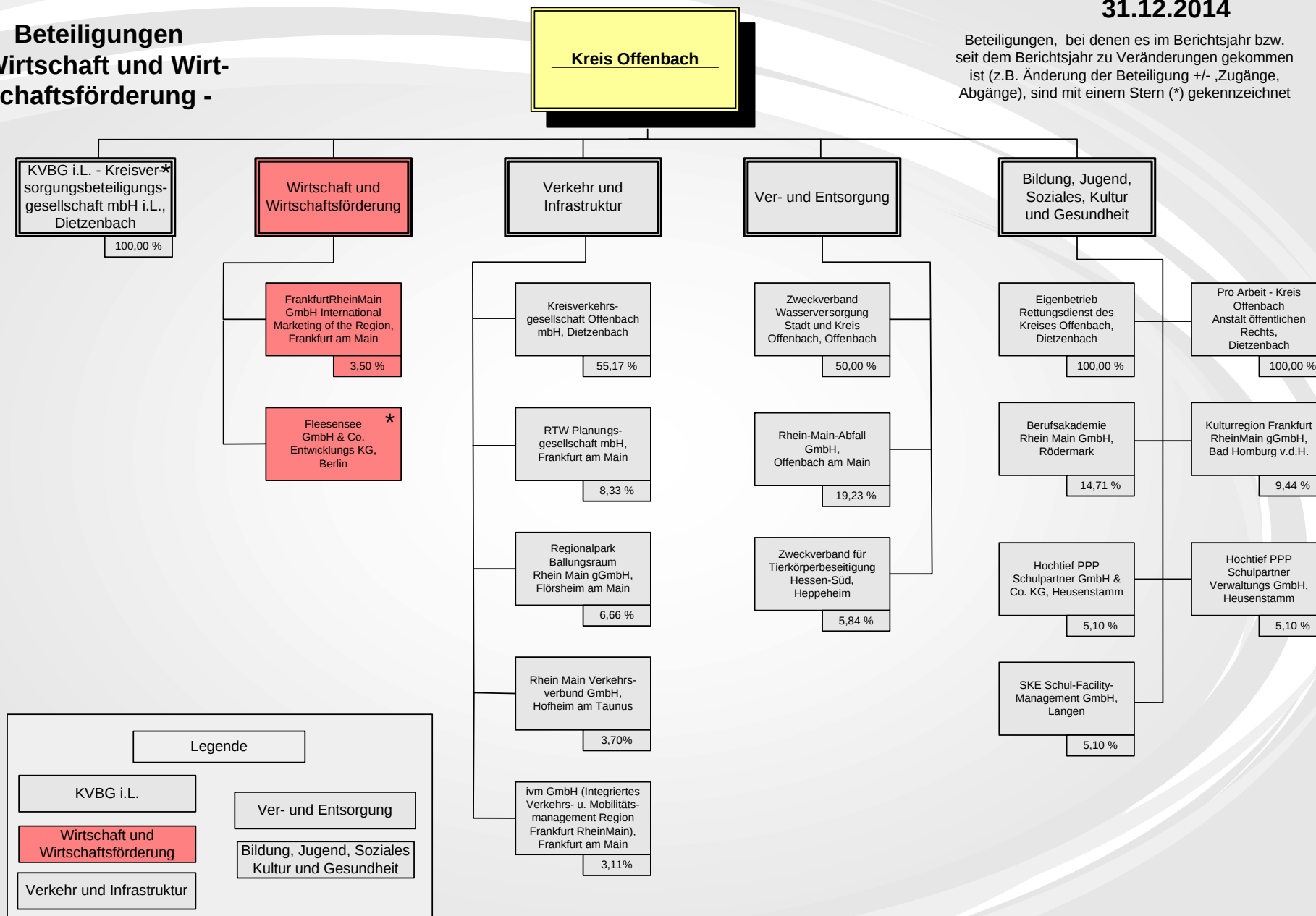


Wirtschaft und Wirtschaftsförderung

Beteiligungen - Wirtschaft und Wirtschaftsförderung -

Stand:
31.12.2014

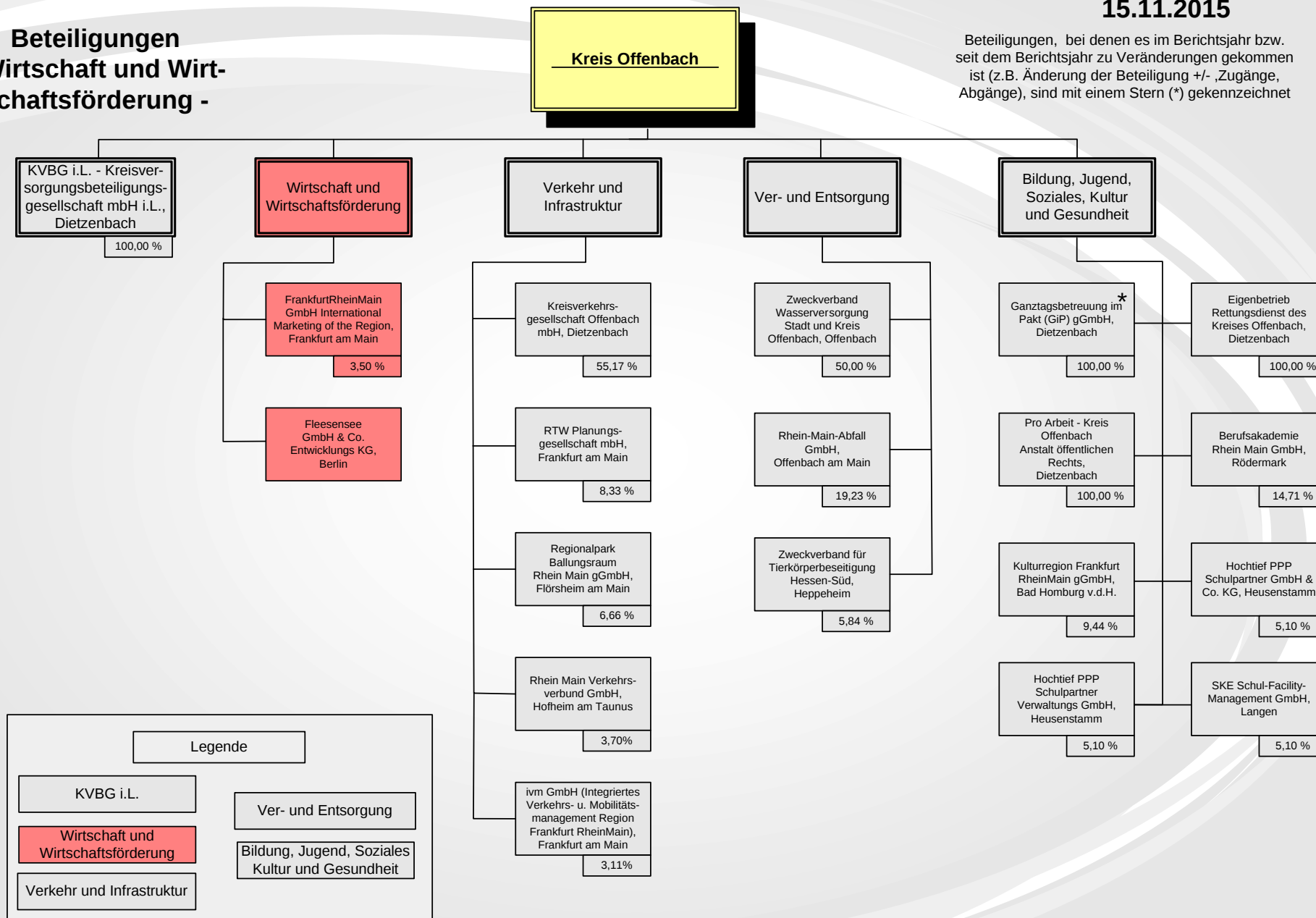
Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet



Beteiligungen - Wirtschaft und Wirtschaftsförderung -

Stand:
15.11.2015

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet



Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

Anschrift	Unterschweinstiege 8, 60549 Frankfurt
Telefon	069/686038-0
Telefax	069/686038-11
E-Mail	info@frm-undited.com
Internet	www.frm-undited.com

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2014

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	24. März 2005
Stammkapital	250.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 14.08.2012.
Handelsregistereintrag	HRB 75141 beim Amtsgericht Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist das internationale Standortmarketing für den Wirtschaftsraum Frankfurt/Rhein-Main. Zum Gegenstand der Gesellschaft gehört insbesondere, die vorhandenen Stärken des Wirtschaftsraums zu vernetzen und zu bündeln, die Wahrnehmung des Wirtschaftsraums und seiner Standortvorteile und das Interesse an einem Wirtschaftsraum zu fördern sowie zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsraums ein gemeinsames, profiliertes Erscheinungsbild des Wirtschaftsraumes und den Wirtschaftsraum als Marke zu entwickeln und zu pflegen.

Mit ihrer Geschäftstätigkeit nimmt die Gesellschaft übergeordnete Aufgaben im Rahmen des Standortmarketings wahr. Die Gesellschaft konkurriert nicht mit den kommunalen Wirtschaftsförderungen der Gesellschafter. Aufgaben der Wirtschaftsförderung nimmt die Gesellschaft nur subsidiär zu den kommunalen Stellen wahr.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

Die Gesellschaft ist ermächtigt, alle Geschäfte vorzunehmen, die mit dem Zweck des Unternehmens zusammenhängen oder ihm dienlich oder förderlich sind. Sie kann dazu im Ausland Zweigniederlassungen errichten und sich an anderen Unternehmen und Organisationen des privaten und des öffentlichen Rechts beteiligen sowie Kooperationen eingehen.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates (Stand: 31.12.2014)	
Vorsitzender	Herr Peter Feldmann
Stellv. Vorsitzender	Herr Michael Cyriax
Mitglied	Herr Oliver Quilling
-----,,-----	Herr Dr. Hans-Peter Bach bis 31.05.2014
-----,,-----	Herr Detlef Bendel
-----,,-----	Herr Prof. Dr. Wilhelm Bender
-----,,-----	Herr Patrick Burghardt
-----,,-----	Herr Markus Frank
-----,,-----	Herr Mathias Geiger ab 15.02.2014
-----,,-----	Herr Matthias Gräßle ab 01.01.2014
-----,,-----	Herr Martin Herkströter
-----,,-----	Herr Klaus Herzog ab 01.05.2014
-----,,-----	Herr Claus Kaminsky
-----,,-----	Herr Ulrich Krebs

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Aufsichtsrat (Fortsetzung)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates (Stand: 31.12.2014)	
Mitglied	Herr Karl-Heinz Krug
---,---	Herr Jochen Partsch
---,---	Herr Uwe Paulsen
---,---	Herr Erich Pipa
---,---	Herr Dr. Christof Riess
---,---	Herr Dr. Ulrich Reuter bis 01.05.2014
---,---	Herr Klaus Peter Schellhaas
---,---	Herr Horst Schneider
---,---	Frau Prof. Dr. Kristina Sinemus ab 01.06.2014
---,---	Herr Ludger Stüve
---,---	Herr Wilhelm Speckhardt bis 15.02.2014
---,---	Herr Matthias Wilkes
---,---	Herr Thomas Will

Der Aufsichtsrat erhält keine Vergütung oder andere Bezüge.

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Eric Menges
-----------------	------------------

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 Handelsgesetzbuch (HGB) verzichtet.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

D. Gesellschafter

Gesellschafter (Stand: 31.12.2014)	Anteil in %	Anteil in €
Stadt Frankfurt am Main	37,50	93.750,00
IHK Forum Rhein Main	7,50	18.750,00
IHK Frankfurt	5,00	12.500,00
Stadt Offenbach am Main	4,00	10.000,00
Stadt Wiesbaden	4,00	10.000,00
Kreis Offenbach	3,50	8.750,00
Hochtaunuskreis	3,50	8.750,00
Main-Taunus-Kreis	3,50	8.750,00
Main-Kinzig-Kreis	3,50	8.750,00
Kreis Groß-Gerau	2,50	6.250,00
Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e.V.	2,50	6.250,00
Stadt Darmstadt	2,00	5.000,00
Stadt Eschborn	2,00	5.000,00
Regionalverband FrankfurtRheinMain	1,50	3.750,00
Wirtschaftsförderung Region Frankfurt RheinMain e.V.	1,00	2.500,00
ZENTEC Zentrum für Technologie, Existenzgründung und Cooperation GmbH	1,00	2.500,00
Stadt Bad Homburg vor der Höhe	1,00	2.500,00
Stadt Rüsselsheim	1,00	2.500,00
Stadt Hanau	1,00	2.500,00
Kreis Darmstadt-Dieburg	1,00	2.500,00
Kreis Bergstraße	1,00	2.500,00
Handwerkskammer Rhein-Main	0,50	1.250,00
FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region (Austritt HA Hessen Agentur GmbH)	10,00	12.500,00

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Gesellschaft handelt es sich gemäß der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens ausgerichtet ist.

Aufgrund dieses Sachverhaltes entfällt die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Produkt Wirtschaftsförderung 10.50.01.68610080

Buchungsstelle 10.50.01.68610080

in €	2015	2014	2013
Standortmarketing	140.000	140.000	140.000

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2014 und 2015 jeweils auf die Haushaltsansätze und für das Jahr 2013 auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung des Kreises.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2014	2013	2012
Verbindlichkeiten	181.526	158.606	318.688

Berichtsjahr 2014	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	158.606
Zunahmen	22.920
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	181.526

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist beim Amtsgericht Frankfurt am Main unter HRB 75141 eingetragen.

Die Gründung der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region fand am 24. März 2005 statt. Die Aufnahme der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erfolgte am 1. August 2005. Das Budget der Gesellschaft betrug: Für das Geschäftsjahr 2005 TEUR 2.250, für das Geschäftsjahr 2006 TEUR 3.000, für das Geschäftsjahr 2007 bis 2010 TEUR 4.000, für das Geschäftsjahr 2011 TEUR 3.900, für das Geschäftsjahr 2012 TEUR 3.860, für das Geschäftsjahr 2013 TEUR 3.640 und für das Geschäftsjahr 2014 TEUR 3.600. Zusätzlich standen der Gesellschaft Mittel aus den Umsatzerlösen zur Verfügung.

Satzungsmäßiger Gegenstand der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist das internationale Standortmarketing für den Wirtschaftsraum FrankfurtRheinMain. Zu dem Portfolio der Gesellschaft gehört insbesondere, die vorhandenen Stärken des Wirtschaftsraums zu vernetzen und zu bündeln, die Wahrnehmung des Wirtschaftsraums und seiner Standortvorteile und das Interesse an dem Wirtschaftsraum zu fördern sowie zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsraums ein gemeinsames, profiliertes Erscheinungsbild des Wirtschaftsraumes und den Wirtschaftsraum als Marke zu entwickeln und zu pflegen.

Der hessische Gesetzgeber hat mit seinem Gesetz über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main vom 18. Februar 2011 seine Aufforderung zur freiwilligen Bildung eines Zusammenschlusses mit der Aufgabe des gemeinsamen Standortmarketings der Region bekräftigt.

Nachdem im Jahr 2013 die Gesellschaft im Rahmen eines Strategieprozesses Ausrichtung, Kernbranchen und Kernländer neu für sich definiert hatte, wurde im Jahr 2014 die konsequente Implementierung und Umsetzung der neu definierten Schwerpunkte fortgesetzt. Auf Basis der neuen Fokussierung konnten neue Gesellschafter gewonnen und ausgetretene Gesellschafter von der Rückkehr überzeugt werden. So kamen im Jahr 2014 die IHK Frankfurt am Main als Gesellschafter mit 5% Anteil neu hinzu. Die Gesellschafter Main-Kinzig-Kreis und Stadt Hanau konnten von einem Verbleib in der Gesellschaft überzeugt werden, die Stadt Wiesbaden trat zum 1. Januar 2014, nach wirksamen Austritt in 2013, der Gesellschaft wieder bei. Mit weiteren potentiellen und ehemaligen Gesellschaftern befindet man sich zum Jahresende in konkreten Beitrittsverhandlungen, weitere Gesellschafter haben die Erhöhung ihrer Anteile angekündigt. Hierdurch kann die einzige für das Jahr 2015 angekündigte Anteilsreduzierung (Stadt Offenbach von 4% auf 2%) aufgefangen werden. Auch mit dem Land Hessen steht man in konkreten Wiedereintrittsverhandlungen die voraussichtlich in 2015 abgeschlossen werden.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Geschäfts- und Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

Die Eckpunkte der neuen Strategie lauten wie folgt:

Die neue Strategie wurde dem Aufsichtsrat in seiner Septembersitzung zur Beschlussfassung vorgestellt. Der Aufsichtsrat begrüßte das Konzept der Geschäftsführung und beschloss die neue Ausrichtung der Strategie. Die Geschäftsführung wurde mit der Implementierung beauftragt. Die Eckpunkte der neuen Strategie lauten wie folgt:

- Konzentration der Aktivitäten auf ausgewählte Zielmärkte und Zielbranchen
- Verstärkte Fokussierung auf das Anwerben von internationalen Ansiedlungsprojekten
- Erhöhung der Qualität der Ansiedlungsprojekte
- Beschränkung der reinen Imagemarketing Aktivitäten auf 7 Kernmärkte: USA, China, Indien, Japan, Korea, Großbritannien, Frankreich
- Darüber hinaus gezielte und direkte Ansprache von vorab qualifizierten, potentiellen Investoren in den Kernmärkten und in den als B und C Märkten eingestuftten Ländern.

Die Aufgaben der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region spiegeln sich u.a. in folgenden Detailaufgaben wider:

- Standortwerbung im Ausland
- Identifikation von Ansiedlungskandidaten über Netzwerke, Analysen und Agenturen
- Gewinnung ausländischer Investoren für die Region FrankfurtRheinMain
- Unterstützung ausländischer Firmen bei der Ansiedlung
- Dauerhafte Begleitung von Expatriates, Business Communities und ausländischen Unternehmen in enger Koordination mit den kommunalen Wirtschaftsförderungen
- Unterstützung von Firmen aus FrankfurtRheinMain bei ihrem Marktzugang in den entsprechenden Zielländern in Zusammenarbeit mit den IHK'en

Die grundsätzlichen Unternehmensziele sind wie folgt definiert:

- Förderung von ausländischen Ansiedlungen in der Region FrankfurtRheinMain
- Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von FrankfurtRheinMain
- Entwicklung von Marketinginstrumenten und –strategien für die Region
- Pflege und Weiterentwicklung der Marke „FrankfurtRheinMain“
- Einnahmengenerierung

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Geschäfts- und Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

Insgesamt werden die Länder durch Projektteams und entsandte Mitarbeiter in China und USA der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region sowie eine Repräsentanz in Indien bearbeitet. Mit ihrer Geschäftstätigkeit nimmt die Gesellschaft übergeordnete Aufgaben im Rahmen des Standortmarketings wahr. Die Gesellschaft konkurriert nicht mit den kommunalen Wirtschaftsförderungen der Gesellschafter, vielmehr kooperiert sie intensiv z.B. im Rahmen der Anbahnung von Ansiedlungen. Aufgaben der Wirtschaftsförderungen nimmt die Gesellschaft nur subsidiär zu den kommunalen Stellen wahr.

National sind vor allem München, Hamburg, Berlin und Düsseldorf als Konkurrenten zu sehen, international die Regionen London, Paris und Amsterdam.

Im Jahr 2014 schaffte die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region über 116.680.359 zielgruppenrelevante Medienkontakte. 8.454 Unternehmensvertreter wurden weltweit mit gezielten Marketingaktivitäten direkt erreicht.

Daraus ergaben sich 180 weiterführende Gespräche zu Ansiedlungsanfragen in der Region und 83 konkrete Ansiedlungsprojekte. Im Jahr 2014 konnten dann 32 Ansiedlungen bei der Ansiedlung in die Region FrankfurtRheinMain begleitet werden. Insgesamt wurden 116 neue ausländische Ansiedlungen bei der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region registriert (32 begleitet durch die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region und 84 weitere registrierte Ansiedlungen).

Gemeinsam mit der Stadt Frankfurt wurde der Auftritt auf der Immobilien Messe Mipim in Cannes, Frankreich, erfolgreich durchgeführt.

Ca. ein Viertel der registrierten Ansiedlungen kamen aus dem Länderbereich USA (30 Ansiedlungen), ein etwas geringerer Teil aus China & Taiwan (25 Ansiedlungen) und ca. 1/10 der Ansiedlungen aus Großbritannien (12 Ansiedlungen). Durch Delegationsreisen, Standortseminare, Roadshows, Messen und Konferenzen im Ausland kontaktierte die Gesellschaft 7.208 interessierte Unternehmensvertreter, während über 1.246 ausländische Besucher an von der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region organisierten Veranstaltungen teilnahmen.

Als die drei Top-Branchen der von der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region begleiteten Ansiedlungen lassen sich "IKT (Informations- und Kommunikationstechnik)" mit 28 von 116 Ansiedlungen, "Consulting" mit 20 kumulierten von 116 Ansiedlungen und "Konsumgüter/Retail" mit 12 Ansiedlungen identifizieren.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Geschäfts- und Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

Im Bereich Online Marketing hat die Gesellschaft neben der bestehenden Firmenwebsite frm-united.com und der Webplattform frankfurt-rhein-main.net die Aktivitäten in den social medias, insbesondere facebook, weibo (China) und twitter verstärkt.

Finanzlage

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist ein Unternehmen, das sog. Leistungserstellungszwecken dient. Die Gesellschaft verfügt über ein Stammkapital von TEUR 250. Finanzielle Grundlage der Gesellschaft sind Zuzahlungen, die die Gesellschafter nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrages jährlich an die Gesellschaft leisten und Erlöse, welche die Gesellschaft im Rahmen ihrer Projektarbeit erzielt. In dem Geschäftsjahr 2014 betrug die Gesamtsumme der von den Gesellschaftern zu leistenden Zuzahlungen TEUR 3.600. Zusätzlich wurden Umsatzerlöse von rd. TEUR 126 generiert. Die Verfügbarkeit der Finanzmittel der Gesellschafter ist im Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft festgeschrieben. Die Zuzahlungen der Gesellschafter für das Geschäftsjahr 2014 sind zum 08. Dezember 2014 in voller Höhe geleistet worden.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war in 2014 bzw. bis zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung zu jedem Zeitpunkt gesichert.

Ertragslage

Ihrem Gesellschaftszweck entsprechend erwirtschaftet die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region Erlöse im Wesentlichen durch Beteiligungen Dritter an den Veranstaltungen, Werbeanzeigen in Publikationen der Gesellschaft und der Vermietung der Marketing-Lounge. Im Jahr 2014 wurden Umsatzerlöse in Höhe von T€ 126 (Vorjahr: T€ 116) erzielt. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region beträgt T€ -3.058 nach T€ -3.138 im Vorjahr. Dieser Rückgang des Jahresfehlbetrags um TEUR 73 geht im Wesentlichen auf ein deutliches Kostenreduzierungsprogramm in Antizipation der angekündigten Austritte sowie auf das Zurückfahren der Sonderprojekte zum 1. Januar 2014 zurück.

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region geht davon aus, dass der Anteil der Erlöse aus Beteiligungen Dritter und der Vermietung der Marketing-Lounge in den nächsten Jahren steigen wird.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Ertragslage (Fortsetzung)

So konnte 2014 eine entgeltpflichtige Dienstleistungsvereinbarung mit der Wirtschaftsförderung Region Frankfurt RheinMain e. V. zur Durchführung der Messe Expo Real sowie zur Betreuung des Vereins abgeschlossen werden. Die Gesellschaft geht daher davon aus, langfristig im Durchschnitt einen höheren Anteil der Kosten durch Erlöse auch durch die zusätzliche Einrichtung eines Kompetenzzentrums Wirtschaft decken zu können.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region beträgt im Geschäftsjahr 2014 T€ 1.752.

Das Anlagevermögen beträgt T€ 92 und betrifft immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen. Es ergibt sich eine Anlagenintensität von 5,3% (Vorjahr: 6,7%). Das Umlaufvermögen und der Rechnungsabgrenzungsposten betragen insgesamt T€ 1.660 (Vorjahr: T€ 1.053). Das Umlaufvermögen (vor allem Bankbestand) ist gestiegen. Das ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die eingezahlten Mittel der Gesellschafter nicht komplett ausgegeben wurden - z.B. durch nicht durchgeführte Projekte.

Das Eigenkapital hat sich im Vorjahresvergleich um T€ 589 auf T€ 1.494 erhöht. Es wurde durch die Gesellschafter in diesem Jahr mehr in die Kapitalrücklage eingezahlt als in diesem Jahr ausgegeben wurde, dadurch erhöhte sich das Eigenkapital. Die Eigenkapitalquote stieg deshalb in 2014 auf 85,3%, von 80,2% im Vorjahr.

Nachtragsbericht

Der angekündigte Austritt der Stadt Offenbach konnte abgewendet werden, allerdings wird der Anteil zum 1. Januar 2015 von 4% auf 2% reduziert werden. In 2015 treten Neu-Isenburg und der Rheingau-Taunus-Kreis der Gesellschaft bei. Dem Antrag des Regionalverbandes auf Verdopplung seiner Anteile von 1,5 % auf 3% wurde entsprochen. Ebenso dem Antrag des Landes Hessen mit einem Anteil von 3,25% wieder Gesellschafter werden zu wollen. Mit zahlreichen Kommunen in der Region FrankfurtRheinMain dauern die Sondierungsgespräche über einen möglichen Beitritt an. Die Stadt Neu-Isenburg ist im März 2015 der Gesellschaft beigetreten.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Risikobericht

Die Gesellschaft erbringt im Auftrag ihrer Gesellschafter unentgeltlich Dienstleistungen im Bereich des Standortmarketings für die Region FrankfurtRheinMain insgesamt. Anstelle von Dienstleistungsentgelten treten Zuzahlungen auf gesellschaftsrechtlicher Grundlage. Zur Erhaltung des Eigenkapitals und zur Gewährleistung der Zahlungsfähigkeit ist die Gesellschaft auf diese Zuzahlungen angewiesen. Vor diesem Hintergrund werden als einzige, für den Bestand der Gesellschaft kritische, Risiken mögliche weitere Gesellschafteraustritte, insbesondere des Hauptgesellschafters Stadt Frankfurt, identifiziert. Das Risiko wird in Bezug auf die Stadt Frankfurt als niedrig und in Bezug auf die restlichen Gesellschafter als mittel bis niedrig eingeschätzt.

Weitere Risiken, die den Bestand der Gesellschaft gefährden, oder die Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können, werden aus heutiger Sicht nicht gesehen.

Es drohen auch keine Rechtsstreite, die eine Gefährdung des Fortbestehens der Gesellschaft nach sich ziehen. Die Finanzierung der Gesellschaft durch alle 22 verbleibenden Gesellschafter ist bis Ende 2015 durch die Vereinbarung im Gesellschaftsvertrag gesichert. Der Wirtschaftsplan wird durch die Gesellschafterversammlung und den Aufsichtsrat genehmigt.

Risikomanagementziele und -methoden

Der Gesellschafterversammlung und dem Aufsichtsrat sind jederzeit der finanzielle Überblick gewährleistet. So wird den Aufsichtsratsmitgliedern quartalsweise ein Update über den Plan/Ist-Vergleich kommuniziert. Eventuelle Abweichungen werden den Gesellschaftern frühzeitig kommuniziert, so dass rechtzeitig Gegenmaßnahmen eingeleitet werden können. Der Eingang der Zuzahlungen erfolgt quartalsweise und wird im Rahmen eines Mahnwesens überwacht. Kündigungen von Anteilen sind ausschließlich mit einem Jahr Vorlaufzeit möglich und betreffen somit nicht die laufende Finanzierung. Mit Hilfe eines Beratungsunternehmens wurde im Jahr 2014 eine Risikoanalyse und Prüfung durchgeführt. Die wesentliche oben beschriebene Risikoeinschätzung wurde hierdurch bestätigt.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Finanzinstrumente

Die Finanzinstrumente der Gesellschaft umfassen zum 31. Dezember 2014 die Forderungen, sonstigen Vermögensgegenstände, liquide Mittel sowie die Verbindlichkeiten. Hierbei ist die Gesellschaft den folgenden Risiken ausgesetzt:

- Ausfallrisiken/Preisänderungsrisiken
- Die Werthaltigkeit der Forderungen (vor allem gegen die Gesellschafter) ist grundsätzlich gegeben. Preisänderungsrisiken liegen zurzeit nach Einschätzung der Geschäftsführung nicht vor.
- Liquiditätsrisiken und Zahlungsstromrisiken liegen zurzeit nach Einschätzung der Geschäftsführung nicht vor, es sei denn die beteiligten Gesellschafter – insbesondere Kommunen oder Landkreise – könnten ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen. Hiervon ist jedoch nicht auszugehen.

Prognosebericht

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist eine Gesellschaft, die übergeordnete Aufgaben wahrnimmt und somit nicht in Konkurrenz zu anderen Institutionen steht. Des Weiteren gibt es keine andere Gesellschaft in der Region, die eine übergeordnete Rolle wie die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region übernimmt.

Für 2015 wird ein negatives Geschäftsergebnis in der Größenordnung von TEUR 3.600 erwartet, welches jedoch in der Kosten- und Erlösstruktur der Gesellschaft begründet ist.

Der Gesellschaft steht nach aktueller Planung im Jahr 2015 ein Budget von TEUR 3.810 zur Verfügung. Allerdings ist wie bereits beschrieben mit einer zusätzlichen Erhöhung der Umsatzerlöse zu rechnen. Die Wirtschafts- und Projektplanung wird entsprechend angepasst.

Neben den vertraglich zugesicherten Zuzahlungen der Gesellschafter ist der Finanzmittelstand auch noch vorhanden.

Die Chancen für die Entwicklung von Ansiedlungsprojekten bzw. für die Weiterleitung von potentiellen Ansiedlungskandidaten an die kommunalen Wirtschaftsförderungen sind als sehr positiv zu bewerten.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Prognosebericht (Fortsetzung)

Die Region FrankfurtRheinMain, d.h. "das Produkt" der Gesellschaft ist sehr vielseitig und bietet somit den sehr heterogenen Zielgruppen der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ein breites Spektrum an Möglichkeiten.

Die Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit ist durch alle einfließenden Faktoren gewährleistet.

Die Zeit der Austritte ist aus heutiger Sicht vorüber. Die Gesellschaft blickt gestärkt in die Zukunft. Aufgrund der Öffnung des Gesellschafterkreises für kreisabhängige Kommunen und der Neuausrichtung im Jahr 2013 geht die Gesellschaft davon aus, dass es auch in den kommenden Jahren gelingen wird, weitere neue Gesellschafter und ausgetretene Gesellschafter zurückzugewinnen sowie weitere Finanzmittel anzuwerben.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

L. Bilanz

Aktiva	2014	2013	Veränderung	2012
	in €	in €	in €	in €
- Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	32.580	7	32.573	132
Immaterielle Vermögensgegenstände	32.580	7	32.573	132
- Bauten auf fremden Grundstücken	3.275	3.421	-146	3.567
- andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	55.781	73.019	-17.238	89.448
Sachanlagen	59.056	76.440	-17.384	93.015
- Anteile an verbundenen Unternehmen	1	1	0	1
Finanzanlagen	1	1	0	1
Anlagevermögen	91.637	76.448	15.189	93.148
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	9.970	14.821	-4.850	67.207
- Sonstige Vermögensgegenstände	87.435	94.211	-6.775	113.870
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	97.406	109.031	-11.626	181.077
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.475.232	820.005	655.227	596.171
Flüssige Mittel	1.475.232	820.005	655.227	596.171
Umlaufvermögen	1.572.637	929.037	643.601	777.247
Rechnungsabgrenzungsposten	88.196	123.341	-35.145	20.071
	1.752.470	1.128.825	623.645	890.466

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

L. Bilanz (Fortsetzung)

Passiva	2014	2013	Veränderung	2012
	in €	in €	in €	in €
- Gezeichnetes Kapital	250.000	250.000	0	250.000
- Nennbetrag eigener Anteile	0	-12.500	12.500	-8.750
- ausgegebenes Kapital	250.000	237.500	12.500	241.250
- Kapitalrücklagen	24.123.113	23.619.540	503.573	24.378.734
- Verlustvortrag	0	0	0	0
- Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0	0
- Bilanzverlust/-gewinn	-22.878.926	-22.951.581	72.655	-24.178.620
Eigenkapital	1.494.187	905.459	588.728	441.364
- Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	0	0	0	0
- Sonstige Rückstellungen	76.757	64.760	11.997	130.415
Rückstellungen	76.757	64.760	11.997	130.415
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	80.323	81.093	-770	271.815
- Sonstige Verbindlichkeiten	101.203	77.514	23.690	46.873
Verbindlichkeiten	181.526	158.606	22.920	318.688
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	1.752.470	1.128.825	623.645	890.466

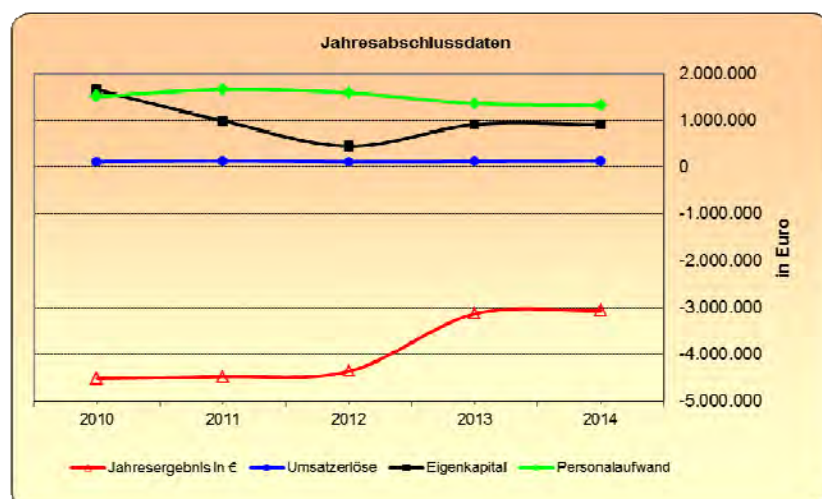
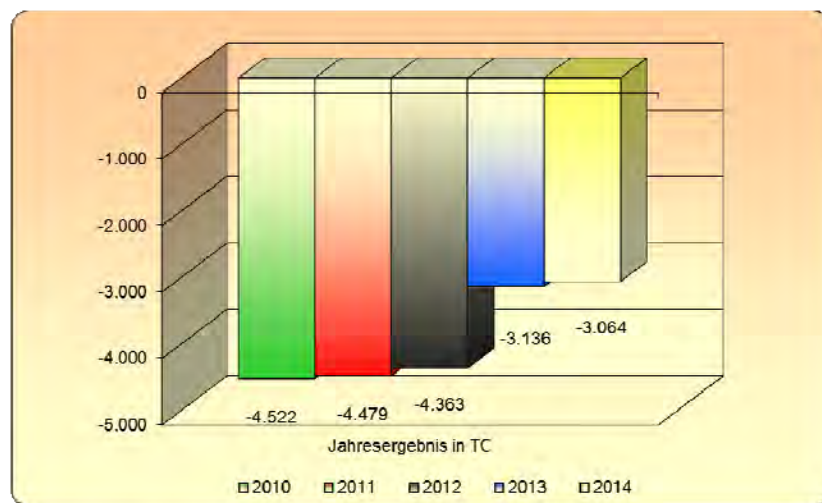
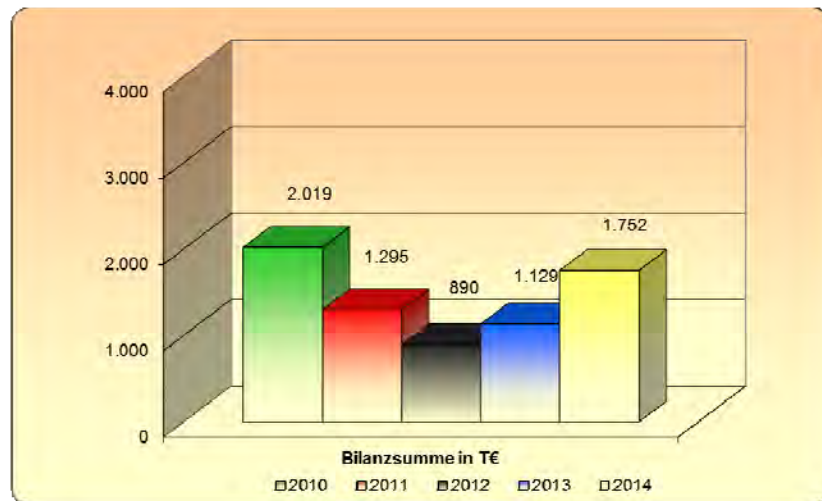
Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2014	2013	2012
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse Erlöse Projekte und Aktivitäten	126.389	117.507	112.292
Sonstige betriebliche Erträge	12.795	5.430	11.684
	139.184	122.937	123.976
Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.160.724	1.205.175	2.134.505
a) Löhne und Gehälter	1.043.178	1.070.957	1.241.212
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	280.193	285.690	342.753
	1.323.371	1.356.647	1.583.966
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	19.711	19.368	22.025
Sonstige betriebliche Aufwendungen	695.004	681.948	740.998
	714.715	701.316	763.023
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.944	2.102	5.011
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	11.765
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3.057.682	-3.138.098	-4.364.270
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-2.243	-929
sonstige Steuern	6.090	572	125
Steuern	6.090	-1.671	-804
Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	-3.063.772	-3.136.427	-4.363.466
Verlustvortrag	22.951.581	24.178.620	24.293.854
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	3.136.427	4.363.466	4.478.700
Bilanzverlust	22.878.926	22.951.581	24.178.620

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin
--

Aus dem Erlös des Verkaufes der EVO-Anteile hat sich die KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH im Zuge der Gesamtkonzeption der Wiederanlage als Kommanditist an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin, beteiligt.

Bei der vorliegenden steuerbegünstigten Kapitalanlage handelt es sich um eine Beteiligung in der Rechtsform der Kommanditgesellschaft. Im Vordergrund dieser Beteiligung standen Ausschüttungen/Entnahmen aus prospektierten Liquiditätsüberschüssen bezogen auf die Nominalbeteiligung.

Die Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG betreibt in Göhren-Lebbin an der Müritzseenplatte in Mecklenburg-Vorpommern das Freizeit- und Urlaubsresort „Land Fleesensee“.

„Land Fleesensee“, als eine der größten Resortanlagen in Nordeuropa, besteht aus insgesamt drei Hotelbetrieben, dem RadissonSAS Resort Schloßhotel, dem Robinson Club und dem Dorfhof. Zu dem Gesamtkomplex gehören darüber hinaus noch eine moderne Wasserwelt mit angegliedertem Sauna- und Wellnessbereich sowie großzügige Sportanlagen. Hierbei seien insbesondere die insgesamt sechs Golfplätze genannt.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

Anschrift	Thyssenstraße 7 -17, 13407 Berlin
Telefon	030/85613494-0
Telefax	030/85613494-9
Internet	www.fleesensee.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2013

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	Kommanditgesellschaft in Form einer GmbH & Co. KG
Gründungstag/-jahr	24. September 1994
Persönlich haftende Gesellschafterin	Fleesensee Verwaltungs GmbH, Berlin
Geschäftsführer der Komplementärin	Detlev U. Fricke, Berlin
Stammkapital	30.677,51 €
Kommanditkapital (ursprünglich)	96.634.165,56 €

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist neben der Entwicklung, der Errichtung und dem Betrieb (auch durch Managementgesellschaften) von Hotels, sowie gastronomischen und anderen touristischen Einrichtungen im Bereich des „Freizeit- und Urlaubsresort Land Fleesensee“ in Göhren-Lebbin in Mecklenburg-Vorpommern, die Koordination, die finanzielle Führung sowie die Übernahme aller sonstigen übergeordneten Aufgaben im Zusammenhang mit dem vorgenannten Projekt.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Geschäftsführer der Komplementärin

Detlev U. Fricke, Berlin

D. Kommanditisten

Kommanditisten	Anteil in %	Anteil in €
Gesamtkapital der Kommanditisten	100,00	96.634.165,56

Kommanditisten	Anzahl
Anzahl der Kommanditisten zum 31.12.2013	1.702

Die Beteiligung als Kommanditist beträgt € 8.052.847,13.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

E. Anteilsbesitz

Konsolidierte verbundene Unternehmen	Anteil in %	Erstkonsolidierungszeitpunkt
Fleesensee GmbH & Co. Golf- und Sporthotel KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Fleesensee GmbH & Co. Clubanlage KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Fleesensee GmbH & Co. Feriendorf KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Fleesensee GmbH & Co. Sportanlagen KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Fleesensee GmbH & Co. Kur- und Thermen KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Land Fleesensee Service Gesellschaft, Göhren-Lebbin (vormals: Land Fleesensee Tourismus Marketing GmbH, Göhren-Lebbin)	100,00	31.12.2008

Nicht konsolidierte verbundene Unternehmen	Anteil in %	Erstkonsolidierungszeitpunkt
Fleesensee Management GmbH, Berlin	100,00	---
Schloss Blücher Dorf- und Tagungszentrum Betriebs GmbH i. L., Berlin	100,00	---
Schloss Blücher Reitanlagen Management GmbH i. L., Berlin	100,00	---

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Hinsichtlich der aus dem Veräußerungserlös der EVO-Anteile im Jahre 2000 erworbenen Beteiligung an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG besteht seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde die Auffassung, dass es sich bei dieser Beteiligung um eine reine Kapitalanlage handelt und diese deshalb unzulässig ist.

Seitens der Aufsichtsbehörde ist die Beteiligung im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten in vermögensschonender Art und Weise zu beenden.

Dieser Vorgabe des Regierungspräsidiums Darmstadt zur Abwicklung der Beteiligung wurde im Rahmen der Beschlussfassung zum Schulprojekt Rechnung getragen.

Eine Abwicklung der Beteiligung ist bislang nicht erfolgt.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2013	2012	2011
Verbindlichkeiten	54.497.525	56.680.954	57.288.638

Berichtsjahr 2013	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	56.680.954
Zunahmen	0
Abnahmen	2.183.430
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	54.497.524

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2013

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns

Entwicklung des Markts und des Konzerns

Mecklenburg-Vorpommern erfreut sich weiterhin großer und wachsender Beliebtheit bei deutschen und zunehmend auch ausländischen Besuchern. Mit rund 28,2 Mio. Übernachtungen im Jahr 2013 übertraf die Tourismusbranche des Bundeslandes das Vorjahresergebnis um 0,8 %. Die Mecklenburgische Seenplatte im Speziellen verzeichnete nur einen leichten Zuwachs in Höhe von 0,2 % auf 3,4 Mio. Übernachtungen (Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern).

Der Trend hin zum kurzfristig gebuchten Urlaub und zur Buchung über die zahlreichen Internetportale hält weiterhin an, was wiederum den Druck auf die durchschnittlichen Zimmerpreise erhöht. Die Aufenthaltsdauer blieb im Jahr 2013 konstant auf niedrigem Niveau. Auf diese Herausforderungen gilt es, die geeigneten Antworten zu finden.

Land Fleesensee verzeichnete wie nahezu alle deutschen Urlaubsgebiete ein außerordentlich schwieriges Frühjahr 2013 mit geschlossener Schneedecke bis Mitte April. In diesem Zeitraum wurden aufgrund dessen nur 5.200 Golfrunden gespielt, rund 8.000 weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Belegungsquote der Hotels sank von Januar bis April um 5 %. Dies führte zu deutlichen Einbrüchen bei Umsatz und Ergebnis aller Betriebe bis Ende April.

Im Folgenden normalisierte sich die Geschäftsentwicklung langsam, ohne dass die aufgelaufenen Rückstände aufgeholt werden konnten. Es ist davon auszugehen, dass eine Vielzahl an Buchungsentscheidungen frühzeitig auch für den Sommer aufgrund des kalten Jahresanfangs zugunsten wärmerer Gefilde getroffen wurden. Insgesamt ging die Auslastung der drei Hotelbetriebe Radisson Blu, Robinson Club und Dorfhotel um rund 2 % auf 56 % zurück. Auch die Anzahl der Übernachtungen reduzierte sich auf 259.000 (2012: 272.200). Die gespielten Golfrunden beliefen sich auf rund 50.300 (Vorjahr: 60.300). Die operativen Betriebe des Resorts erlösten in 2013 auf Einzelabschlussbasis zusammen mit EUR 26,7 Mio. rund 4 % weniger als im Vorjahr (EUR 27,8 Mio.). Das operative Betriebsergebnis (GOP) ging ebenfalls um rund 4 % auf EUR 4,3 Mio. zurück.

Im Radisson Blu lag die Zimmerauslastung im ersten Halbjahr 2013 mit 5 % hinter dem Vorjahr zurück. Das zweite Halbjahr 2013 war dagegen recht erfreulich. Das Radisson Blu erreichte aufgrund des starken Veranstaltungsgeschäfts sehr gute Belegungszahlen. Im Gesamtjahr 2013 lag man daher bei der Belegung leicht über dem Vorjahr, die handelsrechtlichen Umsatzerlöse lagen mit TEUR 7.106 nur noch rund 1 % unter dem Vorjahresniveau (2012: TEUR 7.173). Dagegen konnte das operative Betriebsergebnis sogar um 10 % gesteigert werden.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2013 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns (Fortsetzung)

Entwicklung des Markts und des Konzerns (Fortsetzung)

Die Zimmerbelegung des Robinson Club Fleesensee lag um rund 3 % unter dem Vorjahresniveau. Folglich sank auch der handelsrechtliche Umsatz auf TEUR 10.707 (2012: TEUR 10.941). Dies bedeutet einen Rückgang um TEUR 234 oder 2 %. Das GOP sank im Vergleich zum Vorjahr um rund 4 %. Dies ist nominell deutlich weniger als der Umsatzrückgang, da es gelang, einen großen Teil der geringeren Umsätze über Kosteneinsparungen zu kompensieren.

Das Dorfhôtel Fleesensee konnte die witterungsbedingt schlechten Zahlen der ersten Monate 2013 nicht voll ausgleichen. Die Belegung sank um 2 % gegenüber dem Jahr 2012. Nötige Zugeständnisse bei den Durchschnittsraten ließen den Umsatz im Vergleich zu 2012 um rund 7 % zurückgehen. Aufgrund von Sondereffekten in 2012 konnte das GOP in 2013 dagegen deutlich gesteigert werden.

Das Land Fleesensee SPA verfehlte in 2013 den Umsatz von 2012 um 2 %. Dies wirkte sich in voller Höhe auch auf das GOP aus. Im vierten Quartal verbesserte sich die Situation für das Land Fleesensee SPA allerdings schlagartig, als die Therme in Röbel zwecks Umbaumaßnahmen geschlossen wurde. Es ist davon auszugehen, dass die Gesellschaft hiervon zumindest für die Dauer dieser Schließung erheblich profitieren kann.

Der Golf & Country Club Fleesensee war am stärksten von den Wetterbedingungen in den ersten vier Monaten des Jahres 2013 betroffen. Aufgrund von Schnee und Eis fanden sich nur sehr wenige Golfer auf den Plätzen des Clubs wieder. Insbesondere aufgrund dessen ging der handelsrechtliche Umsatz um 14% zurück, was einen entsprechenden Effekt auf das GOP hatte, welcher um rund 90% zurückging.

Ertragslage

Der Konzern erwirtschaftete im Geschäftsjahr einen Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 1.095.

Damit verbesserte sich das Konzernergebnis um TEUR 4.148 gegenüber dem Vorjahr, was zum überwiegenden Teil auf in 2012 vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen (TEUR 3.178) zurückzuführen ist. Ferner konnten im Geschäftsjahr Kursgewinne in Höhe von TEUR 866 aus dem Schweizer-Franken-Darlehen realisiert werden (2012: Kursverlust in Höhe von TEUR 372). Das operative Ergebnis der Fleesensee-Gesellschaften blieb um 4% hinter dem Vorjahr zurück. Zumindest die Fleesensee GmbH & Co. Golf- und Sporthotel KG sowie die Fleesensee GmbH & Co. Clubanlage KG konnten in 2013 die Gewinnzone erreichen (TEUR 733 bzw. TEUR 217).

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2013 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns (Fortsetzung)

Ertragslage (Fortsetzung)

Die Fleesensee GmbH & Co. Kur- und Thermen KG sowie die Fleesensee GmbH & Co. Sportanlagen KG konnten auf Einzelabschlussebene zwar einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 69 bzw. TEUR 344 verbuchen. Dies war allerdings ausschließlich auf Zuschüsse der Konzern-Muttergesellschaft zurückzuführen, die als außerordentliche Erträge erfasst wurden. Die übrigen operativen Gesellschaften erwirtschafteten Jahresfehlbeträge: Fleesensee GmbH & Co. Feriendorf KG (./. TEUR 71) und Land Fleesensee Service Gesellschaft GmbH (vormals Land Fleesensee Tourismus Marketing GmbH; TEUR ./. 151). Der konsolidierte Konzernumsatz lag mit TEUR 26.857 um TEUR 1.181 unter dem Vorjahr 2012 (TEUR 28.038).

Aufgrund der Verlustvorträge der Tochtergesellschaften aus den Vorjahren konnten keine Beteiligungserträge bei der Muttergesellschaft vereinnahmt werden.

Finanzlage

Im Geschäftsjahr setzt sich der Cash Flow wie folgt zusammen:

Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	T €	1.201
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	T €	-516
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	T €	<u>-641</u>
Cash Flow gesamt	T €	<u>44</u>

Der Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit (TEUR 1.201) wurde im Geschäftsjahr überwiegend für die Tilgung von Finanzkrediten (TEUR 641) und für betriebsoptimierende Investitionen verwendet (TEUR 516).

Vermögenslage

Der Konzern weist zum Abschlussstichtag positive Kapitalkonten in Höhe von TEUR 3.075 (Vorjahr: TEUR 4.101) aus. Diese positiven Kapitalkonten entsprechen einer Eigenkapitalquote von 5,2% (Vorjahr: 5,0%).

Des Weiteren weist der Konzern zum Abschlussstichtag den Posten "Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Entnahmen und Verlustanteile der Kommanditisten" in Höhe von TEUR 13.625 aus.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2013 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns (Fortsetzung)

Vermögenslage (Fortsetzung)

Der gleichzeitige Ausweis eines positiven Eigenkapitals und des Postens "Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Entnahmen und Verlustanteile der Kommanditisten" erklärt sich mit dem getrennten Ausweis von positiven und negativen Kapitalkonten aufgrund des handelsrechtlichen Saldierungsverbots.

Rechtsverfahren

Vor dem Landgericht Berlin und in der Berufungsinstanz vor dem Kammergericht waren gegen die Konzern-Muttergesellschaft einige Zivilrechtsverfahren anhängig, in denen Widerrufe nach HausTWG erklärt wurden. In der Mehrzahl der Fälle haben die Gerichte eine "Haustürsituation" bei der Einwerbung des Beteiligungskapitals verneint, so dass die Klagen abgewiesen wurden. In einem Fall, der das Jahr 2005 betraf, in fünf Fällen, die das Jahr 2006 betrafen, und in einem Fall, der das Jahr 2007 betraf, haben die Gerichte jedoch eine "Haustürsituation" bejaht und den Widerruf durchgreifen lassen. Die Folgen für die Konzern-Muttergesellschaft sind jedoch überschaubar, da der jeweilige Gesellschafter nicht seine Einlage zurück fordern, sondern lediglich die Erstellung einer Auseinandersetzungsbilanz und die Ermittlung eines Abfindungsguthabens für den Zeitpunkt des Widerrufs verlangen kann. Mit neuen Klagen ist nicht mehr zu rechnen.

Bezüglich der Klagen aus behaupteter Prospekthaftung ist es dabei geblieben, dass keine dieser Klagen jemals erfolgreich war. Derzeit laufen nur noch zwei Verfahren in 2. Instanz aus dieser Kategorie, die bereits erstinstanzlich zugunsten der Konzern-Muttergesellschaft ausgegangen ist. Die Rechtsberater der Gesellschaft rechnen auch bei diesen zwei Restverfahren nicht mit einer Verurteilung. Mit weiteren Verfahren ist nicht mehr zu rechnen, da am 31. Dezember 2013 unter jedem denkbaren rechtlichen Gesichtspunkt Verjährung eingetreten ist.

Eines der Beratungsunternehmen, das in der Emissionsphase an der Einwerbung des Gesellschaftskapitals beteiligt war, ist von einzelnen Kunden mit dem Vorwurf der Schlechtberatung überzogen und gerichtlich verklagt worden. In diesen Prozessen hat das Beratungsunternehmen gegenüber der Fondsgesellschaft den Streit verkündet. Die Rechtsberater der Gesellschaft rechnen nicht damit, dass dem Fonds aus diesen Verfahren Nachteile entstehen, zumal bereits fast alle Verfahren zugunsten der Gesellschaft entschieden wurden. Unmittelbar verurteilt werden kann die Fondsgesellschaft ohnehin nicht, da sie nur Streitverkündungsempfängerin ist.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2013 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns (Fortsetzung)

Rechtsverfahren (Fortsetzung)

Aber auch mit einem Regress des Beratungsunternehmens ist nicht zu rechnen, zumal das mit diesen Verfahren befasste Landgericht Hannover bereits mehrmals zum Ausdruck gebracht hat, dass es den Emissionsprospekt für korrekt hält. Mit weiteren Verfahren ist auch in dieser Kategorie nicht zu rechnen, da am 31. Dezember 2013 unter jedem denkbaren rechtlichen Gesichtspunkt Verjährung eingetreten ist.

II. Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns

Chancen- und Risikobericht

Das Land Fleesensee konnte in den ersten neun Monaten des Jahres 2014 in jeder Hinsicht das Jahr 2013 übertreffen. Die Hotels des Resorts erreichten eine Auslastung von rund 60% und liegen damit 2% über dem Vorjahreszeitraum. Auch die gespielten Golfkunden konnten gesteigert werden. Von Januar bis September 2014 spielten 5% mehr Gäste auf den Golfplätzen des Resorts als im Vorjahr.

Insgesamt beläuft sich der operative Umsatz aller Resortunternehmen per Ende September 2014 auf EUR 20,7 Mio. (2013: EUR 20,5 Mio.). Dies bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 1%. Das GOP konnte dagegen deutlich gesteigert werden. Hier liegt man mit EUR 4,1 Mio. über dem Vorjahreszeitraum (EUR 3,5 Mio.).

Die Belegungsquote des Radisson Blu lag per Ende September 2014 in etwa auf Vorjahresniveau. Im bisherigen Jahresverlauf war eine gewisse Verschiebung von Veranstaltungs- hin zu Individualgästen zu verzeichnen. Dies hatte steigende Logisumsätze, im Gegenzug allerdings auch niedrigere Erlöse aus Speisen und Getränken zur Folge. Im Ergebnis sank der Umsatz per Ende September 2014 um rund 3% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Das GOP ging um rund 8 % zurück. Gemäß Schreiben vom 2. Dezember 2013 wurde die Verlängerungsoption für den Betreibervertrag mit Ergebnisgarantie durch die Rezidor Hotels Deutschland GmbH, Hamburg, nicht ausgeübt. Somit endet der Vertrag regulär am 31. Dezember 2015.

Auch der Robinson Club Fleesensee verzeichnete im bisherigen Verlauf des Jahres 2014 ein schwächeres Firmen- bzw. Gruppengeschäft. Insbesondere darauf ist es zurückzuführen, dass die Belegungsquote per Ende September 2014 um rund 3% hinter dem Vorjahr zurückliegt. Weiterhin sorgte auch die späte Lage der Sommerferien für eine geringere Auslastung.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2013 (Fortsetzung)

II. Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns (Fortsetzung)

Chancen- und Risikobericht (Fortsetzung)

In der Folge sank der Umsatz in den ersten drei Quartalen um rund 4%. Erneut konnte - absolut gesehen - fast die Hälfte dieses Umsatzrückgangs mittels Kosteneinsparungen aufgefangen werden, sodass der Rückgang beim GOP entsprechend geringer ausfiel.

Die Entwicklung des Dorfhotel Fleesensee von Januar bis September 2014 ist sehr erfreulich. Insbesondere das milde Wetter und die günstigere Lage der Osterferien ließen in diesem Zeitraum den Umsatz im Vergleich zu 2013 deutlich um rund 14% steigen. Die Zimmerauslastung konnte um rund 8% erhöht werden. Im August 2014 wurde sogar die höchste Monatsauslastung seit mehreren Jahren ausgewiesen. Das GOP konnte im Vergleichszeitraum bis September 2014 ebenfalls um beachtliche 80% gesteigert werden.

Das Fleesensee SPA konnte wie erwartet von der Schließung der Therme in Röbel profitieren. Weiterhin kamen der Gesellschaft die höheren Belegungszahlen der Hotels, insbesondere im Dorfhotel, zugute. Der Umsatz stieg daher um 10%, das GOP konnte ganz erheblich gesteigert werden und liegt nun im Gegensatz zum Vorjahr im positiven Bereich.

Dem Golf & Country Club Fleesensee gelang im bisherigen Verlauf 2014 ebenfalls eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr, was insbesondere auf das deutlich bessere Wetter zurückzuführen ist. Der Umsatz stieg in den ersten neun Monaten um 4,5%, das GOP konnte sogar um 170% gesteigert werden.

Zur Lösung der Liquiditätsproblematik wurde mit dem Bankenkonsortium eine Vereinbarung zur Finanzierung des Resorts bis Ende 2014 geschlossen (vgl. hierzu den folgenden Nachtragsbericht).

Zum Stichtag 31. Dezember 2013 waren insgesamt 17 Kündigungen mit einem Beteiligungskapital von insgesamt rund TEUR 481 eingegangen. Mit Wirkung zum 31. Dezember 2014 hatten neun Gesellschafter mit einem Beteiligungskapital von insgesamt TEUR 1.268 gekündigt. Zum Stichtag 31. Dezember 2015 haben fünf Gesellschafter mit einem Beteiligungskapital von TEUR 102 gekündigt.

Für das CHF-Fremdwährungsdarlehen erfolgten nach erstmaligem Auslaufen der Zinsbindung zum 30. Dezember 2008 jeweils halbjährliche bzw. quartalsweise Prolongationen mit angepassten Zinskonditionen. Derzeit ist eine Zinsfestschreibung bis 31. Dezember 2014 vereinbart. Nach wie vor können aufgrund des Wechselkursrisikos auch zukünftig Kursverluste für die Fonds-Gesellschaften entstehen.

Zu Risiken aus der Liquiditätsplanung wird auf den folgenden Nachtragsbericht verwiesen.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2013 (Fortsetzung)

II. Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns (Fortsetzung)

Nachtragsbericht

Die Geschäftsführung stellt den Konzernabschluss ungeachtet des Postens "Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Entnahmen und Verlustanteile der Kommanditisten" in Höhe von TEUR 13.625 weiterhin unter der Annahme der Unternehmensfortführung auf und vertritt die Meinung, dass der Konzern für mindestens weitere zwölf Monate geschäftsfähig bleibt.

Die Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG befand sich seit November 2012 in einem strukturierten Prozess zum Verkauf ihrer Anteile an den operativen Fleesensee-Gesellschaften. Um den geordneten Verkaufsprozess sowie die Unternehmensfortführung zu sichern, wurde mit den kapitalgebenden Banken mit Datum vom 31. Januar/4. Februar 2014 eine Vereinbarung zur Finanzierung des Ferienresorts Land Fleesensee mit Gültigkeit bis zum 31. Dezember 2014 unterzeichnet.

Nach dem erfolgreichem Abschluss des Verkaufsprozesses und der Unterzeichnung eines notariellen Vertrages über den Verkauf der Kommandit- und Geschäftsanteile der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG an den Fleesensee-Gesellschaften vom 2. Oktober 2014 wurde mit den kapitalgebenden Banken eine Vereinbarung zur Beendigung der Finanzierung des Ferienresorts Land Fleesensee entworfen. Die Eckpunkte der geplanten Vereinbarung sehen eine Entschuldung der Tochtergesellschaften, eine Freigabe der vereinbarten Sicherheiten, einen teilweisen Forderungsverzicht der kapitalgebenden Banken gegenüber dem Mutterunternehmen sowie die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Liquidation der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG vor.

Der Vollzug des Kaufvertrages vom 2. Oktober 2014 ist an diverse Vollzugsvoraussetzungen gebunden. Treten alle oder einzelne Vollzugsvoraussetzungen nicht bis zum 30. November 2014 ein, sind Käufer oder Verkäufer durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Notar zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt. Gemäß gleichlautenden Erklärungen der Vertragsparteien vom 28. November 2014 werden die Parteien ihr Rücktrittsrecht bis zum 15. Dezember 2014 nicht in Anspruch nehmen.

Deswegen gehen die Parteien einvernehmlich von einem Wirksamwerden des Kaufvertrages vom 2. Oktober 2014 sowie von einer Unterzeichnung der Vereinbarung zur Beendigung der Finanzierung des Ferienresorts Land Fleesensee aus. Die Geschäftsführung bereitet die Liquidation der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG sowie ihrer Komplementärin vor. Ein entsprechender Gesellschafterbeschluss wurde noch nicht gefasst.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2013 (Fortsetzung)

II. Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns (Fortsetzung)

Nachtragsbericht (Fortsetzung)

Die Liquiditätsplanung (Stand 15. September 2014) weist für den regulären Geschäftsverlauf einen Liquiditätsbestand zum 31. Dezember 2014 in Höhe von TEUR 868 und bei Abschluss der geplanten Liquidation in Höhe von TEUR 0 aus.

Die Geschäftsführung weist ausdrücklich darauf hin, dass im Falle eines Nichtvollzugs des Kaufvertrages vom 2. Oktober 2014 die positive Annahme der Unternehmensfortführung voraussichtlich nicht mehr gegeben und der Bestand des Konzerns gefährdet ist.

Sollte eine Situation entstehen, in der die Liquidität nicht ausreichen sollte, um alle fälligen Verbindlichkeiten zu befriedigen, hätte die Muttergesellschaft gleichwohl Möglichkeiten, um diese Lücke zu schließen.

In diesem Fall könnte von den Gesellschaftern ein Teil der in der Vergangenheit erfolgten Liquiditätsausschüttungen zurückgefordert werden. Der Gesellschaftsvertrag schließt diese Rückforderung nicht aus. Eine solche Rückforderung steht auch nicht im Widerspruch zu der im Gesellschaftsvertrag ausgeschlossenen Nachschusspflicht.

Da diese Ausschüttungen mindestens teilweise dazu geführt haben, dass die persönliche Haftung der Gesellschafter wieder auflebt, liegt eine eventuelle Rückzahlung im wohlverstandenen Interesse der Gesellschafter, um eine Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft zu vermeiden. In diesem Fall wären die Gesellschafter einer vollständigen Rückforderung dieser Ausschüttungen ausgesetzt.

Damit diese Situation nicht eintritt, besteht für die Muttergesellschaft zudem die Möglichkeit, die wegen der Ausschüttung bestehenden Ansprüche der Gesellschaftsgläubiger aus § 172 HGB nach entsprechender Ermächtigung durch die Gläubiger einzuziehen.

Dies betrifft insbesondere die Ansprüche der Banken wegen der regelmäßigen Tilgungsleistungen, die auf diese Weise befriedigt werden könnten. Ein solches Vorgehen läge im Interesse der Gesellschaft und wäre geeignet, eine Liquiditätsstockung zu überwinden.

Ausblick

Die weitere Entwicklung des Konzerns hängt maßgeblich vom Vollzug des oben genannten Kaufvertrags vom 2. Oktober 2014 ab. Bei einem erfolgreichen Übergang der Anteile an den Tochtergesellschaften steht einer ordnungsgemäßen Liquidation der Muttergesellschaft und ihrer Komplementärin nichts im Wege. In diesem Fall entfällt die Verpflichtung zur Aufstellung eines Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2014.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

L. Bilanz

	2013	2012	Verände-	2011
Aktiva	in €	in €	rung in €	in €
Lizenzen und ähnliche Rechte	1.149.717	1.547.160	-397.443	2.025.155
Geschäftswert aus der Kapitalkonsolidierung	0	0	0	218.040
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.149.717	1.547.160	-397.443	2.243.195
Grundstücke	13.367.941	13.367.941	0	15.651.811
Gebäude	23.142.201	25.131.298	-1.989.098	28.915.912
Außenanlagen	188.326	171.559	16.767	204.721
Golf- und Tennisanlagen	1.118.320	1.293.794	-175.474	1.469.267
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.844.737	2.013.091	-168.354	2.058.890
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	30.553	31.866	-1.313	51.124
Sachanlagen	39.692.078	42.009.549	-2.317.471	48.351.726
Finanzanlagen				
Anteile an verbundenen Unternehmen	25.001	27.000	-1.999	2.002
Anlagevermögen	40.866.796	43.583.709	-2.716.913	50.596.922
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	0	0	0	8.000
Lebensmittel, Getränke und sonstige Vorräte	654.565	578.633	75.932	505.891
Geleistete Anzahlungen	0	0	0	2.623
Vorräte	654.565	578.633	75.932	516.514
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.990.739	2.166.945	-176.206	2.138.084
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0	601	-601	1.756
Sonstige Vermögensgegenstände	225.112	481.168	-256.056	444.867

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2013	2012	Verände-	2011
Aktiva (Fortsetzung)	in €	in €	rung in €	in €
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.215.851	2.648.714	-432.863	2.584.707
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.439.692	1.396.431	43.262	1.105.727
Umlaufvermögen	4.310.109	4.623.779	-313.670	4.206.947
Rechnungsabgrenzungsp.	270.699	233.748	36.951	253.006
Nicht durch Vermögens-einlagen gedeckte Entnahmen und Verlustanteile der Kommanditisten	13.625.460	12.524.455	1.101.005	7.330.728
	59.073.064	60.965.692	-1.892.628	62.387.604
Passiva				
Pflichteinlage	86.986.090	87.466.705	-480.614	91.822.911
Sonstige Einlagen	4.576.064	4.576.064	0	4.576.064
Entnahmen	-10.299.584	-10.345.564	45.981	-10.855.650
Verlustvortrag	-90.718.416	-85.903.718	-4.814.698	-85.764.649
Jahresfehlbetrag	-1.094.856	-5.242.894	4.148.038	-3.008.569
Nicht durch Vermögens-einlagen gedeckte Entnahmen und Verlustanteile der Kommanditisten	13.625.460	12.524.455	1.101.005	7.330.728
Eigenkapital	3.074.759	3.075.048	-289	4.100.836
Steuerrückstellungen	52.408	89.878	-37.470	94.700
Sonstige Rückstellungen	1.421.298	1.095.136	326.162	878.541
Rückstellungen	1.473.706	1.185.014	288.691	973.241
Erhaltene Anzahlungen	852.703	745.666	107.038	574.145

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2013	2012	Verände-	2011
Passiva (Fortsetzung)	in €	in €	rung in €	in €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	50.929.713	52.431.586	-1.501.873	52.825.604
Verbindlichkeiten aus Lieferungen + Leistungen	1.837.546	2.614.422	-776.876	3.246.593
Verbindlichkeiten aus verbundenen Unternehmen	16.844	25.951	-9.108	0
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	59.266	81.660	-22.394	29.569
Verbindlichkeiten gg. Gesellschaftern	1.715	1.715	0	1.715
Sonstige Verbindlichkeiten	799.738	779.954	19.784	611.012
Verbindlichkeiten	54.497.525	56.680.954	-2.183.430	57.288.638
Rechnungsabgrenzungsp.	27.075	24.675	2.400	24.889
	59.073.064	60.965.692	-1.892.628	62.387.604

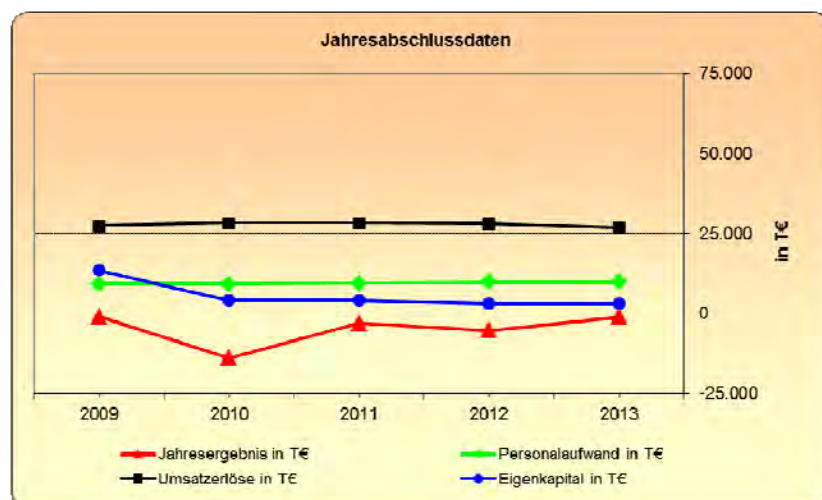
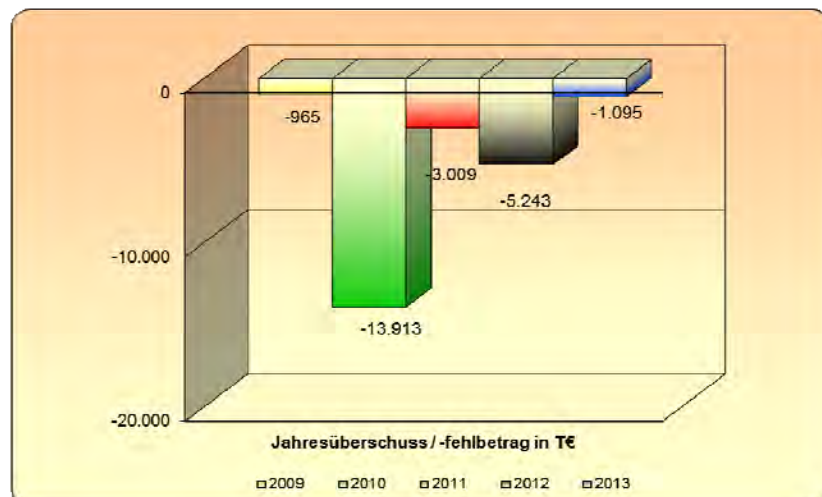
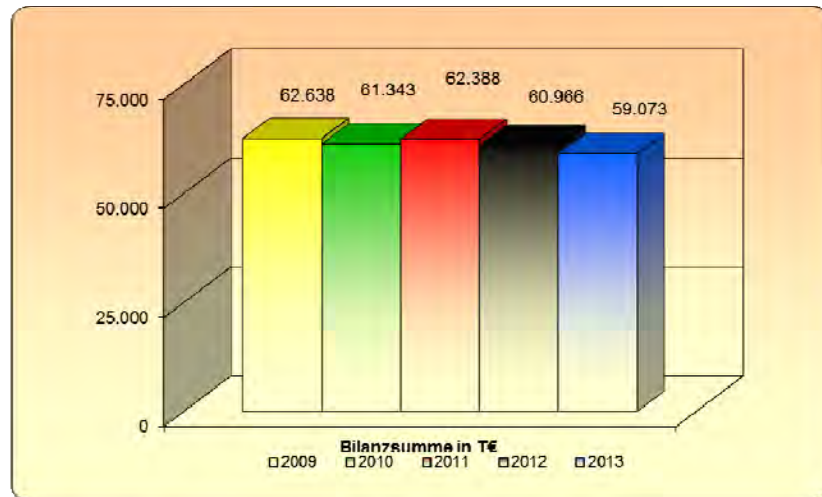
Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2013	2012	2011
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	26.856.974	28.038.174	28.325.344
Veränderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	-8.000	8.000
Sonstige betriebliche Erträge	4.458.797	3.823.620	3.109.289
	31.315.771	31.853.794	31.442.632
Aufwendungen für Lebensmittel, Getränke und Sonstiges	7.828.189	8.293.157	8.291.457
Aufwendungen für bezogene Leistungen	845.970	957.873	1.041.619
Materialaufwand	8.674.159	9.251.030	9.333.076
Löhne und Gehälter	8.182.072	8.151.682	7.847.808
Soziale Abgaben	1.709.659	1.687.814	1.680.153
Personalaufwand	9.891.732	9.839.495	9.527.962
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	3.231.399	6.612.787	3.391.058
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.683.025	9.519.668	10.401.877
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.524	7.298	10.024
Abschreibung auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	1.999	0	17.998
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.704.162	1.747.388	1.578.691
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-866.179	-5.109.277	-2.798.007
Steuer vom Einkommen und vom Ertrag	-76.700	-18.532	-94.700
Sonstige Steuern	-151.977	-115.085	-115.862
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	-1.094.856	-5.242.894	-3.008.569

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen

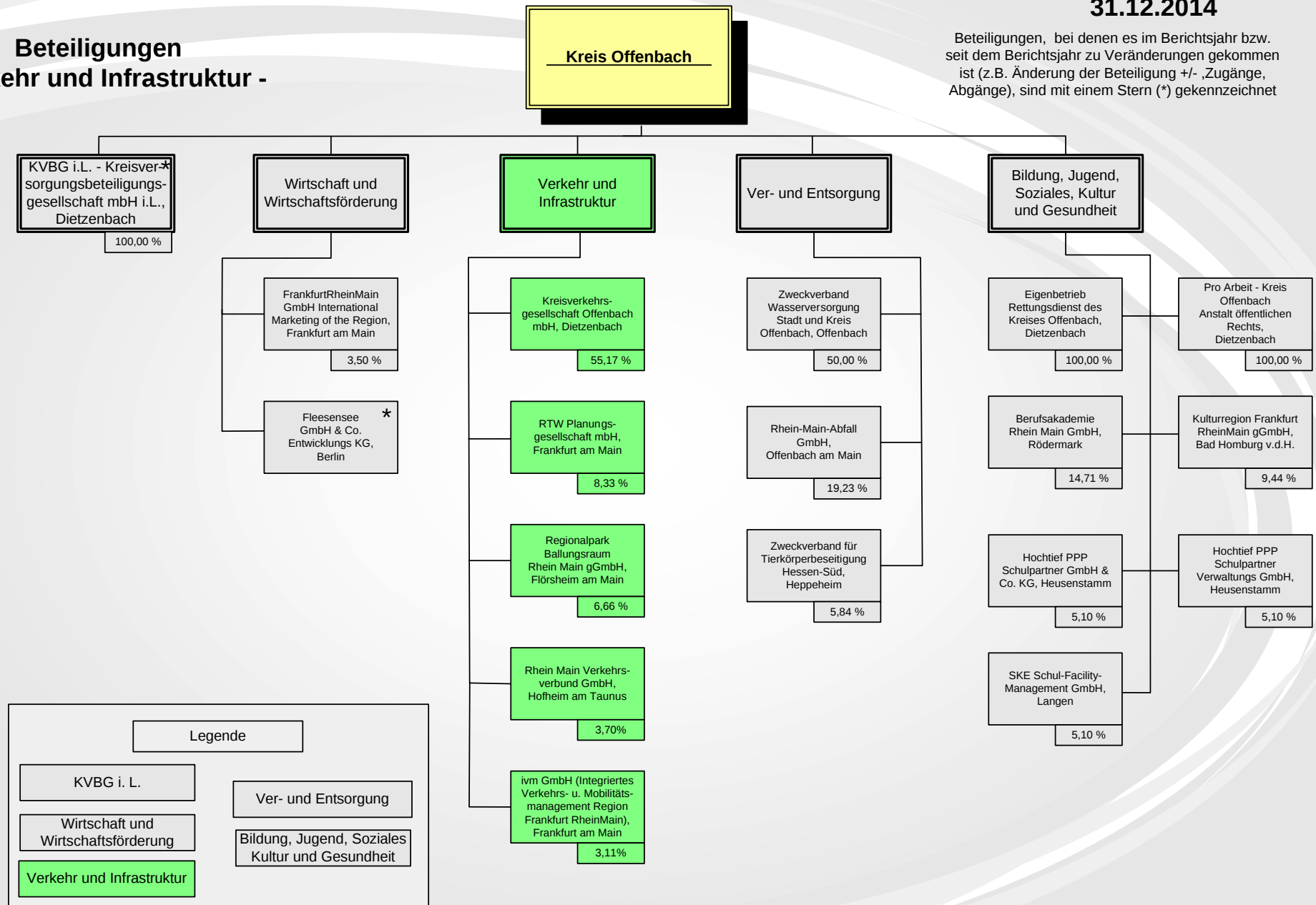


Verkehr und Infrastruktur

Stand:
31.12.2014

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet

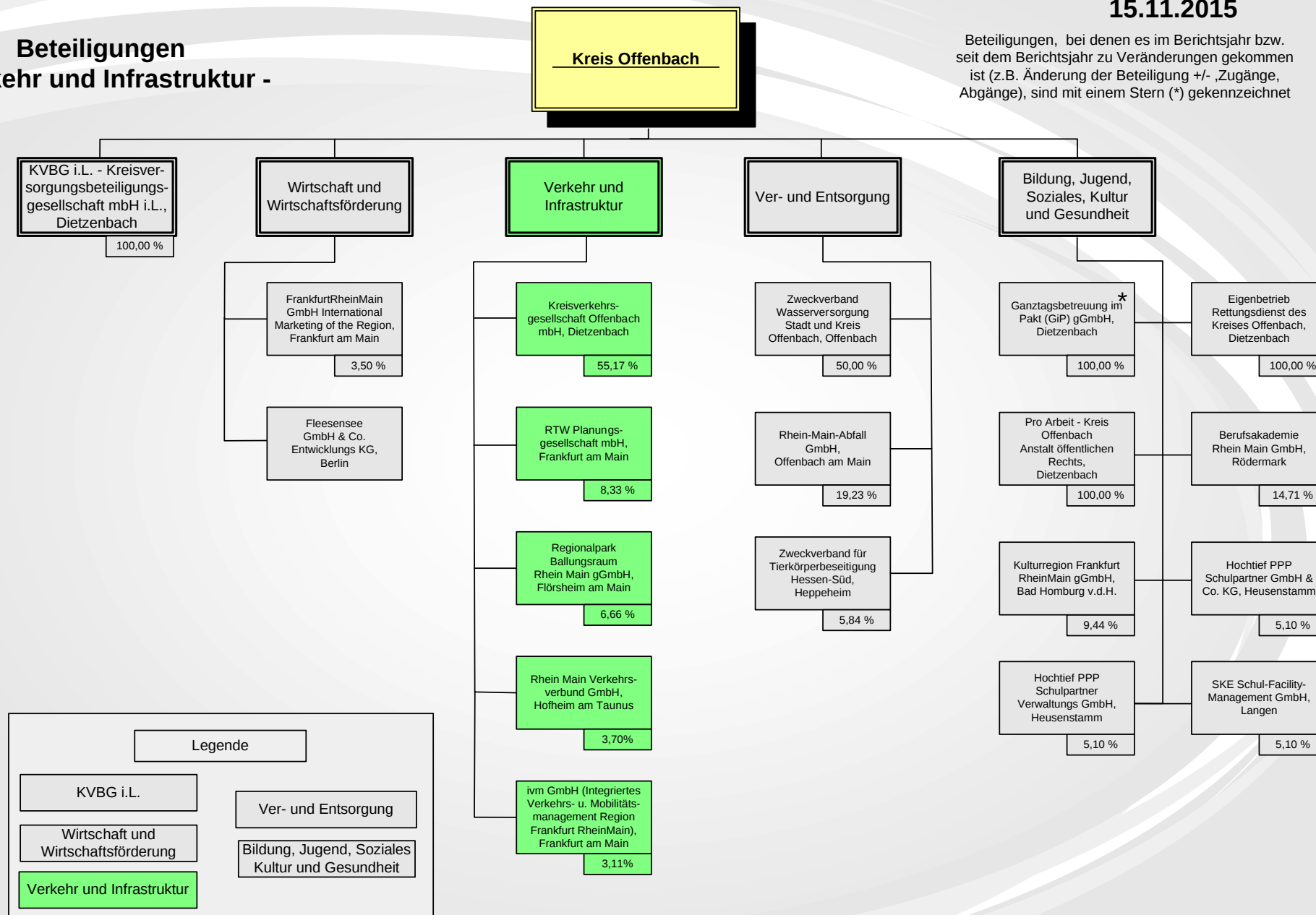
Beteiligungen - Verkehr und Infrastruktur -



**Stand:
15.11.2015**

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet

Beteiligungen - Verkehr und Infrastruktur -



kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

Am 30. September im Jahre 1992 wurde die Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH als lokale Nahverkehrsgesellschaft vom Kreis Offenbach und den 13 kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie dem Umlandverband Frankfurt zu einem Zeitpunkt gegründet, als der Rhein-Main-Verkehrsverbund (seit 1995 bestehend) noch nicht existierte.

Schon zu Beginn der 90er Jahre wurde seitens der Gesellschafter es als wichtig und notwendig angesehen, öffentlichen Personennahverkehr und Verkehrsplanung generell einheitlich zu fördern, örtliche Planung von Verkehrslinien etc. über die eigene Gebietskörperschaft hinausgehend, abzustimmen und auch zu betreiben.

Es setzte sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass eigene Verkehrsmaßnahmen nur dann erfolgreich umgesetzt werden können, wenn entsprechende Abstimmungen mit benachbarten Kommunen getroffen werden konnten. Letztlich konnten so durch Maßnahmenbündelungen Ergebnisse auch wirtschaftlich effizienter umgesetzt werden.

Die Zusammenarbeit des Kreises Offenbach mit den Kreiskommunen und dem Umlandverband Frankfurt (Rechtsnachfolger Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main bzw. jetzt Regionalverband FrankfurtRheinMain) trug so dann schon früh Früchte. Zu nennen sind das Projekt Anruf-Sammel-Taxi sowie die Inbetriebnahme der Buslinie 969 Kreisquerverbindung Langen – Seligenstadt.

Traditionell war im Kreis Offenbach der Schienenverkehr gegenüber dem Regionalbusverkehr bzw. der Bedeutung für den gesamten Sektor des Öffentlichen Personennahverkehrs stark unterrepräsentiert, dies insbesondere im Vergleich zum gesamten Geschäftsgebiet des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV). Diese Situation hat sich jedoch mit Inbetriebnahme der beiden S-Bahn-Strecken Dietzenbach und Rodgau am Jahresende 2003 grundlegend geändert; es kam so zu weitreichenden strukturellen Veränderungen im ÖPNV innerhalb des Kreisgebietes und der Schienenverkehr hat an Bedeutung gewonnen.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

Anschrift	Masayaplatz 1, 63128 Dietzenbach
Telefon	06074/69669-00
Telefax	06074/69669-09
E-Mail	info@kvgof.de
Internet	www.kvgof.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2014

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform:	GmbH
Gründungsdatum:	30. September 1992
Stammkapital:	51.910,-- €
Gesellschaftsvertrag:	Der zurzeit gültige Gesellschaftsvertrag datiert vom 30.09.1992, zuletzt geändert am 14. Juni 2013
Handelsregistereintrag:	HRB 8669 Amtsgericht Offenbach am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens sind:

- die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs sowie ergänzender Mobilitätsformen im Kreis Offenbach sowie in angrenzenden Verkehrsräumen und die Sicherstellung des öffentlichen Personennahverkehrs und ergänzender Mobilitätsformen im Kreis Offenbach nach einheitlichen Gesichtspunkten und Planungen;
- die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beteiligten Gesellschafter bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs;
- die sofortige oder spätere Übertragung einzelner oder aller Verkehrsleistungen von den Gesellschaftern unter Weitergabe der damit im Zusammenhang stehenden öffentlichen Zuwendungen auf die Gesellschaft;
- die gegenseitige Unterrichtung der Gesellschafter über alle wesentlichen Verkehrsmaßnahmen und –vorhaben innerhalb ihrer Gebietskörperschaft und die zugrunde liegenden Überlegungen und Planungen;

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

- die Einrichtung und den Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren;
- die Einrichtung von Gelegenheitsverkehr mit Kraftfahrzeugen;
- die Beteiligung an Unternehmen, die die oben genannten Zwecke fördern

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2014 (Stand: 31.12.2014)	
Vorsitzende	Frau Claudia Jäger
Stellvertretender Vorsitzender, für die Gemeinde Hainburg	Herr Bernhard Bessel
Stellvertretende Vorsitzende, für die Gemeinde Mainhausen	Frau Ruth Disser
Mitglied für die KVBG	Herr Bernd Abeln
-----„-----	Frau Claudia Bicherl
-----„-----	Herr Hans-Peter Bicherl
-----„-----	Herr Arne Göhler
-----„-----	Herr Clemens Jäger
-----„-----	Frau Margrit Jansen
-----„-----	Herr Jürgen Kaiser
-----„-----	Herr René Rock
-----„-----	Frau Gisela Schmalenbach
-----„-----	Herr Stefan Schmitt

**kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach
mbH, Dietzenbach**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2014 (Stand 31.12.2014) (Fortsetzung)	
Mitglied für die KVBG	Herr Norbert Schultheis
-----„-----	Herr Karl-Heinz Stier
-----„-----	Herr Alexander Sturm
-----„-----	Herr Boris Wilfert
Mitglied für die Stadt Dietzenbach	Herr Jürgen Rogg
-----„----- für die Stadt Dreieich	Herr Martin Burlon
-----„----- für die Gemeinde Egelsbach	Herr Jürgen Sieling
-----„----- für die Stadt Heusenstamm	Herr Uwe Michael Hajdu
-----„----- für die Stadt Langen	Herr Frieder Gebhardt
-----„----- für die Stadt Mühlheim	Herr Daniel Tybussek
-----„----- für die Stadt Neu-Isenburg	Herr Herbert Hunkel
-----„----- für die Stadt Obertshausen	Herr Hubert Gerhards
-----„----- für die Stadt Rodgau	Herr Jürgen Hoffmann
-----„----- für die Stadt Rödermark	Herr Roland Kern
-----„----- für die Stadt Seligenstadt	Frau Dagmar B. Nonn-Adams

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Andreas Maatz
------------------------	--------------------

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen.

**kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach
mbH, Dietzenbach**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates bekamen im Jahr 2014 Aufwandsentschädigungen in Höhe von € 4.591,25.

Die GesamtbruttoBezüge des Geschäftsführers betrugen im Geschäftsjahr 2014 € 104.550,--.

D. Gesellschafter

Gesellschafter (Stand: 31.12.2014)	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	55,176	28.640,00
Stadt Dreieich	3,448	1,790,00
Stadt Dietzenbach	3,448	1,790,00
Gemeinde Egelsbach	3,448	1,790,00
Gemeinde Hainburg	3,448	1,790,00
Stadt Heusenstamm	3,448	1,790,00
Stadt Langen	3,448	1,790,00
Gemeinde Mainhausen	3,448	1,790,00
Stadt Mühlheim	3,448	1,790,00
Stadt Neu-Isenburg	3,448	1,790,00
Stadt Obertshausen	3,448	1,790,00
Stadt Rodgau	3,448	1,790,00
Stadt Rödermark	3,448	1,790,00
Stadt Seligenstadt	3,448	1,790,00
	100,00	51.910,00

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

D. Gesellschafter (Fortsetzung)

Der Kreistag des Kreises Offenbach hat in seiner Sitzung am 20. März 2013 im Rahmen der Beschlüsse zur strategischen und finanziellen Entwicklung der KVBG mbH einstimmig die Abtretung der Gesellschaftsanteile der KVBG mbH an der kvgOF mbH an den Kreis Offenbach beschlossen.

E. Beteiligungen an anderen Unternehmen

	Anteil in %	Anteil in €
Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	2,5 %	6.250,00

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Gemäß § 5 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNVG) sind die Landkreise auf ihrem Gebiet zuständige Aufgabenträger für die Planung, die Organisation und die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs. Sie sind Aufgabenträger im Sinne des Personenbeförderungsgesetzes und zuständige Stelle im Sinne des § 4 des Regionalisierungsgesetzes vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378, 2395), Die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs obliegt den Verkehrsunternehmen nach dem Personenbeförderungsgesetz und dem Allgemeinen Eisenbahngesetz.

Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten als wirtschaftliche Betätigung nicht Tätigkeiten, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist. Aufgrund dieses Sachverhaltes ist die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Produkt Beteiligungsmanagement

Buchungsstelle 20.30.01.71250031

in €	2015	2014	2013
Zuweisung an den Wirtschaftsplan	3.516.00	3.597.000	0

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2014 und 2015 jeweils auf die Haushaltsansätze und für das Jahr 2013 auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung des Kreises.

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2014	2013	2012
Verbindlichkeiten	1.080.575	1.518.578	1.345.061

Berichtsjahr 2014	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	1.518.578
Zunahmen	0
Abnahmen	438.003
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	1.080.575

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014

Rahmenbedingungen

Sowohl die im Gesellschaftsvertrag vorgesehenen vier Sitzungen des Aufsichtsrats als auch die jährliche Gesellschafterversammlung wurden planmäßig und ordnungsgemäß unter dem Vorsitz der Aufsichtsratsvorsitzenden, Frau Erste Kreisbeigeordnete Claudia Jäger, durchgeführt.

Der zeitlich vorgeschaltete Beirat mit Vertretern von sechs Stadtwerken/Verkehrsbetrieben im Kreis Offenbach traf sich turnusgemäß, um Themen des Aufsichtsrats vorzubereiten und Belange der Kooperationsunternehmen zu behandeln. Zudem wurden mit den Geschäftsführern der sechs Stadtwerke im Kreisgebiet weitere Workshops und Treffen wegen des o.g. NVP 2016 ff abgehalten.

Im Rahmen der jährlich stattfindenden Gesellschafterversammlung wurden am 4. Dezember 2014 keine weiteren Änderungen im Gesellschaftsvertrag beschlossen. Es erfolgte sowohl die Entlastung des Geschäftsführers als auch der Mitglieder im Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2014 haben sich keine nennenswerten Änderungen bei den personellen Rahmenbedingungen gegenüber dem Jahr 2013 ergeben.

Herr Andreas Maatz hatte weiterhin die alleinige Geschäftsführung der Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH (kurz: kvgOF) inne, Frau Dipl.-Kffr. Annette Heinemann ist weiterhin stellvertretende Geschäftsführerin, ausgestattet mit einer Einzelprokura.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Allgemein

Die Zusammenarbeit mit der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH gestaltet sich weiterhin grundsätzlich positiv, obwohl größere Projekte, Ausschreibungen und andere Vorhaben unverändert viel Zeit auf beiden Seiten binden.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Darstellung der Lage der Gesellschaft (Fortsetzung)

Einnahmenaufteilung und Umlagen im RMV

Auch für das Jahr 2014 wurde das Verfahren zur Einnahmenaufteilung (EAV) nach dem seit 1998 angewendeten kassentechnischen Verfahren abgewickelt. Die Ergebnisse der RMV-weiten Fahrgastzählung und –befragung (Verbunderhebung 2010) stellen die Grundlage der Abrechnung dar.

Die Halbierung der ‚Partnerschaftsfinanzierung Schiene‘, die bereits in der Aufsichtsratssitzung des RMV am 21. November 2013 beschlossen worden ist, hat erhebliche Auswirkungen auf die kvgOF: Sie bedeutet im Ergebnis eine Entlastung um rund 1,5 Mio. Euro p.a..

Der RMV hatte mit Schreiben vom 06. Dezember 2013 die betroffenen LNO'en aufgefordert, die Verwendung dieser entfallenen Zahlungen für die S- und Regionalbahnen zu benennen, die nach Aussage des Landes Hessen zweckgebunden im ÖPNV verbleiben sollen.

Diese Mittel sind sozusagen die „Restmittel“ aus der bisherigen Finanzierungsvereinbarung zum ÖPNV zwischen dem Land Hessen und den Verbänden, die im Zuge der aktuellen Neuverhandlung einer Finanzierungsvereinbarung offensichtlich wurden. Eine grundsätzliche Übertragung wäre möglich, gleichwohl hat man sich zu einer Verteilung dieser Mittel auf die lokale Ebene entschlossen.

Diese 1,5 Mio. Euro Entlastung konnten in der kvgOF kurzfristig nicht in eine zweckgebundene Verwendung überführt werden, sondern haben im Jahr 2014 zu einer entsprechenden Reduzierung des gesamten Defizits geführt. Die frei gewordenen Mittel von 1,5 Mio. Euro wurden für die Konsolidierung des Kreishaushalts verwendet.

Die kvgOF hat ihrem Aufsichtsrat - gemäß der Aufforderung des RMV - eine Maßnahmenliste aufgestellt, wie dieser Betrag perspektivisch zweckgebunden für Maßnahmen verwendet werden kann, die anderenfalls aus Kostengründen nicht realisiert werden könnten. Hierzu zählen nach Auffassung der Geschäftsführung beispielsweise Aufwendungen für

- automatische Zählgeräte auf den Bussen,
- die Taktverdichtung auf der OF 99 zwischen Rodgau und Seligenstadt,
- mehr Fahrkarten- und Qualitätskontrollen auf den Bussen,
- umfangreiche Schulungen von Fahrern,
- verbesserte Kundeninformation etc.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Darstellung der Lage der Gesellschaft (Fortsetzung)

Einnahmenaufteilung und Umlagen im RMV (Fortsetzung)

Auch die Finanzierung des zukunftsweisenden Prozesses zum neuen Nahverkehrsplan (NVP 2016 ff) und die etwaigen Auswirkungen von Lokalisierungseffekten sind zu berücksichtigen.

Zudem müssen wir erfahrungsgemäß damit rechnen, dass die zukünftigen Kosten für den Busverkehr in einem erheblichen Umfang über die kommenden Jahre ansteigen werden und außerdem ein neues Finanzierungsmodell für den Kreis und die Kommunen erforderlich ist.

Einnahmenezuscheidung

Das im Jahr 2014 wirksame Endergebnis der Einnahmenezuscheidung 2013 ohne Kooperationsfördermittel für die Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 14,9 %. Die Strukturhilfe sowie die Zusage aus Durchtarifizierungsverlusten beträgt T€ 307,4 und liegt damit 7,6 % über der des Jahres 2012 (T€ 285,7).

Das Regionalbusdefizit veränderte sich im Rahmen der im Jahr 2014 erfolgten Endabrechnung von T€ 301,7 in 2012 auf T€ 307,4 (+T€ 5,7) in 2013 bei einem Umlagensatz von 12,3 % (Basis 2,5 Mio.) gegenüber 12,07 % in 2012 (Basis 2,5 Mio.).

Die SPNV-Umlage (Schiene) verbleibt weiterhin auf dem Wert € 0.

Die Aufwendungen für die Partnerschaftsfinanzierung ‚Schiene‘ betragen im Jahr 2014 T€ 1.549 gegenüber einem Ergebnis von T€ 3.097 in 2013. Der Betrag enthält für den Betrieb der Odenwaldbahn T€ 137.

Verlustübernahme

Die Höhe der Verlustübernahme verringert sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 962 von T€ 4.034 auf T€ 3.072 und fällt um T€ 287 geringer aus als in der vierten Wirtschaftsplan-Fortschreibung des Geschäftsjahres 2014 erwartet.

Hinsichtlich der Zulässigkeit von Beihilfen (Art. 107 Abs. 1 AEUV) – hier: Finanzierung der Gesellschaft einerseits durch den mittelbaren Gesellschafter (Kreis Offenbach) und ggf. andererseits durch die unmittelbaren Gesellschafter (Kommunen des Kreises Offenbach) – besteht eine Unsicherheit.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Darstellung der Lage der Gesellschaft (Fortsetzung)

Verlustübernahme (Fortsetzung)

Die Geschäftsführung hat im Aufsichtsrat der kvgOF am 13. Juni 2013 eine Prüfung dieser Frage zur Diskussion gestellt. Im Ergebnis hält der Aufsichtsrat eine Überprüfung ohne konkrete Problemlage nicht für erforderlich.

Der Verlustausgleich durch den Kreis Offenbach gleicht im Wesentlichen die Aufwendungen/Verpflichtungen aus, die gegenüber dem RMV aufgrund der vertraglichen Verpflichtung zwischen dem Kreis Offenbach und dem RMV auch dann zu leisten wären, wenn diese Aufgaben nicht an die kvgOF übertragen worden wären.

Interne Entwicklungen

Personal

Im Jahre 2014 hat die kvgOF eine Ausbildungsstelle mit dem Berufsbild „Kaufmann/ Kauffrau für Büromanagement“ besetzt, ein entsprechendes Praktikum wurde vorgeschaltet.

Die Geschäftsführung hatte in 2014 eine Kündigung für eine Vollzeitstelle ausgesprochen und die Person zudem umgehend widerruflich von ihren Aufgaben freigestellt. Gegen die Kündigung wurde Widerspruch eingelegt, im Mai 2014 wurde in erster Verhandlung vor dem Arbeitsgericht Offenbach ein Vergleich zwischen beiden Parteien geschlossen und das Arbeitsverhältnis zum Ende September 2014 wirksam beendet. Im Oktober 2014 wurde hierfür eine neue Mitarbeiterin eingestellt, zunächst mit einem Jahresvertrag.

Vermögenslage

Bei einer um T€ 387 verringerten Bilanzsumme hat sich die Eigenkapitalquote rechnerisch von 1,8 % zum Vorjahresstichtag auf 2,1 % zum 31.12.2014 erhöht.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt 11,9 %, gegenüber 13,2 % zum Vorjahresstichtag. Die kurzfristigen Fremdmittel betragen zum 31.12.2014 T€ 2.596 gegenüber T€ 2.983 im Vorjahr, wobei die Abnahme im Wesentlichen auf die Verringerung der Überzahlung des Verlustausgleichs zurückzuführen ist. Die Forderungen belaufen sich auf insgesamt T€ 876 gegenüber T€ 872 zum Vorjahresstichtag. Die Stichtagsliquidität von T€ 1.460 liegt um T€ 305 unter dem Wert des Vorjahres.

**kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach
mbH, Dietzenbach**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Darstellung der Lage der Gesellschaft (Fortsetzung)

Finanzlage

Die Entwicklung des Bestands an liquiden Mitteln zeigen die Kapitalflussrechnungen für 2014 und 2013:

	2014	2013	Ver- änderung
	TE	TE	TE
Periodenergebnis vor Verlustübernahme	-3.072	-4.034	962
+ Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	134	141	-7
./. / + Abnahme/Zunahme der Rückstellungen	39	304	-265
./. Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0	0
./. / +Zunahme/ Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-3	-412	409
./. / + Abnahme/Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-428	171	-599
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-3.330	-3.830	500
+ Einzahlungen aus Zuschüssen zum Sachanlagevermögen	0	122	-122
+ Einzahlungen aus Zuschüssen zum immateriellen Anlagevermögen	0	0	0
./. Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-22	-96	74
./. Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-25	-46	21
Finanzanlagevermögens	0	0	0
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-47	-20	-27
+ Zahlungen zum Verlustausgleich	3.072	4.034	-962
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	3.072	4.034	-962
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-305	184	-489
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	1.765	1.581	184
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	1.460	1.765	-305

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte

Kreisweit gültige CleverCard (CCK)

Die Geschäftsführung der kvgOF wurde vom Aufsichtsrat beauftragt, mit dem RMV eine vertragliche Vereinbarung zu erstellen, nachdem der RMV auf die verbundweite Einführung dieses Angebots für Schüler und Auszubildende drängt.

Die nachfolgenden Vorgaben des Aufsichtsrats konnten eingehalten werden:

- Der einheitliche Preis für die kreisweit gültige CleverCard beträgt für das Schuljahr 2014/2015 rund 280,- €, (Gesamtpreis, bei 8-mal-Zahlung 296,- €); die zukünftigen Preisanpassungen bewegen sich analog zu den prozentualen Steigerungen in der Preisstufe 1 für die CleverCard.
- Der RMV übernimmt für einen Zeitraum von drei Jahren den tatsächlich aufgetretenen Einnahmenverlust (gemäß EAV) bei der kvgOF bei den Teil- und Selbstzahlern auf Basis des Status Quo des Jahres 2013.
- Die kvgOF bemüht sich, den o.g. Einnahmenverlust durch eigene Vertriebsanstrengungen und Kundeninformationen möglichst gering zu halten.
- Ergänzende Anschlussregelungen nach Offenbach / Frankfurt am Main werden vom RMV im Kontext einer verbundweiten Regelung angestrebt. Gleichwohl werden RMV und kvgOF ihre Bemühungen dahingehend verstärken, dass zeitnah eine entsprechende Lösung angeboten werden kann. Bis dahin wird es die Möglichkeit einer regulären Anschlussfahrkarte geben.
- Die kvgOF ist weder gegenüber dem RMV noch ihren Gesellschaftern verpflichtet, mit Einführung der kreisweiten CleverCard auch zusätzliche Leistungskapazitäten vorzuhalten und zu finanzieren. Es wird vielmehr davon ausgegangen, dass die erwarteten ‚Mehrfahrten‘ an verkehrsschwächeren Tagen und Zeiten erfolgen werden, an denen ausreichende Kapazitäten vorhanden sind. Nach ersten Erfahrungen mit der CCK wird überprüft werden, ob und in welcher Form mögliche Anpassungen erforderlich sind.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Kreisweit gültige CleverCard (CCK) (Fortsetzung)

Diesen Anforderungen an die Einführung einer CCK liegen folgende Prämissen durch die kvgOF zugrunde:

- Aus Sicht des Kreises OF kommt nur eine kostenneutrale Lösung in Frage.
- Aus Sicht der kvgOF muss bei Einführung einer kreisweit gültigen CleverCard sichergestellt werden, dass der kvgOF kein wirtschaftlicher Schaden entsteht (keine Schlechterstellung), der Einnahmenverlust seitens des RMV abgefangen werden muss und gleichzeitig durch vertriebliche Anstrengungen der kvgOF die Möglichkeit der Einnahmensteigerung gegeben sein muss (Ergänzungsangebote etc.)

Die Geschäftsführung der kvgOF hatte sich mit dem Aufsichtsrat auf die oben genannten Rahmenbedingungen verständigt und ein entsprechendes Vertragswerk ausarbeitet.

Für die Vorbereitungen zur Einführung der CleverCard kreisweit zum Schuljahr 2014/2015 (formal ab 1. August 2014) im Kreis Offenbach war ein erheblicher zeitlicher und organisatorischer Vorlauf erforderlich, weil die Anträge der Schüler bzw. Eltern üblicherweise bereits im Mai vermehrt bei der kvgOF eingehen.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Umstellung auf die CleverCard kreisweit lassen sich noch nicht abschließend festmachen. Der mit der Einführung der CCK verbundene Entfall von Teilerstattungen (Verkauf via kvgOF) oder der Rückgang von Monatskarten für Schüler und Azubis – macht eine Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr recht schwierig und kann sicher erst im Jahr 2015 vollständig geleistet werden.

Die ersten Ergebnisse zum - weiterhin anhaltenden – guten Verkauf der CleverCard kreisweit lässt die kvgOF und auch den RMV von einem erfolgreichen Start eines attraktiven Produkts ausgehen.

Verbunderhebung 2015 (EAV/ABR 2015)

Der RMV führt im Jahr 2015 turnusmäßig eine verbundweite Fahrgasterhebung (Zählung und Befragung) durch.

Die erheblichen Diskussionen zur letzten großen Verbunderhebung (EAV 2010) haben dazu geführt, dass der RMV – nicht zuletzt auf Druck der lokalen Nahverkehrsorganisationen (LNOen) – für die große Erhebung im Jahre 2015 ein transparentes Bewerberverfahren unter Einbindung der LNO zur Ermittlung des zukünftigen Dienstleisters für dieses Verfahren durchgeführt hat.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Verbunderhebung 2015 (EAV/ABR 2015) (Fortsetzung)

Letztlich haben sich der bisherige Dienstleister und ein Mitbewerber in einem umfangreichen Bewerbungsverfahren um den Auftrag bemüht. Im Ergebnis konnte die IVV GmbH & Co. KG den RMV und die LNOen überzeugen und sich auch mit einem wirtschaftlichen Angebot durchsetzen.

Es wurde mit RMV und Dienstleister vereinbart, dass eine Vorabkennzeichnung der gezogenen Stichproben wichtig ist. Diese sollte für alle LNO'en – also auch für die kvgOF - vollständig einsehbar sein.

Der RMV tritt auch für eine größere Transparenz als im Jahre 2010 ein, um Irritationen in Bezug auf die Verteilung der Erhebungsfahrten (z.B. Häufung vor Brückentagen, Häufung im Winter, Häufung im Sommer) zu vermeiden. Deshalb soll die Verteilung der Erhebungsfahrten regelmäßig (z.B. quartalsweise) aller LNO'en incl. Regionalverkehr den LNO'en zur Verfügung gestellt werden.

Leitbild Mobilität für den Kreis Offenbach

Dieses ‚Leitbild Mobilität‘ ist als zweijähriger Prozess des Kreises Offenbach angelegt, der im Sommer 2015 seinen vorläufigen Abschluss finden wird, gleichwohl in die weitere Zukunft wirken soll.

Im Jahr 2014 fanden zwei öffentliche ‚Mobilitätsforen‘ statt. Zudem hatte die Projektleitung (Prof. Follmann) in Begleitung von Landrat Oliver Quilling und der Ersten Kreisbeigeordneten Claudia Jäger (ebenso AR-Vorsitzende der kvgOF) die dreizehn Kreiskommunen besucht und die wichtigsten Themen zur Mobilität im Beisein der Bürgermeister, Stadträte und der Fachebene erörtert.

Die Ergebnisse aus den Terminen und den Fach-Werkstätten fließen im Rahmen dieses Prozesses unmittelbar in die Erarbeitung des Nahverkehrsplans 2016 ff (NVP) ein. Weitere Informationen zum ‚Leitbild Mobilität‘ finden sich auf der Internetpräsenz www.leitbildmobilitaet.de.

Nahverkehrsplan 2016 ff für den Kreis Offenbach

Das Jahr 2014 war im Wesentlichen durch die Bearbeitung des neuen Nahverkehrsplan 2016 ff für den Kreis Offenbach bestimmt. Hierzu hat sich die kvgOF – in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat – der Unterstützung von zwei externen Büros (Angebotsplanung sowie Projektsteuerung / wirtschaftliche Effekte) bedient.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Nahverkehrsplan 2016 ff für den Kreis Offenbach (Fortsetzung)

Das methodische Vorgehen war darauf ausgerichtet, das heutige Busnetz über den gesamten Kreis Offenbach nach einheitlichen Maßstäben und Grundsätzen zu optimieren und gleichzeitig nicht mehr wirtschaftliche Aufwendungen als nach heutigen Maßstäben zu erzeugen. Dabei steht bei der ‚Optimierung‘ nicht die reine Reduktion von Leistungen im Vordergrund, sondern die Einnahmensteigerung durch attraktivere Linienangebote (= Mittel sinnvoller einsetzen).

Zudem hat der Aufsichtsrat die Geschäftsführung der kvgOF beauftragt, auch entsprechende organisatorische Optimierungen vorzuschlagen sowie die heutige interne (Re-)finanzierung des ÖPNV-Angebots im Kreis Offenbach zu überprüfen und ggf. im Sinne einer ‚gerechteren‘ und ‚transparenten‘ Belastung aller Kreiskommunen sowie des Kreises zu verändern.

Schließlich soll die kvgOF auf Grundlage der neuen Linienführungen mit dem RMV über eine etwaige Übernahme von heutigen Regionalbuslinien in die lokale Verantwortung der kvgOF verhandeln.

Mit dem Beschluss des Aufsichtsrats vom 5. März 2015 soll der vorgelegte Entwurf des NVP 2016 ff in das offizielle Anhörungsverfahren gehen.

Tarifstrukturreform des RMV - Regionaltarif

Die ersten drei Phasen der Tarifstrukturreform im RMV sind im Wesentlichen umgesetzt. Es wird intensiv an der Phase 4 „Regionaltarif“ gearbeitet, die für den Kreis Offenbach entsprechende Auswirkungen haben wird.

Für den künftigen Regionaltarif wurden die Grundlagen und Elemente in Zusammenarbeit mit den LNOen entwickelt. Grundlage wird eine stärker entfernungsbasierende Tarifierung sein, zu der erste Überlegungen geäußert werden, die noch im Einzelnen zu diskutieren sind. Hierzu sollen die bisherigen teils sehr großen Obertarifgebiete und Tarifgebiete verkleinert werden. Künftig werden hiernach eine Gemeinde ein Obertarifgebiet und innerhalb der Gemeinde die Ortsteile Tarifgebiete sein.

Tarifiziert werden die Relationen zwischen allen Obertarifgebieten. Jede Relation wird anhand ermittelter Tarifkilometer einer Preisstufe zugeordnet. Heute gibt es – einschließlich der Stadttarife im RMV - 12 Preisstufen, künftig werden es ca. 90 Preisstufen sein mit sehr kleinen preislichen Abständen zueinander.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Tarifstrukturreform des RMV – Regionaltarif (Fortsetzung)

Dadurch soll eine sehr viel kleinteiligere Struktur entstehen, die eine stärkere Marktausschöpfung ermöglicht und gleichzeitig vom Kunden als ‚gerechter‘ empfunden wird.

Ausgehend vom heutigen Preisniveau wird für jede Relation ein Zielpreis ermittelt, welcher ggf. über mehrere Jahre verteilt erreicht werden soll. Kurze Relationen mit einem relativ hohen Preis werden tendenziell günstiger, während lange Relationen mit heute eher günstigem Preis eher teurer werden.

Für die Umsetzung eines entfernungsbasierten Regionaltarifes müssen die Verkaufs- und Kontrollgeräte in der Lage sein, sehr viel größere Datenmengen zu speichern und schneller zu verarbeiten als heute.

Dies führt sowohl für die Tarifdatenversorgung als auch für die Einnahmemeldungen an den RMV zu großen Datenmengen, die effizient verarbeitet werden müssen. Nicht nur ältere Verkaufsgeräte müssen dazu ersetzt werden, auch relativ neue Geräte sind z. B. durch Aufrüstung / Nachrüstung hierfür zu ertüchtigen, Software und Schnittstellen müssen angepasst werden. Hierfür werden auch größere Investitionen nötig sein.

Durch die sehr heterogene Geräte- und Softwarelandschaft bei den 160 Verkehrsunternehmen im RMV mit einer großen Vielfalt von Herstellern, Anbietern und Dienstleistern ist es aus Sicht des RMV zielführend, wenn der Verbund die Harmonisierung der Geräteinfrastruktur sowohl für die Ermittlung des Investitionsbedarfs als auch für eine langfristige Sicherstellung der Verkaufsbereitschaft in Zusammenarbeit mit den LNO'en steuert.

Eine rasche Umsetzung des geplanten Regionaltarifs wird nach Einschätzung der kvgOF allein schon an der noch nicht flächendeckend vorhandenen Geräteinfrastruktur scheitern. Hier zeigte bereits die Einführung des eTickets die Schwierigkeiten mit den heterogenen Strukturen im Verbundgebiet, die auch beim Regionaltarif naturgemäß auftreten werden.

Weiterhin ist eine Einführung des Regionaltarifs auch mit Einnahmerisiken verbunden. Niemand kann vorhersehen, ob und wenn ja wie stark die Fahrgäste auf den neuen Tarif reagieren. Aufgrund der vielen Tarifgebiete wird auch die Kommunikation des neuen Tarifs eine große Herausforderung.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Tarifstrukturreform des RMV – Regionaltarif (Fortsetzung)

Aus diesem Grund soll der stärker entfernungsbasierte Regionaltarif zunächst nur auf dem Smartphone parallel zum bestehenden Tarif als Alternative angeboten werden. Es ist vorgesehen, mit diesem Angebot nicht nur Gelegenheitskunden, sondern auch heutige Zeitkartenkunden anzusprechen. Für bestimmte Zielgruppen wie z. B. Familien und Senioren sollen andere Preise gelten als für die restliche Kundschaft. Perspektivisch soll damit auch eine Verkehrslenkung möglich werden, z. B. durch tageszeit- oder lastspezifische Ausprägungen.

Aus Sicht der kvgOF verdient die Idee, den Regionaltarif testweise zunächst nur auf dem Smartphone anzubieten, eine volle Unterstützung. Sie regt an, die Buchung von Flatrates und Mengenkontingente zu untersuchen, wie es in der Mobilfunkbranche praktiziert wird. Die kvgOF hat sich bereits als möglicher Pilotprojektspartner angeboten.

Betrieb und Technik

Dynamische Fahrgastinformationssysteme (DFI)

Mit dem Betrieb von drei Dynamischen Fahrgastinformationssystemen (DFI) im Kreis Offenbach konnte einerseits die Informationsqualität gegenüber dem Kunden deutlich gesteigert werden, andererseits sind diese Anlagen aber auch einem erhöhten Risiko durch Beschädigungen ausgesetzt.

Seit Juni 2012 hat die kvgOF systemübergreifend insgesamt 19 Schäden verzeichnet, von denen inzwischen mehr als die Hälfte auf Vandalismus zurückzuführen sind. Damit ergibt sich eine Schadenshöhe von weit über 50.000 Euro, jüngste Schäden in 2015 sind noch nicht abbildet. Zwar hat die kvgOF alle Schäden polizeilich verfolgen lassen, nur konnte in keinem Fall ein Täter ermittelt werden. In der Folge trat die Versicherung der kvgOF für die Begleichung der Schäden ein, die wiederum jetzt eine Schadensquote von 709 (!) Prozent ermittelt hat und sowohl Selbstbeteiligung als auch Versicherungsbeitrag drastisch erhöht. Bei weiteren Schäden ist davon auszugehen, dass die Versicherung uns als Kunden ablehnen wird und auch kein weiterer Versicherer das Risiko eines Vertrages mit der kvgOF eingehen wird.

Die kvgOF selbst wird im ersten Quartal 2015 entsprechende Vorkehrungen treffen, welche die Hemmschwelle für Vandalismus an den Anlagen erhöhen soll. Zusätzlich sind bereits jetzt die ersten beschädigten Anzeiger mit Plexiglasscheiben ausgerüstet worden, um schwerwiegendere Beschädigungen an den Systemen zu vermeiden.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Betrieb und Technik (Fortsetzung)

Dynamische Fahrgastinformationssysteme (DFI) (Fortsetzung)

Es lässt sich kein geografischer Schadensschwerpunkt festmachen, da mit Ausnahme des Ostkreises über alle Kommunen solche Vorfälle zu verzeichnen sind. Die kvgOF muss daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt davon ausgehen, dass die Schäden von Bürgern aus den jeweiligen Kommunen verursacht worden sind. Mit der Stadt Rödermark hat es erste Gespräche bezüglich einer Videoüberwachung von Haltestellen mit Fahrgastanzeigern gegeben.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Strategische, organisatorische und wirtschaftliche Reorganisation

vgl. die Ausführungen oben zu „Nahverkehrsplan 2016 ff für den Kreis Offenbach“

Finanzierung im RMV / Regionalisierungsmittel‘

Im Oktober 2014 konnte eine Einigung aller Bundesländer über die auf Basis des Bedarfes gutachterlich ermittelte Mindesthöhe (8,5 Mrd. Euro p.a. ab 2015) und erforderliche Dynamisierung (ca. 2,0 % p.a.) (s. Ländergutachten), die Verteilung der Mittel auf die Bundesländer (Zielwerte „Kieler Schlüssel“ sollen bis 2030 erreicht werden) sowie ein Konsens über den Ausgleich von Härten und ein zusätzlicher länderspezifischer Ausgleich für die unterschiedlich starke Belastung durch den Anstieg der Stations- und Trassenpreisentgelte erzielt werden.

Der Bund sieht dagegen den Bedarf in einem geringeren Maße gegeben.

Sollte es nicht zur Verabschiedung des o.g. Gesetzesvorschlages kommen, ist die Belastung der kommunalen Haushalte durch mögliche Defizite im RMV eine unmittelbare Konsequenz. Das Vertragswerk des RMV sieht hierfür eine Umlage alleine der kommunalen Gesellschafter vor, die als Aufgabenträger nach dem Hessischen ÖPNV Gesetz zur Erbringung der Verkehrsleistungen auf Basis einer ausreichenden Verkehrsbedienung entsprechend dem Regionalen Nahverkehrsplan verpflichtet sind. Das Land Hessen hat sich im Gegenzug seit 2013 zur vollständigen Durchleitung u.a. aller Regionalisierungsmittel verpflichtet.

Die Entwicklung im Jahre 2015 wird somit erheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Situation des ÖPNV im Kreis Offenbach für die kommenden Jahre haben.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken (Fortsetzung)

S-Bahnstörungen im Kreisgebiet

Ende 2013 hat die kvgOF mit dem RMV gemeinsam das 10-jährige Jubiläum der „Rodgau S-Bahn“ gefeiert, die sich für den RMV und den Kreis Offenbach als „Erfolgsstory“ entwickelt hat.

Allerdings kommt es insbesondere auf der S 1 und auf der S 2 seit Ende der Sommerferien 2014 zu massiven Kundenbeschwerden und auch Kundenabwanderungen im Schienenverkehr. Das bedeutet wiederum kurzfristig, aber auch perspektivisch einen Einnahmenverlust in signifikanter Größenordnung: Stammkunden nach Frankfurt o.a. fahren wieder mit dem Auto, die Zeitkarten dieser Kunden sind eine maßgebliche und kontinuierliche Einnahmequelle für RMV und kvgOF.

Die Erklärungen für die Ausfälle, die massiven Verspätungen, die teils unzureichenden Kapazitäten in der Morgenspitzen sowie für das vorzeitige Beenden der Fahrten mit Entfall von Haltepunkten sind vielfältig, aber nicht überzeugend. Die Kommunikation der Deutschen Bahn über die einschlägigen Info-Systeme sowie das Notfallmanagement sind weiterhin unzureichend, treue Kunden fühlen sich schlichtweg schlecht behandelt.

Die kvgOF hat sich mit dem RMV mehrfach auf Fachebene über die Probleme, die Ursachen und getroffenen Maßnahmen ausgetauscht, verbunden mit der Aufforderung zu einer schnellen und konkreten Verbesserung bzw. einem ehrlichen Umgang mit den Problemen. Der RMV wiederum spricht intensiv mit der Deutschen Bahn und drängt auf eine Besserung der Situation. Gleichwohl bleiben die Probleme weiterhin bestehen und geben fortwährenden Anlass zu Kundenbeschwerden.

Für das Jahr 2015 ist aus betrieblichen Gründen die Sperrung des S-Bahntunnels in Frankfurt während der Sommerferien geplant. Hier sind – vor den o.g. Erfahrungen – etwaige Probleme und damit verbundene Kundenreaktionen nicht auszuschließen.

Darüber hinaus haben die Ausführungen zu Chancen und Risiken im Lagebericht 2013 weiterhin Bestand.

Nach dem Bilanzstichtag haben sich – über die genannten hinaus – keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet.

**kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach
mbH, Dietzenbach**

L. Bilanz

	2014	2013	Verände-	2012
	in €	in €	rung in €	in €
Aktiva				
Immat. Vermögensgegenstände	90.718	122.089	-31.372	86.404
Betriebs- und Geschäftsausstattung	218.740	274.124	-55.384	396.863
Geleistete Anzahlung und Anlagen im Bau	0	0	0	34.007
Sachanlagen	218.740	274.124	-55.384	430.869
Finanzanlagen	6.250	6.250	0	6.250
Anlagevermögen	315.708	402.463	-86.755	523.523
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	435.274	536.134	-100.860	336.092
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	610	150.471	-149.861	0
Forderungen gegen Gesellschafter	203.729	150.283	53.446	50.086
Sonstige Vermögensgegenstände	225.718	21.402	204.315	62.866
	865.331	858.290	7.040	449.045
Guthaben bei Kreditinstituten	1.459.835	1.765.364	-305.529	1.580.539
Umlaufvermögen	2.325.166	2.623.655	-298.489	2.029.584
Rechnungsabgrenzungsposten	11.254	13.564	-2.310	10.623
	2.652.128	3.039.682	-387.554	2.563.731
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	51.910	51.910	0	51.910
Gewinnrücklagen	3.629	3.629	0	3.629
Eigenkapital	55.539	55.539	0	55.539
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	244.700	244.700	0	0
Sonstige Rückstellungen	1.185.932	1.146.549	39.383	1.087.013
Rückstellungen	1.430.632	1.391.249	39.383	1.087.013
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	58.223
Verbindlichkeiten aus L. + L.	375.503	310.878	64.626	734.327
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	524.927	1.034.129	-509.202	361.438
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0	0	0	45.400
Verb. gegenüber Unternehmen, mit denen ein Bet.-verhältnis besteht	0	0	0	51
Sonstige Verbindlichkeiten	180.145	173.571	6.574	145.622
Verbindlichkeiten	1.080.575	1.518.578	-438.003	1.345.060
Rechnungsabgrenzungsposten	85.381	74.316	11.065	76.118
	2.652.128	3.039.682	-387.554	2.563.731

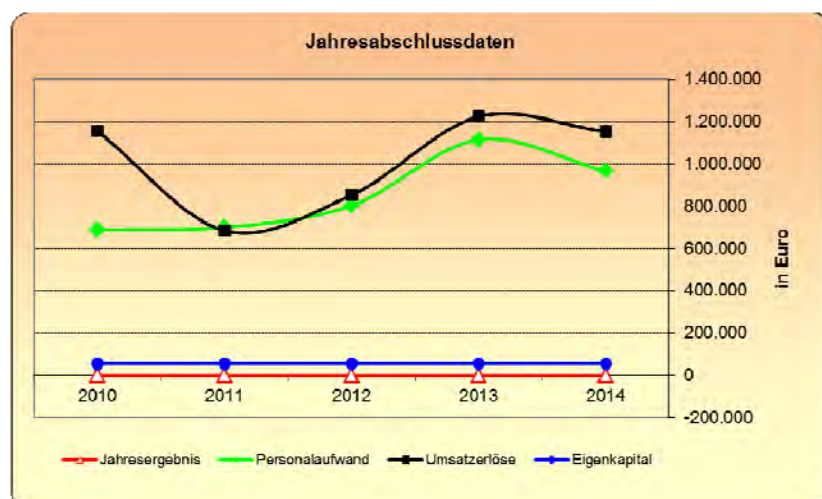
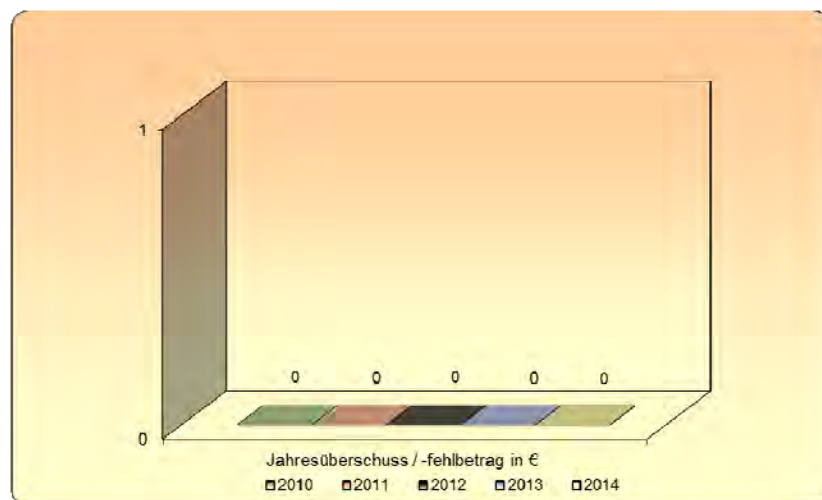
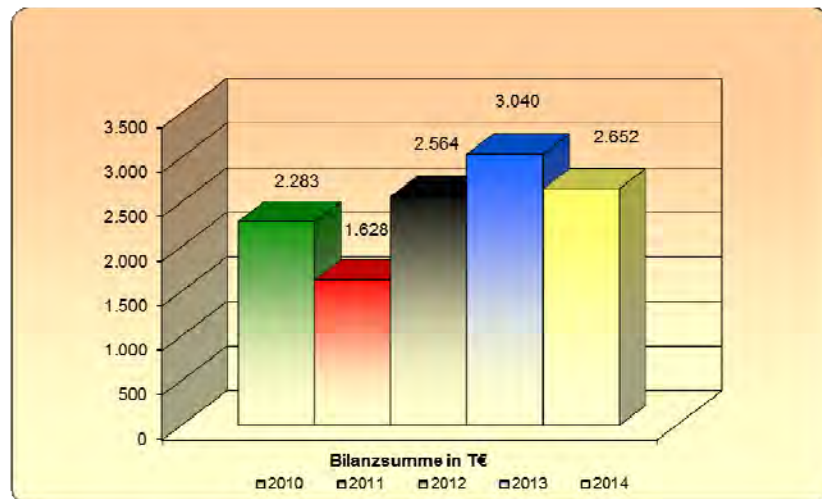
**kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach
mbH, Dietzenbach**

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Umsatzerlöse	1.152.066	1.222.147	852.108
Sonstige betriebliche Erträge	3.049.076	3.883.961	3.997.268
	4.201.142	5.106.108	4.849.375
Aufwendungen für Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe	5.908	22.560	6.297
Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.875.212	2.586.156	2.493.252
Materialaufwand	2.881.120	2.608.716	2.499.549
Gehälter	762.342	690.134	637.042
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	202.828	423.535	165.215
Personalaufwand	965.170	1.113.669	802.257
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	133.869	141.146	92.255
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.294.175	5.278.516	5.683.381
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.677	2.313	7.110
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	559	245	225
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3.072.073	-4.033.871	-4.221.182
Erträge aus Verlustübernahme	3.072.073	4.033.871	4.221.182
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	0	0	0

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

Anschrift	Stiftstraße 9 -17, 60313 Frankfurt am Main
Telefon	069/212-27250
Telefax	069/212-27252
E-Mail	kontakt@RTW-Planung.info
Internet	www.RTW-Planung.info

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2014

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	27.11.2008
Stammkapital	30.000,00 €
Gesellschaftervertrag	Im Geschäftsjahr 2014 galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 13. Dezember 2012.
Handelsregistereintrag	HRB 84848 beim Amtsgericht Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die planerische Vorbereitung des Vorhabens „Regionaltangente West“, darunter werden folgende Aufgaben verstanden

- Vorbereitung und Ausschreibung von Planungsleistungen,
- Steuerung der Planungsleistungen,
- Koordinierung der Prozesse für die beteiligten Aufgabenträger,

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH), Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

- Erarbeitung der Grundlagen für die Herbeiführung der Bau- und Finanzierungsbeschlüsse durch die betroffenen Aufgabenträger

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zu Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen sowie Interessengemeinschaften eingehen.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2014 (Stand : 31.12.2014)	
Vorsitzender	Herr Stefan Majer
Stellv. Vorsitzender	Herr Prof. Dipl.-Ing. Knut Ringat
Mitglied	Herr Johannes Baron ab 01.04.2014
-----,,-----	Herr Helmut Heuser
-----,,-----	Frau Claudia Jäger
-----,,-----	Herr Wolfgang Kollmeier bis 31.03.2014
-----,,-----	Herr Michael Korwisi
-----,,-----	Herr Uwe Kraft ab 20.01.2014
-----,,-----	Herr Ulrich Krebs bis 20.01.2014

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Dipl.-Wirtschaftsing. Peter Forst
-----,-----	Herr Dipl.-Betriebswirt (FH) Rolf Valussi

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betragen € 254.206,04.

Die Aufsichtsräte üben ihre Aufgabe ehrenamtlich aus und erhalten keine Vergütung.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	8,33 %	2.500,00 €
Stadt Frankfurt am Main	33,33 %	10.000,00 €
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus	33,33 %	10.000,00 €
Hochtaunuskreis	8,33 %	2.500,00 €
Main-Taunus-Kreis	8,33 %	2.500,00 €
Stadt Bad Homburg v.d. Höhe	8,33 %	2.500,00 €

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Aufgrund dieses Sachverhaltes entfällt die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Teilfinanzhaushalt

**Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlage- und immaterielle
Anlagevermögen**

Produkt Regionalentwicklung

in €	2015	2014	2013
Auszahlung für Investitionszuweisung Regionaltangente West - Buchungsstelle 10.50.02.84081120	0	789.000	1.545.000

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2014 und 2015 jeweils auf die Haushaltsansätze und für das Jahr 2013 auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung des Kreises.

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2014	2013	2012
Verbindlichkeiten	6.500.373	7.960.009	235.939

Berichtsjahr 2014	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres	7.960.009
Zunahmen	0
Abnahmen	1.459.636
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	6.500.373

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Gesellschafter der RTW Planungsgesellschaft mbH sind die Stadt Frankfurt, der Rhein-Main-Verkehrsverbund, die Landkreise Main-Taunus, Hochtaunus, Offenbach und die Stadt Bad Homburg vor der Höhe.

Geschäftsführer der RTW GmbH sind Herr Dipl.-Betriebswirt (FH) Rolf Valussi und Herr Dipl.-Wirtschaftsing. Peter Forst. Aufsichtsratsvorsitzender ist seit dem 28.08.2011 Herr Stadtrat Stefan Majer.

Sitz der Gesellschaft ist Frankfurt am Main.

Gegenstand der Gesellschaft ist die planerische Vorbereitung des Vorhabens „Regionaltangente West“. Darunter werden folgende Aufgaben verstanden:

- Vorbereitung und Ausschreibung von Planungsleistungen
- Steuerung von Planungsleistungen
- Koordinierung der Prozesse für die beteiligten Aufgabenträger
- Erarbeitung der Grundlagen für die Herbeiführung der Bau- und Finanzierungsbeschlüsse durch die betroffenen Aufgabenträger

Die RTW hat 4 Personale (einschl. Geschäftsführung), die auf 2,5 Stellen verrechnet werden und 2 Mitarbeiter mit einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis. Ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis wurde zum 1. Mai 2014 in ein befristetes Beschäftigungsverhältnis (Teilzeit) überführt.

In Erfüllung der Aufgabenvereinbarung werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der RTW Projekte entwickelt, die teils in Eigenleistung und teilweise durch Auftragsvergabe an Unternehmen abgearbeitet werden. Über den Stand der Arbeiten und die Ergebnisse werden der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung laufend informiert. Über die Umsetzung der Ergebnisse entscheidet der Aufsichtsrat bzw. die Gesellschafterversammlung.

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Projekte 2014

Im Jahr 2014 wurden folgende Projekte aufgelegt:

- P 1 – 014 Nutzen-Kosten-Untersuchung der Vorzugstrasse (NKU)
- P 2 – 014 Aufbau einer statischen Internet-Präsenz
- P 3 – 014 Aufbau eines internet-basierten Dialogforums zur Bürgerbeteiligung
- P 4 – 014 Ausarbeitung von Organisations- und Finanzierungskonzepten für einen späteren Betrieb der RTW
- P 5 – 014 Wissenschaftliche Begleitung Schnittstelle Fahrzeug –Infrastruktur
- P 6 – 014 Untersuchung möglicher Maßnahmen gegen Gefahren aus der Ausbreitung von Störfallstoffen in Bezug auf alle im Bereich des Industrieparks Höchst (IPH) liegenden RTW Haltestellen (Seveso II-Richtlinie)
- P 7 – 014 Landwirtschaftliche Betroffenheitsanalyse zur Optimierung der Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen durch die Trasse der RTW
- P 8 – 014 Bodenchemisches Gutachten im Bereich Haltepunkt Stadion
- P 9 – 014 Prüfung von RTW-Ersatzwasserbeschaffungsmaßnahmen im Bereich Stadion zur möglichen Verlegung von Trinkwasserbrunnen
- P 10 – 014 Kosten Antrag TEN-V-Kofinanzierung für die RTW-Planungskosten 2014 bis 2016 (bis einschl. HOAI Leistungsphasen 4)
- P 11 – 014 RTW und Umsatzsteuer
- P 12 – 014 Geotechnik - Beratung durch das geotechnische Institut der Universität Darmstadt (Prof. Dr. Katzenbach)

P 1 – 014 Nutzen-Kosten-Untersuchung der Vorzugstrasse (NKU)

2014 wurde der Bereich Frankfurt-Niederursel aus dem Planungsumfang herausgelöst und zurückgestellt, wodurch kosten- und nutzenseitig Veränderungen entstehen, die grundsätzlich zu einer Überprüfungsnotwendigkeit der Förderfähigkeit führen. Die Führung der RTW zum Nordwestzentrum wird nach aktuellem Planungsstand von der Stadt Frankfurt am Main, als dem verantwortlichen Planungsträger, zu gegebener Zeit erneut geprüft. Dadurch entsteht eine neue, hinsichtlich der Förderfähigkeit erneut zu bewertende Situation. Sobald der Planungsumfang festgelegt ist, wird eine NKU erforderlich, die mit den Zuwendungsgebern Bund und Land Hessen in allen Details, u.a. bei der Festlegung der Eingangsparameter wie der Abgrenzung des Untersuchungsraums, der Verkehrszelleneinteilung und -anbindung an das Verkehrsnetz, der Strukturdatenprognose oder der als realisiert zu unterstellenden Vorhaben Dritter, abzustimmen ist.

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Projekte 2014 (Fortsetzung)

P 1 – 014 Nutzen-Kosten-Untersuchung der Vorzugstrasse (NKU) (Fortsetzung)

Da die Festlegung des Planungsumfangs 2014 nicht erfolgen konnte, verschiebt sich die Durchführung der NKU in das Jahr 2015.

P 2 – 014 Aufbau einer statischen Internet-Präsenz

Auf einer Webseite werden seit 01.08.2014 Informationen über das Projekt RTW allgemein zugänglich gemacht. Hierbei liegt der Fokus auf der Bereitstellung statischer Informationen, die fortlaufend gepflegt und aktualisiert werden.

P 3 – 014 Aufbau eines internet-basierten Dialogforums zur Bürgerbeteiligung

Aktuelle Novellierungen im Bereich der Verwaltungsverfahrensgesetze verfolgen das Ziel, eine allgemeine Regelung für eine "frühe Öffentlichkeitsbeteiligung" bei Großvorhaben mit einer entsprechenden so genannten Mitwirkenspflicht der Verwaltung einzuführen. Daher stellt sich die Gesellschaft darauf ein, eine Öffentlichkeitsbeteiligung vor dem eigentlichen Verwaltungsverfahren (Planfeststellungsverfahren) durchzuführen, die einem möglichst großen Personenkreis offen stehen soll. Damit wird das Ziel verfolgt, Konflikte möglichst außerhalb des Planfeststellungsverfahrens zu klären, damit dieses zu entlasten, und die gerichtliche Anfechtung von Behördenentscheidungen zu reduzieren. Dazu ist ein Internet-basiertes Dialogforum vorgesehen, das durch einen externen Dienstleister entwickelt und im Sinne einer Strukturierung des Dialogs betreut wird. Aufgrund des Planungsstands wurde dies noch nicht eingerichtet.

P 4 – 014 Ausarbeitung von Organisations- und Finanzierungskonzepten für einen späteren Betrieb der RTW

Für einen späteren Betrieb der RTW stehen verschiedene Möglichkeiten zur Organisation des Eigentums und Betriebs grundsätzlich offen. In der Region existieren mehrere denkbare Partner, die im Bereich der Schieneninfrastruktur und der Schienenfahrzeuge langjährig tätig sind, so dass ihre Einbeziehung finanzielle und organisatorische Vorteile haben kann. Ziel eines möglichen Gutachtens soll auch sein, die Frage der Vorhabenträgerschaft, die notwendig ist, um die Planfeststellungsunterlagen bei der/den Genehmigungsbehörden einzureichen, zu klären. Eine Untersuchung gemeinsam mit dem RMV soll die unterschiedlichen Möglichkeiten aufzeigen und bewerten und zu einer Empfehlung für das weitere Vorgehen führen.

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Projekte 2014 (Fortsetzung)

P 4 – 014 Ausarbeitung von Organisations- und Finanzierungskonzepten für einen späteren Betrieb der RTW (Fortsetzung)

Aufgrund der in 2014 vorrangig betriebenen Erweiterung des Gesellschafterkreises und damit möglicher Veränderungen in der Ausgangslage für die Erarbeitung solcher Konzepte wurde dieses Projekt noch nicht begonnen. mbH wird Die RTW wird über die Zusammenarbeit mit der RMV GmbH einen Kooperationsvertrag abschließen.

P 5 – 014 Wissenschaftliche Begleitung Schnittstelle Fahrzeug –Infrastruktur

Die Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) schreibt bei Verkehren, die ihm unterliegen, vor dass der barrierefreie Zugang bis 2022 realisiert werden soll. Für die spezifische Planungssituation der RTW mit dem angedachten Anfahren von Bestandsbahnsteigen verschiedener Höhe bedeutet das, unter der Beachtung der technischen und finanziellen Rahmenbedingungen dieser Anforderung möglichst zu entsprechen. Um Lösungsansätze unabhängig von Fahrzeugherstellern zu erarbeiten, erfolgte eine Zusammenarbeit mit der Technischen Hochschule Mittelhessen, Fachbereich Bahnsysteme und Verkehrstechnik. Die Zusammenarbeit wurde am 31.12.2014 beendet.

P 6 – 014 Untersuchung möglicher Maßnahmen gegen Gefahren aus der Ausbreitung von Störfallstoffen in Bezug auf alle im Bereich des Industrieparks Höchst (IPH) liegenden RTW Haltestellen (Seveso II-Richtlinie)

In Folge des Erörterungstermins zum Scopingverfahren bei der Genehmigungsbehörde am 07.04.2014 ist ein Gutachten erforderlich, das die Untersuchung möglicher Maßnahmen gegen Gefahren aus der Ausbreitung von Störfallstoffen in Bezug auf alle im Bereich des IPH vorgesehenen Haltestellen zum Gegenstand hat. Dabei sind konkret Empfehlungen auszusprechen, wie im Falle einer Störung das Ein- und Ausfahren aus dem Industriepark Höchst geregelt und wie der Schutz von Beschäftigten und Personen auf den Bahnsteigen gewährleistet werden kann. Das Gutachten ist weitgehend bearbeitet und wird 2015 abgeschlossen.

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Projekte 2014 (Fortsetzung)

P 7 – 014 Landwirtschaftliche Betroffenheitsanalyse zur Optimierung der Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen durch die Trasse der RTW

In dem Erörterungstermin zum Scopingverfahren mit der Genehmigungsbehörde am 07.04.2014 wurde auf Anregung des Amtes für den ländlichen Raum (Behörde des Landes Hessen) die Erarbeitung einer landwirtschaftlichen Betroffenheitsanalyse im Hinblick auf die agrarstrukturellen Auswirkungen und die Zerschneidungswirkungen der Neubaumaßnahmen für die betroffenen hochwertigen landwirtschaftlichen Flächen in Eschborn und Niederursel vereinbart. Das Gutachten wird 2015 abgeschlossen.

P 8 – 014 Bodenchemisches Gutachten im Bereich Haltepunkt Stadion

Im Gebiet der Stadt Frankfurt am Main werden ca. 40% des Frankfurter Trinkwassers aus dem Stadtwald gewonnen. Der Haltepunkt Stadion der RTW liegt zumindest teilweise in Wasserschutzzone II. Aus Sicht der Wasserbehörden ist es erforderlich, im Hinblick auf den vorsorgenden Bodenschutz und auf Grundlage des Bundesbodenschutzgesetzes sowie des Leitfadens Bodenschutz in der Bauleitplanung den Chemismus des Bodens zu untersuchen, um bewerten zu können, inwieweit das Grundwasser durch die RTW gefährdet sein könnte. Das Gutachten wird 2015 abgeschlossen.

P 9 – 014 Prüfung von RTW-Ersatzwasserbeschaffungsmaßnahmen im Bereich Stadion zur möglichen Verlegung von Trinkwasserbrunnen

Die Wasserschutzzonen zur Trinkwasserförderung im Bereich Stadion/Sportfeld wurden 1997 festgelegt, ungeachtet der bereits vorhandenen Gleisanlagen der dB. Die Einfahrt in das Gleisfeld und die Ausfahrt aus Gleisfeld liegen im Bereich einer Wasserschutzzone II, in der der Bau von neuen Anlagen grundsätzlich untersagt ist; die RTW muss beide Bereiche durchfahren. Die Durchfahrt ist nur möglich, wenn Gleise verlegt bzw. neu gebaut werden. Es ist zu prüfen, ob mit bereits geplanten DB-Ersatzwasserbeschaffungsmaßnahmen (Umbau Sportfeld) oder spezifischen Vorkehrungen, wie z.B. Abdichtung des Gleiskörpers und Bau von Entwässerungsanlagen in Bereiche, die nicht in der Wasserschutzzone II liegen, eine Zustimmung der Wasserbehörden und des Wasserversorgers (hier Hessenwasser) erreicht werden kann. Die Wasserbehörden verlangen sehr frühzeitig die Untersuchungen und Alternativprüfungen, um auf die Streckenführung der RTW Einfluss nehmen zu können.

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Projekte 2014 (Fortsetzung)

P 10 – 014 Kosten Antrag TEN-V-Kofinanzierung für die RTW-Planungskosten 2014 bis 2016 (bis einschl. HOAI Leistungsphasen 4)

In der TEN-Finanzierungsverordnung "Connecting Europe Facility (CEF)" wird definiert, welche Maßnahmen/Projekte in welcher Höhe gefördert werden können. Insgesamt stehen im laufenden Finanzierungszeitraum 2014 bis 2020 für Verkehrsinfrastruktur 14,9 Mrd. € (plus 11,3 Mrd. € ausschließlich für Empfängerländer des Kohäsionsfonds) zur Verfügung. Studien werden bei allen Verkehrsträgern mit 50% gefördert. Die TEN-Förderung wird nur auf Antrag gewährt und nur als Reaktion auf einen zuvor veröffentlichten Aufruf der Kommission. Es gibt keinen Rechtsanspruch auf Zuschüsse. Antragsberechtigt sind die EU-Mitgliedstaaten oder mit deren Einverständnis öffentliche oder private Unternehmen. Ein fachlich spezialisiertes Büro für die von Förderantragsverfahren sowie ein Übersetzungsbüro wurden mit den erforderlichen Arbeiten beauftragt, die Antragstellung ist für Anfang 2015 vorgesehen. Der Antrag wird für die Jahre 2014 bis 2016 gestellt und hat ein Antragsvolumen von 15,361 Mio. €. Davon werden max. 50 % gefördert; max. können somit 7,68 Mio. € an EU-Fördermitteln für die Jahre 2014 bis 2016 generiert werden. 50% der bewilligten Summe werden sofort nach dem positiven Zuwendungsbescheid ausgezahlt (nachsüssig und vorschüssig) Die Entscheidung wird im Sommer 2015 erwartet. Bei Genehmigung des Wirtschaftsplans 2015 haben Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung beschlossen, dass die Umlagenzahlungen der Gesellschafter an die RTW GmbH vorbehaltlich möglicher Zuschüsse der EU erfolgen.

P 11 – 014 RTW und Umsatzsteuer

Mit Schreiben vom 21.01.2009 hat das Finanzamt Frankfurt V-Höchst der Gesellschaft mitgeteilt: "Insoweit davon gehe ich davon aus, dass die Gesellschaft unter den in der Anfrage geschilderten Bedingungen nicht unternehmerisch i. S. d. Umsatzsteuerrechts tätig ist". Durch die von der Gesellschafterversammlung am 26.11.2004 beschlossene Entfristung der Gesellschaft wird ein neuer Sachverhalt geschaffen, der u. U aber nicht ausreicht, um die sog. Unternehmereigenschaft und damit den Vorsteuerabzug zu erreichen. Durch die Anpassung des Gesellschaftszwecks als Vorhabenträger wäre ein weiterer Schritt getan. Maßgeblich für den Vorsteuerabzug ist aber, dass mit den Planungskosten, die als anschaffungsnahe Kosten wie Baukosten behandelt werden, steuerpflichtige Umsätze erzielt werden.

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Projekte 2014 (Fortsetzung)

P 11 – 014 RTW und Umsatzsteuer (Fortsetzung)

Würde der Gesellschaftszweck der RTW GmbH erweitert auf das Bauen und Betreiben der RTW-Infrastruktur und würde die RTW GmbH Eigentümerin der Anlagen, wäre zu prüfen, ob für die im Zeitraum von 2009 bis 2016 erbrachten Vorleistungen der RTW Planungsgesellschaft mbH für die Leistungsstufen HOAI 1 bis 4 (Planfeststellung) umsatzsteuerlich geltend gemacht werden können. Für einen solchen Ansatz spricht der Aufbau der Planung analog den HOAI Leistungen, die bedingen, dass vor der Umsetzung nach der HOAI Leistungsphase 5 ff. die HOAI Leistungsphasen 1 bis 4 erforderlich sind. Die Verjährungsfrist für eine mögliche Rückerstattung beträgt nach Auskunft des Wirtschaftsprüfers 7 Jahre, d. h. spätestens in 2015 ist eine Entscheidung zu treffen, ob die Vorsteuer aus 2009 geltend gemacht werden soll. In dem Gutachten soll in Abstimmung mit den Ergebnissen des Gutachten P4-014 auch geprüft werden, inwieweit mögliche die Forderungen an das Finanzamt auf einen Dritten (Vorhabenträger) übertragbar sind. Das finanzielle Volumen beträgt bei Ansatz der bisherigen und zukünftigen Planungskosten bis zur Planfeststellung ca. 26,5 Mio. €; die gezahlte Umsatzsteuer dürfte bei ca. 4,5 Mio. € liegen.

P 12 – 014 Geotechnik - Beratung durch das geotechnische Institut der Universität Darmstadt (Prof. Dr. Katzenbach)

Bei der Komplexität der Geologie im Rhein-Main-Gebiet ist es empfehlenswert, ergänzend zu den Ergebnissen der Planungsgemeinschaft RTW und den Baugrunduntersuchungen durch die Arbeitsgemeinschaft RTW (Konsortium von mehreren Bohrfirmen - siehe auch Projekt P1 04-013) zum Baugrund eine "zweite Meinung" einzuholen. Die Geschäftsführung hat deshalb das geotechnische Institut der Universität Darmstadt in die Beurteilung der Baugrundergebnisse einbezogen. In 2014 erfolgte eine erste Beurteilung der erstellten Baugrundgutachten. Für 2015 ist die Fortsetzung dieser Prüfungen vorgesehen.

Projekte 2015 (Vorschau)

- P 1 – 015 Life-Cycle-Cost- zur Vorbereitung Gesamtkalkulation RTW für Planfeststellung und Entscheidung
- P 2 – 015 Hydrogeologisches Gutachten für Einwirkungen RTW-Trasse auf Grundwasser und Oberflächengewässer
- P 3 – 015 Kosten Antrag TEN-V-Kofinanzierung für die RTW-Planungskosten (HOAI Leistungsphasen 5 bis 9)
- P 4 – 015 Kosten Antrag TEN-V-Kofinanzierung für den Bau der Infrastruktur

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Befristung der Gesellschaft wurde gem. Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung und notarieller Beurkundung am 26.11.2014 aufgehoben. Die Städte Eschborn, Schwalbach am Taunus und Neu Isenburg sowie das Land Hessen sind der Gesellschaft beigetreten und haben Geschäftsanteile von den Gründungsgesellschaftern übernommen. Das Eigenkapital der Gesellschaft wurde dadurch nicht verändert; die neuen Gesellschafter übernehmen z.T. die Verpflichtungen der Gründungsgesellschafter, so dass das Budget unverändert bleibt. Weitere Änderungen im Gesellschaftsvertrag betreffen im Wesentlichen die Besetzung der Aufsichtsgremien und die Organisation der Geschäftsführung. Die Änderungen des Gesellschaftsvertrags mit der Entfristung und der Aufnahme der neuen Gesellschafter wird nach Eintrag in das Handelsregister rechtswirksam; der Eintrag soll bis März 2015 erfolgen.

Die Jahre 2015 und 2016 sollen dazu genutzt werden, die Leistungsphasen 3 und 4 der HOAI sowie die notwendigen ergänzenden Arbeiten, wie Vermessungen, Baugrunduntersuchungen, umweltfachliche Prüfungen und Schallgutachten usw. durchführen, die Frage der Vorhabenträgerschaft als Voraussetzung für die Abgabe der Planfeststellungsunterlagen einer Lösung zuzuführen sowie ein Betriebs- und Finanzierungskonzept zu erarbeiten.

Die RTW GmbH trägt grundsätzlich kein finanzielles Risiko, da sie die Förderung der Zusammenarbeit einzelner Landkreise und Städte in der Region Frankfurt RheinMain auf dem Gebiet des Verkehrswesens zum Ziel hat und keine unternehmerische Tätigkeit im engeren Sinne wahrnimmt. Durch Fehlen der unternehmerischen Eigenschaft und der damit nicht vorhandenen Risiken ergeben sich auch keine nennenswerten wirtschaftlichen Entwicklungschancen für die Gesellschaft, die über den gegebenen Budgetrahmen hinausgehen.

Bei Abschluss von wesentlichen Verträgen im bestehenden Budgetrahmen wird ebenfalls kein Risiko für die zukünftige Entwicklung gesehen.

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

L. Bilanz

	2014	2013	Veränderung in €	2012
Aktiva	in €	in €	in €	in €
Immaterielle Vermögensgegenstände	6.441	0	6.441	0
Forderungen gegen Gesellschafter	0	1.652.300	-1.652.300	0
Sonstige Vermögensgegenstände	3.274	2.347	927	275
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.274	1.654.647	-1.651.373	275
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	7.007.492	6.457.754	549.738	277.104
Umlaufvermögen	7.010.767	8.112.401	-1.101.634	277.379
Rechnungsabgrenzungsposten	2.389	2.340	50	3.000
	7.019.597	8.114.740	-1.095.143	280.379
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	30.000	30.000	0	30.000
Verlustvortrag	-7.556	-7.556	0	-7.556
Jahresüberschuss(+)/-fehlbetrag (-)	0	0	0	0
Eigenkapital	22.444	22.444	0	22.444
Sonderposten für Investitionen	6.441	0	6.441	0
Sonstige Rückstellungen	490.339	132.287	358.052	21.996
Rückstellungen	490.339	132.287	358.052	21.996
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	474.722	348.702	126.020	116.456
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	6.017.244	7.600.711	-1.583.467	105.500
Sonstige Verbindlichkeiten	8.407	10.596	-2.189	13.983
Verbindlichkeiten	6.500.373	7.960.009	-1.459.636	235.939
	7.019.597	8.114.740	-1.095.143	280.379

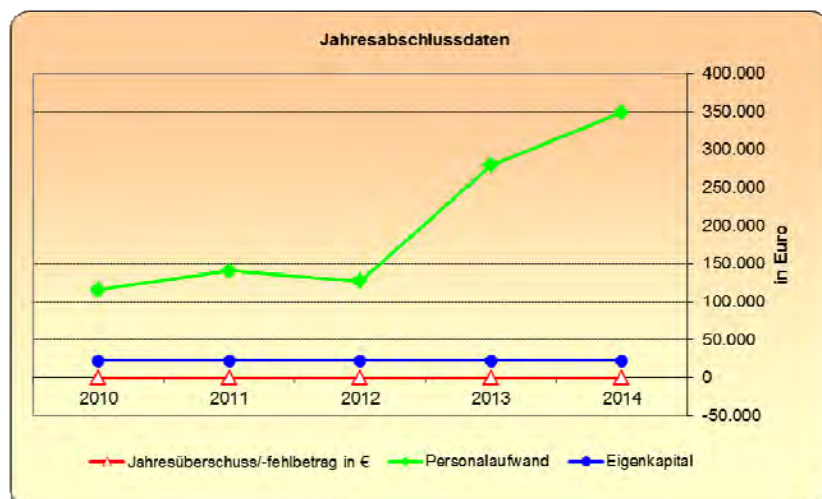
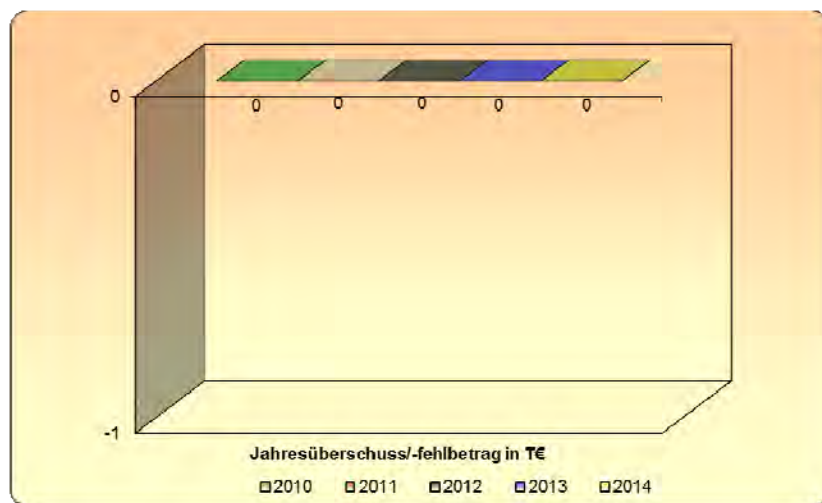
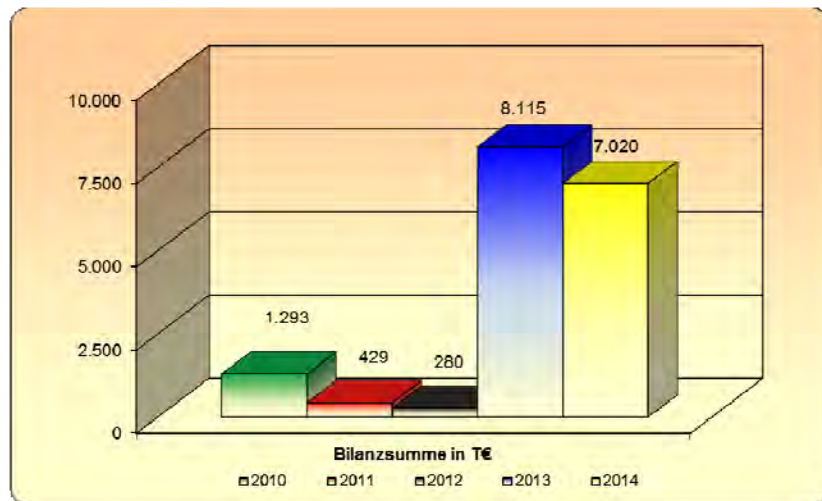
**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2014	2013	2012
	in €	in €	in €
Erträge aus Beiträgen der Gesellschafter	5.399.137	3.547.342	274.614
Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen	0	58.548	296.346
Sonstige betriebliche Erträge	34.186	18.473	13.784
Materialaufwand, Aufwendungen für bezogene Leistungen	4.772.597	3.165.089	337.609
Löhne und Gehälter	310.454	255.542	112.937
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	38.165	23.533	14.187
Personalaufwand	348.620	279.074	127.124
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	1.556	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	322.513	187.603	120.330
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12.414	7.856	1.042
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	452	452	724
Sonstige Steuern	452	452	724
Jahresfehlbetrag-/überschuss	0	0	0

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH), Frankfurt am Main

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

Die Gesellschaft mit Sitz in Flörsheim am Main wurde am 15. Juli 2003 mit einem Stammkapital in Höhe von 37.500,-- € gegründet. Gesellschafter waren bei Gründung der gemeinnützigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung neben dem Kreis Offenbach der Hochtaunus- und der Main-Taunus-Kreis. Die Gesellschafter waren mit je einem Drittel (= 12.500,-- €) an der Gesellschaft beteiligt.

Mit dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG) hatte der Hessische Landtag regionale Aufgaben neu strukturiert. Im Zuge der Neustrukturierung wurden früher vom Umlandverband Frankfurt wahrgenommene regionale Aufgaben, unter anderem die Planung, Errichtung und Erhaltung des Regionalparks Rhein-Main, übergangsweise (bis 31.12.2002) auf den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (jetzt Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main) und den Rat der Region übertragen, bis diese von Städten, Gemeinden und Landkreisen in frei gewählter Organisationsform übernommen werden.

Innerhalb dieses neu abgesteckten rechtlichen Rahmens haben die Landkreise/die Städte zur Sicherung und Fortführung des Regionalpark-Gedankens und bereits begonnener Regionalpark-Projekte eine gemeinsame gemeinnützige Gesellschaft in Form einer GmbH gegründet. Grundgedanke der Gesellschaft war zum Zeitpunkt der Gründung, weitere geeignete Körperschaften mit gleichen Rechten und Pflichten aufzunehmen, damit die Trägerschaft für den Regionalpark Rhein-Main auf eine breite Basis gestellt wird.

Am 29. November 2006 beschloss die Gesellschafterversammlung die Änderung des Gesellschaftsvertrages und Erweiterung der bestehenden Dachgesellschaft. Wesentliche Änderungen der Neufassung des Gesellschaftsvertrages waren

- die Erhöhung des Stammkapitales der Gesellschaft von € 162.500,-- um € 12.500,-- auf € 175.000,--.
- die Aufnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden als Gesellschafter mit einer Teilstammeinlage von € 12.500,--.

Nach der Erweiterung der Gesellschaft im Jahre 2006 durch den Beitritt der Landeshauptstadt Wiesbaden trat zuletzt am 21.05.2008 der Rheingau-Taunus-Kreis der Gesellschaft bei.

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

Anschrift	Besucherzentrum Frankfurter Straße 76, 65439 Flörsheim-Weilbach
Telefon	06145/93636-20
Telefax	06145/93636-44
E-Mail	information@regionalpark-rheinmain.de
Internet	www.regionalpark-rheinmain.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2014

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	15. Juli 2003
Stammkapital	187.500,00 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag vom 15. Juli 2003, geändert am 20. Juli 2005, am 29. November 2006 sowie am 21. Mai 2008
Handelsregistereintrag	HRB 20927 beim Amtsgericht Wiesbaden

B. Zweck der Gesellschaft

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff AO (§ 2 Abs. 1 der Satzung).

Zweck der Gesellschaft ist in Zusammenarbeit mit den Städten, Gemeinden und Landkreisen, dem Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (jetzt Regionalverband Frankfurt/Rhein/Main) sowie dem Land Hessen, die Förderung des Projekts „Regionalpark Rhein-Main“. Das Projekt dient den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere wie folgt verwirklicht:

- a) Die Gesellschaft fördert das Projekt „Regionalpark Rhein-Main“ durch die Beschaffung und Organisation von Finanzmitteln sowie deren Verteilung auf gemeinnützige Regionalparkgesellschaften, andere gemeinnützige Träger von Regionalprojekten und Körperschaften des öffentlichen Rechts ausschließlich zur Verwendung zu steuerbegünstigten Zwecken. Die Förderung des Regionalparks umfasst darüber hinaus
- die Entwicklung eines Corporate Design,
 - die Erarbeitung, laufende Kontrolle und Fortschreibung und Pflegestandards,
 - die Gewährleistung einer einheitlichen Beschilderung,
 - die übergreifende Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung der lokalen regionalparkbezogenen Öffentlichkeitsarbeit
 - die Vorbereitung und Betreuung regionalparkbezogener Veranstaltungen im Zusammenwirken mit den örtlichen Trägern von Regionalparkprojekten.
- b) Die Gesellschaft koordiniert und steuert die Projekte zum Ausbau des Regionalparks Rhein-Main im Sinne einer übergeordneten regionalen Planung und definiert die Standards für die Gestaltung des Regionalparks. Die Koordination und Steuerung erfolgt durch die Beschaffung von Finanzmitteln und deren Verteilung auf gemeinnützige Regionalparkgesellschaften, andere gemeinnützige Träger und Körperschaften des öffentlichen Rechts ausschließlich zur Verwendung zu steuerbegünstigten Zwecken, um so die in Absatz 2 genannten gemeinnützigen Ziele zu erreichen. Die Planung erfolgt in Abstimmung mit der Landschaftsplanung bzw. der Flächennutzungsplanung / Regionalen Flächennutzungsplanung des Planungsverbands Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (jetzt Regionalverband FrankfurtRheinMain) bzw. den Kommunen. Insbesondere ist die Planung des Regionalparks mit der Ausgleichsflächenkonzeption dieser Pläne abzustimmen.
- c) Die Gesellschaft kann sich, um die oben genannten Aufgaben zu erfüllen, an gemeinnützigen Regionalparkgesellschaften beteiligen.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Es darf niemand durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2014 (Stand: 31.12.2014)	
Vorsitzende	Frau Claudia Jäger
Stellv. Vorsitzender	Herr Thomas Will
Mitglied	Herr Joachim Arnold
-----,,-----	Herr Michael Cyriax ab 01.04.2014
-----,,-----	Frau Rosemarie Heilig
-----,,-----	Herr Hans-Jürgen Hielscher bis 31.03.2014
-----,,-----	Herr Michael Korwisi
-----,,-----	Herr Ulrich Krebs
-----,,-----	Frau Sigrid Möricke
-----,,-----	Herr Werner Müller
-----,,-----	Herr Karl Ottes
-----,,-----	Herr Erich Pipa
-----,,-----	Herr Folkmar Schirmer
-----,,-----	Herr Horst Schneider
-----,,-----	Herr Ludger Stüve
-----,,-----	Herr Andreas Kowol

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Klaus Wichert
-----,,-----	Herr Leo Fercher bis 30.06.2014

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Geschäftsführung erhielt Vergütungen in Höhe von insgesamt T€ 102. Der Aufsichtsrat bezieht keine Vergütung.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	6,66 %	12.500,00 €
Hochtaunuskreis	6,66 %	12.500,00 €
Main-Taunus-Kreis	6,66 %	12.500,00 €
Kreis Groß-Gerau	6,66 %	12.500,00 €
Main-Kinzig-Kreis	6,66 %	12.500,00 €
Wetteraukreis	6,66 %	12.500,00 €
Rheingau-Taunus-Kreis	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Bad Homburg v.d.H.	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Frankfurt am Main	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Hanau	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Offenbach am Main	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Rüsselsheim	6,66 %	12.500,00 €
Landeshauptstadt Wiesbaden	6,66 %	12.500,00 €
Regionalverband FrankfurtRheinMain	6,66 %	12.500,00 €
Land Hessen	6,66 %	12.500,00 €

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Die gesetzliche Verpflichtung der Städte, Gemeinden und Landkreise zur Bildung von Zusammenschlüssen im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ergibt sich aus dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG). Gesetzliche Aufgabe ist unter anderem die Planung, Errichtung und Unterhaltung des Regionalparks Rhein-Main, § 1 Abs. 1 Nr. 7 BallrG.

Aufgrund dieses Sachverhaltes ist eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entbehrlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Produkt Regionalentwicklung

Buchungsstelle 10.50.02.71260010

in €	2015	2014	2013
Förderung von Regionalprojekten	75.000	75.000	75.000

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2014 und 2015 jeweils auf die Haushaltsansätze und für das Jahr 2013 auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung des Kreises.

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2014	2013	2012
Verbindlichkeiten	58.316	88.000	110.135

Berichtsjahr 2014	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	88.000
Zunahmen	0
Abnahmen	29.684
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	58.316

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

K. Lagebericht 2014

A. Wirtschaftsbericht

I. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses 2014

Der gesellschaftsvertraglich festgelegte Zweck unserer Gesellschaft ist die Förderung des Projekts »Regionalpark Rhein-Main« und zwar in Zusammenarbeit mit den Städten, Gemeinden, den Landkreisen, dem Regionalverband FrankfurtRhein-Main sowie dem Land Hessen. Das Projekt dient den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Die Tätigkeiten der Gesellschaft sind gemeinnützig, eigenwirtschaftliche Zwecke werden nicht verfolgt. Umsätze werden gewöhnlich nicht erzielt. Die Einnahmen erfolgen überwiegend aus Zuschüssen öffentlich-rechtlicher Körperschaften und zu einem weiteren Teil aus Spenden privater Unternehmen. Auf Grund dieser Tatsache beeinflussen welt- und binnenwirtschaftliche Vorgaben unsere Unternehmenstätigkeit und damit unseren Unternehmenserfolg nur in eingeschränktem Umfang.

Das Ergebnis ist gegenüber dem Vorjahr um 76,1% von ./. T€ 347 auf jetzt ./. T€ 83 gestiegen.

Die Verbesserung des Jahresergebnisses ist überwiegend mit der geringeren Förderung von Projekten im Geschäftsjahr zu begründen. So wurden im Berichtsjahr über 14 (im Vj. über 15) Einzelprojekte im Wert von knapp € 1,1 Mio. gefördert (Vorjahr knapp € 1,5 Mio.). Im Geschäftsjahr sind folgende geförderten Einzelprojekte besonders zu nennen:

- Regionalpark Taunushang: »Safariroute von Zoo zu Zoo« i.H. v. T€ 50,
- Frankfurt am Main: »Sonderbare Spielstation, Nordpark Bonames« i.H. v. T€ 33,
- Regionalpark Südwest: »Außenanlagen Opelvillen, Rüsselsheim« i.H. v T€ 30,
- Regionalpark Südwest: »Holzplattform am Staudenweiher Kelsterbach« i.H. v. T€ 30.

Hervorzuheben ist hier auch das Regionalpark-Sommerfest, für das insgesamt T€ 227 ausgeben wurden und der HR4-Walking Tag, der mit T€ 25 zu Buche schlug.

Die Erträge sind gegenüber dem Vorjahr um T€ 166 auf T€ 1.863 zurückgegangen. Der Rückgang beruhte vor allem auf Minderzuschüssen von T€ 183 durch unseren Gesellschafter, das Land Hessen.

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

K. Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

A. Wirtschaftsbericht

II. Lage des Unternehmens

1. Vermögenslage

Die Vermögenslage unserer Gesellschaft ist nach wie vor als gut zu bezeichnen. Unser lang- und mittelfristig angelegtes Vermögen (Anlagevermögen) ging auf T€ 878 gegenüber T€ 1.004 im Vorjahr zurück. Es liegt aber noch immer bei 62,5% unseres gesamten Vermögens.

Unsere liquiden Mittel sind wegen der anhaltend hohen Ausgaben für die Projektförderung erneut um T€ 353 auf jetzt T€ 522 gesunken. Das beeinträchtigt unsere weitere Geschäftstätigkeit aber grundsätzlich nicht. Die vorhandenen finanziellen Cashmittel decken die bereits zugesagten Fördermittel für Projekte in 2014 in Höhe von rd. € 350.000. Außerdem können weitere Projekte gefördert werden, weshalb die liquiden Mittel ausreichen, um unseren Gesellschaftszweck verwirklichen zu können.

Das Eigenkapital und damit auch das langfristige Kapital beträgt T€ 995 und macht 70,8% des Gesamtkapitals unserer Gesellschaft aus (Vorjahr: T€ 1.078 bzw. 56,7%). Das kurzfristige Fremdkapital liegt bei T€ 410 (29,2% des Gesamtkapitals).

2. Finanzlage

Die Finanzlage unseres Unternehmens hat sich wegen des erneuten Jahresfehlbetrags gegenüber dem Vorjahr nochmals um jetzt T€ 360 reduziert. Sie ist aber mit liquiden Mitteln von T€ 522 dennoch als zufriedenstellend zu bezeichnen.

Der »Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit« hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 69 vermindert und beträgt ./.. T€ 336. Der Geldmittelabfluss hängt vor allem mit der Reduzierung der Rückstellung für laufende Projekte von ./.. T€ 385 zusammen. Dem stehen Mittelzuflüsse aus Abschreibungen von T€ 143 gegenüber.

Der »Cashflow aus Investitionstätigkeit« ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 76 gestiegen und liegt jetzt bei ./.. T€ 17. Der Geldmittelabfluss im laufenden Jahr resultiert aus den entsprechenden Investitionen im Geschäftsjahr, denen keine Einzahlungen aus Anlagenverkäufen gegenüberstanden. So beträgt der Finanzmittelbestand (= liquide Mittel) zum Geschäftsjahresende T€ 522. Er ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 353 gesunken.

Die immer noch hohen liquiden Mittel werden benötigt, um die verschiedenen Regionalparkprojekte zu fördern. Unser Ziel ist und bleibt es, auch in Zukunft keine Fremdmittel zu Projektförderungen in Anspruch nehmen zu müssen.

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

K. Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

A. Wirtschaftsbericht (Fortsetzung)

II. Lage des Unternehmens (Fortsetzung)

3. Ertragslage

Durch die Zuschüsse unserer Gesellschafter und von dritter privater Seite konnten wir betriebliche Erträge in Höhe von T€ 1.863 (Betriebsleistung) erwirtschaften. Von diesen Mitteln und aus unseren vorhandenen liquiden Mitteln haben wir einen Betrag von T€ 1.068 bzw. 57,3% der Betriebsleistung im Geschäftsjahr für die Projektförderung verwendet.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen liegen bei T€ 881 (47,2% der Betriebsleistung), wovon T€ 496 auf Personalkosten und T€ 242 auf sonstige betriebliche Aufwendungen entfallen. Damit erzielten wir ein Betriebsergebnis von ./ T€ 83, welches um T€ 264 über dem des Vorjahres liegt.

Die Verzinsung unserer - gesunkenen - flüssigen Mittel führte zu einem Finanzergebnis von T€ 3, das unter dem Vorjahresergebnis von T€ 5 liegt. Der überschlägige mittlere Zinssatz für unsere liquiden Mittel liegt damit bei 0,46% (Vorjahr 0,5%), was in etwa dem allgemeinen Zinsniveau von 2014 entspricht.

Wegen des besseren Betriebsergebnisses, das durch das im Verhältnis nur geringfügig verringerte Finanzergebnis nicht wesentlich beeinflusst wurde, verminderte sich der Jahresfehlbetrag um T€ 266 und liegt bei ./ T€ 81 bzw. ./ 4,3% der Betriebsleistung (Vorjahr: ./ T€ 347 bzw. ./ 17,1% der Betriebsleistung).

III. Nachtragsbericht

Es liegen keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres vor.

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

K. Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens

I. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Der Wandel der Geschäftspolitik von der finanziellen Unterstützung von Projekten Dritter hin zur verstärkten Durchführung von Veranstaltungen und Produktion sowie Verbreitung von Informationsmaterial ist erfolgreich vorgenommen worden. Die Besucherzentren in Flörsheim Weilbach und im Offenbacher Wetterpark finden ein großes Besucherinteresse. Die Ausstellung "Landschaft auf den zweiten Blick" als auch die Ausstellung zum Thema Wetter sind regelmäßig Ziel von Schulklassen und Besuchergruppen aus dem In- und Ausland. Die Beliebtheit des Regionalparks findet auch durch die weiterhin wachsende Zahl von Akteuren, die sich am Regionalpark Sommer beteiligen und das Programm auf vielfältige Art bereichern, Ausdruck. In diesem Jahr fand am 03.Mai 2015 der Walkingtag zur Zufriedenheit der Mitveranstalter und Kommune in Hanau in Kooperation mit dem hr 4 statt. Diese Kooperation wird im nächsten Jahr im Kreis Groß-Gerau fortgesetzt und wird durch die hr 4-Wandertage intensiviert werden. Im Vorjahr fand ein Wandertag im Rheingau statt und in diesem Jahr im Spessart. Das Engagement des Regionalparks ist dabei kein finanzielles, sondern erfolgt durch den Einsatz von spezifischer Kompetenz und der Nutzung des guten Netzwerks des Regionalparks. Nach diesem Modell soll künftig verstärkt gearbeitet werden, um die Kapazitäten des Regionalparks auch bei geringerem Mitteleinsatz optimal zu nutzen und eine hohe Aufmerksamkeit auf die Stadtlandschaft RheinMain zu lenken. Die Nachfrage nach Informationsmaterial und hier insbesondere den sehr positiv bewerteten Freizeitkarten bleibt durch die Vielzahl von Außenauftritten im Rahmen des Regionalpark Sommers konstant hoch. Dies muss bei der Bereitstellung von Mitteln für die Öffentlichkeitsarbeit berücksichtigt und verstärkt Sponsorengelder hierfür eingeworben werden.

II. Risikobericht

1. Allgemeiner Risikobericht

Da wir nicht am Markt tätig werden, sind wir keinen Konjunktur- und Währungsrisiken ausgesetzt. Unsere Gesellschafter sind durch die Satzung verpflichtet jährliche gesellschaftsrechtliche Zuschüsse von rund 1.125,00 T€ zu leisten, sodass unsere Liquiditätslage auch weiterhin abgesichert ist. Zumal wir die finanziellen Verpflichtungen der Vergangenheit kontinuierlich abarbeiten und neue Verpflichtungen an diesen jährlichen Rahmen sowie evtl. weitergehende gewährte Einzelzuschüsse anpassen.

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

K. Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens (Fortsetzung)

2. Spezieller Risikobericht

Wie oben unter A. II. 2. zur Finanzlage unserer Gesellschaft aufgeführt, ist die Liquiditätslage gesichert. Zu unserem Finanzinstrument zählen in erster Linie unsere Guthaben bei Kreditinstituten.

Ein Liquiditätsrisiko wird dadurch minimiert, dass wir Fördermittel bzw. neue Zuschüsse nur dann zusagen, wenn diese von uns auch gezahlt werden können. Zur Sicherstellung dieser Geschäftsprämisse, dienen der Wirtschaftsplan und laufende Liquiditätsüberwachung durch unsere Geschäftsführung.

Die Förderung von Einzelprojekten wird in der Zukunft aufwendiger, da die finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen unserer Fördermittelgeber immer stärker begrenzend wirken. Die Projektförderung soll beibehalten werden, doch aufgrund der immer schwieriger werdenden Drittellösung der Kommunen und der reduzierten Förderung durch die Fraport AG zurückgenommen werden.

III. Prognosebericht

Aufgrund der im Risikobericht dargelegten Finanzsituation erwarten wir auch für 2015 und 2016 eine beständige Entwicklung unseres gemeinnützigen Unternehmens. Wir werden auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen und entsprechend unserem Satzungsauftrag den „Regionalpark RheinMain“ fördern.

Die Geschäftsführung dankt den Gesellschaftern und den Mitgliedern des Aufsichtsrates für die konstruktive Zusammenarbeit.

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

L. Bilanz

	2014	2013	Veränderung	2012
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Immaterielle Vermögensgegenstände	162	854	-692	1.851
- Außenanlagen	648.528	686.121	-37.593	677.041
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	221.069	256.196	-35.127	277.483
- Geleistete Anzahlungen, Anlagen in Bau	8.519	60.967	-52.449	85.299
Sachanlagevermögen	878.115	1.003.284	-125.169	1.039.823
Anlagevermögen	878.277	1.004.138	-125.861	1.041.674
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	76	-76	0
Sonstige Vermögensgegenstände	417	1.367	-950	977
Guthaben bei Kreditinstituten	522.243	875.153	-352.909	1.234.886
Umlaufvermögen	522.660	876.595	-353.935	1.235.863
Rechnungsabgrenzungsposten	3.811	21.543	-17.732	6.259
	1.404.748	1.902.276	-497.528	2.283.796
Passiva				
- Gezeichnetes Kapital	187.500	187.500	0	187.500
- Gewinnvortrag	890.419	1.237.699	-347.280	1.764.630
- Jahresüberschuss	-82.696	-347.280	264.585	-526.930
Eigenkapital	995.223	1.077.919	-82.696	1.425.199
- Sonstige Rückstellungen	351.209	736.357	-385.148	748.461
Rückstellungen	351.209	736.357	-385.148	748.461
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	56.153	86.944	-30.791	97.509
- Sonstige Verbindlichkeiten	2.163	1.056	1.107	12.627
Verbindlichkeiten	58.316	88.000	-29.684	110.135
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	1.404.748	1.902.276	-497.528	2.283.796

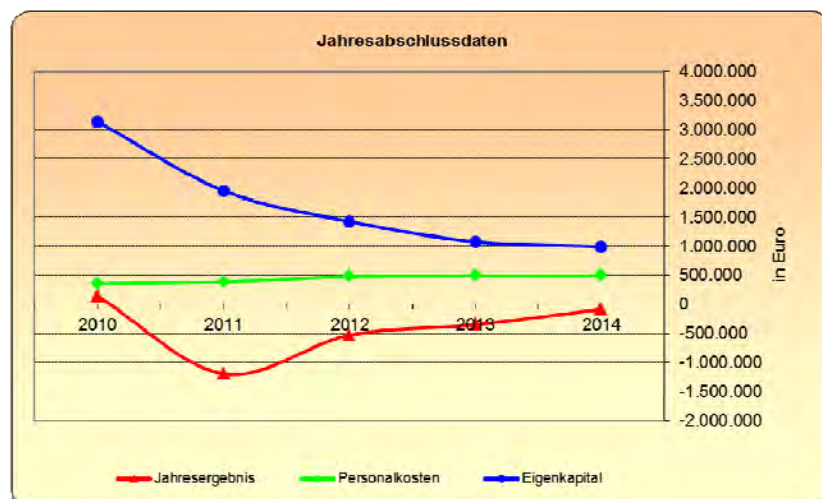
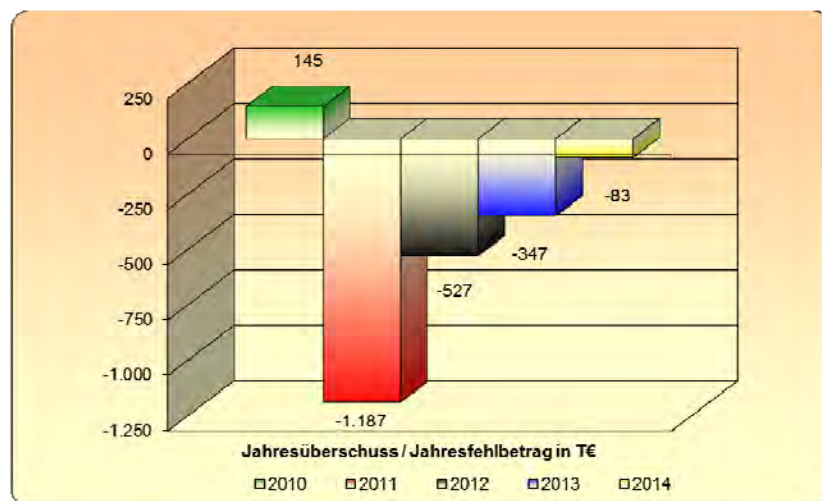
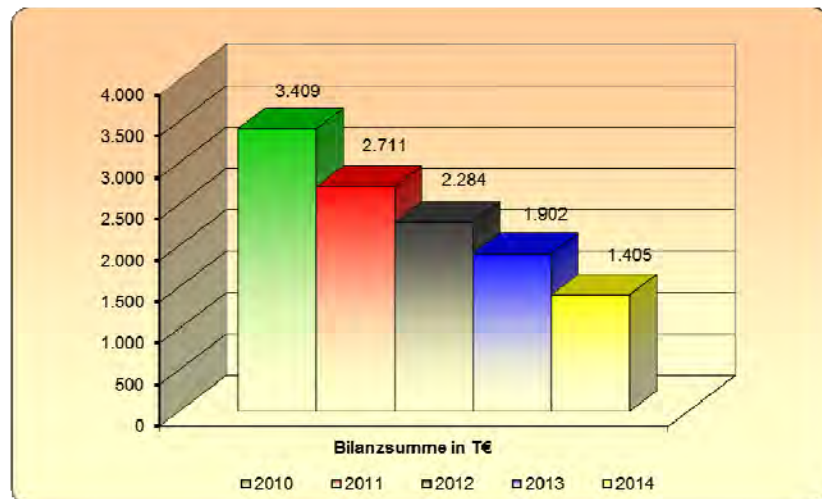
**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2014	2013	2012
	in €	in €	in €
Sonstige betriebliche Erträge	1.863.330	2.029.020	1.977.431
Betriebliche Erträge insgesamt	1.863.330	2.029.020	1.977.431
Projektförderung	1.068.014	1.487.457	1.637.303
Personalaufwand			
- Gehälter	385.950	387.300	379.782
- Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	109.847	110.796	103.263
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und auf Sachanlagen	142.939	130.545	112.040
Sonstige betriebliche Aufwendungen	241.946	265.006	289.636
Betriebsergebnis	-85.365	-352.084	-544.593
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.985	5.119	17.975
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Finanzergebnis	2.985	5.119	17.975
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-82.381	-346.965	-526.618
Sonstige Steuern	315	315	312
Jahresfehlbetrag/-überschuss	-82.696	-347.280	-526.930

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

Die RMV GmbH wurde im Juni 1994 nach erfolgreicher zweijähriger Arbeit der Gesellschaft zur Vorbereitung und Gründung des Rhein-Main-Verkehrsverbundes mbH gegründet.

Das Verbundgebiet erstreckt sich flächenmäßig über etwa 14.000 km² mit rund 4,9 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern in elf Mitgliedsstädten und 15 Landkreisen, es wird im Norden vom Landkreis Marburg-Biedenkopf, im Süden vom Odenwaldkreis, im Westen vom Rheingau-Taunus Kreis und im Osten vom Landkreis Fulda begrenzt.

Die Organisationsstruktur des RMV wurde so gewählt, dass einerseits ein Interessenausgleich aller beteiligten Partner ermöglicht wird und zum anderen die zur Verbundgründung beschlossenen fünf Grundsätze berücksichtigt und umgesetzt werden.

- **Kommunalverbund**

Der RMV konstituierte sich als Kommunalverbund auf freiwilliger Basis. Die Verbundpartner üben über die Gesellschafterversammlung und den Aufsichtsrat als Gesellschafter die gesellschaftsrechtliche Kontrolle über den RMV aus.

- **Dezentrales Prinzip – dezentrale Organisation**

Der lokale Verkehr wird auf lokaler Ebene durch die lokalen Nahverkehrsgesellschaften bzw. die Verbundverkehrsunternehmen, der regionale Verkehr auf der Ebene des RMV durch die RMV GmbH organisiert. Die Verantwortung für den Lokalverkehr verbleibt somit bei den lokalen Gebietskörperschaften bzw. Aufgabenträgern.

- **Trennungsrechnung**

Grundsatz der Trennungsrechnung ist die Transparenz der Kosten mit einer Trennung in Betriebs- und Infrastrukturkosten und einer gleichzeitigen Festschreibung der Verantwortung für die Kostenbestandteile.

- **Leistungsprinzip**

Die Einführung des Leistungsprinzips bedeutete die Abkehr vom in der Vergangenheit praktizierten Aufwandsprinzip.

- **Bestellerprinzip**

Der RMV führt im Auftrag seiner Gesellschafter auf der Regie-Ebene die Bestellerfunktion für den Regionalverkehr aus. Während früher die Vergabe von Leistungen frei verhandelt wurde, werden diese künftig nach erfolgter Ausschreibung vergeben.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

Anschrift	Alte Bleiche 5, 65719 Hofheim am Taunus
Telefon	06192/294-0
Telefax	06192/294-900
E-Mail	info@rmv.de
Internet	www.rmv.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2013

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	30. Juni 1994
Stammkapital	690.244,04 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 04. Juli 1991. Der Gesellschaftsvertrag wurde durch Beschluss der Gesellschafterversammlung am 30. Juni 1994 grundlegend geändert.
Handelsregistereintrag	HRB 34128 beim Amtsgericht Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Die Gesellschaft dient dem Zwecke der gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie der Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV) und nimmt im Verbundgebiet die nachfolgend dargestellten Aufgaben wahr:

- Regionaler Schienenpersonen- und Buspersonennahverkehr (SPNV u. BPNV)
- Verkehrsplanung
- Verkehrskonzeption und technische Standards
- Rahmenplanung für Produkte, Verbundtarif und Beförderungsbedingungen
- Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit
- Fahrgastinformation, Vertriebssystem
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen
- integriertes Plandatensystem

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung der Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen errichten oder erwerben.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2013 (Stand: 31.12.2013)		
Vorsitzender	Herr Peter Feldmann	
Stellvertretender Vorsitzender	Herr André Kavai	bis 25.06.2013
-----,-----	Herr Ulrich Krebs	ab 25.06.2013
Mitglieder		
für das Land Hessen	Herr Steffen Saebisch	
-----,-----	Frau Prof. Dr. Luise Hölscher	bis 30.09.2013
für die Kreisfreien Städte	Frau Brigitte Lindscheid	
-----,-----	Frau Sigrid Möricke	
-----,-----	Herr Peter Schneider	
für Städte mit Sonderstatus	Herr Patrick Burghardt	bis 08.07.2013
-----,-----	Herr Wolfram Dette	
-----,-----	Herr Michael Korwisi	
-----,-----	Herr Andreas Kowol	ab 02.09.2013
-----,-----	Herr Nils Kraft	ab 08.07.2013

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Aufsichtsrat (Fortsetzung)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2013 (Stand: 31.12.2013)	
für Städte mit Sonderstatus	Herr Gerhard Möller
-----,,-----	Herr Egon Vaupel
-----,,-----	Herr Axel Weiss-Thiel bis 02.09.2013
-----,,-----	Frau Gerda Weigel-Greilich
für die Landkreise	Herr Burkhard Albers
-----,,-----	Herr Joachim Arnold
-----,,-----	Herr Michael Cyriax
-----,,-----	Herr Christel Fleischmann
-----,,-----	Herr Manfred Görig
-----,,-----	Frau Claudia Jäger
-----,,-----	Herr Ulrich Krebs bis 25.06.2013
-----,,-----	Herr Dietrich Kübler
-----,,-----	Herr Gerald Kummer
-----,,-----	Herr Dr. Karsten McGovern
-----,,-----	Herr Manfred Michel
-----,,-----	Frau Anita Schneider
-----,,-----	Herr Wolfgang Schuster
-----,,-----	Herr Bernd Woide

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Prof. Knut Ringat (Sprecher der GF)	
-----„-----	Herr Klaus-Peter Güttler	bis 31.03.2014
-----„-----	Herr Dr. André Kawai	ab 01.04.2014

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Bezüge der Geschäftsführer im Berichtsjahr beliefen sich auf T€ 499 (i. Vj. T€ 486). Auf die Angabe der Gesamtbezüge ehemaliger Geschäftsführer wird nach § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten seit 15. Juni 1999 eine Aufwandsentschädigung von € 51,13 pro Person und Sitzung. Im Geschäftsjahr 2013 fielen dafür Aufwendungen in Höhe von insgesamt T€ 5,2 an.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Land Hessen	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Darmstadt-Dieburg	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Fulda	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Gießen	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Groß-Gerau	3,704 %	25.564,59 €
Hochtaunuskreis	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Limburg-Weilburg	3,704 %	25.564,59 €
Lahn-Dill-Kreis	3,704 %	25.564,59 €
Main-Kinzig-Kreis	3,704 %	25.564,59 €
Main-Taunus-Kreis	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Marburg-Biedenkopf	3,704 %	25.564,59 €
Odenwaldkreis	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Offenbach	3,704 %	25.564,59 €
Rheingau-Taunus-Kreis	3,704 %	25.564,59 €
Vogelsbergkreis	3,704 %	25.564,59 €
Wetteraukreis	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Bad Homburg vor der Höhe	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Darmstadt	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Frankfurt	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Fulda	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Gießen	3,704 %	25.564,59 €

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

D. Gesellschafter (Fortsetzung)

Gesellschafter (Fortsetzung)	Anteil in %	Anteil in €
Stadt Hanau	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Marburg	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Offenbach am Main	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Rüsselsheim	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Wetzlar	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Wiesbaden	3,704 %	25.564,59 €
	100,00 %	690.244,04 €

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen	Anteil in %	Anteil in € gerundet
Rhein-Main-Verkehrsverbund Service GmbH, Hofheim am Taunus (RMS)	100,00	125.000
Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH, Hofheim am Taunus (fahma)	100,00	100.000
Regionaltangente West Planungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main (RTW GmbH), Frankfurt	33,33	10.000
Ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain, Frankfurt	12,45	30.000
VDV-Kernapplikations GmbH & Co. KG, Köln (VDV)	11,27	100.000

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung. Die Gesellschaft fördert das von den beteiligten Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften verfolgte Ziel, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verkehrsverbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen und durch gezielte Investitionen zu verbessern.

Bei der Gesellschaft handelt es sich gemäß der Hessischen Gemeindeordnung um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens ausgerichtet ist. Aufgrund dieses Sachverhaltes entfällt die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2013	2012	2011
Verbindlichkeiten	7.384.094	6.823.386	9.637.989

Berichtsjahr 2013	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	6.823.386
Zunahmen	560.708
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	7.384.094

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013

1. Geschäftstätigkeit

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund hat den öffentlichen Auftrag, die gemeinsamen Aufgaben zur Organisation und Koordination des öffentlichen Personennahverkehrs wahrzunehmen. Durch die Zusammenarbeit mit den kommunalen ÖPNV-Aufgabenträgern sowie der Unterstützung mit dem Land Hessen wird der öffentliche Auftrag der Daseinsvorsorge gewährleistet. Grundlage der Geschäftstätigkeit der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV GmbH) ist der Gesellschaftsvertrag.

Mittel- bis langfristiges Ziel ist die Entwicklung eines qualitativ besseren ÖPNV. Der Focus liegt primär auf den Wünschen des Kunden. Der RMV hat sich besondere Aufgaben gestellt, um diese Ziele zu erreichen und damit die Kundenzufriedenheit maßgeblich zu verbessern.

Um die Attraktivität des ÖPNV zu steigern, muss der ÖPNV im Gesamtsystem, wie Infrastruktur, Angebot, Service und Tarif betrachtet werden. Hier sind Maßnahmen des RNVP 2019 wie beispielsweise die Weiterentwicklung des Leistungsangebotes zur Kapazitätsausweitung, schnellere Züge und Einsatz von Schnellbussen als Ergänzung des Schienenverkehrs zu nennen.

Des Weiteren beteiligt sich der RMV im Rahmen der hessischen Mobilitätsinitiative mit anderen Partnern für die Entwicklung integrierter Mobilitätsdienstleistungen am Projekt HOLM (House of Logistic and Mobility). Zur Erreichung einer höheren Marktreichweite sind Mobilitätspakete mit Verkehrsunternehmen, Taxi, CarSharing, insbesondere auch im ländlichen Raum, als potentielle Entwicklung anzusehen.

Darüber hinaus ist die RMV GmbH bestrebt, für ihre Kunden mittelfristig ein System für elektronisches Fahrgeldmanagement der höchsten Komfortstufe „Einsteigen und Losfahren“ (Be-In/Be-Out-Systems) aufzubauen und einzuführen. Zur Umsetzung wird im Rahmen eines Kooperationsprojektes eng mit der DB AG zusammengearbeitet. Neben der Erweiterung des RMV-HandyTickets um BahnCard-ermäßigte Einzelfahrkarten werden die Integration von RMV-Übergangstarifen und die Fahrplanauskunft weiter vorangetrieben. Ebenso sollen weitere Fahrkarten als eTicket angeboten werden.

Die Finanzierung der RMV GmbH für Regiekosten sowie für bezogene Leistungen insbesondere Untersuchungen (gemäß Wirtschaftsplan) erfolgt nach Abzug von eigenen Erträgen durch Zuwendungen des Landes Hessen und aus der Umlage der Komplementärfinanzierung der kommunalen Gesellschafter. Die mit dem Land Hessen geschlossene Finanzierungsvereinbarung 2010 bis 2014 ist die Grundlage zur Finanzierung der RMV GmbH. Während die Finanzierung der Regiekosten und Untersuchungen direkt der RMV GmbH zuzurechnen sind, werden die verbleibenden Finanzierungsmittel von der RMV GmbH treuhänderisch abgewickelt und als Treuhandvermögen gesondert erfasst.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

2. Entwicklung der Beteiligungen im Geschäftsjahr 2013

2.1 Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms)

Die RMV GmbH ist zu 100% Gesellschafter an der 1997 gegründeten Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH. Mit der rms GmbH besteht eine umsatzsteuerliche und gewerbesteuerliche Organschaft und seit dem Geschäftsjahr 1998 eine körperschaftsteuerliche Organschaft.

Der rms ist es gelungen, die wirtschaftliche Entwicklung durch die Besetzung neuer Themen schrittweise von der schwierigen Situation ihrer Kunden in den letzten Jahren abzukoppeln. Im Themenfeld Datenmanagement F+E konnten erstmals größere Umsatzerlöse erzielt werden. Allerdings blieben durch die verzögerte Beauftragung der seit langem in Akquisition befindlichen Forschungsprojekte die Umsatzerlöse hinter dem Plan für 2013.

Die Umsatzerlöse der rms GmbH sind im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 14.359 auf TEUR 8.946 gesunken. Gleichzeitig erhöhte sich die Gesamtleistung der rms von TEUR 8.885 auf TEUR 9.565.

Gegenläufig hat sich allerdings die Betriebsleistung durch die Bestandsveränderung der unfertigen Leistungen von TEUR 8.817 auf TEUR 11.238 erhöht. Die Umsatzerlöse konnten vor allem aus den Themenfeldern Kundenkommunikation, Verkehrs- und Marktforschung sowie Datenmanagement und Informations- und Vertriebssysteme generiert werden.

Das Erlösvolumen mit Dritten konnte um rund 52 % gesteigert werden, der Anteil der Drittumsätze am Gesamtumsatz liegt damit bei TEUR 2.858 (i. Vj. TEUR 1.877).

Für das Geschäftsjahr 2014 wird ein weiterer Anstieg der Umsätze mit Drittkunden auf TEUR 3.022 erwartet.

Die Bilanzsumme sank von TEUR 5.574 im Vorjahr auf TEUR 3.798. Begründet im Aktiva ist dies auf den Rückgang der geleisteten Anzahlungen und im Passiva durch den starken Rückgang der Verbindlichkeiten zurück zu führen.

Trotz steigendem Umsatz mit Dritten muss der für das Jahr 2014 geplante Umsatz mit dem RMV weiter gesichert werden, um die Stabilität der rms GmbH zu gewährleisten.

Der Jahresüberschuss vor Gewinnabführung an die RMV GmbH beträgt TEUR 309 gegenüber dem Vorjahr von TEUR 263.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

2. Beteiligungen

2.2 Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma)

Die RMV GmbH hält alle Anteile an der Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma).

Im Rahmen des Leasing hält die fahma Fahrzeuge zur Bereitstellung an Eisenbahnverkehrsunternehmen vor. Die Gesellschaft übernimmt die Eigentümerfunktion der Fahrzeuge und stellt den Qualitäts- und Werterhalt der Fahrzeuge geeignet sicher. Die fahma ist für die Beschaffung und Finanzierung von Fahrzeugen des Schienenpersonennahverkehrs zuständig. Alle Fahrzeuge sind langfristig an die VIAS GmbH und die Hessische Landesbahn GmbH vermietet.

Von grundlegender Bedeutung für die fahma sind der Gesellschaftsvertrag sowie der Ergebnisabführungsvertrag zwischen der RMV GmbH und der fahma.

Die Geschäftsführung wird seit dem 23.01.2012 durch Herrn Professor Knut Ringat wahrgenommen. Prokura ist weiterhin Herrn Kai Daubertshäuser erteilt, der diese Aufgabe ebenso wie der kaufmännische Leiter - neben seinen Aufgaben im RMV wahrnimmt. Die Gesellschaft beschäftigt einen Angestellten.

Im Geschäftsjahr 2013 erzielte die fahma Umsatzerlöse aus Leasingleistungen analog zum Vorjahr in Höhe von TEUR 6.862. Für das Geschäftsjahr standen Abschreibungen von TEUR 3.220 sowie Zinsaufwendungen aus der Finanzierung der Fahrzeuge in Höhe von TEUR 2.327 gegenüber. Das Jahresergebnis der fahma beträgt TEUR 1.102 (i. Vj. TEUR 957). Es wird gemäß Ergebnisabführungsvertrag an die RMV GmbH abgeführt.

Der fahma wurde durch die RMV GmbH ein Teil des abzuführenden Ergebnisses 2012 (TEUR 300) eigenkapitalstärkend in Form einer Kapitalrücklage wieder zugeführt. Eine Beschlussfassung durch die Gesellschafter erfolgte am 17. Dezember 2013.

2.3 RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW)

Die RMV GmbH hält zum Stichtag 33,33 % der Anteile an der RTW. Gegenstand der Gesellschaft ist die planerische Vorbereitung des Vorhabens „Regionaltangente West“.

In einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung am 13.03.2014 wurde von dem Notar die Änderung des Gesellschaftervertrags beurkundet, der zunächst die Aufnahme von Schwalbach und Eschborn als Gesellschafter vorsieht; bei den Gebietskörperschaften sind noch die entsprechenden Beschlüsse der kommunalen Gremien herbeizuführen. In einem zweiten Schritt soll Neu-Isenburg und das Land Hessen als Gesellschafter aufgenommen werden. Die Aufnahme aller neuen Gesellschafter vor der Sommerpause 2014 wird angestrebt.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

2. Beteiligungen (Fortsetzung)

2.3 RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW) (Fortsetzung)

Die RTW schließt das Geschäftsjahr 2013 mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis in Höhe von EUR 0,00 ab. Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von TEUR 280 auf TEUR 8.115.

Im Wesentlichen betrifft dies auf der Aktivseite die Forderungen gegen Gesellschafter und die liquiden Mittel, auf der Passivseite die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern.

Die RTW GmbH trägt grundsätzlich kein finanzielles Risiko, da sie die Förderung der Zusammenarbeit zwischen dem Land Hessen und einzelnen Landkreisen und Städten in der Region Frankfurt RheinMain auf dem Gebiet des Verkehrswesens zum Ziel hat und keine unternehmerische Tätigkeit im engeren Sinne wahrnimmt.

2.4 IVM GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain ivm)

Die RMV GmbH ist Gesellschafter mit 12,45 % des Stammkapitals an der ivm GmbH.

Die RMV GmbH überträgt im Mobilitätsmanagement Aufgaben auf die ivm und stellt die notwendigen Mittel bereit. Im Rahmen ihrer finanziellen Verpflichtungen wurde die RMV GmbH mit dem Land Rheinland-Pfalz sowie der Stadt Mainz gleich gestellt. Daher beteiligt sich die RMV GmbH nur an der Projektfinanzierung. Die Höhe der Mittel bestimmt die RMV GmbH selbst.

Im Geschäftsjahr sind die Betriebsaufwendungen der ivm marginal um TEUR 42 auf TEUR 1.953 (i. Vj. TEUR 1.995) gesunken.

Die Aufwendungen der Gesellschaft wurden durch Zuschüsse der kommunalen Aufgabenträger und des Landes Hessen ausgeglichen, so dass die Gesellschaft ein ausgeglichenes Jahresergebnis erzielte.

2.5 VDV-Kernapplikations GmbH & Co. Kommanditgesellschaft (VDV KG)

Zum 30. Dezember 2013 wurde die Gesellschaft VDV-Kernapplikations GmbH & Co. KG umfirmiert. Neuer Name der Gesellschaft lautet: VDV eTicket Service GmbH & Co. KG. Im Geschäftsjahr hielt die RMV GmbH einen Kommanditanteil von TEUR 100. Dies entspricht 11,27 % an den Kapitaleinlagen.

Die Umsatzerlöse nahmen im Geschäftsjahr um TEUR 381 auf TEUR 2.072 zu. Die Gesellschaft weist im Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 142 aus. Gegenüber dem Vorjahr konnte der Jahresüberschuss um TEUR 145 verbessert werden.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

3. Geschäftsverlauf der RMV GmbH in 2013

Die mittelfristige Finanzierung im RMV ist durch die geschlossene Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Hessen bis 2014 gesichert. Hieraus ergeben sich besondere Projekte, die auch im Geschäftsjahr 2013 im Focus standen.

Schwerpunkte im Geschäftsjahr waren u.a. die Fertigstellung des Schlusssentwurfs des Regionalen Nahverkehrsplanes. Dieser wurde von den RMV-Gremien beschlossen.

Im Dezember 2013 wurde dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung der Schlusssentwurf zur Zustimmung vorgelegt. Die Zustimmung zum landesweiten Regionalen Nahverkehrsplan durch das Hessische Ministerium erfolgte am 29. April 2014.

Im Rahmen der wettbewerblichen Vergaben im SPNV wurden Teilnetze ausgeschrieben. Weitere Angaben können dem RMV-Vergabekalender unter www.rmv.de entnommen werden.

Weitere Aufgaben des Geschäftsjahres 2013 lagen wiederum in den originären Aufgaben wie

- Qualitätserfassung und -bewertung im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und im Buspersonennahverkehr (BPNV)
- RMV-Hotline und Kundenkommunikation
- Erstellung des neuen Fahrplanes 2014

und im strategischen Bereich wie

- Elektronisches Fahrgeldmanagement (EFM)
- Tarifstrukturreform
- Investitionsmaßnahmen

3.1 Ertragslage

Die Betriebsaufwendungen der RMV GmbH sind im Geschäftsjahr 2013 im Vergleich zu 2012 um TEUR 3.176 auf TEUR 36.255 gesunken (i. Vj. TEUR 39.431). Im Wesentlichen betraf dies den Rückgang von Aufwendungen für bezogene Leistungen um TEUR 4.454, während die Zuführungen zum Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen um TEUR 598 und die Absetzungen für Abnutzung um TEUR 381 gestiegen sind.

Die Zuwendungen des Landes Hessen im Rahmen der bestehenden Finanzierungsvereinbarung sowie die Beiträge der kommunalen Aufgabenträger betrugen TEUR 31.367 (i. Vj. TEUR 34.117). Hinzu kamen sonstige Erträge insbesondere aus Projektzuwendungen von TEUR 4.138 (i. Vj. TEUR 4.933). Somit belief sich das Betriebsergebnis der RMV GmbH auf TEUR -750 (i. Vj. TEUR -381).

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

3. Geschäftsverlauf der RMV GmbH in 2013 (Fortsetzung)

3.1 Ertragslage (Fortsetzung)

Das Beteiligungsergebnis von insgesamt TEUR 1.411 (i. Vj. 1.202) betrifft die Erträge aus den Gewinnabführungen der fahma sowie der rms.

Das Zinsergebnis ist negativ in Höhe von TEUR -277 (i. Vj. TEUR -444) und ist im Wesentlichen bestimmt durch Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen. Wie in den Vorjahren wird ein außerordentlicher Aufwand in Höhe von TEUR 377 aus der ratierlichen Zuführung zur Pensionsrückstellung aus der Umstellung der Bewertungsmethoden bei der Erstanwendung des BilMoG ausgewiesen.

Das Jahresergebnis ist wie in den Vorjahren systembedingt ausgeglichen.

3.2 Vermögenslage

Die Zugänge zum Anlagevermögen betrugen im Geschäftsjahr TEUR 2.988 (i. Vj. TEUR 2.397). Sie entfallen im Wesentlichen auf erworbene Softwareprogramme. Ebenfalls wurden TEUR 300 der Eigenkapitalrücklage der fahma GmbH zugeführt.

Die Bilanzsumme erhöhte sich zum Stichtag um TEUR 837 auf TEUR 32.498. Dies ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der Rückstellungen um TEUR 749 zurückzuführen, die Sonstigen Vermögensgegenstände erhöhten sich korrespondierend.

Die Vermögensstruktur hat sich zum Vorjahr geringfügig verändert. Das Anlagevermögen beträgt 25,8% (i. Vj. 27,9%) der Bilanzsumme. Entsprechend entfallen 74,2% (i. Vj. 72,1%) auf das Umlaufvermögen und die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Die Finanzierung des Anlagevermögens durch langfristiges Kapital ist jederzeit sichergestellt, da in Höhe des Anlagevermögens ein entsprechender Sonderposten für Zuschüsse gebildet wurde.

3.3 Finanzlage

Im Geschäftsjahr haben sich die flüssigen Mittel gegenüber dem Vorjahr um TEUR 199 auf TEUR 365 reduziert. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt TEUR 1.824 (i. Vj. TEUR 2.243). Er wurde verwendet für Mittelabflüsse für den Erwerb immaterieller Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von TEUR 2.023 (i. Vj. TEUR 1.929).

Die nicht verbrauchten Mittel des Landes Hessen aus der Finanzierungsvereinbarung sind an den Treuhandbereich transferiert und zum Stichtag als Forderungen gegen den Treuhandbereich in den Sonstigen Vermögensgegenständen bilanziert. In Folge musste im Treuhandbereich der genehmigte Kreditrahmen nicht ausgeschöpft werden, da die Mittel des Regiebereiches zur Verfügung standen.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

3. Geschäftsverlauf der RMV GmbH in 2013 (Fortsetzung)

3.3 Finanzlage (Fortsetzung)

Die Zahlungsfähigkeit der RMV GmbH war im Geschäftsjahr 2013 jederzeit gewährleistet.

3.4 Personal- und Sozialbereich

Im Personalbereich des. Geschäftsjahres waren 7 Zugänge und 5 Abgänge zu verzeichnen. Die Zugänge erfolgten zur Wiederbesetzung freigewordener Stellen durch Kündigung von Arbeitnehmern bzw. als Vertretung der in Elternzeit befindlichen Mitarbeiter sowie ausgelaufene Zeitverträge. Im Geschäftsjahr konnten wieder 2 Auszubildende eingestellt werden. Die Mitarbeiteranzahl beläuft sich auf durchschnittlich 125 Personen (i. Vj. 124).

4. Ausblick

4.1 Hessisches ÖPNV-Gesetz und Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Land Hessen und der RMV GmbH

Das novellierte ÖPNV-Gesetz trat zum 01.01.2013 in Kraft. In enger Zusammenarbeit haben sich die RMV GmbH und die Lokalen Nahverkehrsorganisationen in die Arbeiten zur Novellierung eingebracht.

Die im neuen Gesetz verankerten Vorschriften fanden bereits bei der Erstellung des Regionalen Nahverkehrsplanes Anwendung. Der neue Terminus lautet nun verbundweiter Nahverkehrsplan. Neu unterschieden werden die Busleistungen in Verbundbusverkehr, regionaler Busverkehr und lokaler Verkehr.

Im ÖPNV-Gesetz wurde eine weitere Neuerung zur Stärkung der verbundweiten Standards in den Focus gestellt. Beabsichtigt ist, bestehende Standards zu überprüfen und neue Standards zu entwickeln. Ziel ist dabei, dass Fahrgäste sich künftig im gesamten ÖPNV-System zurechtfinden können und das Interesse am ÖPNV geweckt wird.

Im neuen ÖPNV-Gesetz wird an der bewährten Möglichkeit, die Zuwendungen des Landes in mehrjährigen Budgets mit den Verkehrsverbünden zu vereinbaren, festgehalten.

Maßgeblich für die positive verkehrliche Entwicklung seit Verbundstart ist u.a. das finanzielle Engagement des Landes Hessen. Durch das finanzielle Engagement wurden die Ausweitung und Verbesserung des ÖPNV-Angebotes, insbesondere in den ländlichen Regionen, sowie die Neustrukturierung des SPNV möglich. Die sich ständig verschlechternde Finanzsituation in den öffentlichen Haushalten sowie die Kostensteigerung bei der Erstellung der Leistung führen zu negativen finanziellen Auswirkungen. Weiter ist zu berücksichtigen, dass es bedeutsame Kostenkomponenten gibt, deren Entwicklung nicht den Einflussmöglichkeiten des RMV unterliegen.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

4. Ausblick (Fortsetzung)

4.1 Hessisches ÖPNV-Gesetz und Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Land Hessen und der RMV GmbH (Fortsetzung)

Hier sind die Energiepreise, die derzeit auf Bundesebene in Diskussion befindliche EEG-Umlage und die Infrastrukturkosten im SPNV zu nennen. Trotz der ungünstigen Rahmenbedingungen sind auch für die Zukunft Wege zu finden, um die verkehrliche Entwicklung halten bzw. weiter positiv fortzusetzen zu können.

Die Finanzierung des RMV wurde bereits mit dem Jahr 2000 zur Erreichung einer größeren Flexibilität und zum effizienteren Mitteleinsatz im Rahmen einer einheitlichen pauschalen Mittelzuweisung des Landes neu strukturiert. Somit wurde auch für die Rhein-Main Verkehrsverbund GmbH die Förderung auf eine vereinfachte und vereinheitlichte Basis gestellt.

Hierzu wurden ab dem Jahre 2000 sowie aktuell für die Jahre 2010 bis 2014 eine Finanzierungsvereinbarung mit einer fünfjährigen Laufzeit mit dem Land Hessen geschlossen.

Das zuständige Ministerium bereitet eine solche Finanzierungsvereinbarung für die Budgetperiode ab 2015 vor. Unter anderem ist im Gesetz neu verankert, dass die Zuwendungen des Landes die vollständigen Fördermittel nach dem Regionalisierungsgesetz des Bundes umfassen. Da diese Regionalisierungsmittel ab 2015 jedoch einer Revision unterliegen, steht derzeit nicht fest, wie sich die Mittel entwickeln werden. Es ist eher von einer geringen Dynamisierung oder auch von einer Stagnation auszugehen. Die Mittel der zweiten großen Finanzierungssäule sind Gelder aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Auch hier ist derzeit der finanzielle Rahmen noch offen.

Angesichts dieser Entwicklung einerseits und der Kostenentwicklung andererseits wird in allen Aufgabenbereichen des Verbundes nach Synergien gesucht, um die Wirtschaftlichkeit des ÖPNV zu verbessern. Dies ist eine allgegenwärtige Aufgabe, der sich bei jedwedem Handeln gestellt werden muss. Sie wird prägend sein für die gegenwärtigen und zukünftigen Arbeiten im Verbund.

Über die Finanzierungsvereinbarung ab dem Jahre 2015 ff wurden bereits Verhandlungen mit dem Land aufgenommen und Vorschläge zum Ordnungsrahmen der Finanzierungsvereinbarungen erarbeitet. Fragen zum Finanzierungsbedarf sind angesichts der bestehenden Unsicherheiten über die Höhe der Regionalisierungsmittel (RegM) vorerst ausgeklammert worden, da die Entscheidungen über deren Fortentwicklung im Rahmen der Revision des Regionalisierungsgesetzes (RegG) noch ausstehen. Eventuell können aus diesem Grund die Verhandlungen über die neu zu schließende Finanzierungsvereinbarung 2015 ff zwischen dem RMV und dem Land Hessen nicht in dem vorgesehenen Zeitplan abgeschlossen werden. Es ist möglich, dass die bestehende Finanzierungsvereinbarung verlängert werden muss.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

4. Ausblick (Fortsetzung)

4.1 Hessisches ÖPNV-Gesetz und Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Land Hessen und der RMV GmbH (Fortsetzung)

Des Weiteren hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 16.11.2011 die Geschäftsführung beauftragt, zeitnah ein Finanzierungskonzept vorzulegen, das spätestens 2015 getrennte Budgets für den Regional- und Lokalverkehr ausweist. Die Diskussionen zwischen der Geschäftsführung und den Lokalen Nahverkehrsorganisationen (LNO) zur Neuordnung der Finanzierungsinstrumente wurden intensiv geführt. U.a. wurde über folgende Eckpunkte einer Neuordnung der Finanzierungsinstrumente Einvernehmen erzielt:

- Die Anzahl der lokalen Finanzierungsinstrumente wird auf ein Finanzierungsbudget für den lokalen Verkehr reduziert.
- Durch einen Beschluss des Aufsichtsrates wird den LNO Planungssicherheit für ein mehrjähriges Budget eingeräumt. Die Laufzeit richtet sich nach der Laufzeit der Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Land und dem RMV.
- Die Zweckbindung des Budgets für den lokalen Verkehr ergibt sich aus den Aufgaben nach dem HessÖPNVG für den lokalen Verkehr. Der Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung wird durch eine Erklärung der Verantwortlichen für den lokalen Verkehr erbracht.
- Die Festlegung des Budgets für den lokalen Verkehr erfolgt durch den Aufsichtsrat des RMV. Auch der Verteilungsschlüssel für das lokale Budget liegt in der Entscheidung des Aufsichtsrates des RMV.
- Über die Lokalisierung des Regionalen Busverkehrs wird nach einer Änderung des HessÖPNVG im Regionalen Nahverkehrsplan entschieden.

Gespräche hierzu sind bereits mit den LNO geführt worden.

Allerdings ist im Falle der Verlängerung der derzeit laufenden Finanzierungsvereinbarung zwischen der RMV GmbH und Land Hessen aufgrund der inhaltlichen Abhängigkeit auch die hier diskutierte Finanzierung mit den LNO entsprechend um ein Jahr zu verschieben.

4.2 Regionaler Nahverkehrsplan 2010 bis 2019

Mit Beschluss vom 7. Juli 2009 hat der Aufsichtsrat der RMV GmbH die Geschäftsführung beauftragt, den Regionalen Nahverkehrsplan (RNVP) für den Zeitraum 2010 bis 2019 fortzuschreiben.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

4. Ausblick (Fortsetzung)

4.2 Regionaler Nahverkehrsplan 2010 bis 2019 (Fortsetzung)

Basierend auf dieser Entscheidung wurde der RNVP von den Geschäftsbereichen der RMV GmbH unter Federführung des Geschäftsbereiches Verkehrs- und Mobilitätsplanung in Zusammenarbeit mit den Lokalen Nahverkehrsorganisationen (LNO) und Vertretern des Landes Hessen erarbeitet.

Im Jahr 2013 wurde das formale Anhörungsverfahren zum Regionalen Nahverkehrsplan gemäß § 14 Abs. 7 Hessisches ÖPNV-Gesetz durchgeführt. Außerdem wurden die Beschlüsse zum RNVP durch die RMV-Gremien gefasst.

Begonnen wurde das formale Anhörungsverfahren mit einer Auftaktveranstaltung am 24. Januar 2013 in Hofheim. Bei dieser wurden die lokalen Aufgabenträger und Gesellschafter des RMV über die Eckpunkte des Regionalen Nahverkehrsplans und den Ablauf des Anhörungsverfahrens informiert.

Im Anschluss daran wurden die mehr als 500 anhörungsberechtigten Institutionen schriftlich über das Verfahren informiert und gebeten, ihre Stellungnahme bis 26. April 2013 abzugeben. Die Dateien zum Regionalen Nahverkehrsplan wurden am 1. Februar 2013 freigeschaltet.

Insgesamt wurden mehr als 150 Stellungnahmen mit einem Umfang von etwa 500 Seiten und weit über 1.000 Aspekten abgegeben. Diese enthielten neben Änderungswünschen zum vorgelegten Text auch Lob sowie Anregungen zu lokalen und operativen Fragestellungen.

Die wesentlichen Rückmeldungen und Änderungsvorschläge wurden am 28. Juni 2013 im Rahmen einer Sitzung des Arbeitskreises Verkehrs- und Mobilitätsplanung den lokalen Nahverkehrsorganisationen vorgestellt und abgestimmt.

Die Abwägungen zu den verschiedenen Aspekten wurden im Sommer fertiggestellt. Der Zugang zur Datenbank wurde am 15. August 2013 freigeschaltet, so dass die jeweils relevanten Aspekte und die dazugehörigen Abwägungen nachgelesen und ausgedruckt werden können. Am gleichen Tag wurde auch der überarbeitete Entwurf des Regionalen Nahverkehrsplans freigeschaltet, in dem die aus dem Anhörungsverfahren hervorgegangenen Änderungen eingearbeitet worden sind.

Der Schlusssentwurf wurde dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung des RMV in der jeweiligen Sitzung am 21. November 2013 vorgelegt. Der Regionale Nahverkehrsplan wurde in beiden Gremien beschlossen.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

4. Ausblick (Fortsetzung)

4.2 Regionaler Nahverkehrsplan 2010 bis 2019 (Fortsetzung)

Die letzten beiden Schritte zur Fertigstellung des Regionalen Nahverkehrsplans sind die Zustimmung durch das zuständige Landesministerium (gemäß § 14 Abs.1 Hessisches ÖPNV-Gesetz) und die Veröffentlichung (gemäß § 14 Abs.8 Hessisches ÖPNV-Gesetz).

Der durch die RMV-Gremien beschlossene Regionale Nahverkehrsplan wurde am 2. Dezember 2013 dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt.

Die vorbereitenden Arbeiten für die Veröffentlichung wurden im Dezember 2013 begonnen, damit diese erfolgen kann, sobald die Zustimmung durch das Ministerium vorliegt.

5. Europaweite Ausschreibungen von Verkehrsdienstleistungen im SPNV und BPNV

5.1 Wettbewerbliche Vergaben im SPNV

Der Verkehrsmarkt im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) befindet sich im Berichtsjahr weiterhin in der wettbewerblichen Übergangsphase, d.h. es sind noch nicht sämtliche Verkehrsdienstleistungen (SPNV-Teilnetze) aus den Altverträgen mit der Deutschen Bahn AG (aus 2003) bzw. der Hessischen Landesbahn GmbH (aus 2003) wettbewerblich vergeben worden. Die wettbewerbliche Vergabe sämtlicher Teilnetze wird voraussichtlich bis Ende 2019 abgeschlossen sein.

Der Umfang der im Wettbewerb bereits vergebenen bzw. wiederholt vergebenen SPNV-Teilnetze ist dem, auf der Homepage des RMV veröffentlichten, jährlichen Gesamtbericht der RMV GmbH (aktuell Gesamtbericht 2012) zu entnehmen, zu dem der RMV nach Artikel 7 Absatz 2 EU-VO 1370/2007 verpflichtet ist. Darin sind nachrichtlich die außerhalb des Berichtszeitraumes des Gesamtberichtes 2012 zusätzlich durchgeführten wettbewerblichen Vergabeverfahren unter Ziffer F.1 enthalten.

Gemäß dem RMV-SPNV-Vergabekalender war in 2013 die Vergabe der Teilnetze "Odenwald", "Dreieich", "Kahlgrund", "Nordost-Hessen-Netz" und "Main-Neckar/Ried" zu beginnen, durchzuführen bzw. abzuschließen.

5.2 Wettbewerbliche Vergaben im BPNV

Der Verkehrsmarkt im Buspersonennahverkehr (BPNV) befindet sich in der Wettbewerbsphase, d.h. sämtliche Verkehrsdienstleistungen im regionalen Buspersonennahverkehr wurden seit Ende 2009 bereits mindestens einmal nach wettbewerblichen Grundsätzen vergeben.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

5. Europaweite Ausschreibungen von Verkehrsdienstleistungen im SPNV und BPNV (Fortsetzung)

5.2 Wettbewerbliche Vergaben im BPNV (Fortsetzung)

Der Umfang der im Wettbewerb bereits vergebenen bzw. wiederholt vergebenen BPNV-Linienbündel ist dem, auf der Homepage des RMV veröffentlichten, jährlichen Gesamtbericht der RMV GmbH zu entnehmen (aktuell Gesamtbericht 2012), zu dem der RMV nach Artikel 7 Absatz 2 EU-VO 1370/2007 verpflichtet ist. Darin sind nachrichtlich die außerhalb des Berichtszeitraumes zusätzlich durchgeführten eigenwirtschaftlichen Genehmigungsverfahren wie auch den diesen folgenden wettbewerblichen Vergabeverfahren unter Ziffer F.2 und F.3 enthalten.

5.2.1 Durchführung eigenwirtschaftlicher Genehmigungsverfahren im BPNV

Gemäß dem RMV-BPNV-Vergabekalender und in Umsetzung der Fristen des neuen PBefG waren im Berichtszeitraum in Abstimmung mit den zuständigen Genehmigungsbehörden die eigenwirtschaftlichen Genehmigungsverfahren für die Fahrplanjahre 2015 und 2016 für die Linienbündel

- 1. "F-Ost"
- 2. "LDD-Darmstadt-Weiterstadt"
- 3.. "LDD-Darmstadt-Dieburg"
- 4. "LOF-Ost"
- 5. "Stadtverkehr Dreieich"
- 6. "LOF-Langen 2"
- 7. "MTK-Vordertaunus Los 1"
- 8. "MTK-Vordertaunus Los 2"
- 9. "NachtExpress Rhein-Main"

durchzuführen. Aufgrund von Lokalisierungswünschen betroffener Lokaler Nahverkehrsorganisationen wurden die eigenwirtschaftlichen Genehmigungsverfahren, wie auch die folgenden Vergabeverfahren mit Ausnahme der vorbenannten Linienbündel Nr. 1 und 9, zurückgestellt. Das eigenwirtschaftliche Genehmigungsverfahren für das Linienbündel Nr. 3 erfolgt bis Mitte 2014. Eigenwirtschaftliche Genehmigungsanträge für die Linienbündel Nr. 1 und 9 wurden nicht gestellt.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

5. Europaweite Ausschreibungen von Verkehrsdienstleistungen im SPNV und BPNV (Fortsetzung)

5.2.2 Durchführung wettbewerblicher Vergabeverfahren im BPNV

Die den eigenwirtschaftlichen Genehmigungsverfahren (durchgeführt in 2012) folgenden wettbewerblichen Vergabeverfahren wurden im Berichtsjahr durchgeführt und erfolgreich abgeschlossen. Die Ausschreibungsgewinner für diese Linienbündel sind:

- "LDD-Darmstadt-Odenwald" Omnibusbetrieb Winzenhöler GmbH & CO.KG
- "VBK-Alsfeld/Nordost" ALV Oberhessen GmbH & CO.KG
- "LOF-West" BRH viabus GmbH
- "LOF-Mitte" BRH viabus GmbH
- "LMR-Nordost" ALV Oberhessen GmbH & Co.KG
- "LMR-West" Becker&Sohn GmbH & CO.KG
gemeinschaftlich mit Bender Reisen
GmbH & CO.KG

Außerhalb des Berichtszeitraumes wurden folgende Vergabeverfahren im BPNV nach Abschluss der eigenwirtschaftlichen Genehmigungsverfahren (in 2013) durchgeführt und erfolgreich abgeschlossen.

- "F-Ost" Entscheidung im Vergabeverfahren
steht aus
- "NachtExpress Rhein-Main" BRH viabus GmbH

Näheres kann dem RMV-BPNV-Vergabekalender wie auch dem jährlichen Gesamtbericht nach Artikel 7 Absatz 2 EU-VO 1370/2007 jeweils unter www.rmv.de entnommen werden.

5.3 Neuordnung der Zuständigkeit für regionale Buslinien / Direktvergaben

Die betroffene Genehmigungsbehörde wie auch die Betreiber der unter Ziffer 5.2.1 benannten und hinsichtlich des eigenwirtschaftlichen Genehmigungsverfahrens zurückgestellten Linienbündel wurden über die beabsichtigte, sukzessive Neuordnung der Zuständigkeiten für regionale Linien (Lokalisierung) nach den Bestimmungen der §§ 2 Abs. 3, 4 i.V.m. 7 Abs. 3 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNVG), dessen konkrete Umsetzung im Regionalen Nahverkehrsplan, Anlage 4 B "Angebotskonzept regionaler Busverkehr" verankert ist, in Kenntnis gesetzt.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

5. Europaweite Ausschreibungen von Verkehrsdienstleistungen im SPNV und BPNV (Fortsetzung)

5.3 Neuordnung der Zuständigkeit für regionale Buslinien / Direktvergaben (Fortsetzung)

Die Lokalisierung erfolgt im Benehmen mit den Lokalen Nahverkehrsorganisationen. Dabei wird das lokale wie regionale Verkehrsangebot einer detaillierten Untersuchung und Bewertung unterzogen, um einen integrativen Ansatz unter verkehrlicher, betrieblicher und betriebswirtschaftlicher Gesamtbetrachtung zu ermöglichen und letztlich die einvernehmliche Basis für die Lokalisierung zu schaffen. Da dieses Vorgehen jedoch einige Zeit in Anspruch nimmt, wurden den Betreibern die Fortführung ihrer bestehenden Verkehrs-Service-Verträge zu gleichen Konditionen über eine Laufzeit von bis zu drei Jahren (bis zum Fahrplanwechsel 2018 im Dezember 2017) angeboten.

6. Marketing

6.1 Werbung und Auftritt

Neben der Aktualisierung und Weiterentwicklung der RMV-Kundeninformationen zu den Tarifangeboten, lag ein Schwerpunkt im Geschäftsjahr auf dem Ausbau der Vermarktungsaktivitäten im Bereich des Freizeitverkehrs. Der Marktanteil des ÖPNV bei Wegeanlässen im Freizeitbereich ist ausbaufähig und soll u.a. mit aufmerksamkeitsstarken Angeboten zu Fest- und Feiertagen gesteigert werden. So wurde erstmals zu den Weihnachtsfeiertagen 2013 ein "Festtagsangebot" aufgelegt und verbundweit über ein breites Portfolio an Medien beworben. Grundlage des Angebots war eine Verlängerung der Gültigkeit von Tageskarten und Gruppentageskarten an Heiligabend und den Weihnachtsfeiertagen. Um eine valide Einschätzung zum Erfolg dieser Vermarktungsaktivitäten geben zu können, sind vergleichbare Aktionen für 2014 geplant.

Die Fahrten mit Bussen und Bahnen können auf Basis der zum Fahrplanwechsel im Dezember 2013 vereinfachten Mitnahmeregelung für Zeitkarteninhaber auch für Familienausflüge an Wochenenden attraktiver werden. Die Marketingkommunikation hierzu wurde mit einem aufmerksamkeitsstarken Motiv verbundweit aufgesetzt und ebenfalls über ein breites Portfolio an Kanälen umgesetzt.

Das erstmalig aufgelegte Hessenweite Fahrplanbuch mit allen regionalen Schienenverkehren wurde mit einer Freizeitkarte ergänzt. Diese zeigt attraktive Ausflugsziele entlang des Streckennetzes und unterstützt das Bestreben der Verbünde, Busse und Bahnen auch für die Freizeitaktivitäten als wahrnehmbare Alternative zu platzieren.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

6. Marketing (Fortsetzung)

6.1 Werbung und Auftritt (Fortsetzung)

Ein weiterer Schwerpunkt im Bereich der Marketingkommunikation lag im Geschäftsjahr auf der weiteren Verbreitung und Stärkung der innovativen Informations- und Vertriebskanäle des RMV. Neben Maßnahmen zur weiteren Steigerung des Bekanntheitsgrades des RMVHandyTickets und dessen Funktionalitäten wurden, u.a. durch eine 2-für-1-Aktion zu Beginn der Sommerferien, zusätzliche Anreize für die Nutzung des HandyTickets gesetzt.

6.2 Vertriebsentwicklung im RMV

Auch im Geschäftsjahr 2013 hat die RMV GmbH in Zusammenarbeit mit den Lokalen Nahverkehrsgesellschaften (LNO) sowie den Verkehrsunternehmen (VU) ihre Aktivitäten zur Effizienzsteigerung im Vertrieb fortgesetzt. Wesentliche Aspekte waren die Weiterentwicklung des Elektronischen Fahrgeldmanagements (EFM) mit den Bausteinen chipkartenbasierter Vertrieb von Zeitkarten, handybasierte Fahrterfassung mit nachträglicher Abrechnung auf der Grundlage des Systems der DB AG (Touch&Travel) sowie der Vertrieb von Fahrkarten für Gelegenheitskunden über mobile Endgeräte. Das RMV-HandyTicket hat sich dabei als zukunftsweisender Baustein des Vertriebs etabliert. Die Möglichkeit zur Abrechnung über den Mobilfunkprovider bzw. die Telefonrechnung/Prepaidkarte und zum Kauf über die Fahrplanauskunft haben dem HandyTicket neue Kundengruppen erschlossen. Die Zahl angemeldeter Kunden stieg von knapp 65.000 Ende 2012 auf knapp 100.000 Ende Dezember 2013 an. Der monatliche über den Kanal HandyTicket generierte Umsatz wuchs von rund TEUR 370 im Dezember 2012 auf über TEUR 550 im Dezember 2013 an. Die nach wie vor sehr hohen Zuwachsraten sowie die hohe Nutzerakzeptanz bestätigen die Strategie der RMV GmbH zur Stärkung dieses Vertriebskanals.

Im Rahmen des Projektes „Einführung EFM auf Grundlage der VDV-Kernapplikation“ waren im Wirtschaftsplan 2013 rd. TEUR 4.200 eingestellt worden. Diese Mittel sind für die Beschaffung der zugehörigen Infrastruktur (Chipkarten und Software u. a.) und den Betrieb des verbundweiten Hintergrundsystems (vHGS) verwandt worden. In 2013 wurden folgende Funktionen realisiert:

- Umsetzung der SEPA-Anforderungen
- Realisierung der CleverCard und von Wochen- und Monatskarten als eTicket RheinMain
- Ausgabe von Papierfahrkarten über das vHGS zur Senkung der Vertriebskosten, da auf parallele Systeme verzichtet werden kann

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

6. Marketing (Fortsetzung)

6.2 Vertriebsentwicklung im RMV (Fortsetzung)

Die Nutzung der VDV-Kernapplikation ermöglicht eine gemeinsame Vertriebsplattform (vHGS) auf der Basis standardisierter Abläufe und technischer Schnittstellen. Diese Vertriebsplattform integriert die ÖPNV-Partner im Verbund und sichert die getätigten Investitionen in Verkaufsinfrastruktur und Hintergrundsysteme.

Darüber hinaus ermöglicht die Nutzung von elektronischen Kundenmedien und die Verwendung des VDV-Sicherheitsverfahrens die Reduzierung von Betrug, Fälschungen und Manipulationen und trägt somit nachhaltig zur Einnahmensicherung bei. Nicht zuletzt ist auf den Aspekt einer deutschlandweiten Interoperabilität als wesentliches Nutzenkriterium für den Kunden hinzuweisen. Ein wichtiger Meilenstein konnte in diesem Zusammenhang 2013 durch die Zertifizierung des vHGS durch die VDV Kernapplikations GmbH erreicht werden. Mit der Zertifizierung wurde bestätigt, dass das vHGS standardkonform realisiert wurde und somit der interoperable Betrieb im Rahmen des ((eTicket Deutschland sicher gestellt ist. Das vHGS des RMV ist damit das erste ((eTicket Deutschland-Vertriebssystem, das den Zertifizierungsprozess bestanden hat.

Die Mittel für die Kontrollgeräte aus dem Budget C4-Projekt EFM des Jahres 2010 (ca. TEUR 5.500) sind durch Verträge über die Bezuschussung bzw. Beistellung mit den Lokalen Nahverkehrsorganisationen (LNO) in 2010, 2011, 2012 und 2013 gebunden worden. Jedoch erfolgte durch diverse Verzögerungen, beispielsweise bei der Erstellung der Mengengerüste und bei den Abstimmungsprozessen mit den lokalen Partnern in 15 Landkreisen und elf Städten kein Mittelabfluss in 2010 und nur zum Teil in 2011. Ein Großteil des tatsächlichen Einbaus der Kontrollinfrastruktur fand 2012 und 2013 statt. Vor allem durch Lieferengpässe bei den Geräteherstellern und nicht den Anforderungen des RMV entsprechenden Softwarelieferungen konnte der Prozess jedoch auch 2013 nicht komplett abgeschlossen werden.

Im Geschäftsjahr wurde ferner der Ausbau des eTickets RheinMain zur RMV-Mobilitätskarte weiter forciert. Nun stehen den Inhabern des eTickets komplementäre Mobilitätsangebote bei fünf Partnern im Bereich Carsharing und Leihfahrrad zur Verfügung. Neben den Fahrzeugen von stadtmobil und den eCars und eBikes von eMobil-RheinMain steht jetzt auch die Fahrzeugflotte von book-n-drive und DB Flinkster rund um die Uhr zur Verfügung. Die RMV-Kunden erhalten bei der Anmeldung und Verwendung des eTickets RheinMain als Zugangsmedium ein einmaliges Fahrguthaben bei den Partnern. Weiter wurde zum Ende des Jahres mit dem Carsharing-Anbieter einfach mobil aus Mittel- und Nordhessen eine Kooperation abgeschlossen.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

6. Marketing (Fortsetzung)

6.2 Vertriebsentwicklung im RMV (Fortsetzung)

Am Busbahnhof in Eltville am Rhein wurde im Sommer 2013 nach Offenbach die zweite eMobil-Station mit 4 eBikes und einem neuen Verleihkonzept, ausgerichtet auf den Freizeit- und Tourismusverkehr, eröffnet. Dank der Kooperation mit dem lokalen Nahverkehrspartner RTV GmbH und der Stadt Eltville erfreuen sich die eBikes großer Beliebtheit.

6.3 Innovationen im ÖPNV - Forschungsprojekte

Im laufenden Geschäftsjahr wurden zwei für die Innovationskraft des RMV sehr bedeutende Förderprojekte unter der Konsortialführerschaft von RMV GmbH bzw. deren Tochter rms GmbH gestartet. Im Projekt ((eSIM 2020 werden die technologischen Grundlagen für ein elektronisches Ticketing der Zukunft mit automatischer Fahrpreisbildung erforscht, während im Projekt DYNAMO ein dynamischer Reisebegleitdienst der Zukunft entwickelt wird. Beide Projekte werden im Rahmen der Förderinitiative "Von Tür zu Tor" durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gefördert und finden in der ÖPNV-Branche bundesweit hohe Beachtung.

7. Sonstige Angaben

Die Aufsichtsgremien der RMV GmbH - Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung - tagten turnusmäßig. Die entsprechenden Beschlussfassungen zum Leistungsangebot, zum Jahresabschluss und zur zweckentsprechenden Verwendung der Landesmittel mit der Einnahmenaufteilung/Abrechnung (EAV/ABR) sowie zum Tarif erfolgten mit den erforderlichen Mehrheiten.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

L. Bilanz

	2013	2012	Verän-	2011
Aktiva	in €	in €	derung in €	in €
Anlagevermögen				
- EDV-Software	5.004.313	6.298.605	-1.294.292	2.315.966
- Geleistete Anzahlungen	1.533.762	974.248	559.514	5.391.080
Immaterielle Vermögensgegenstände	6.538.075	7.272.853	-734.778	7.707.046
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	398.799	560.736	-161.937	799.734
- Geleistete Anzahlungen + Anlagen im Bau	122.850	0	122.850	12.323
Sachanlagen	521.649	560.736	-39.087	812.057
- Anteile an verbundenen Unternehmen	1.199.313	899.313	300.000	899.313
- Beteiligungen	110.001	110.001	0	115.000
Finanzanlagen	1.309.314	1.009.314	300.000	1.014.313
	8.369.038	8.842.903	-473.865	9.533.416
Vorräte - Waren	88.819	88.819	0	88.819
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	785.539	665.041	120.497	0
- Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2.047.624	1.248.766	798.858	1.216.095
- Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	27.399	60.559	-33.161	82.764
- Sonstige Vermögensgegenstände	19.978.738	19.349.184	629.555	20.659.470
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	22.839.299	21.323.550	1.515.750	21.958.330
Wertpapiere	709.000	709.000	0	709.000
Guthaben bei Kreditinstituten	365.295	564.274	-198.979	250.757
Umlaufvermögen	24.002.413	22.685.643	1.316.770	23.006.905
Rechnungsabgrenzungsposten	126.942	132.334	-5.392	160.061
	32.498.393	31.660.881	837.513	32.700.382
Treuhandforderungen	100.106.661	76.313.071	23.793.589	75.781.396

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2013	2012	Verän-	2011
Passiva	in €	in €	derung in €	in €
- Gezeichnetes Kapital	690.244	690.244	0	690.244
- Gewinnrücklagen	1.481.386	1.481.386	0	1.481.386
- Jahresüberschuss	0	0	0	0
Eigenkapital	2.171.630	2.171.630	0	2.171.630
Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	8.369.038	8.842.903	-473.865	9.533.416
- Rückstellungen für Pensionen	8.272.550	7.008.950	1.263.599	6.386.039
- Sonstige Rückstellungen	6.294.751	6.809.438	-514.687	4.971.308
Rückstellungen	14.567.300	13.818.388	748.912	11.357.347
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.190.462	3.364.347	826.115	4.703.083
- Verbindlichkeiten gegenüber kommunalen Aufgabenträgern	2.417.579	2.086.669	330.910	2.433.941
- Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	331.033	1.056.278	-725.244	2.128.884
- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	132.083	0	132.083	0
- Sonstige Verbindlichkeiten	312.937	316.092	-3.155	372.082
Verbindlichkeiten	7.384.094	6.823.386	560.709	9.637.989
Rechnungsabgrenzungsposten	6.331	4.574	1.757	0
	32.498.393	31.660.881	837.513	32.700.382
Treuhandverbindlichkeiten	100.106.661	76.313.071	23.793.589	75.781.396

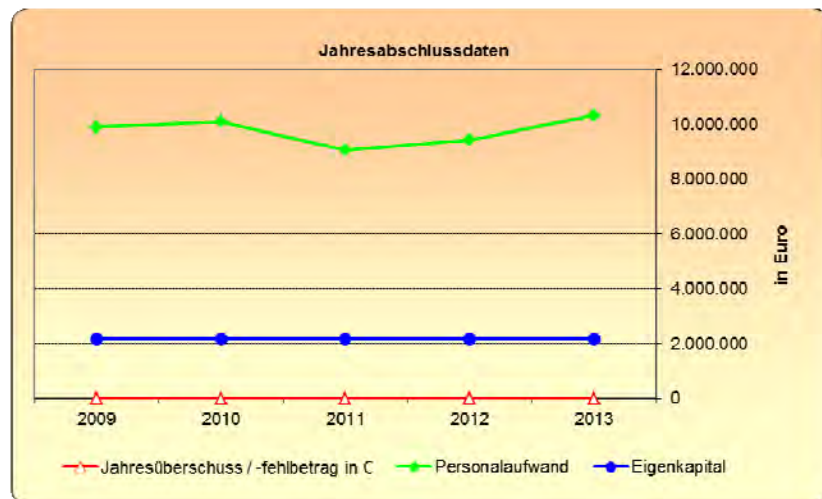
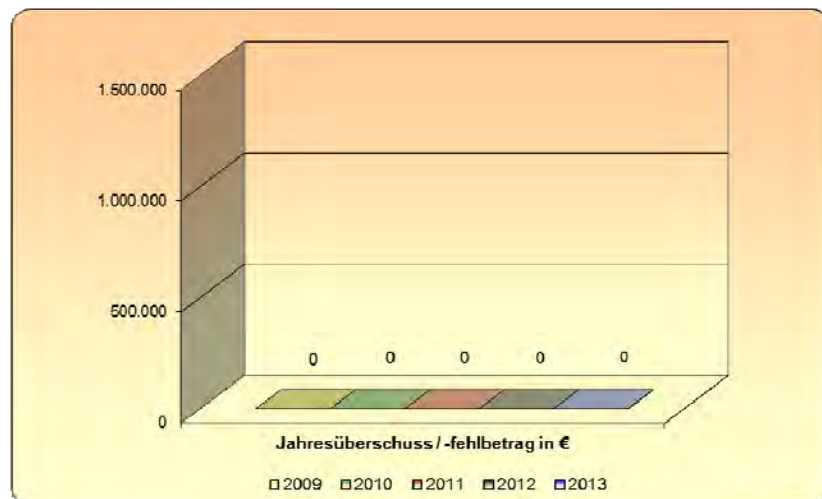
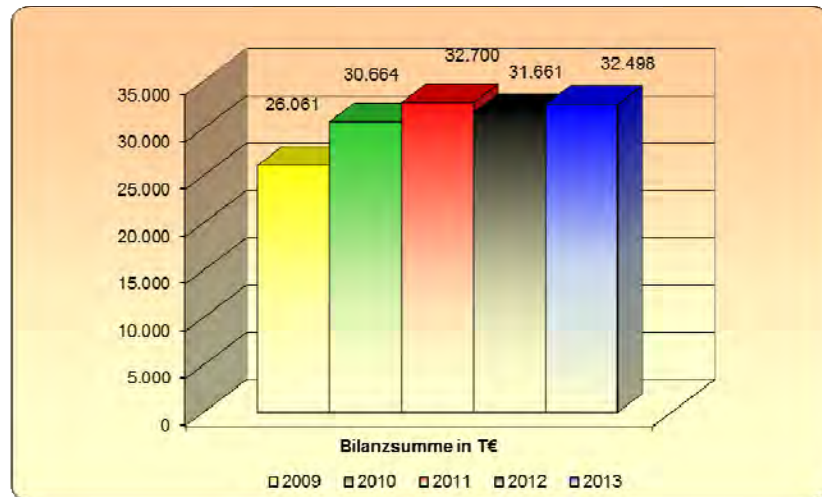
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2013 in €	2012 in €	2011 in €
Erträge aus Beiträgen der kommunalen Aufgabenträger	2.745.736	2.704.418	3.013.637
Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen	28.621.228	31.412.162	36.577.215
Zur Aufwandsdeckung verfügbare Zuwendungen	31.366.964	34.116.580	39.590.852
Erträge aus Projektzuwendungen	2.589.436	3.564.197	3.579.386
Sonstige betriebliche Erträge	1.548.909	1.368.719	1.274.025
	35.505.308	39.049.496	44.444.263
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen	3.461.860	3.080.402	1.585.006
Aufwendungen für bezogene Leistungen	17.515.485	21.969.225	25.767.317
a) Löhne und Gehälter	7.796.103	7.680.569	7.576.763
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	2.529.695	1.739.808	1.482.600
Personalaufwand	10.325.799	9.420.377	9.059.363
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	3.461.860	3.080.402	1.585.006
Zuführung zum Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	-2.987.994	-2.389.890	-3.591.683
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.423.645	5.648.969	6.179.328
Erträge aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages	1.411.415	1.201.784	1.095.047
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	157.189	128.242	89.458
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	7.741	0	0
Aufwendungen aus Verlustübernahme	18	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	434.096	571.657	651.578
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	379.135	379.404	379.498
Außerordentliche Aufwendungen	376.727	376.727	376.727
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Sonstige Steuern	2.407	2.677	2.771
	379.135	379.404	379.498
Jahresüberschuss	0	0	0

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

Anschrift	Lyoner Straße 22, 60528 Frankfurt am Main
Telefon	069/660759-0
Telefax	069/660759-90
E-Mail	info@ivm-rheinmain.de
Internet	www.ivm-rheinmain.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2014

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	13. Mai 2002
Stammkapital	241.000,00 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 13. Dezember 2012
Handelsregistereintrag	HRB 75042 beim Amtsgericht Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Zusammenarbeit im Verkehrsmanagement der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz und der Landkreise und Städte in der Region Frankfurt Rhein-Main.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle erforderlichen Tätigkeiten durchzuführen, die der Unterstützung des Integrierten Verkehrsmanagements der Region Frankfurt RheinMain dienen. Hierzu zählen:

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

- Die Erarbeitung notwendiger Grundlagen zur Umsetzung eines Verkehrsmanagements in der Region.
- Die Erarbeitung von regionalen Verkehrsmanagement- und Verkehrsinfrastrukturausbauplänen für die Region.
- Die Koordinierung des Verkehrsablaufs bei ausgewählten regionalen Ereignissen.
- Dienstleistungen als Bürgerservice.
- Unterstützende Maßnahmen für die Gesellschafter, die dem Gesellschaftszweck entsprechen.
- Die Übernahme neuer, gesetzlich vorgeschriebener Aufgaben im Auftrag der Gesellschafter.

Für eine detaillierte Erläuterung der Aufgaben wird eine Aufgabenvereinbarung von den Gesellschaftern beschlossen, die nur gemeinschaftlich von allen Gesellschaftern aufgelegt und geändert werden kann. Ein Eingriff in die hoheitlichen Aufgaben erfordert die Zustimmung der betroffenen Gesellschafter.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2014 (Stand: 31.12.2014)	
Vorsitzender	Herr Ulrich Krebs
Stellv. Vorsitzender	Herr Horst Schneider
Mitglied	Herr Burkhard Albers
-----„-----	Herr Johannes Baron ab 06.05.2014
-----„-----	Herr Patrick Burghardt
-----„-----	Frau Katrin Eder
-----„-----	Herr Christel Fleischmann

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2014 (Fortsetzung) (Stand: 31.12.2014)		
Mitglied	Frau Prof. Dr. Luise Hölscher	bis 30.09.2013
-----,,-----	Frau Claudia Jäger	
-----,,-----	Herr Dr. Lothar Kaufmann	
-----,,-----	Herr Dr. André Kawai	bis 31.03.2014
-----,,-----	Herr Michael Korwisi	
-----,,-----	Herr Wolfgang Kollmeier	bis 05.05.2014
-----,,-----	Herr Andreas Kowol	
-----,,-----	Frau Brigitte Lindscheid	bis 28.02.2014
-----,,-----	Herr Stefan Majer	
-----,,-----	Frau Sigrid Möricke	
-----,,-----	Herr Prof. Knut Ringat	
-----,,-----	Herr Steffen Saebisch	bis 17.01.2014
-----,,-----	Herr Mathias Samson	ab 02.04.2014
-----,,-----	Frau Dr. Bernadette Weyland	ab 02.04.2014
-----,,-----	Herr Thomas Will	
-----,,-----	Herr Matthias Zach	ab 01.04.2014
-----,,-----	Frau Cornelia Zuschke	ab 28.08.2014

Geschäftsführung

Geschäftsführerin	Frau Dipl.-Ing. Heike Mühlhans
--------------------------	--------------------------------

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten seit dem 25. Juni 2002 eine Aufwandsentschädigung von € 50,00 pro Person und Sitzung. Die Gesamtvergütung in 2014 belief sich auf € 1.100,--.

Auf die Angaben der Geschäftsführerbezüge wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB (Handelsgesetzbuch) verzichtet.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Frankfurt am Main	25,104 %	60.500,00 €
Land Hessen	12,656 %	30.500,00 €
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	12,448 %	30.000,00 €
Hochtaunuskreis	3,112 %	7.500,00 €
Land Rheinland-Pfalz	3,112 %	7.500,00 €
Landkreis Darmstadt-Dieburg	3,112 %	7.500,00 €
Landkreis Groß-Gerau	3,112 %	7.500,00 €
Main-Kinzig-Kreis	3,112 %	7.500,00 €
Main-Taunus-Kreis	3,112 %	7.500,00 €
Rheingau-Taunus-Kreis	3,112 %	7.500,00 €

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

D. Gesellschafter (Fortsetzung)

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Stadt Bad Homburg v.d.H.	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Darmstadt	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Hanau	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Mainz	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Offenbach am Main	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Rüsselsheim	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Wiesbaden	3,112 %	7.500,00 €

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes)

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Die Gründung der Gesellschaft basiert auf dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG) vom 19.12.2000. Im Rahmen der gesetzlichen Vorgabe gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 8 BallrG ist es Aufgabe der Gesellschaft, regionale Verkehrsplanung und regionales Verkehrsmanagement zu übernehmen.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Aufgrund dieses Sachverhaltes entfällt die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO.

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

**Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen
Produkt Regionalentwicklung 10.50.02.71250080**

in €	2015	2014	2013
Umlage an die IVM	43.643	43.643	43.643

Die Umlage wird Einwohner bezogen erhoben und beträgt je EW 0,13 €.

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2014 und 2015 jeweils auf die Haushaltsansätze und für das Jahr 2013 auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung des Kreises.

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2014	2013	2012
Verbindlichkeiten	560.198	439.611	589.911

Berichtsjahr 2014	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	439.611
Zunahmen	120.587
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	560.198

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Der Gesellschaftsvertrag der ivm GmbH enthält in einer Anlage die Modalitäten der Finanzierung. Diese sieht eine umlagenbezogene Finanzierung seitens der Gebietskörperschaften vor, wobei die Stadt Frankfurt am Main einen erhöhten Umlagenanteil leistet. Das Land Hessen beteiligte sich 2014 mit 440.000 € pro Jahr an der Finanzierung der ivm GmbH. Der RMV beteiligt sich als Gesellschafter mit einer projektbezogenen Umlage. In 2014 betrug diese 425.000 €. Das Land Rheinland-Pfalz ist in Form einer Projektfinanzierung eingebunden.

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Zusammenarbeit im Verkehrs- und Mobilitätsmanagement der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz und der Landkreise und Städte in der Region Frankfurt RheinMain. Die Aufgaben, die sich aus dem Gesellschaftszweck ableiten, sind in der Aufgabenvereinbarung als Anlage zum Gesellschaftsvertrag festgelegt.

Die ivm GmbH hat 11 Personalstellen (VBE – Vollbeschäftigteneinheiten), von denen am 31.12.2014 10,65 Stellen (VBE) besetzt waren.

In Erfüllung der Aufgabenvereinbarung werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ivm GmbH Projekte entwickelt, die teils in Eigenleistung und teilweise durch Auftragsvergabe an Unternehmen bearbeitet werden. Über den Stand der Arbeiten und die Ergebnisse werden der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung laufend informiert. Über die Umsetzung der Ergebnisse entscheidet der Aufsichtsrat bzw. die Gesellschafterversammlung.

Forschung und Entwicklung

Der Schwerpunkt der Tätigkeiten der ivm GmbH liegt in der Entwicklung und Erarbeitung von Konzeptionen und Strategien zur Förderung einer nachhaltigen Mobilität in der Region, die dann gemeinsam mit den Gesellschaftern und durch die zuständigen Aufgabenträger in der Region Frankfurt RheinMain umgesetzt werden. Hierzu zählt auch die Entwicklung und Weiterentwicklung von Softwarelösungen, wie sie den Bürgerserviceangeboten der ivm zu Grunde liegen. Um den Anforderungen eines zeitgemäßen Angebotes nachkommen zu können, beteiligt sich die ivm darüber hinaus als regionaler Partner an Forschungs- und Entwicklungsprojekten und macht die hierin erarbeiteten Ergebnisse nutzbar für Ihre Gesellschafter.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Forschung und Entwicklung (Fortsetzung)

Diese Aufgaben übernehmen derzeit acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Projektbereich. Hierbei werden diese unterstützt durch studentische Aushilfen.

Die Projektkosten für diesen Bereich betrugen in 2014 930 T€ (einschließlich Personalaufwand sowie in das Anlagevermögen überführte Investitionen von 96.858,20 €).

Wirtschaftsbericht

Projekte und Aktivitäten in 2014 (auszugsweise)

Im Jahr 2014 hat die ivm GmbH verschiedene Projekte und Aufgaben bearbeitet, die der Förderung eines integrierten Verkehrs- und Mobilitätsmanagements für die Region Frankfurt RheinMain dienen. Diese Projekte der ivm GmbH lassen sich den Bürgerservices, kommunalen Services und der Wissensbasis zuordnen.

- Bürgerserviceangebote

Im Rahmen ihres Bürgerserviceangebotes übernahm die ivm GmbH im Jahr 2014 im Auftrag ihrer Gesellschafter neben der Entwicklung auch den Betrieb verschiedener Mobilitätsinformationsangebote und –dienste für die Region Frankfurt RheinMain. Ziel ist es, durch umfangreiche Informations- und Beratungsangebote für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch Wirtschaftsunternehmen ein nachhaltiges Mobilitätsverhalten zu fördern.

Hierzu gehören:

- der Radroutenplaner Hessen (www.radroutenplaner.hessen.de) und
- der hierin integrierte Schülerradroutenplaner (www.radroutenplaner.hessen.de/schule)
- die Meldeplattform Radverkehr (www.meldeplattform-radverkehr.de)
- der Multimodale Mobilitätslotse Vielmobil (www.vielmobil.info) (neu seit 2012)
- das LKW-Empfehlungsnetz LKW-Lotse RheinMain (www.lkw-lotse.de)
- Pendlerservices und Fahrgemeinschaftsvermittlungssysteme (www.hessen.pendlerportal.de; www.pendlerservice.de)
- die Plattform zu barrierefreien Einrichtungen Mobile Menschen (www.mobilemenschen.de)
- die Informationsplattformen zu den Park-und-Ride und Parken-und-Mitnehmen-Angeboten (www.pundr.hessen.de; www.pundm.hessen.de)

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Wirtschaftsbericht / Geschäftsverlauf (Fortsetzung)

Projekte und Aktivitäten in 2014 (auszugsweise) (Fortsetzung)

- Bürgerserviceangebote (Fortsetzung)

Die ivm GmbH stellte den dauerhaften Betrieb dieser Angebote sicher, kümmerte sich um die Datenpflege und -aktualisierung, die inhaltliche und technologische Weiterentwicklung und beriet die Gesellschafter über die Nutzungsmöglichkeiten im Rahmen ihres Mobilitäts- und Verkehrsmanagements. Darüber hinaus wurden diese Angebote auf verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen mit einem Infostand der ivm GmbH aktiv präsentiert und so einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Darüber hinaus koordinierte die ivm GmbH den Handwerkerparkausweis für die Region Frankfurt Rhein-Main und das Regional Portal zum Handyparken.

- Angebote im Bereich kommunale und regionale Projekte

Im Bereich der kommunalen und regionalen Projekte erarbeitet die ivm GmbH für und mit ihren Gesellschaftern grundsätzlich Lösungen für eine zukunftsfähige, effiziente und nachhaltige Mobilität in der Region Frankfurt RheinMain. Die ivm GmbH erstellt hierzu abgestimmte Konzepte, begleitet und moderiert die Prozesse, die zur einvernehmlichen Umsetzung der Maßnahmen und Lösungen erforderlich sind. Erkenntnisse und Erfahrungen werden im Sinne von Good-Practice-Beispielen auf interessierte Kommunen in der Region übertragen, so dass alle Gesellschafter von den erarbeiteten Lösungsansätzen profitieren. Der kommunale Service reicht dabei von der unmittelbaren Beratung bis zu Bereitstellung von Informationsplattformen und Arbeitshilfen.

In 2014 standen folgende Themenschwerpunkte im Vordergrund:

- Regionales Park-und-Ride und Bike-und-Ride-Konzeptes und intermodale Verknüpfung
- Radverkehrsförderung und Vernetzung Radverkehr in Hessen
- Regionales Leihfahrradkonzept
- Carsharing für die Region Frankfurt RheinMain
- Mobilitätskonzepte für den ländlichen Raum
- Kommunales und Betriebliches Mobilitätsmanagement
- Schulisches Mobilitätsmanagement
- Elektromobilität
- Klimaschutz und Luftreinhalteplanung
- Kosteneffiziente Maßnahmen im Verkehrsbereich
- Verkehrsmanagement bei Großveranstaltungen (Begleitung verkehrliche Koordination der Hessentage)

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Wirtschaftsbericht / Geschäftsverlauf (Fortsetzung)

Projekte und Aktivitäten in 2014 (auszugsweise) (Fortsetzung)

- Angebote im Bereich kommunale und regionale Projekte (Fortsetzung)

Darüber hinaus begleitete die ivm GmbH auch im Jahr 2014 ihre Gesellschafter aktiv bei der Erarbeitung von Mobilitäts- und Verkehrskonzepten und war als Partner in die Erarbeitung von Nahverkehrsplänen, Klimaschutzkonzepten etc. eingebunden.

- Wissensbasis und Erfahrungsaustausch

Die ivm GmbH beantwortet grundlegende Fragestellungen zur Entwicklung von Mobilität und Verkehr in der Region und stellt für ihre Gesellschafter Daten- sowie Argumentationsgrundlagen für eine nachhaltige Verkehrs- und Mobilitätsentwicklung in der Region bereit. Die Ergebnisse grundlegender Untersuchungen und Studien stellt die ivm GmbH mit ihrer Wissensbasis den Gesellschaftern und Entscheidungsträgern zur Verfügung. Neben der Zusammenstellung von Daten und Fakten beinhaltet dies vor allem auch die Erarbeitung methodischer Grundlagen und Instrumentarien, die im Rahmen der Projektarbeit zum Einsatz kommen.

Diese Wissensbasis bietet auch den Gesellschaftern wichtige Hintergrundinformationen für deren Arbeit. Eine Übersicht über die bisher erarbeiteten Grundlagen ist auf der aktuellen Homepage der ivm GmbH unter www.ivm-rheinmain.de zu finden.

In 2014 hat sich die ivm GmbH insgesamt mit 11.900 € an der Aufstockung der Stichprobe zur Mobilitätserhebung „System repräsentativer Verkehrserhebungen“ (SrV) für die Region Frankfurt RheinMain beteiligt.

Des Weiteren war die ivm GmbH aktiv im Verein Junge Menschen und Mobilität (JUMO e.V.) sowie am Aufbau der Deutschen Plattform für Mobilitätsmanagement (DEPOMM e.V.) beteiligt.

Die hier anfallenden Aufgaben wurden mehrheitlich in Eigenleistung durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ivm GmbH erbracht.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

Prognosebericht

An den grundlegenden thematischen und inhaltlichen Schwerpunkten werden sich gegenüber den Vorjahren keine nennenswerten Änderungen ergeben. In der Aufsichtsratssitzung und Gesellschafterversammlung wurde eine modifizierte Aufgabenvereinbarung (Aufteilung der Aufgaben in einen unternehmerischen und nicht unternehmerischen Bereich) beschlossen, die den geänderten Anforderungen Rechnung trägt und eine entsprechende Aufschlüsselung der Aktivitäten in einen unternehmerischen und nicht unternehmerischen Bereich ermöglicht. Diese Änderung wurde bereits bei der Aufschlüsselung der geplanten Aktivitäten für das Jahr 2015 zu Grunde gelegt. An dem generellen Gesellschaftszweck der Gesellschaft hat sich nichts geändert.

Die Projekte und Aufgaben, die die ivm GmbH übernommen hat, dienen der Förderung eines integrierten Verkehrs- und Mobilitätsmanagements in der Region Frankfurt RheinMain. Die ivm GmbH erarbeitet damit Handlungsansätze für eine zukunftsfähige, effiziente und nachhaltige Mobilität in der Region Frankfurt RheinMain.

Die ivm GmbH erstellt hierzu grundlegende Konzepte und begleitet und moderiert die Prozesse, die zur Umsetzung der Maßnahmen und Lösungen erforderlich sind. Erkenntnisse und Erfahrungen werden im Sinne von Good-Practice-Beispielen dokumentiert und auf interessierte Kommunen in der Region übertragen. Die ivm GmbH übernimmt hierbei Aufgaben auf unterschiedlichen Ebenen und adressiert dabei verschiedene Handlungsfelder.

A Strategischer Rahmen und Standards

Die ivm GmbH erarbeitet einen übergeordneten strategischen Rahmen und Empfehlungen für regionale Standards und macht Vorschläge, wie die verschiedenen Ansätze aus dem Bereich des Verkehrs- und Mobilitätsmanagements in regionale und lokale Strategien zur Förderung einer nachhaltigen Mobilität eingebunden werden können.

B Konzept

Die ivm GmbH erarbeitet die inhaltlichen und organisatorischen Grundkonzeptionen und stellt diese als allgemeine Handlungsempfehlungen und Arbeitshilfen zur Verfügung.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Prognosebericht (Fortsetzung)

C Umsetzung

Mit Entscheidung zur Umsetzung seitens der Gesellschafter stellt die ivm GmbH eine Umsetzungsbegleitung sicher. Dies beinhaltet u.a. die Anpassung der Grundkonzeption auf lokale/kommunale Rahmenbedingungen, die Moderation des Abstimmungs- und Entscheidungsprozesses vor Ort, sowie die Projektkoordination. Die konkrete Umsetzung und Implementierung erfolgt in der Regel durch Dritte bzw. die Aufgabenträger vor Ort. Eine Ausnahme bildet der Bereich der Bürgerserviceangebote, in denen die ivm GmbH auch die konkrete Umsetzung und Implementierung bis hin zum Betrieb innehat.

D Betrieb

Mit Überführung der verschiedenen Angebote und Bausteine des Verkehrs- und Mobilitätsmanagements in den operativen Betrieb, stellt die ivm GmbH eine Begleitung des laufenden Betriebes, die Evaluierung und Wirkungskontrolle sicher und leitet hieraus konkrete Hinweise und Ansatzpunkte für die Weiterentwicklung ab. Diese schlagen sich dann wieder in einer modifizierten Konzeption (vgl. Punkt B) wieder.

E Informations- und Erfahrungsaustausch / Wissensplattform

Die ivm GmbH stellt einen regelmäßigen Informations- und Erfahrungsaustausch sowie einen überregionalen/bundesweiten Austausch im Bereich des Mobilitäts- und Verkehrsmanagements sicher. Die ivm GmbH fungiert als Wissensplattform in dem sie zentrale Projektergebnisse, Daten, Informationen und Erfahrungen aufbereitet und unmittelbar weitergeben kann.

Der Wirtschaftsplan der ivm GmbH für das Jahr 2015 umfasst folgende inhaltliche/thematische Schwerpunkte, denen die einzelnen Projekte und Aktivitäten zugeordnet sind. Dabei ist anzumerken, dass die Intensität der Bearbeitung zwischen den einzelnen Themenschwerpunkten stark variiert. Einzelne Projekte und Aufgaben können auch mehrere thematische Schwerpunkte abdecken.

- 1 Mobilitätsdienste**
- 2 Radroutenplaner Hessen und Meldeplattform**
- 3 Barrierefreiheit**
- 4 Kommunales und betriebliches Mobilitätsmanagement**
- 5 Schulisches Mobilitätsmanagement**

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Prognosebericht (Fortsetzung)

- 6 Intermodale Verknüpfung /Park&Ride und Bike&Ride**
- 7 Multimodale Angebote und Mobilität im ländlichen Raum**
- 8 Förderung der Nahmobilität und des Radverkehrs**
- 9 Elektromobilität**
- 10 Regionale Mobilitätskonzepte**
- 11 Verkehrsfolgen von Siedlungsentwicklung und Demographie**
- 12 Finanzierung Mobilität und Verkehr**
- 13 Klimaschutz und Umwelt**
- 14 Verkehrsmanagement bei Großveranstaltungen**
- 15 Handwerkerparkausweis**
- 16 Mobilfunkparken**
- 17 Regionale Mobilitätsdaten und Qualitätsbewertung Mobilität**

Diese Projekte der ivm GmbH lassen sich je Adressatenkreis den Bürgerservices, regionalen und kommunalen Projekten und der Wissensbasis zuordnen.

Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Branchenspezifische Risiken

Die ivm GmbH ist als regionale Gesellschaft dem öffentlichen Sektor angegliedert. Der Aufgabenschwerpunkt ist das Verkehrs- und Mobilitätsmanagement. Das fachliche Themenspektrum der ivm GmbH und die Aufgaben weisen eine breite fachliche Ausrichtung auf. Zudem gehört es zu den Kernaufgaben der ivm GmbH Strategien und Konzepte für die Region Frankfurt RheinMain zu erarbeiten, mit denen die Gesellschafter auf neue und sich verändernde Rahmenbedingungen in geeigneter Weise handeln können. Daher sind keine branchenspezifischen Risiken erkennbar.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Chancen- und Risikobericht (Fortsetzung)

Risikobericht (Fortsetzung)

Ertragsorientierte Risiken

Im Januar 2015 hat die ivm GmbH den abschließenden Bescheid zur Umsatzsteuersonderprüfung seitens des Finanzamtes erhalten. Hierin festgehalten ist, dass die ivm GmbH für den Teil der Erträge umsatzsteuerpflichtig ist, die zur Finanzierung von Aufwendungen dienen, die dem unternehmerischen Teil der ivm GmbH zufließen. Das Ergebnis der Umsatzsteuersonderprüfung ist im Jahresabschluss 2014 enthalten.

Der im Wirtschaftsplan dargestellte Wert errechnete sich unter der Annahme, dass rund 60 % der Erträge in die Finanzierung der Aufwände für den unternehmerischen Bereich fließen und damit der Umsatzsteuerpflicht unterliegen. Fördermittel von EU, Bund und Land sind als echte Zuschüsse umsatzsteuerfrei. Bezogen auf die der Projektbearbeitung zufließenden Erträge, betreffen die Umlagen (einschließlich der projektbezogenen vom RMV bereit gestellten Finanzierungsbeträge) nach der derzeitigen Planung rund 58 % in den unternehmerischen Bereich. Sonstige projektbezogene Finanzierungen durch Dritte sind vollständig umsatzsteuerpflichtig.

Im Rahmen des kontinuierlichen Projektcontrollings erfolgen daher quartalsweise eine Überprüfung und Neuberechnung des unternehmerischen Anteils und die sich daraus ergebenden Belastungen aus Umsatzsteuervorauszahlungen. Basierend darauf wird im Rahmen des Finanzcontrollings eine Übersicht über die sich daraus ergebenden Änderungen in der Mittelverfügbarkeit erstellt.

Darüber hinaus sind keine Ertragsrisiken erkennbar.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Aufgrund der stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation unseres Unternehmens sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar.

Aufgrund der Umsatzsteuervoranmeldungen wird es abweichend von den Vorjahren zukünftig zu Jahresanfang mit Anforderung der Gesellschafterumlagen der kommunalen Gesellschafter einen erhöhten Mittelabfluss ergeben, ohne dass ein entsprechender Vorsteuerabzug hier gegenüber steht. Durch eine laufende Liquiditätsplanung kann jedoch sichergestellt werden, dass keine Liquiditätsengpässe entstehen. Ein erhöhter Mittelabfluss aus der Projektarbeit ist in der Regel erst in der zweiten Jahreshälfte zu erwarten. Hieraus kann dann auch ein entsprechender Vorsteuerabzug geltend gemacht werden.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Chancen- und Risikobericht (Fortsetzung)

Risikobericht (Fortsetzung)

Finanzwirtschaftliche Risiken (Fortsetzung)

Risiken aus Währungs-, Termin- oder Derivatgeschäfte bestehen nicht. Liquiditätspläne werden permanent überwacht und angepasst.

Die Liquiditätslage ist sehr zufriedenstellend; damit sind keine Engpässe zu erwarten.

Chancenbericht

Die Projektarbeit wird auch in 2015 auf den bisher erfolgreichen Ansätzen, insbesondere im Verkehrs- und Mobilitätsmanagement aufbauen. Die Ausrichtung der Aktivitäten ist dabei vor allem durch aktuelle Entwicklungen geprägt, die das Thema der Intermodalität und der Multimodalen Verknüpfung und Angebote sowie einer Vernetzung in den Fokus rücken.

Die aktuellen Entwicklungen auf kommunaler Ebene, auf regionaler Ebene und auf Landesebene zeigen, dass die ivm GmbH mit ihrem Themenspektrum auf die zentralen Herausforderungen im Bereich des Mobilitäts- und Verkehrsmanagements gut vorbereitet ist und die Gesellschafter auf eine breite Basis von konkreten Angeboten, Konzepten, Studien und nicht zuletzt einen breiten Erfahrungshintergrund bei der ivm GmbH zurückgreifen können. Für die Folgejahre wird daher ein wichtiger Handlungsschwerpunkt der ivm GmbH auch auf der Verbreitung und Nutzbarmachung der vorliegenden Grundlagen und Angebote zur Erreichung der verkehrs- und umweltpolitischen Zielstellungen der Gesellschafter liegen. Die Einbindung und Begleitung der Prozesse zur Erarbeitung und Umsetzung kommunaler und regionaler Strategien zur Förderung einer nachhaltigen Mobilität auf kommunaler und regionaler Ebene wird in den Folgejahren daher weiter an Bedeutung gewinnen.

Alle Aktivitäten sind dabei weiterhin durch eine intensive Einbindung und Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern der ivm GmbH geprägt.

Darüber hinaus ist weiterhin eine Intensivierung der Beantragung von Fördermitteln auch aus Bundesprogrammen geplant. Es liegen derzeit bereits Förderzusagen aus Bundesprogrammen in Höhe von 272.000 € für das Jahr 2015 und 66.000 € für das Jahr 2016 vor. Es hat sich gezeigt, dass diese eine zügige und effiziente Umsetzung des Mobilitäts- und Verkehrsmanagements durch die ivm GmbH und ihre Gesellschafter ermöglicht.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Chancen- und Risikobericht (Fortsetzung)

Chancenbericht (Fortsetzung)

Auf Grundlage ihrer Aufgabenvereinbarung hat die ivm GmbH den Aufbau und die Umsetzung eines integrierten Verkehrs- und Mobilitätsmanagements, sowie die Förderung der Zusammenarbeit der Länder Hessen, Rheinland-Pfalz, der Landkreise und Städte in der Region Frankfurt RheinMain auf diesem Gebiet zum Ziel. Hierfür erhält sie eine Umlage ihrer Gesellschafter und in geringerem Umfang projektbezogene Leistungsentgelte durch Dritte. Aufgrund des gegebenen Budgetrahmens und den Vorgaben des Gesellschaftsvertrages ergeben sich für die Gesellschaft keine nennenswerten wirtschaftlichen Entwicklungschancen, die über den gegebenen Budgetrahmen hinausgehen.

Der Abschluss von Verträgen erfolgt im jeweils bestehenden Budgetrahmen des jeweils gültigen Wirtschaftsplans. Sofern sich keine weiteren Veränderungen an der finanziellen Beteiligung der Gesellschafter an der ivm GmbH ergeben, ist hieraus auch kein Risiko für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft ersichtlich.

Gesamtaussage

Wir beurteilen die Lage der ivm GmbH aufgrund der aktuellen Entwicklungen und Planungen positiv. Auch in 2015 ist damit zu rechnen, dass sich die Grundlagen für die Arbeit der ivm GmbH nicht ändern werden.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen und Guthaben bei Kreditinstituten.

Forderungsausfälle gibt es nicht. Die Vereinnahmung der Forderungen wird überwacht und erfolgt planmäßig.

Die Gesellschaft finanziert sich im Wesentlichen über Zuschüsse und Umlagen der Gesellschafter, für einzelne Projekte stehen der ivm GmbH darüber hinaus Drittmittel aus Förderprogrammen oder finanzieller Beteiligung Dritter zur Verfügung.

Es besteht für jedes nennenswerte Geschäft ein Liquiditätsplan, der einen Überblick über die Geldaus- und -einkünfte vermittelt.

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

L. Bilanz

	2014	2013	Verände-	2012
Aktiva	in €	in €	rung in €	in €
Immaterielle Vermögensgegenstände				
- EDV-Software	172.821	138.168	34.653	197.150
- Geleistete Anzahlungen	55.110	64.510	-9.400	25.251
Immaterielle Vermögensgegenstände	227.931	202.678	25.253	222.401
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	41.427	48.038	-6.611	53.084
Sachanlagen	41.427	48.038	-6.611	53.084
	269.358	250.716	18.642	275.485
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	334.137	127.596	206.542	5.020
- Sonstige Vermögensgegenstände	3.666	1.930	1.736	3.994
Anlagevermögen	337.803	129.526	208.277	9.014
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	481.339	554.777	-73.437	846.359
Umlaufvermögen	819.142	684.302	134.840	855.373
Rechnungsabgrenzungsposten	12.476	11.832	644	10.533
	1.100.976	946.850	154.126	1.141.391
Passiva				
- Gezeichnetes Kapital	233.500	233.500	0	233.500
Eigenkapital	233.500	233.500	0	233.500
Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	269.358	250.716	18.642	275.485
- Sonstige Rückstellungen	26.403	23.023	3.380	42.495
Rückstellungen	26.403	23.023	3.380	42.495
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	270.876	431.648	-160.772	569.686
- Erhaltene Anzahlungen aus Umlagen des RMV	0	0	0	8.300
- Verbindlichkeiten gegenüber kommunalen Aufgabenträgern	233	177	56	16
- Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Hessen	0	0	0	6
- Sonstige Verbindlichkeiten	289.089	7.786	281.303	11.904
Verbindlichkeiten	560.198	439.611	120.586	589.911
Rechnungsabgrenzungsposten	11.518	0	11.518	0
	1.100.976	946.850	154.126	1.141.391

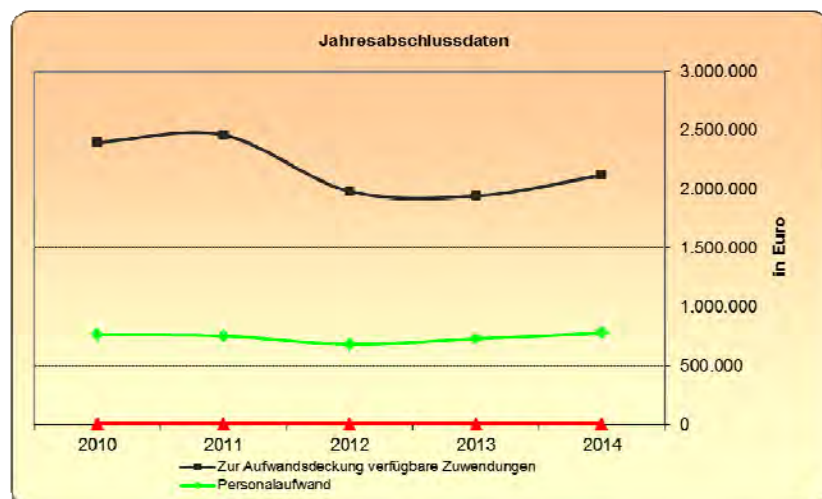
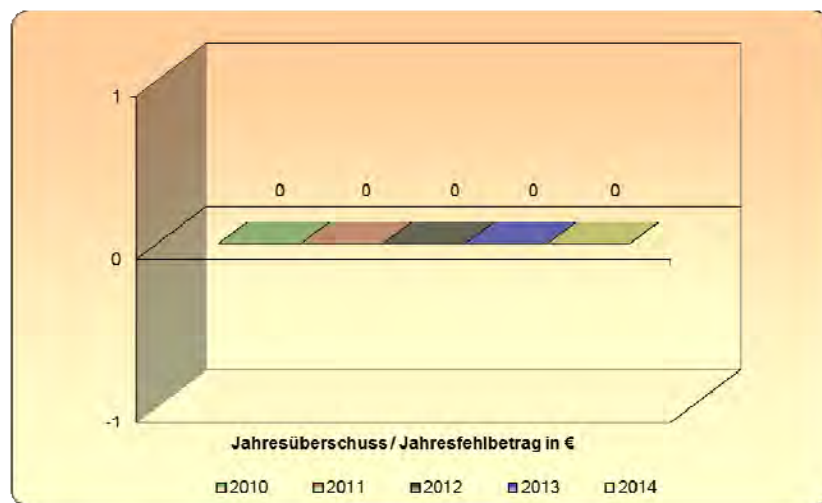
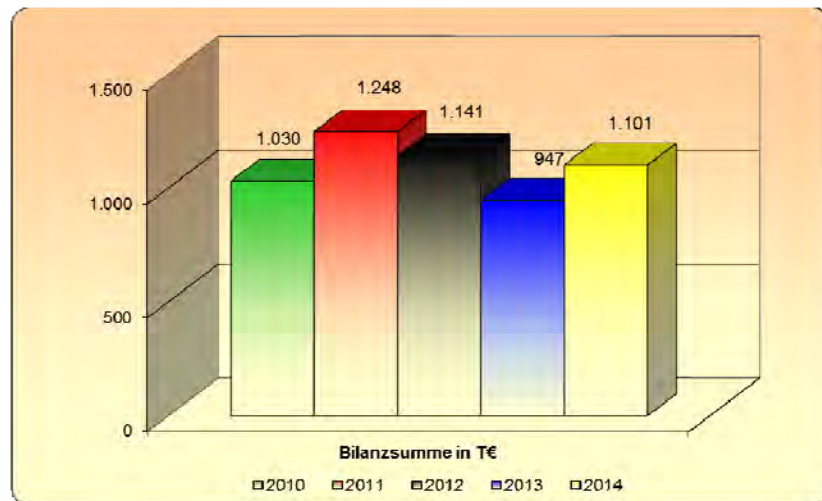
**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2014	2013	2012
	in €	in €	in €
Erträge aus Beiträgen der kommunalen Aufgabenträger	961.587	961.549	999.984
Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen	439.967	439.949	375.994
Erträge aus Projektförderung	290.329	224.941	312.590
Erträge aus Kooperationsvereinbarungen	425.000	314.300	291.700
Zuwendungen	2.116.882	1.940.739	1.980.269
Sonstige betriebliche Erträge	8.541	11.254	9.554
Gesamtleistung	2.125.423	1.951.993	1.989.823
Aufwendungen für bezogene Leistungen	598.512	842.544	934.923
Rohergebnis	1.526.911	1.109.448	1.054.900
Personalaufwand			
- Gehälter	628.836	585.593	544.029
- Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	150.284	144.356	134.551
	779.120	729.949	678.580
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und auf Sachanlagen	96.733	143.447	143.204
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen	96.733	143.447	143.204
Zuführung zum Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	115.375	118.678	124.488
Sonstige betriebliche Aufwendungen	347.506	262.079	257.149
Betriebsergebnis	284.910	-1.257	-5.316
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.016	1.537	5.587
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	28.990	0	0
Finanzergebnis	-27.974	1.537	5.587
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	256.936	280	271
Sonstige Steuern	256.936	280	271
Summe Steuern	256.936	280	271
Jahresüberschuss	0	0	0

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen

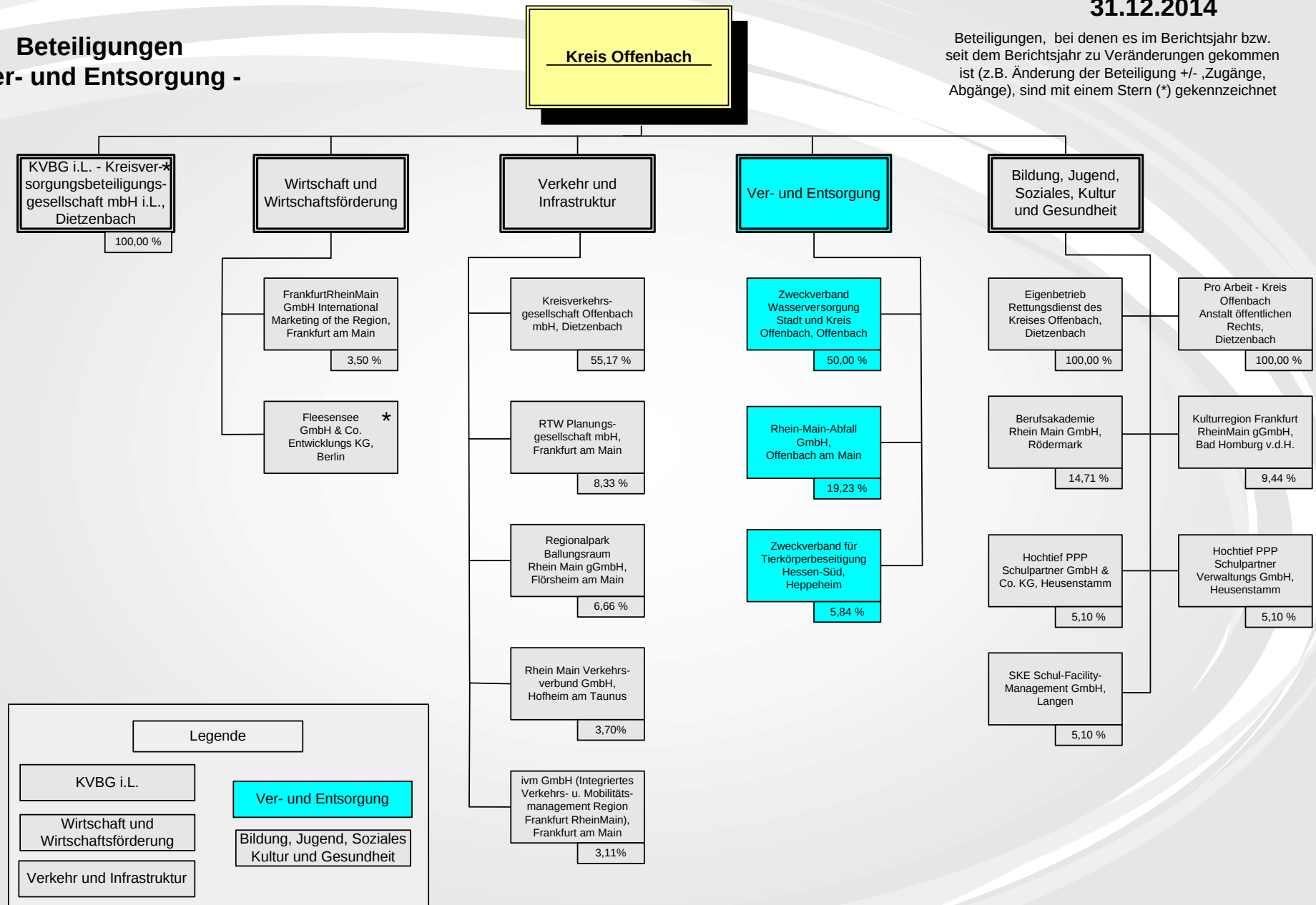


Ver – und Entsorgung

Stand:
31.12.2014

Beteiligungen - Ver- und Entsorgung -

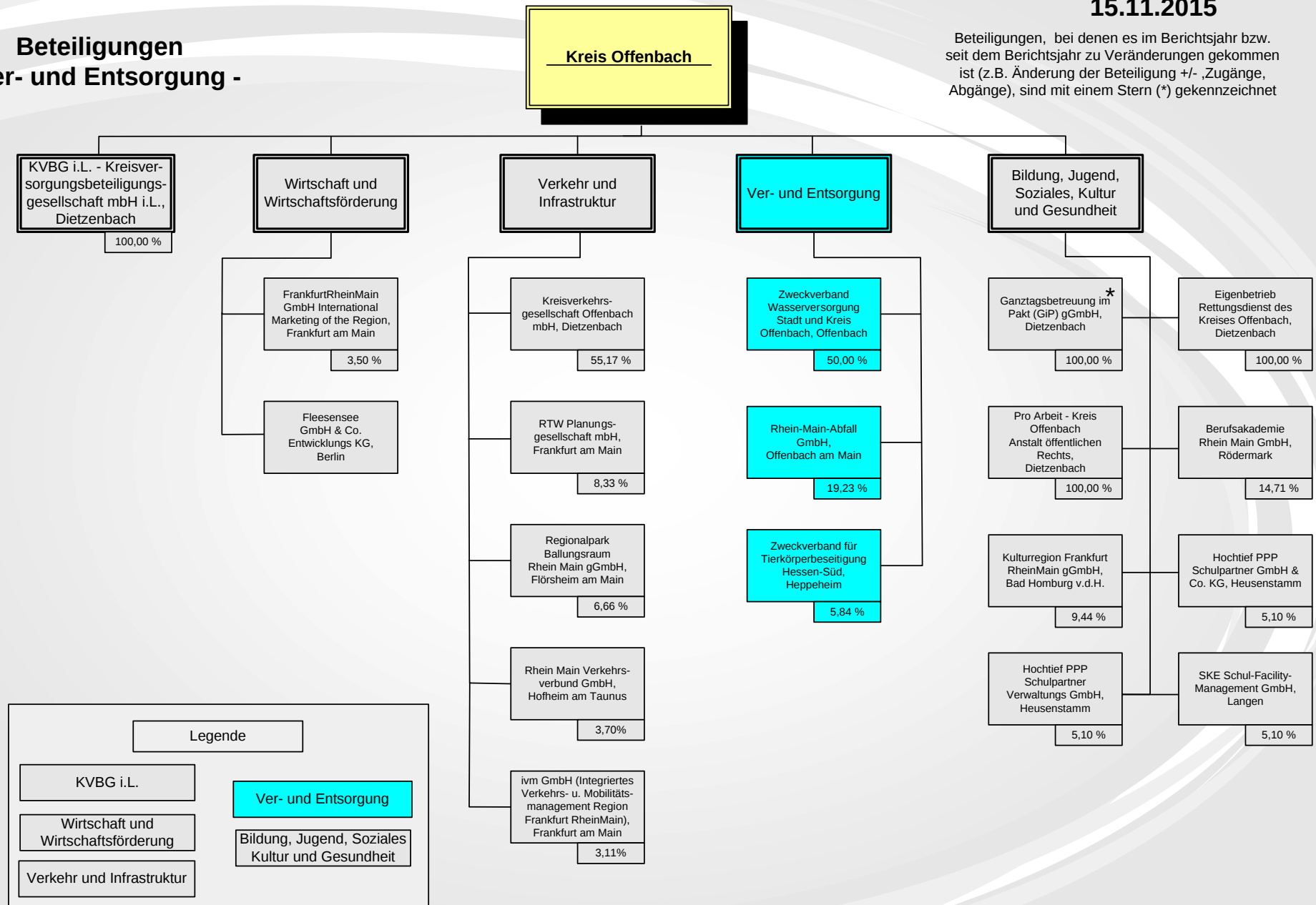
Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet



**Stand:
15.11.2015**

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet

Beteiligungen - Ver- und Entsorgung -



Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

Der gemeinsam von der Stadt und dem Kreis Offenbach im Jahr 1965 gegründete Zweckverband Wasserversorgung (ZWO) nahm am 01.01.1970 seine Tätigkeit auf und besteht somit seit weit mehr als 40 Jahren.

Die Bedeutung des Zweckverbandes für eine sichere und reibungslose Versorgung von mehr als 300.000 Einwohnern im Versorgungsgebiet mit Wasser war in der Vergangenheit vielen Einwohnerinnen und Einwohnern im Verborgenen geblieben. Erst in der jüngeren Vergangenheit hat sich die wichtige und komplexe Versorgungsaufgabe des Zweckverbandes in der Bevölkerung „herumgesprochen“, dies nicht zuletzt aufgrund einer starken Ausweitung der Präsenz in der Öffentlichkeit.

Zum Versorgungsgebiet des ZWO gehören die Stadt Offenbach sowie die meisten Städte und Gemeinden des Kreises Offenbach (bzw. die zuständigen Stadtwerke). Ferner werden die Stadtteile Steinheim und Klein-Auheim der Stadt Hanau und die Gemeinde Messel im Kreis Darmstadt-Dieburg mit Wasser beliefert. Aufgrund eigener Versorgungsanlagen der Städte Dreieich, Langen, Mühlheim und Neu-Isenburg werden diese bzw. deren Stadtwerke seitens des ZWO mit vertraglich vereinbarten Wasserliefermengen teilversorgt.

Die Verteilung des Wassers an Haushalte und Gewerbe in den Kommunen gehört hingegen nicht zu den Aufgaben des ZWO; dies obliegt den jeweiligen Städten und Gemeinden bzw. deren Versorgungsunternehmen.

Der weitaus größte Teil des geförderten und abgegebenen Wassers stammt aus eigenen Brunnen der insgesamt sechs Wasserwerke des ZWO in Seligenstadt, Rodgau und Heusenstamm.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

Anschrift	Am Wasserwerk 1, 63110 Rodgau
Telefon	06106/6995-0
Telefax	06106/6995-60
E-Mail	info@zwo-wasser.de
Internet	www.zwo-wasser.de

Die Angaben zum Zweckverband beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2014

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Zweckverbandes

Rechtsform	Zweckverband gem. § 9 KGG
Gründungsdatum	1965
Stammkapital	2.500.000,00 €
Verbandssatzung	Im Berichtsjahr galt die gemäß § 9 KGG erlassene Satzung des Zweckverbandes Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach vom 9. März 1977 in der Fassung der letzten Änderung vom 9. Dezember 2008.
Handelsregistereintrag	HRA 9671 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Verbandsaufgabe

Aufgabe des Verbandes ist die Beschaffung von Wasser, die Wassergewinnung, -aufbereitung und -verteilung einschließlich Errichtung und Betrieb von Wassergewinnungs- und -fortleitungsanlagen. Der Zweckverband kann Arbeiten an örtlichen Verteilernetzen sowie Betriebs- und Geschäftsführungsaufgaben jeweils gegen Entgelt übernehmen. Außerdem kann der Zweckverband weitere Aufgaben auf dem Gebiet der Wasserversorgung und der Abwasserversorgung durchführen, soweit ihm diese Aufgaben von einem Verbandsmitglied übertragen werden.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

C. Organe des Verbandes

Verbandsversammlung

Zusammensetzung der Verbandsversammlung 2014 (Stand: 31.12.2014)	
Vorsitzender	Herr Michael Rickert
Stellvertretender Vorsitzender	Herr Erich Strüb
Mitglied	Herr Frank Berg
-----„-----	Herr Hans-Peter Bicherl
-----„-----	Herr Edmund Flößer
-----„-----	Herr Christoph Hampe
-----„-----	Herr Tobias Männche
-----„-----	Herr Horst Schmittel
-----„-----	Herr Horst Schultheiß
-----„-----	Herr Rolf Wenzel

Der Vorsitz sowie stellvertretende Vorsitz der Verbandsversammlung wechselt jährlich.

Die Aufwandsentschädigung für die Verbandsversammlung betrug insgesamt € 10.230,50.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

C. Organe des Verbandes (Fortsetzung)

Verbandsvorstand

Zusammensetzung des Verbandsvorstandes 2014 (Stand: 31.12.2014)	
Vorsitzender	Herr Wilfried Jungbluth
Stellvertretender Vorsitzender	Herr Gerd Hibbeler
Mitglied	Frau Claudia Bicherl
-----„-----	Herr Stephan Färber
-----„-----	Herr Peter Freier
-----„-----	Herr Thorwald Ritter

Der Vorsitz sowie stellvertretende Vorsitz des Verbandsvorstandes wechselt jährlich.

Die Aufwandsentschädigung für den Vorstand betrug insgesamt € 10.850,20.

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Bernd Petermann
------------------------	----------------------

Bei der Angabe der Gesamtbezüge des Geschäftsführers wird von der Möglichkeit der Nichtangabe nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

D. Mitglieder

Mitglieder	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	50,00	1.250.000,00
Stadt Offenbach	50,00	1.250.000,00
	100,00	2.500.000,00

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen
keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung des Zweckverbandes.

Gemäß § 39 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) haben die Gemeinden in ihrem Gebiet die Bevölkerung und die gewerblichen und sonstigen Einrichtungen ausreichend mit Trink- und Betriebswasser zu versorgen. Die Gemeinden können die Verpflichtung zur Wasserversorgung nach § 39 Abs. 1 HWG auf andere Körperschaften des öffentlichen Rechts oder auf private Dritte übertragen oder sich dieser bei der Erfüllung ihrer Aufgaben bedienen; sie können dabei auch Wasser- und Bodenverbände oder Zweckverbände bilden und öffentlich-rechtliche Vereinbarungen abschließen.

Ein Zweckverband gemäß den Bestimmungen des Hessischen Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) ist keine wirtschaftliche Betätigung. Aufgrund dieses Sachverhaltes ist die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten des Zweckverbandes

in €	2014	2013	2012
Verbindlichkeiten	11.109.966	10.545.821	10.930.684

Berichtsjahr 2014	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	10.545.821
Zunahmen	564.145
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	11.109.966

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Verbandsaufgabe

Aufgabe des Verbandes ist die Beschaffung von Wasser, die Wassergewinnung, -aufbereitung und -verteilung einschließlich Errichtung und Betrieb von Wassergewinnungs- und -fortleitungsanlagen. Der Zweckverband kann Arbeiten an örtlichen Verteilernetzen sowie Betriebs- und Geschäftsführungsaufgaben jeweils gegen Entgelt übernehmen. Außerdem kann der Zweckverband weitere Aufgaben auf dem Gebiet der Wasserversorgung und der Abwasserversorgung durchführen, soweit ihm diese Aufgaben von einem Verbandsmitglied übertragen werden.

Das vom Zweckverband geförderte oder bezogene Wasser wird an Verbandsmitglieder oder andere Träger der öffentlichen Wasserversorgung zu einem Preis abgegeben, in dem eine angemessene Eigenkapitalverzinsung (kalkulatorische Verzinsung des Eigenkapitales) angesetzt werden kann. Mit Zustimmung der Verbandsversammlung kann Wasser auch an Dritte zu gesondert festgelegten Bedingungen abgegeben werden. Zurzeit werden neben der Stadt Offenbach die meisten Städte und Gemeinden des Kreises (bzw. die zuständigen Stadtwerke) sowie die Gemeinde Messel im Kreis Darmstadt-Dieburg und die Stadtteile Steinheim und Klein-Auheim der Stadt Hanau beliefert. Von den Gemeinden des Kreises Offenbach werden nicht vom Verband versorgt die Stadt Rödermark und nur teilweise die Städte Rodgau, Mühlheim, Dreieich, Langen und Neu-Isenburg.

Umsatz- und Auftragsentwicklung

2014 betrug der Wasserverkauf 18,286 Mio. m³. Er lag damit um rund 0,066 Mio. unter dem Verbrauch des Vorjahres (18,352 Mio. m³). Für 2015 wird ein Wasserverkauf von 18,0 Mio. m³ prognostiziert. Der Wasserverkaufspreis für 2014 beträgt endgültig 49,00 Cent/ m³, im Vorjahr waren es ebenfalls 49,00 Cent/ m³ zuzüglich Mehrwertsteuer. Der vorläufige Wasserpreis für das Jahr 2015 ist unverändert auf 49,00 Cent/ m³ zuzüglich Mehrwertsteuer festgesetzt worden.

Das 2014 abgegebene Wasser stammt mit 17,482 Mio. m³ (95,6 %) aus eigenen Brunnen im Verbandsgebiet. Darüber hinaus wurden vom Zweckverband Gruppenwasserwerk Dieburg 0,801 Mio. m³ (4,4 %) bezogen. In den Jahren 2015 - 2017 wird bei normalen Witterungsbedingungen mit einem jährlichen Wasserverkauf von ca. 18,0 Mio. m³ gerechnet.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

Wichtige Vorgänge des Wirtschaftsjahres

Im Zusammenhang mit allgemeinen Diskussionen über eine Rekommunalisierung der Wasserversorgung der Stadt Offenbach fanden 2013 erste Gespräche zwischen den Geschäftsführern der Stadtwerke Offenbach Holding (SOH) und des ZWO statt. Die Gespräche führten zu dem Ergebnis, dass eine Neu-Organisation der Wasserversorgung in Offenbach zusammen mit dem ZWO sinnvoll wäre. Nachdem entsprechende Grundsatzbeschlüsse vom Aufsichtsrat der SOH und dem Magistrat der Stadt Offenbach gefasst wurden, hat der Vorstand des ZWO mit Beschluss vom 16.06.2014 die Geschäftsführung beauftragt und ermächtigt, im Rahmen des bei der Stadt Offenbach und der SOH laufenden Projektes "Neuorganisation der Wasserversorgung in Offenbach" bis zum Ende des Jahres einen Umsetzungsbeschluss vorzubereiten, dessen Ziel die Übernahme der Aufgabe der Wasserversorgung von der Stadt Offenbach für das gesamte Stadtgebiet, einschließlich der gebührenrechtlichen Abwicklung an den Endkunden ist.

Obwohl die Gespräche zwischen der SOH und dem ZWO zügig und lösungsorientiert geführt wurden, konnten die komplexen vertrags-, steuer- und genehmigungsrechtlichen Fragen erst im Frühjahr 2015 zum Abschluss gebracht werden. Am 07.05.2015 hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach beschlossen, die Aufgabe der Wasserversorgung auf der Gemarkung der Stadt Offenbach am Main auf den ZWO zu übertragen. Der Kreistag des Kreises Offenbach hat der Aufgabenübertragung und der damit verbundenen Änderung der Verbandssatzung des ZWO am 13.05.2015 zugestimmt.

Am 21.05.2015 hat die Verbandsversammlung des ZWO schließlich beschlossen, der Übertragung der Wasserversorgung auf der Gemarkung der Stadt Offenbach, durch die Stadt Offenbach auf den ZWO zum 01.01.2016 zuzustimmen. Gleichzeitig wurde die Änderung der Verbandssatzung beschlossen und festgelegt, dass alle zur Durchführung der Wasserversorgung ab dem 01.01.2016 notwendigen vertraglichen und sonstigen Regelungen mit der Stadt Offenbach a.M., der Stadtwerke Holding Offenbach GmbH (SOH) und der Energieversorgung Offenbach AG (EVO) zur Beschlussfassung vorzulegen sind. Die für die Wasserversorgung in der Stadt Offenbach erforderliche Trinkwassersatzung incl. der Gebührensatzung soll erarbeitet und ebenfalls zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung

Risikofrüherkennung

Zur Früherkennung von Risiken wurde ein Risikohandbuch erarbeitet, das allen aktiv am Risikomanagement beteiligten Mitarbeitern den Prozess des implementierten Risikomanagements verdeutlicht. Ferner soll es den Mitarbeitern helfen, die mit der Prozesseinbindung verbundenen Aufgaben und Verantwortungen erfolgreich zu bewältigen. Das Risikohandbuch stellt einen internen Leitfaden für das Risikomanagement dar und dient im Einzelnen zur:

- Beschreibung der Bedeutung der frühzeitigen Erkennung von Risiken für das Unternehmen
- Definition von Risikofeldern
- Darstellung der Methodik für die Risikoidentifizierung und –bewertung
- Festlegung von Verantwortlichkeiten innerhalb des Risikomanagements
- Regelung der Risikoverfolgung und Risikoberichterstattung
- Darstellung der wesentlichen Kontrollmechanismen.

Das Schadenswahrscheinlichkeitsblatt wurde im Dezember 2013 überarbeitet und den aktuellen Gegebenheiten angepasst. Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nicht ereignet.

Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

Voraussichtliche Entwicklung

Der ZWO bleibt in seiner Verbandsstruktur bestehen und hat zum 01.01.2008 zur Modernisierung die Verbandssatzung geändert. Der ZWO hat die Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden intensiviert und kooperiert verstärkt mit dem ZVG Dieburg.

Gemäß § 4 Abs. 1 der Verbandssatzung kann der Zweckverband weitere Aufgaben auf dem Gebiet der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung durchführen, soweit ihm diese Aufgaben von einem Verbandsmitglied übertragen werden. Das Verbandsmitglied Stadt Offenbach hat im Zuge einer Rekommunalisierung der Wasserversorgung dem ZWO die Aufgabe der Wasserversorgung der Stadt Offenbach ab dem 01.01.2016 übertragen. Die hierfür notwendigen Beschlüsse der Verbandsmitglieder und der Verbandsversammlung wurden im Mai 2015 gefasst.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB (Fortsetzung)

Voraussichtliche Entwicklung (Fortsetzung)

Der mit dem Land Hessen, vertreten durch das Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Darmstadt, geschlossene Vertrag über die Aufgabenübertragung der integrierten gewässerschutzorientierten Beratung zur Minimierung diffuser Einträge gemäß der Zielsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) im Maßnahmenraum Unterrhainebene wurde bis zum 31.12.2016 verlängert. Zudem wurde gemeinsam mit der Hochschule Geisenheim ein weiterer Vertrag mit der gleichen Zielsetzung für das Maßnahmegebiet "Main-Taunus" abgeschlossen.

Die Versorgung mit Trinkwasser durch den ZWO wurde durch die Erteilung neuer Wasserrechte mit entsprechend langen Laufzeiten für die Zukunft abgesichert. Die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser als Aufgabe der Daseinsvorsorge kann damit auch künftig durch den ZWO zuverlässig durchgeführt werden.

Im Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2015 ist im Erfolgspian ein Gewinn in Höhe von TEUR 180 eingeplant.

Wasserlieferungs- und Wasserbezugsverträge

Mit dem Zweckverband Gruppenwasserwerk Dieburg besteht seit dem 01.01.2010 ein Vertrag über die jährliche Liefermenge von 1.000.000 m³ mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2014. Der Vertrag wurde zum 01.01.2014 an die aktuelle Versorgungssituation angepasst.

Die Liefermenge 2014 betrug:

Gruppenwasserwerk Dieburg	800.985	m ³
---------------------------	---------	----------------

Die Kosten für den Wasserbezug beliefen sich auf	420.440	€
--	---------	---

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

L. Bilanz

	2014	2013	Verände-	2012
	in €	in €	rung in €	in €
Aktiva				
Immaterielle Vermögensgegenstände	233.815	266.035	-32.220	264.740
Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	3.681.608	3.692.013	-10.405	3.834.286
Grundstücke mit Wohnbauten	31.468	31.468	0	31.468
Grundstücke ohne Bauten	325.316	325.316	0	287.892
Gewinnungs- und Bezugsanlagen	141.047	144.691	-3.644	148.336
Gewinnungs- und Bezugsanlagen	3.496.320	3.519.253	-22.933	3.421.363
Verteilungsanlagen	4.604.570	4.142.664	461.906	3.792.036
Betriebs- und Geschäftsausstattung	618.371	617.217	1.154	663.685
Anlagen im Bau	1.648.327	713.396	934.931	751.177
Sachanlagen	14.547.027	13.186.018	1.361.009	12.930.243
Finanzanlagen	0	0	0	0
Anlagevermögen	14.780.842	13.452.053	1.328.789	13.194.983
Vorräte				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	396.737	405.475	-8.738	402.852
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	88.352	1.093.575	-1.005.223	305.853
Sonstige Vermögensgegenstände	551.080	431.889	119.191	401.834
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	639.432	1.525.464	-886.032	707.687
Guthaben bei Kreditinstituten	2.181.368	1.446.382	734.986	1.979.620
Umlaufvermögen	3.217.537	3.377.321	-159.784	3.090.158
Rechnungsabgrenzungsposten	1.755	1.710	45	1.196
	18.000.134	16.831.084	1.169.049	16.286.337

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2014	2013	Verände-	2012
	in €	in €	rung in €	in €
Passiva				
Stammkapital	2.500.000	2.500.000	0	2.500.000
Rücklagen	1.913.219	1.489.041	424.178	802.445
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0	329.764
Jahresgewinn/-verlust	432.373	424.178	8.194	356.832
Eigenkapital	4.845.592	4.413.219	432.373	3.989.041
Sonderposten für Investitionszuschüsse zu den Sachanlagen	680.943	643.909	37.034	458.692
Rückstellung für Pensionsverpflichtungen	508.274	471.336	36.938	480.894
Steuerrückstellungen	50.678	36.475	14.203	46.846
Sonstige Rückstellungen	801.981	717.473	84.508	380.179
Rückstellungen	1.360.933	1.225.284	135.649	907.919
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.762.500	9.786.049	-23.549	10.299.445
Verbindlichkeiten aus Lieferungen + Leistungen	1.199.541	673.762	525.778	581.492
Sonstige Verbindlichkeiten	147.925	86.010	61.914	49.748
Verbindlichkeiten	11.109.966	10.545.822	564.144	10.930.684
Rechnungsabgrenzungsposten	2.700	2.850	-150	0
	18.000.134	16.831.084	1.169.049	16.286.337

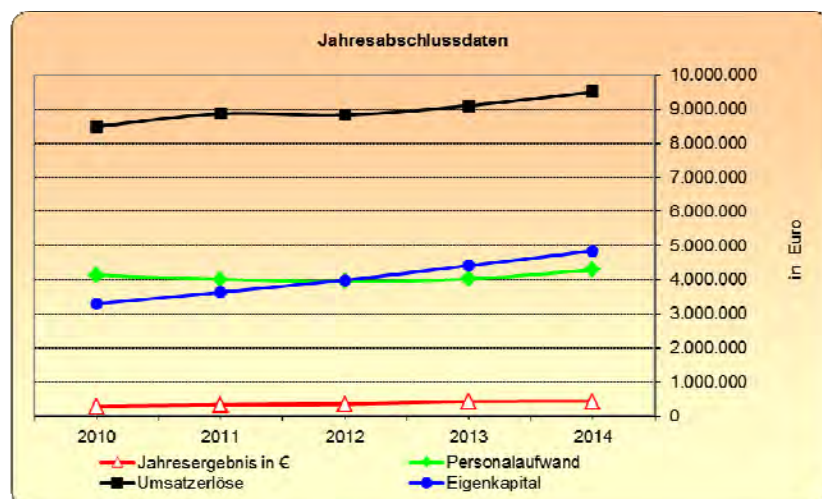
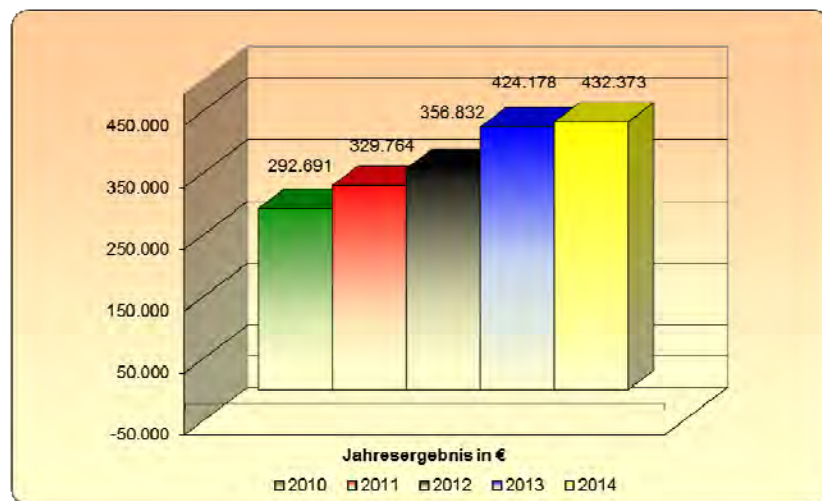
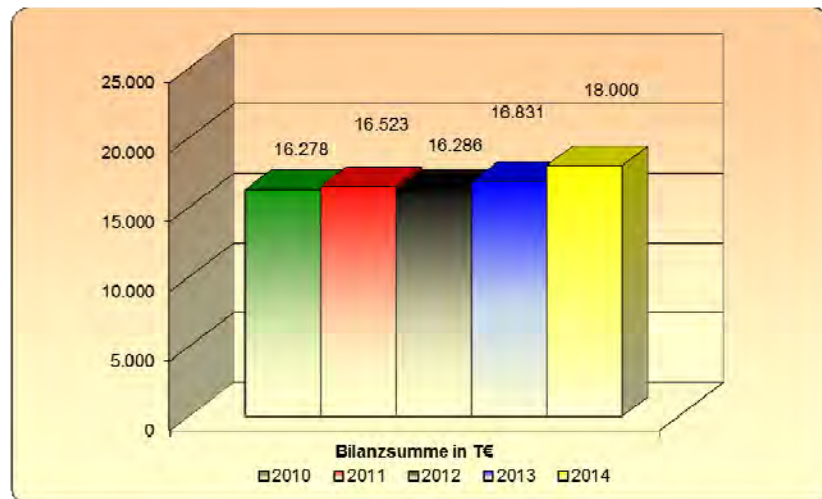
Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2014	2013	2012
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	9.503.072	9.101.239	8.830.682
Andere aktivierte Eigenleistungen	268.082	239.286	125.659
Sonstige betriebliche Erträge	277.281	317.005	299.221
	10.048.435	9.657.530	9.255.562
Materialaufwand			
- für Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe	902.708	897.362	869.887
- für bezogene Leistungen	2.071.535	1.988.851	1.797.191
	2.974.244	2.886.213	2.667.079
Personalaufwand			
für Löhne und Gehälter	3.283.220	3.097.216	3.028.004
für Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	1.005.130	928.550	922.189
	4.288.350	4.025.766	3.950.193
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	1.164.683	1.123.766	1.153.826
Sonstige betriebliche Aufwendungen	560.125	591.387	518.497
	8.987.401	8.627.132	8.289.593
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	971	2.029	7.943
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	396.602	416.972	439.269
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	665.403	615.455	534.643
Außerordentliche Erträge	151	0	0
außerordentliche Aufwendungen	13.830	0	0
Außerordentliches Ergebnis	-13.679	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	209.553	160.758	159.595
Sonstige Steuern	9.799	30.519	18.216
Jahresüberschuss	432.373	424.178	356.832

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

Die RMA GmbH ist ein regionales Unternehmen der Abfallwirtschaft mit Sitz in Offenbach und wurde im Zuge der Neuordnung der Abfallwirtschaft im Rhein-Main-Gebiet am 21.12.1998 gegründet. Der Kreis Offenbach ist einer der Gründungsgesellschafter.

Die bis zum 31.12.1998 beim Umlandverband Frankfurt liegende öffentlich-rechtliche Entsorgungspflicht nach dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) wurde mit Wirkung vom 1.1.1999 allen Gesellschaftern der RMA rück übertragen. Die RMA ist die Dachorganisation, die als geeigneter Dritter im Sinne von § 16 des KrW-/AbfG für die Gesellschafter tätig wird und so die abfallwirtschaftlichen Maßnahmen steuert. Zur Abfallbeseitigung besitzt die RMA einen Generalentsorgungsauftrag. Die RMA betreibt selbst keine eigenen Entsorgungsanlagen; zur Entsorgung stehen ihr jedoch die Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt (Frankfurt), das Müllheizkraftwerk Offenbach, die Deponie Flörsheim Wicker und die Abfallumladeanlage im Frankfurter Osthafen zur Verfügung.

Im Zuständigkeitsgebiet der RMA wurden 2014 – ohne das Aufkommen der Landeshauptstadt Wiesbaden in Höhe von ca. 75.000 Mg - etwa 425.000 Mg entsorgt.

Zu den Hauptaufgaben der RMA gehören

- die Beschaffung und Sicherung von Entsorgungskapazitäten unter Nutzung vorhandener regionaler Abfallentsorgungseinrichtungen
- Abfallmengen- und Abfallwirtschaftsplanung
- Festlegung von Entsorgungsstandards und der Berechnung der Entgelte sowie der wesentlichen Inhalte der Abfallsatzungen

Die Gesellschafter der RMA haben sich verpflichtet

- alle Möglichkeiten der Abfallvermeidung auf regionaler Ebene zu nutzen
- bei der Abfallverwertung neue umweltschonende und wirtschaftliche Wege zu entwickeln und durchzusetzen
- die vorhandenen Abfallentsorgungsanlagen im Verbundgebiet auszulasten und dadurch die Wirtschaftlichkeit der Entsorgungstätigkeit sicherzustellen
- weitere Gebietskörperschaften als Kooperationspartner einzubeziehen, wenn und soweit dies für das Erreichen der Ziele förderlich erscheint

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

Anschrift	Ludwigstraße 44, 63067 Offenbach
Telefon	069/80052-0
Telefax	069/80052-299
E-Mail	info@rmaof.de
Internet	www.rmaof.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2014

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	21. Dezember 1998
Stammkapital	275.900,00 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 09. Oktober 2012
Handelsregistereintrag	HRB 11794 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Die Gesellschaft dient dem Zwecke der Planung und Organisation der Abfallentsorgung im Rhein-Main-Gebiet und deren Koordination unter den Gesellschaftern, insbesondere

- die Beschaffung und Sicherung von Entsorgungskapazitäten unter Ausnutzung vorhandener Abfallentsorgungseinrichtungen
- die Abfallwirtschaftsplanung
- die Abstimmung von sanierungsfondsrelevanter Investitionen in die Abfallentsorgungseinrichtungen
- die Abfallmengenplanung
- die Festlegung der Entsorgungsstandards einschließlich der Berechnung der Entgelte und des wesentlichen Inhalts der Abfallsatzungen, soweit dieser die Entsorgungspflicht im engeren Sinne (nicht die Einsammlung und Transport) betrifft.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2014 (Stand 31.12.2014)		
Vorsitzender	Herr Hans-Jürgen Hielscher	bis 31.03.2014
-----„-----	Herr Uwe Kraft	ab 09.10.2014
Stellv. Vorsitzende	Frau Claudia Jäger	bis 09.10.2014
-----„-----	Frau Rosemarie Heilig	ab 09.10.2014
Mitglied für den Kreis Offenbach	Herr Robert Müller	
-----„-----	Herr Werner Müller	
-----„-----	Herr Oliver Quilling	
-----„-----	Herr Rolf Wenzel	
für den Hochtaunuskreis	Herr Ulrich Krebs	ab 09.09.2014
-----„-----	Herr Hermann Maier	bis 09.09.2014
-----„-----	Herr Dr. Wolfgang Müsse	bis 09.09.2014
-----„-----	Herr Aribert Oehm	
-----„-----	Frau Regina Sell	ab 09.09.2014
-----„-----	Herr Gregor Sommer	
für den Main-Taunus-Kreis	Herr Johannes Baron	ab 09.04.2014
-----„-----	Herr Michael Cyriax	
-----„-----	Herr Adolf Kannengiesser	
-----„-----	Herr Albrecht Kündiger	
-----„-----	Herr Dieter Wolf	

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2014 (Stand 31.12.2014) (Fortsetzung)		
für die Stadt Frankfurt	Herr Uwe Becker	ab 17.02.2014
-----,-----	Frau Angela Hanisch	
-----,-----	Herr Robert Lange	
-----,-----	Herr Roger Podstatny	
für die Stadt Offenbach	Frau Marianne Hermann	
-----,-----	Frau Brigitte Koenen	
-----,-----	Herr Peter Schneider	
-----,-----	Herr Peter Walther	
-----,-----	Herr Michael Weiland	
für die Stadt Maintal	Herr Rolf Sachtleber	

Geschäftsführung

Geschäftsführerin	Frau Constanze Celten
--------------------------	-----------------------

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen.

Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführerin werden gem. § 286 Abs. 4 HGB nicht angegeben.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates betrugen im Jahre 2014 T€ 4.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Hochtaunuskreis	19,23	53.050,00
Kreis Offenbach	19,23	53.050,00
Main-Taunus-Kreis	19,23	53.050,00
Stadt Frankfurt	19,23	53.050,00
Stadt Maintal	3,85	10.650,00
Stadt Offenbach am Main	19,23	53.050,00
	100,00	275.900,00

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes (Fortsetzung)

Die gesetzliche Verpflichtung der Städte, Gemeinden und Landkreise zur Bildung von Zusammenschlüssen im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ergibt sich aus dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG). Gesetzliche Aufgabe ist unter anderem die Abfallverwertung und -beseitigung, Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung von Abfallverwertungs- und Abfallbeseitigungsanlagen, § 1 Abs. 1 Nr. 1 BallrG.

Aufgrund dieses Sachverhaltes ist eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entbehrlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Ergebnishaushalt

Produkt Abfallwirtschaft 67.02.01

in €	2015	2014	2013
Widerspruchsverfahren Buchungsstelle 67.02.01.51000150	50	50	0
Abfallgebühren Buchungsstelle 67.02.01.51100040	13.443.000	0	0
Ordnungswidrigkeitsverfahren Buchungsstelle 67.02.01.51500040	50	50	0
Abfallgebühren RMA GmbH Buchungsstelle 67.02.01.53020030	0	16.168.500	16.907.867
Entsorgungsleistungen RMA GmbH Buchungsstelle 67.02.01.61710020	13.083.320	16.042.520	16.774.758
Sachaufwand Abfallwirtschaft Buchungsstelle 67.02.01.61790040	10.000	54.500	43.444
Arbeitnehmervergütungen Buchungsstelle 67.02.01.62000010	17.470	14.230	16.988
Beamtenbezüge Buchungsstelle 67.02.01.63000010	38.900	24.000	35.551

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Ergebnishaushalt

Produkt Abfallwirtschaft 67.02.01 (Fortsetzung)

in €	2015	2014	2013
Beiträge zur gesetzl. Sozialvers. Buchungsstelle 67.02.01.64000010	3.430	2.340	3.136
Beiträge zur Berufsgenossenschaft und Unfallversicherungskasse Buchungsstelle 67.02.01.64200010	50	50	342
Beamtenversorgung Buchungsstelle 67.02.01.64500010	6.360	3.950	4.230
Zuführung z. Pensionsrückst. Beamte Buchungsstelle 67.02.01.64600010	11.230	6.570	0
Zuführung zu Beihilferückstellungen Buchungsstelle 67.02.01.64610000	1.510	100	0
Arbeitnehmerversorgung ZVK Buchungsstelle 67.02.01.64700010	1.400	1.160	1.424
Reisekosten EDV+fachb. Fortbildung Buchungsstelle 67.02.01.68500010	30	0	0
Dienstreisen Buchungsstelle 67.02.01.68500030	300	300	87
Fort- und Weiterbildung Buchungsstelle 67.02.01.68800010	130	0	0
Altlastenfinanzierungsumlage Buchungsstelle 67.02.01.73549010	58.000	58.000	55.891

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2014 und 2015 jeweils auf die Haushaltsansätze und für das Jahr 2013 auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung des Kreises.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2014	2013	2012
Verbindlichkeiten	18.488.514	17.450.997	18.299.934

Berichtsjahr 2014	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	17.450.997
Zunahmen	1.037.517
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	18.488.514

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014

A. Rahmenbedingungen

Die RMA Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach am Main (im Folgenden: RMA GmbH") wurde in 1998 als Nachfolgerin des Umlandverbandes Frankfurt gegründet. Durch das Gesetz zur Aufgabenänderung des Umlandverbandes Frankfurt (UVF) vom 17. Dezember 1998 wurde die Abfallentsorgung im Verbandsgebiet des UVF wieder auf die Landkreise und kreisfreien Städte übertragen. Die entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften hielten auch nach dieser Rückübertragung eine regionale Kooperation für notwendig. Durch das Vertragswerk vom 21. Dezember 1998 schlossen die Gebietskörperschaften Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Kreis Offenbach, Stadt Frankfurt am Main, Stadt Offenbach am Main und Stadt Maintal eine Grundlagenvereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Abfallentsorgung und gründeten die RMA Rhein-Main Abfall GmbH. Die Stadt Bad Vilbel wurde im Juli 2000 als weiterer Gesellschafter aufgenommen. Im Jahr 2005 machte die Stadt Bad Vilbel von Ihrem Kündigungsrecht Gebrauch. Die Gesellschafter erteilten der RMA GmbH einen Generalentsorgungsauftrag, wonach diese als "beauftragter Dritter" gemäß § 22 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) handelt. Im Oktober 2012 ist die Veränderung der Laufzeit der Grundlagenvereinbarung notariell beglaubigt worden. Dies sichert der Gesellschaft bis mindestens 31.12.2023 den Fortbestand ihrer Beauftragung. Der Sitz der Gesellschaft ist Offenbach am Main.

Zweck der Gesellschaft ist die Planung und Organisation der Abfallentsorgung im Rhein-Main-Gebiet und deren Koordination unter den Gesellschaftern. Die Beschaffung und Sicherung von Entsorgungskapazitäten unter Ausnutzung vorhandener Abfallentsorgungseinrichtungen sowie die Finanzierung der Deponienachsorge bis 2017 sind vorrangig zu erfüllen. Die Abfallwirtschaftsplanung und deren Dokumentation in einem Abfallwirtschaftskonzept gemäß den Anforderungen des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (HAKrWG, § 8 Absatz 1-3), die Abfallmengenplanung sowie die Festlegung der Entsorgungsstandards sind weitere wesentliche Aufgaben der RMA GmbH. Die Gesellschaft nimmt Steuerungs- und Kontrollfunktionen wahr. Sie ist dazu ermächtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere ihr ähnliche Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Die Übertragung weiterer abfallwirtschaftlicher Aufgaben an die RMA GmbH ist möglich. So ist für die Organisation der Schadstoffsammlung im Hochtaunuskreis, im Main-Taunus-Kreis, im Kreis Offenbach, in der Stadt Offenbach und Stadt Maintal die RMA GmbH zuständig. Die RMA GmbH ist zudem durch den Kreis Offenbach beauftragt, das Elektro- und Elektronikgerätegesetz umzusetzen. Weiterhin wurde die RMA GmbH im Berichtsjahr vom Kreis Offenbach ab 01.01.2015 als Dienstleister mit der Organisation und der Vertragsabwicklung bei der Bioabfallverwertung beauftragt.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

A. Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

Das Hauptziel der RMA GmbH ist die wirtschaftliche und sichere Entsorgung der regional anfallenden Siedlungsabfälle. Die Entgeltstabilität sowie die Auslastung vorhandener Müllheizkraftwerke und anderer Entsorgungsanlagen sind die Ziele der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen den Gebietskörperschaften Stadt Frankfurt, Stadt Offenbach, Stadt Maintal und den Landkreisen Kreis Offenbach, Main-Taunus-Kreis und Hochtaunuskreis. Diese beiden Ziele sind nachhaltig sozial (Entgeltstabilität) und ökonomisch (Wirtschaftlichkeit der Entsorgungstätigkeit) sinnvoll zu erreichen. Die Auslastung der auf kurzen Wegen erreichbaren regionalen Abfallverbrennungsanlagen, die auf dem neuesten Stand der Technik sind und deren Energieeffizienzkoeffizient den aktuellen Anforderungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes entspricht, ist anerkanntermaßen auch ökologisch vertretbar. Die transparente Berechnung einheitlicher Entgelte an die sechs Gebietskörperschaften, die alle Aufwendungen der Abfallentsorgung und Deponienachsorge decken, ist eine weitere wesentliche Aufgabe der RMA GmbH.

B. Geschäftsentwicklung

1. Entsorgungssicherheit

Die Entwicklung der Abfallwirtschaft war in den vergangenen zwei Jahrzehnten durch die Zielkonzepte des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG) bestimmt: Vermeiden, Verwerten, Beseitigen. Das nachfolgende Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) ist am 01. Juni 2012 in Kraft getreten und erweitert die bisherige 3-stufige Abfallhierarchie um zwei weitere Stufen. Die Betonung der neuen Stufen auf die Wiederverwertung, Recycling und die sonstige Verwertung, einschließlich energetischer Verwertung, dient der "ressourcenschützorientierten Fortentwicklung des deutschen Abfallrechts". Für die Gesellschaft bedeutsam ist auch die Beibehaltung der kommunalen Überlassungspflichten für Haushaltsabfälle. So bleiben die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger nach § 20 I KrWG verantwortlich für die Entsorgung aller Abfälle aus privaten Haushaltungen sowie der Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen. Die Gesellschafter der RMA GmbH sind diese Entsorgungsträger, die sich für die Erfüllung dieser Pflicht unter anderem der RMA GmbH bedienen. Eine wesentliche Neuerung im Gesetz ist die Rechtspflicht zur Getrenntsammlung von Bioabfällen, die einer Überlassungspflicht unterliegen ab dem 01. Januar 2015. Die Verwertung dieser Abfälle Obliegt dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger. Diese Pflicht haben der Hochtaunuskreis und der Main-Taunus-Kreis bereits auf der Grundlage des alten Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes auf eine gemeinsame Gesellschaft übertragen, die auch eine Bioabfallbehandlungsanlage betreibt. In den Kommunen der beiden Landkreise wird die Biotonne überwiegend im 1. Quartal 2015 flächendeckend eingeführt sein.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

1. Entsorgungssicherheit (Fortsetzung)

Die Städte Frankfurt und Maintal haben eine jahrelang etablierte Bioabfallsammlung mit erprobten Verwertungswegen. Der Kreis Offenbach hat die Verwertung mit Logistikkonzept frühzeitig ausgeschrieben und die ordnungsgemäße Verwertung ist zum Stichtag gesichert. Zwei Kommunen hatten schon in 2013 die Biotonne etabliert und die restlichen elf Kommunen des Kreises beginnen alle im 1. Quartal 2015 mit der Bioabfallsammlung. Die Einführung der getrennten Sammlung in den Gemeinden des Landkreises obliegt den Gemeinden selbst. Die Stadt Offenbach hat die Getrenntsammlung zum 01.04.2014 eingeführt. Die RMA GmbH ist mit der Bioabfallverwertung nicht beauftragt. Für den Kreis Offenbach ist die RMA als Dienstleister für die Organisation des Stoffstrommanagements und die finanzielle Abwicklung beauftragt. Die Entwicklung der andienungspflichtigen Abfallmengen zur Beseitigung hat eine zentrale Bedeutung für die Entwicklung der Erlöse der Gesellschaft. Die flächendeckende Getrenntsammlung von Bioabfällen im RMA-Gebiet wird die Verringerung der zu beseitigenden Hausmüllmengen zur Folge haben. Die RMA hat diese Entwicklung im Rahmen ihrer mittelfristigen Ergebnisplanung berücksichtigt. Die Mengenabschätzung ist mit großer Sorgfalt vorgenommen worden, dennoch ist die Planung für die nächsten zwei Geschäftsjahre von erheblichen Unsicherheiten belastet.

Die Finanzierung der Deponienachsorge bis 2017 ist ein weiteres Handlungsfeld der RMA GmbH. Die Deponierung unbehandelter Abfälle wurde durch die Technische Anleitung Siedlungsabfall (TASI) bis längstens zum 31.05.2005 befristet. Da sich diese Entwicklung bereits seit 1999 abzeichnete, wurde auf den ursprünglich geplanten Ausbau der Deponie Flörsheim-Wicker zur „TASI-Deponie der Klasse II“ verzichtet. Dadurch konnten Investitionen im dreistelligen Millionenbereich eingespart werden. Die Vorhaltung von Deponieverfüllkapazität für deponiefähige Abfälle zur Beseitigung wurde aber im Jahr 1999 weiter für notwendig erachtet und die RMA GmbH hat im Jahr 2000 einen Kooperationsvertrag mit der Landeshauptstadt Wiesbaden geschlossen. Für das RMA-Gebiet mit einer ständig zunehmenden Bevölkerungsentwicklung wird derzeit ein Deponievolumen von 100.000 Mg/a vorgehalten. Das entsprach durchschnittlich 60 Kilogramm pro Einwohner und Jahr u.a. an Baustellenabfällen, Bauschutt, Erdaushub, asbesthaltige Abfälle sowie künstlichen Mineralfasern, die auf der Deponie abgelagert werden konnten. Die Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger ist die Sicherung von Ablagerungskapazitäten im Rahmen der Daseinsvorsorge. Im RMA-Gebiet haben sich andere Entsorgungswege entwickelt, so dass die RMA im Jahr 2011 beschlossen hat, die Vorhaltung von Deponieraum sukzessive zu reduzieren. Für das Geschäftsjahr 2014 ist der vorgehaltene Deponieraum auf 88.220 Mg/a reduziert worden und wird ab 2015 bis 2018 auf 76.440 Mg/a abgesenkt.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

1. Entsorgungssicherheit (Fortsetzung)

Die Bereitstellungskapazitäten in den Müllheizkraftwerken (Im Folgenden: MHKW) Frankfurt und Offenbach sind in Einzelentsorgungsverträgen mit 350.000 Mg/a in Frankfurt und 50.000 Mg/a in Offenbach vertraglich zugesichert. Weiterhin besteht eine vertragliche Verpflichtung der EVO AG für ein Optionskontingent von zusätzlich 20.000 Mg/a, wenn die von der RMA GmbH zu verbrennende Abfallmenge 400.000 Mg/a übersteigt. Im Berichtsjahr sind 444.995 Mg/a Siedlungsabfälle in den Müllheizkraftwerken Frankfurt (358.840 Mg) und Offenbach (86.155 Mg) beseitigt worden.

2. Ausfallverbund

Die Gründungsmitglieder sind die RMA Rhein-Main Abfall GmbH, der Zweckverband Abfallverwertung Südhessen (ZAS), die Müllverwertungsanlage Bonn GmbH, die Müllheizkraftwerk Kassel GmbH, die Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW) sowie die RMD Rhein-Main Deponie GmbH. Der Rhein-Main Ausfallverbund ermöglicht durch einen am 1. April 2008 beginnenden und auf unbestimmte Zeit abgeschlossenen Kooperationsvertrag, die wirtschaftliche und sichere Entsorgung von Abfällen, die aufgrund von Betriebseinschränkungen bis hin zu geplanten, wie auch ungeplanten, Stillständen in den Müllverbrennungsanlagen nicht unmittelbar verbrannt werden können. Die derzeit beteiligten Verbundpartner entsorgen insgesamt rund 760.000 Mg/a Abfall. Über den Ausfallverbund wurden im Geschäftsjahr 2014 486 Mg/a entsorgt. Aufgrund des zunehmenden Bedarfs an Deponieraum in Hessen wird ab 2016 kein Notfallzwischenlager auf der Deponie Dyckerhoffbruch mehr verfügbar sein. Im Geschäftsjahr 2015 wird das Risikovorsorgemodell überprüft. Die RMA GmbH übernimmt für den Ausfallverbund auch die Aufgabe einer gemeinsamen Geschäftsstelle.

3. Mengenentwicklung und Entsorgungsentgelte

Im Berichtsjahr wurden von der RMA GmbH insgesamt 424.616 Mg (446.843 Mg in 2013), zuzüglich 74.915 Mg aus der Landeshauptstadt Wiesbaden entsorgt.

Im Geschäftsjahr 2014 haben sich die gegenseitig eingeräumten Mitbenutzungsrechte im Kooperationsvertrag mit der Landeshauptstadt Wiesbaden geändert. Das jährliche Verbrennungskontingent wurde ab 01. Juli 2014 auf 65.000 Mg/a und das jährliche Verfüllkontingent auf der Deponie Dyckerhoffbruch auf 76.440 Mg/a reduziert. Anteilig für das Wirtschaftsjahr 2014 bedeutet dies ein Verbrennungskontingent von 75.017 Mg/a und ein Verfüllkontingent von 88.220 Mg/a auf der Deponie Dyckerhoffbruch.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

3. Mengenentwicklung und Entsorgungsentgelte (Fortsetzung)

Das Hausmüllaufkommen aus den beteiligten Gebietskörperschaften betrug im Geschäftsjahr 345.494 Mg/a. Im Vergleich zum Vorjahr (346.025 Mg) hat sich die Hausmüllmenge nur unwesentlich reduziert, wobei die Anlieferungen über die Kleinmengenregelung an den Wertstoffhöfen die Abnahme der Hausmüllmengen kompensiert haben. Aus der Landeshauptstadt Wiesbaden sind 74.915 Mg Hausmüll und gemischte Siedlungsabfälle der RMA angedient worden. Die Sperrmüllmengen in Höhe von 21.502 Mg verzeichneten im Berichtszeitraum einen marginalen Rückgang um 0,5 % (Vorjahr 22.639 Mg). Der angediente Gewerbeabfall ging auf 492 Mg (Vorjahr 631 Mg) zurück.

Auf der Deponie Dyckerhoffbruch wurden im Geschäftsjahr 53.797 Mg abgelagert. Die sonstigen Abfallarten summieren sich auf 3.331 Mg, die durch die RMA entsorgt wurden.

Die RMA GmbH hat seit ihrer Gründung im Jahr 1998 die Entgelte im ersten Jahr ihres Bestehens gesenkt und erstmalig nach sieben Jahren Stabilität eine Anpassung ihrer Entgelte zum 01.01.2007 vornehmen müssen. Mit Wirkung zum 01.01.2009 musste eine weitere Entgelterhöhung beschlossen werden. Das Entsorgungsentgelt für Hausmüll, für hausmüllähnliche Gewerbeabfälle sowie für Sperrmüll wurde mit 237,50 € inkl. MwSt./Mg, festgesetzt. Die Entgelte für deponiefähige Abfälle wurden auf 35,70 € inkl. MwSt./Mg gesenkt. Die Notwendigkeit der Entgelterhöhung für brennbare Abfälle resultierte im Wesentlichen aus dem abgeschlossenen Vorhaben "Sanierung des MHKW-Frankfurt" und der rückläufigen Entwicklung der einnahmerelevanten beseitigungspflichtigen kommunalen Abfälle. Im Geschäftsjahr 2014 sind die Entgelte im zweiten Quartal auf 234 € inkl. MwSt./Mg für brennbare Abfälle gesenkt worden. Die Kostenvorteile aus nicht entstandenen Aufwendungen sind den Gesellschaftern zugerechnet worden.

4. Deponienachsorge

Die RMA GmbH hat sich im Entsorgungsvertrag vom 21.12.1998 verpflichtet, die Kosten für Sicherungs-, Rekultivierungs- und Nachsorgemaßnahmen für die Deponien Brandholz, Wicker und die Schlackedeponie Offenbach zu erstatten. Die Deponie Brandholz und die Schlackedeponie sind bereits stillgelegt und die Deponie Wicker steht seit dem Inkrafttreten der TASI ab dem 01.06.2005 nicht mehr zur Verfügung und die Phase der Stilllegung und Nachsorge ist eingetreten. Die Leistungsverpflichtung der RMA GmbH besteht in der Finanzierung der Stilllegungs- und Nachsorgemaßnahmen, die durch die Deponiebetreiberin, die RMD Rhein-Main Deponie GmbH, Offenbach am Main (im Folgenden: RMD), im Fall Wicker, bis 2046 durchzuführen sind. Die Ermittlung der Aufwendungen für die Deponienachsorge war wegen der langen Laufzeit der Nachsorge, den nur sehr allgemeinen rechtlichen Vorgaben und mangelnden technischen Erfahrungs-

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

4. Deponienachsorge (Fortsetzung)

werten außerordentlich schwierig. Die Grundlagen für die Berechnung der Nachsorge-rückstellungen wurden bereits vor einigen Jahren in einem umfangreichen Gutachten, das die RMA GmbH in Auftrag gegeben hat, ermittelt. Daraufhin wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe von RMD und RMA GmbH gebildet, die Investitionen und Betriebskosten für die Nachsorge der drei RMD-Deponien berechnet hat. Nach mehrjähriger Arbeit konnten Anfang 2005 die Kosten der Deponienachsorge in Höhe von ca. 178,2 Mio. € festgestellt werden. Aufgrund einer Neuregelung zur steuerlichen Behandlung von Rückstellungen für die Deponiestilllegung und -achsorge sowie der Differenzierung zwischen Deponieinhaberin (RMD) und Zahlungsverpflichteter (RMA GmbH) wurde im Geschäftsjahr 2007 ein 2. Nachtrag zum Entsorgungsvertrag zwischen der RMA GmbH und der RMD notwendig. Der 2. Nachtrag regelt die Übertragung der bis 2006 gebildeten Rückstellungen auf die RMD als Sachleistungsverpflichtete sowie die unterjährige Zahllast der RMA GmbH. Der zweite Nachtrag wurde nach Einholung einer verbindlichen Auskunft bei den zuständigen Finanzämtern nachträglich zum 11.02.2008 unterzeichnet. Die Bildung von Rückstellungen obliegt gemäß der steuerlichen Betrachtungsweise der Deponiebetreiberin RMD GmbH.

Die RMA GmbH bleibt aber weiterhin verpflichtet, die RMD in der Weise finanziell auszustatten, dass sie jederzeit dazu in der Lage ist, die finanziellen Verpflichtungen für die Deponiestilllegung und -achsorge zu erfüllen. Die Deponiebetreiberin strebt die Beendigung der Stilllegungsphase für die Deponie Wicker für 2015 an. Im Geschäftsjahr 2014 hat die Deponiebetreiberin eine Überrechnung der Kalkulationsgrundlagen und die Überprüfung der technischen Bewertung der Nachsorgemaßnahmen auf der Grundlage aktueller Verfahrensanweisungen angekündigt. Das Ergebnis wird für Mitte 2015 erwartet. Zur Vermeidung bilanzieller Risiken hat die RMA GmbH ihre Ansprüche aus der Patronatserklärung der Gebietskörperschaften an die RMD abgetreten. Die Regelungen des Hessischen Abfallrechtes fordern die ausreichende Bildung der Rückstellungen für die Deponienachsorge und deren Einrechnung in die Abfallgebühren bis zum Jahr 2017, unabhängig von dem wesentlich länger andauernden Zeitraum der tatsächlichen Nachsorge. Daraus ergibt sich, dass in diesem Zeitraum für die Nachsorgeaufwendungen, die im Fall der Deponie Wicker bis in das Jahr 2046 reichen, genügend Rückstellungen gebildet sein müssen.

Der gutachterlich ermittelte Aufwand für die Deponienachsorge von 178,2 Mio. € ist durch die Zuführungen zum Sanierungsfond und der Erfüllung der Zahlungsverpflichtung seit 2005 zum 31.12.2006 auf 142,8 Mio. € gesunken.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

4. Deponienachsorge (Fortsetzung)

Gemäß den Bestimmungen des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (§ 5 HAKrWG) sind die Aufwendungen über die Entsorgungsentgelte und Zinserträge zu erwirtschaften. Die Zinserträge werden durch die RMD erwirtschaftet und sind entsprechend den Bestimmungen des HAKrWG berechnet. Diese grundsätzliche Verpflichtung besteht über die gesamte Laufzeit der Patronats- und Verpflichtungserklärung. Aus Sicht der Gebietskörperschaften ist diese Verpflichtung aber analog der Tilgung eines Darlehens um die bereits geleisteten und von der RMA GmbH vereinnahmten Beträge zu mindern. Im Geschäftsjahr 2013 ist eine Anpassung des vorläufigen Zahlungsplans zur Erfüllung der Nachsorgekostenerstattungspflicht durch die RMA GmbH erfolgt. Dies ermöglicht der nachsorgeverpflichteten Rhein-Main Deponie GmbH (RMD) notwendige Investitionen in die Deponiegasverwertung und der energieeffizienten Nutzung von Abwärme aus den Gasmotoren aus eigenen Mitteln zu bewältigen. Aus den vorgezogenen Zahlungen ergeben sich für die RMA GmbH ein Zinsvorteil und eine zukünftige Entlastung. Nach den vertraglichen Bestimmungen zahlt die RMA GmbH die notwendigen Beträge in jährlichen Teilbeträgen an die RMD.

Zum 31.12.2014 wird unter Beachtung der geleisteten Zahlungen grundsätzlich der verbleibende Betrag von 44,6 Mio. € zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer von den Gebietskörperschaften geschuldet. Dieser Betrag wird durch die Anrechnung der zu erwirtschaftenden Zinsen durch die Deponienachsorgeverpflichteten, der Rhein-Main Deponie GmbH, gemindert. Somit besteht zum 31. Dezember 2014 eine kalkulierte Zahlungsverpflichtung der Gebietskörperschaften in Höhe von 12,18 Mio. € zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer, die über die Entsorgungsentgelte der RMA GmbH bis einschließlich 2017 erwirtschaftet werden. Dieser Betrag steht unter dem Vorbehalt möglicher neuerer Erkenntnisse aus Überprüfung der Deponienachsorgemaßnahmen und den Nachsorgezeiträumen, deren Ergebnisse für Mitte 2015 angekündigt sind.

5. Zusammenfassende Beurteilung der Geschäftsentwicklung im Berichtsjahr 2014

Der Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr ist positiv zu beurteilen. Die Ziele der RMA GmbH, die verlässliche Entsorgungssicherheit im RMA-Gebiet zu gewährleisten sowie die Auslastung der Verbrennungsanlagen, sind bei stabilen Entgelten erreicht worden. Mit einem Jahresüberschuss von rd. 978,0 T€ liegt das Ergebnis um 644,6 T€ über dem Vorjahresniveau (333,4 T€) und wiederum deutlich über dem im Wirtschaftsplan 2014 ausgewiesenen Ergebnis (22,8 T€).

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

C. Darstellung der Lage im Geschäftsjahr 2014

1. Bilanz

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (20,15 Mio. €) um 1,81 Mio. € auf 21,96 Mio. €. Auf der Passivseite erhöhen sich die Verbindlichkeiten insgesamt um 1,04 Mio. € auf 18,49 Mio. € (Vorjahr 17,45 Mio. €). Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind um 1,01 Mio. € gestiegen. Dies ergibt sich aus der Erhöhung der Verbindlichkeiten für die Nachsorge (3,0 Mio. €) und der Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber der EVO AG (2,0 Mio. €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern sind leicht gestiegen, da die Abrechnung der Entgeltminderung für das IV. Quartal 2014 noch aussteht und die Forderungen des Kreises Offenbach aus der Beauftragung zur Elektronikgeräteentsorgung zum Stichtag nicht erfolgt ist.

Die sonstigen Verbindlichkeiten haben sich um 0,15 Mio. € reduziert. Die Rückstellungen haben sich um - 0,2 Mio. € auf 1,1 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr (1,3 Mio. €) verringert. Während sich die Steuerrückstellungen aufgrund des Ergebnisses um 0,26 Mio. € auf 0,33 Mio. € erhöht haben, haben sich die übrigen Rückstellungen um 0,47 Mio. € auf 0,75 Mio. € (Vorjahr 1,22 Mio. €) reduziert.

Die Änderungen auf der Aktivseite betreffen das Anlagevermögen, das Umlaufvermögen, den Rechnungsabgrenzungsposten sowie die aktiven latenten Steuern. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen 0,26 Mio. € (Vorjahr 1,26 Mio. €) sind um 1,0 Mio. € gesunken. Dies resultiert aus der zum Stichtag nicht realisierten Folgenutzung des Deponierestkontingentes aus 2014. Die Forderungen gegen Gesellschafter 7,93 Mio. € haben sich gegenüber dem Vorjahr (7,90 Mio. €) nur geringfügig verändert. Der Kassenbestand 6,96 Mio. € (Vorjahr 4,32 Mio. €) hat sich um 2,64 Mio. € erhöht. Der Rechnungsabgrenzungsposten von 4,85 Mio. € (Vorjahr 6,06 Mio. €) ist um 1,21 Mio. € gesunken.

Das Eigenkapital beträgt 2.392,12 T€ (Vorjahr 1.414,1 T€). Die Eigenkapitalquote beträgt 10,89 % (Vorjahr 7,02 %). Es ergibt sich eine Eigenkapitalrentabilität von 40,88 % (Vorjahr 23,58 %). Das Anlagevermögen ist vollständig durch das Eigenkapital gedeckt.

Die Investitionen betrugen 91,2 T€ (Vorjahr 43,1 T€) und resultieren im Wesentlichen aus der Erneuerung der EDV, der Erneuerung der Elektrik und notwendigen Renovierungsarbeiten in den Sozialräumen.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

C. Darstellung der Lage im Geschäftsjahr 2014 (Fortsetzung)

2. Ertragslage

Die Ertragslage ist positiv. Das Jahresergebnis liegt mit 644,57 T€ (193,32 %) über dem Ergebnis des Vorjahres. Der Rohertrag hat sich gegenüber dem Vorjahr um 652,51 T€ erhöht. Das Betriebsergebnis 2014 mit 1,496 Mio. € (Vorjahr 0,440 Mio. €) hat den Vorjahreswert übertroffen und resultiert aus den zum Vorjahr nur geringfügig gesunkenen andienungspflichtigen Abfällen bei gleichzeitig deutlich verminderten Aufwendungen.

Die Umsatzerlöse (85,5 Mio. €) haben sich gegenüber dem Vorjahr (87,9 Mio. €) um 2,4 Mio. € (= -2,73 %) reduziert. Der Materialaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 3,05 Mio. € gesunken. Die Personalaufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht (+0,47 Mio. €), Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (0,8 Mio. €) ist ein Rückgang von 0,46 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (1,26 Mio. €) zu verzeichnen.

3. Finanzlage

Die Liquidität war vor dem Hintergrund der getroffenen vertraglichen Vereinbarungen sowie der Verpflichtungs- und Patronatserklärungen der Gebietskörperschaften immer gesichert.

4. Nachtragsbericht

Nach Ablauf des Geschäftsjahres 2014 sind keine weiteren Ereignisse eingetreten, die für die Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sind und zu einer veränderten Lage führen könnten.

D. Voraussichtliche Entwicklung

Der Wirtschaftsplan für 2015 ist aufgestellt, beschlossen und weist ein ausgeglichenes Ergebnis aus. Wir erwarten Umsatzerlöse in Höhe von 77,32 Mio. €, diese werden im Vergleich zum Vorjahr um 9,60 % geringer ausfallen. Gleichzeitig erwartet die RMA GmbH für das Geschäftsjahr 2015 geringere Aufwendungen 77,20 Mio. € (-8,76 % gegenüber dem Vorjahr).

Aufgrund der geplanten Ertrags- und Aufwandsentwicklung erwartet die Geschäftsführung ein Jahresergebnis von 145 T€. Für das Geschäftsjahr 2016 wird aufgrund der mittelfristigen Aufwands- und Ertragsplanung ein ausgeglichenes Jahresergebnis erwartet.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

E. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die zukünftige Entwicklung der entgeltrelevanten und überlassenen Abfallmengen aus den Gebietskörperschaften und die Entwicklung der Entsorgungsstrukturen im RMA-Gebiet sind die bestimmenden Größen der künftigen Erlössituation der RMA GmbH. Das gültige und das in Erstellung befindliche Abfallwirtschaftskonzept der RMA GmbH und die fortlaufend aktualisierten Mengenprognosen der RMA GmbH erwarten einen deutlichen Mengenrückgang mit der flächendeckenden Einführung der Getrenntsammlung der Bioabfälle und teilweise eingeführter gebührenrelevanter Identensysteme.

Die Reduzierung der vorgehaltenen Bereitstellungskapazitäten in den Müllheizkraftwerken entspricht der zu erwartenden Reduzierung der Beseitigungsabfälle. Die Entsorgungssicherheit ist durch weitere Vorhaltekapazitäten jederzeit gewährleistet.

Die Fortführung der interkommunalen Kooperation zwischen den Gesellschaftern der RMA GmbH sichert auch den Generalentsorgungsauftrag für die RMA GmbH bis mindestens 2023.

Die Entgelte sind im Geschäftsjahr 2015 fortlaufend anhand der Entwicklung der Erlöse und Aufwendungen zu überprüfen und gegebenenfalls unterjährig anzupassen.

Die Aufwendungen für die Deponienachsorge sind durch Patronatserklärungen gesichert. Der Zahlungsplan wird erfüllt.

Eine wirksame interne Steuerung und Kontrolle wird durch eine permanente Überwachung und aktive Disposition der Mengenströme im Stoffstrommanagement durchgeführt. Die Erlössituation und die Entwicklung des Materialaufwands werden kontinuierlich überwacht. Die Instrumente des Controllings sind durch eine Kostenrechnung erweitert. Als wichtige Instrumente der Risikoerkennung und der daraus folgenden etwaigen Notwendigkeit zu Reaktion dienen Wochen-, Monats- und Quartalsanalysen. Ein Risikofrüherkennungssystem wird permanent überwacht.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

L. Bilanz

	2014	2013	Verän-	2012
			derung	
Aktiva	in €	in €	in €	in €
- Immaterielle Vermögensgegenstände	4.071	7.198	-3.127	11.010
- Sachanlagen	263.836	238.130	25.706	251.879
Anlagevermögen	267.907	245.328	22.579	262.889
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	261.959	1.258.647	-996.688	1.576.915
- Forderungen gegen Gesellschafter	7.934.009	7.897.764	36.245	7.613.818
- Sonstige Vermögensgegenstände	1.646.329	310.231	1.336.098	175.853
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.842.297	9.466.642	375.655	9.366.586
- Guthaben bei Kreditinstituten	6.957.362	4.321.148	2.636.215	4.115.152
Umlaufvermögen	16.799.659	13.787.790	3.011.870	13.481.738
Rechnungsabgrenzungsposten	4.851.276	6.056.558	-1.205.282	7.265.910
Aktive latente Steuern	43.214	63.135	-19.921	44.603
	21.962.056	20.152.810	1.809.246	21.055.140
Passiva				
- Gezeichnetes Kapital	275.900	275.900	0	275.900
- Kapitalrücklage	172	172	0	172
- Verlust(-)/Gewinnvortrag(+)	1.138.054	804.627	333.427	418.850
- Jahresverlust(-)/-überschuss(+)	977.996	333.427	644.568	385.777
Eigenkapital	2.392.122	1.414.126	977.996	1.080.698
- Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	220.439	194.178	26.261	208.716
- Steuerrückstellungen	328.358	69.372	258.986	126.877
- Sonstige Rückstellungen	532.623	1.024.137	-491.514	1.338.914
Rückstellungen	1.081.420	1.287.687	-206.267	1.674.507
- Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	17.654.955	16.641.235	1.013.720	17.645.097
- Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	763.624	588.784	174.840	444.874
- Sonstige Verbindlichkeiten	69.936	220.978	-151.042	209.963
Verbindlichkeiten	18.488.514	17.450.997	1.037.517	18.299.934
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	21.962.056	20.152.810	1.809.246	21.055.140

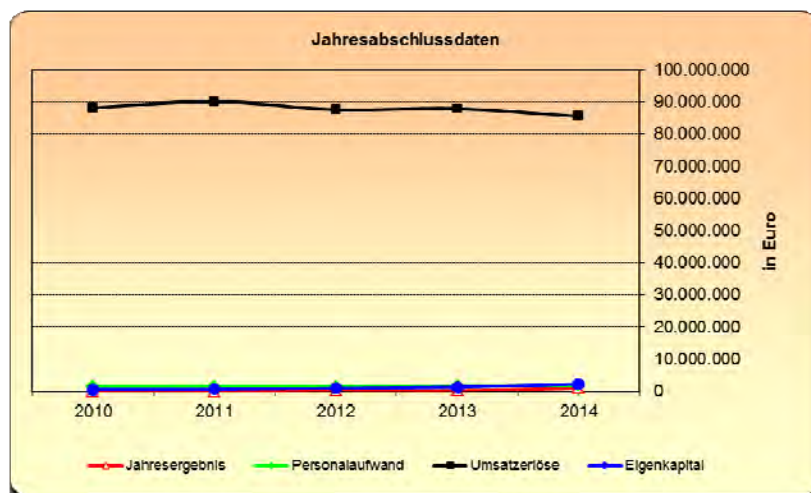
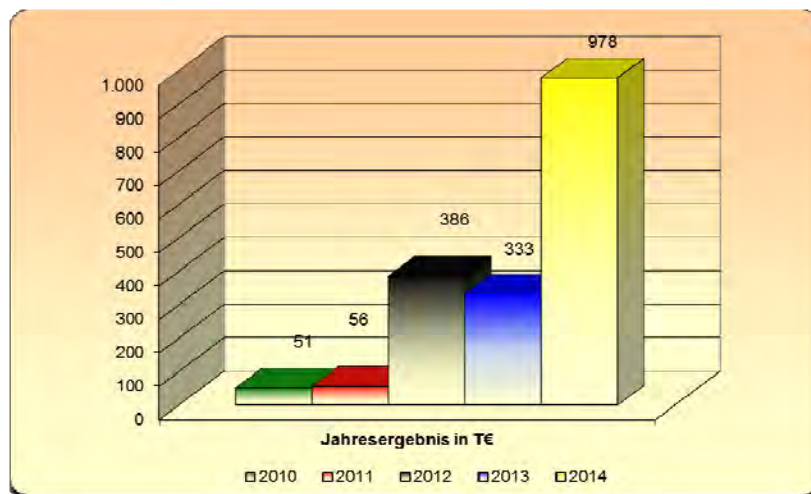
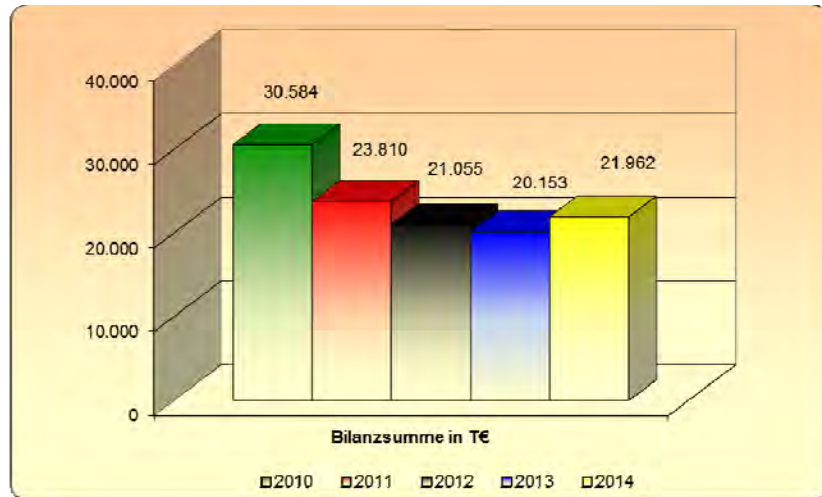
Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2014	2013	2012
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	85.532.840	87.933.500	87.624.943
Sonstige betriebliche Erträge	37.912	72.102	37.864
	85.570.752	88.005.603	87.662.807
Materialaufwand			
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	81.361.391	84.414.564	84.381.963
	81.361.391	84.414.564	84.381.963
Personalaufwand			
- Löhne und Gehälter	1.416.148	1.321.088	1.318.952
- Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	399.358	447.247	374.700
	1.815.506	1.768.335	1.693.652
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	68.380	60.673	78.323
Sonstige betriebliche Aufwendungen	800.304	1.259.064	934.174
Betriebsergebnis	1.525.170	502.967	574.695
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11.605	86.832	61.324
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	109.162	94.694	53.726
Finanzergebnis	-97.556	-7.862	7.599
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.427.613	495.105	582.294
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-449.015	-161.082	-195.844
Sonstige Steuern	-603	-596	-673
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	977.996	333.427	385.777

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

Dem Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd gehören neben hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten mit dem Landkreis Aschaffenburg und der kreisfreien Stadt Aschaffenburg zwei bayerische kommunale Gebietskörperschaften sowie mit dem Rhein-Neckar-Kreis und der kreisfreien Stadt Mannheim zwei Kommunalbehörden des Bundeslandes Baden-Württemberg an.

Die bei der Erfüllung gesetzlicher Aufgaben Bundesland übergreifende Zusammenarbeit kommunaler Behörden im Falle des Zweckverbandes basiert auf entsprechenden Staatsverträgen, die zwischen dem Land Hessen und dem jeweiligen benachbarten Bundesland Baden-Württemberg und Bayern bestehen.

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

Anschrift	Am Brunnengewännchen 5, 68623 Lampertheim-Hüttenfeld
Telefon	06256/851-164
Telefax	06256/851-9731
E-Mail	tva@zakb.de

Die Angaben zum Zweckverband beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2014

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Zweckverbandes

Rechtsform	Zweckverband gemäß § 9 KGG
Gründungsdatum	1994
Satzung des Verbandes	Im Berichtsjahr galt die erlassene Satzung des Verbandes in der Fassung vom 25.05./09.06.1994, geändert durch die Satzung in der Fassung vom 09.05.2001, durch Satzung vom 08.12.2006, durch Satzung vom 16.03.2011 und durch Satzung vom 26.06.2013.

B. Verbandszweck

Der Zweckverband übernimmt für die beteiligten Landkreise und kreisfreien Städte die Aufgabe der unschädlichen Beseitigung tierischer Nebenprodukte gemäß den Bestimmungen des TiernebG in der jeweils geltenden Fassung und den dazu ergangenen Vorschriften. Zur Erfüllung dieser Aufgabe bedient sich der Zweckverband eines privaten Unternehmens. Sofern die zuständige Behörde gem. § 3 Abs. 2 des TiernebG die Beseitigungspflicht auf den Inhaber einer Tierkörperbeseitigungsanstalt überträgt, wird der Zweckverband als Interessenvertretung aufrecht erhalten, um im Falle der Beendigung der Beleihung wieder die Aufgaben nach Abs. 1 zu übernehmen.

Ab dem 01. April 2011 wurde die Beseitigungspflicht auf die Firma A. Fischer und Söhne GmbH & Co. KG (Betriebs- und Besitzgesellschaft der Tierkörperbeseitigungsanstalt, Lampertheim-Hüttenfeld) übertragen.

Die Übertragung ist zunächst auf acht Jahre befristet und für diese Dauer ist der Zweckverband von seinen Verpflichtungen entbunden. Während dieser Zeit wird der Zweckverband als ruhender Verband aufrechterhalten. Hierdurch ist gewährleistet, dass bei einer Beendigung der Übertragung der Aufgaben auf die beiden genannten Privatfirmen die Aufgaben nicht auf die einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte zurück fallen.

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

C. Organe des Zweckverbandes

Verbandsversammlung

Zusammensetzung der Verbandsversammlung im Berichtsjahr 2014 (Stand 31.12.2014)	
Vorsitzender	Herr Gerhard Weber
Stellv. Vorsitzender	Herr Frank Sührmann
Mitglied für den Kreis Offenbach	Herr Michael Rickert

Verbandsvorstand

Zusammensetzung des Verbandsvorstandes im Berichtsjahr 2014 (Stand 31.12.2014)	
Vorsitzender	Herr Matthias Wilkes
Stellv. Vorsitzende	Frau Rosemarie Lück
Mitglied	Herr Oliver Grobeis

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Hilbert Bocksnick
------------------------	------------------------

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

D. Mitglieder des Zweckverbandes

Mitglieder des Zweckverbandes	Anteil in % *
Kreis Offenbach	4,89 % *
Kreis Bergstraße	13,48 % *
Stadt Mannheim	12,91 % *
Main-Kinzig-Kreis	12,28 % *
Wetteraukreis	12,10 % *
Landkreis Darmstadt-Dieburg	11,20 % *
Rhein-Neckar-Kreis	7,07 % *
Landkreis Aschaffenburg	5,49 % *
Odenwaldkreis	5,03 % *
Landkreis Groß-Gerau	3,91 % *
Stadt Frankfurt	2,84 % *
Stadt Aschaffenburg	2,77 % *
Hochtaunuskreis	2,15 % *
Stadt Wiesbaden	1,55 % *
Main-Taunus-Kreis	1,30 % *
Stadt Darmstadt	0,58 % *
Stadt Offenbach am Main	0,45 % *
	100,00 % *

* = Das „Beteiligungsverhältnis“ wird aufgrund statistischer Zahlen zu Einwohnern, Viehbestand sowie der Zahl gewerblicher Schlachtungen ermittelt und gewichtet. Als Berechnungsgrundlage dienen die jeweils aktuellsten, verfügbaren Daten der statistischen Landesämter Hessens, Bayerns und Baden-Württembergs.

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen
keine

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung des Zweckverbandes.

Gemäß § 2 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz sind die Landkreise und kreisfreien Städte zuständige Körperschaften im Sinne des § 3 des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes. Sie haben den gesetzlichen Auftrag, die in ihrem Gebiet anfallenden Tierkörper, Tierkörperteile und Erzeugnisse zu beseitigen (Beseitigungspflichtige). Sie nehmen diese Aufgabe in Selbstverwaltung wahr. Die Beseitigungspflichtigen können Tierkörperbeseitigungsanstalten und Sammelstellen selbst errichten, erwerben und betreiben oder durch vertraglich verpflichtete Unternehmer (Dritte) errichten oder betreiben lassen.

Eine Prüfung der Erfüllung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt, da die Mitgliedschaft in einem Zweckverband keine wirtschaftliche Betätigung im Sinne der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) ist.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten des Zweckverbandes

keine

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

K. Bilanz

	2014	2013	Veränderung	2012
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Anlagevermögen	0	0	0	0
Flüssige Mittel	92.265	109.890	-17.625	128.141
Umlaufvermögen	92.265	109.890	-17.625	128.141
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	942
	92.265	109.890	-17.625	129.084
Passiva				
Nettoposition	191.222	191.222	0	191.222
Ordentliche Ergebnisse aus den Vorjahren	-81.331	-63.340	-17.991	-44.698
Jahresüberschuss(+)/-fehlbetrag (-)	-17.625	-17.991	366	-18.642
Eigenkapital	92.265	109.890	-17.625	127.881
Rückstellungen	0	0	0	0
Verbindlichkeiten	0	0	0	1.202
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	92.265	109.890	-17.625	129.084

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

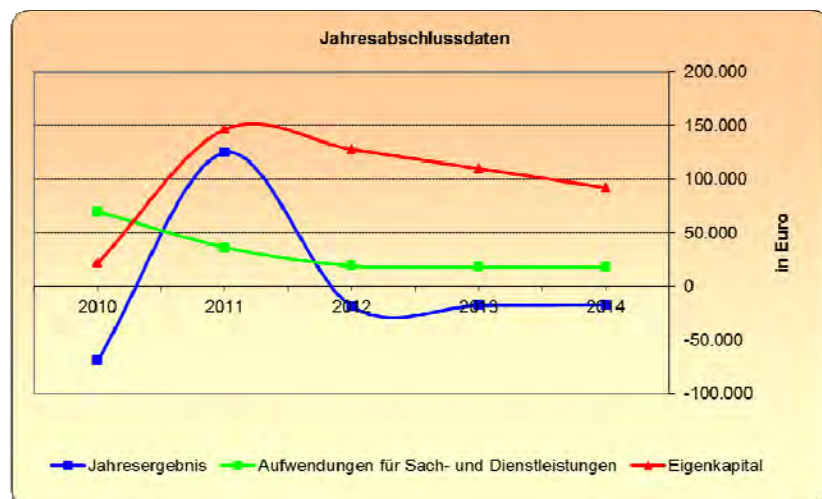
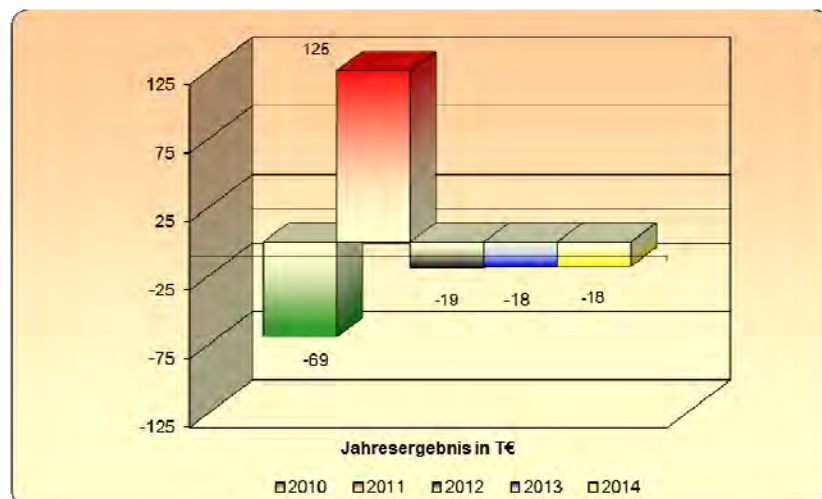
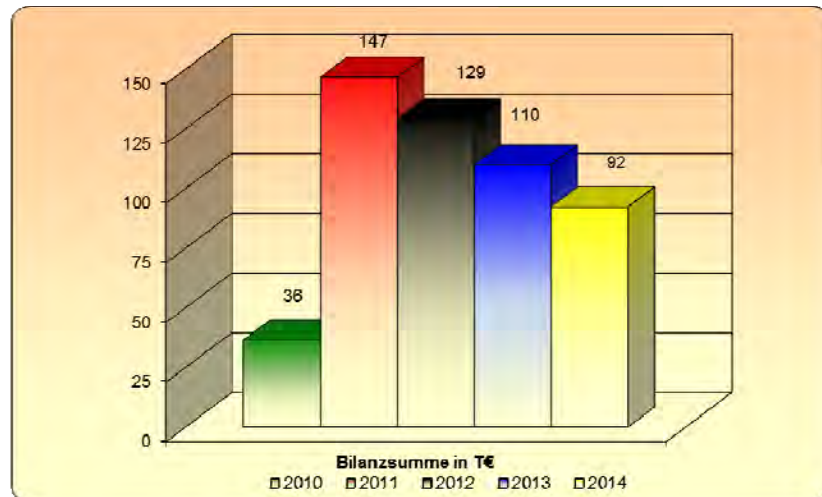
L. Gesamtergebnisrechnung

	2014	2013	2012
	in €	in €	in €
Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	17.870	18.238	18.988
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	169	247	346
Ordentliches Ergebnis	-17.701	-17.991	-18.642
Außerordentliches Ergebnis	76	0	0
Jahresergebnis	-17.625	-17.991	-18.642

In den ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 17,9 T € sind Aufwendungen für bezogene Leistungen von rd. 12,9 T € enthalten. Weiterhin enthalten sind Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergleichen in Höhe von rd. 2,6 T €. Die restlichen rd. 2,4 T € betreffen Versicherungen, Prüfungen, Bekanntmachungen und die Kosten des Geldverkehrs.

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

M. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



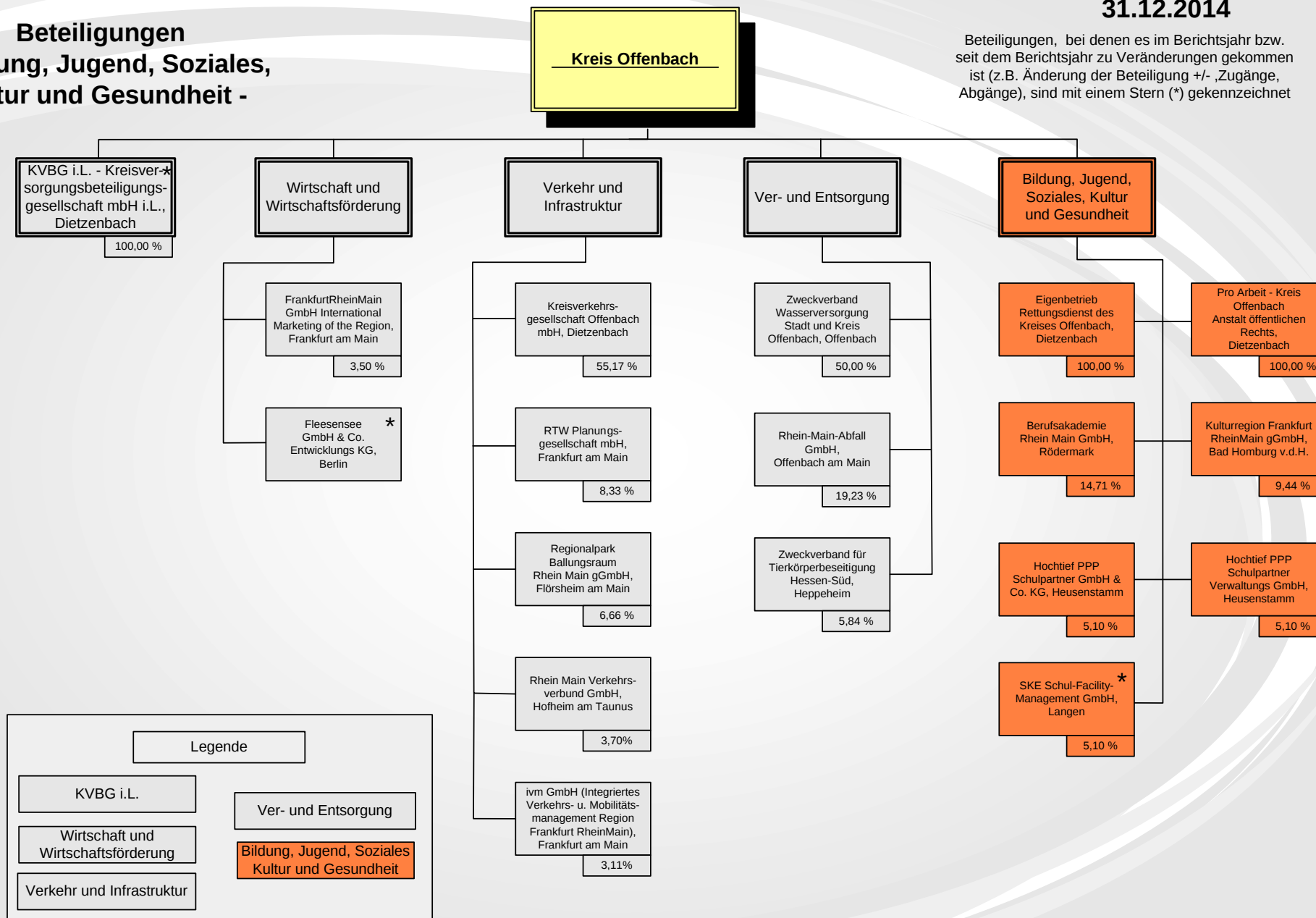
Bildung, Jugend, Soziales, Kultur und Gesundheit

Beteiligungen

- Bildung, Jugend, Soziales, Kultur und Gesundheit -

Stand:
31.12.2014

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet

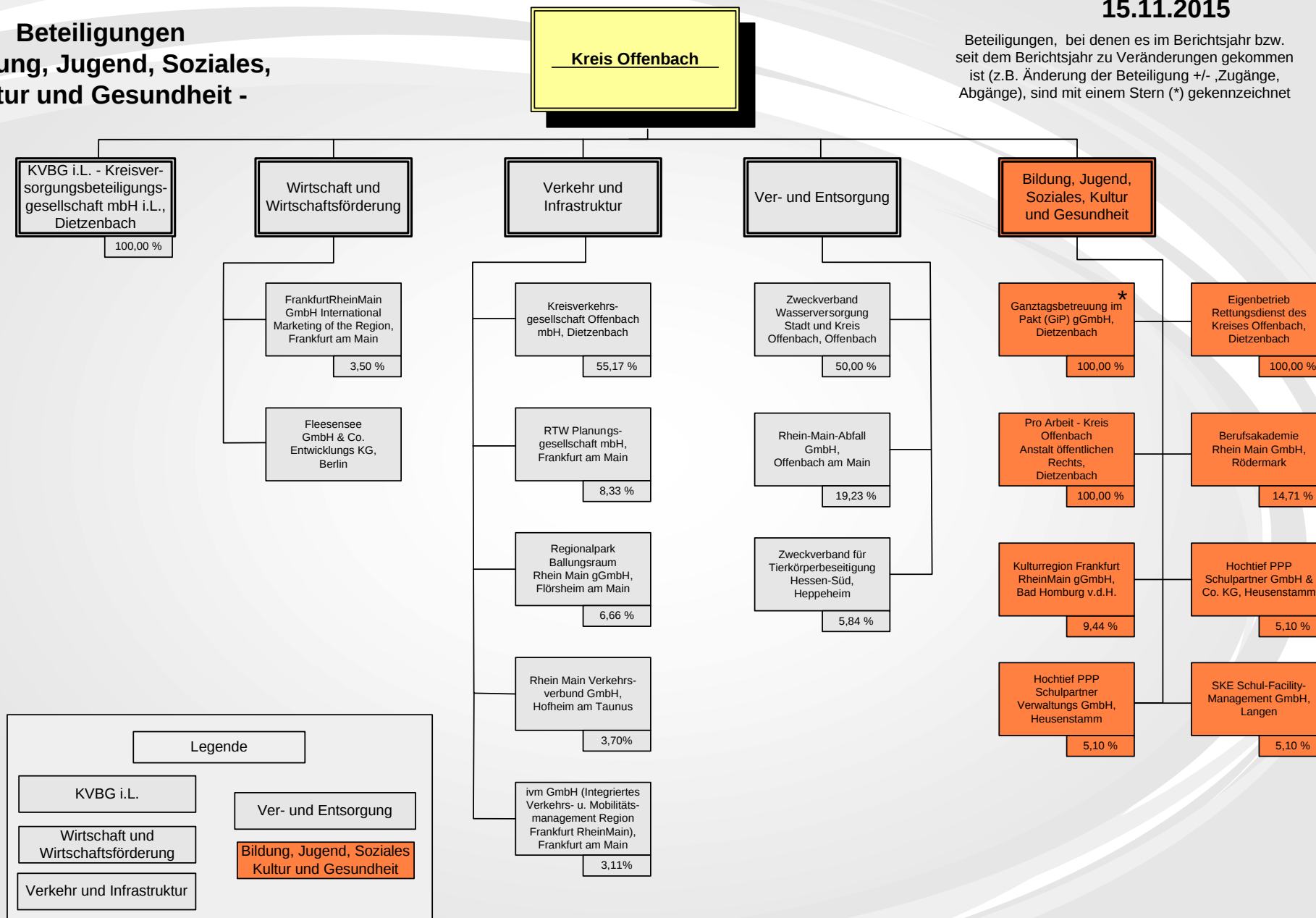


Beteiligungen

- Bildung, Jugend, Soziales, Kultur und Gesundheit -

Stand:
15.11.2015

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet



Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

Gemäß den Bestimmungen des Hessischen Rettungsdienstgesetzes von 1998 sind die Landkreise und kreisfreien Städte Träger der bodengebundenen Notfallversorgung einschließlich der Berg-, Luft- und Wasserrettung. Als Leistungserbringer bedient sich der Kreis Offenbach dem Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach.

Die Gründung des Eigenbetriebes hat der Kreistag des Kreises Offenbach am 14.12.1999 beschlossen; seine Tätigkeit nahm der Eigenbetrieb am 01. Juli 2000 auf.

Dem Eigenbetrieb obliegt die Überwachung der bedarfsgerechten und flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransportes. Ergänzt wird dieser Sicherstellungsauftrag durch den Betrieb der Zentralen Leitstelle des Kreises Offenbach. Die Zentrale Leitstelle hat alle Hilfeersuchen entgegenzunehmen und die notwendigen Einsatzmaßnahmen zu veranlassen, zu lenken und zu koordinieren.

Die Finanzierung des Eigenbetriebes erfolgt zum einen durch Personalkostenerstattungen des Landes Hessen und weiterhin über die Erhebung einer sog. Rettungsdienstgebühr. Die von den Leistungserbringern erhobene Rettungsdienstgebühr beträgt seit dem 01. Juli 2013 € 36,40 je Rettungsdiensteinsatz.

Die interne Kostenstruktur des Eigenbetriebes ist aufgrund der hohen Personalintensität in starkem Maße von Personalkosten geprägt, die feste Kosten sind und somit unabhängig von der Zahl der koordinierten Rettungseinsätze als Aufwendungen des Eigenbetriebes entstehen.

Aufgrund dieser in starkem Maße von Personalaufwendungen geprägten Kostenstruktur besteht ein finanzielles Risiko für den Eigenbetrieb darin, dass - bedingt durch mögliche rückläufige Zahlen der abgewickelten Rettungsdiensteinsätze - Einnahmeausfälle entstehen könnten, die einem positiven bzw. ausgeglichenen Betriebsergebnis entgegenstehen.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

Anschrift	Gottlieb-Daimler-Straße 10, 63128 Dietzenbach
Telefon	06074/37107-83
Telefax	06074/37107-89
E-Mail	leitstelle@leitstelle-kreis-of.de

Die Angaben zum Eigenbetrieb beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2014

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Eigenbetriebes

Rechtsform	Eigenbetrieb
Gründungsdatum	14.12.1999
Stammkapital	51.129,19 €
Eigenbetriebssatzung	Betriebssatzung vom 14. Dezember 1999, zuletzt geändert am 05. September 2001.

B. Gegenstand des Eigenbetriebes

Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Sicherstellung des Rettungsdienstes im Kreis Offenbach. Der Betrieb kann alle den Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührende Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben.

Der Satzungszweck wird verwirklicht durch die Unterstützung bei der Aufgabenbewältigung des Rettungsdienstes im Kreis Offenbach, der die bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung der Bürger des Kreises mit Leistungen der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransportes überwacht.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

C. Organe des Eigenbetriebes

Kreistag des Kreises Offenbach

Kreisausschuss des Kreises Offenbach

Betriebskommission

Zusammensetzung der Betriebskommission im Berichtsjahr 2014 (Stand: 31.12.2014)		
Vorsitzender	Herr Oliver Quilling	
Mitglied für den Kreisausschuss	Herr Gerd Hibbeler	
-----„-----	Frau Margot Süß	
Mitglied für den Kreistag	Frau Diana Ackermann	
-----„-----	Frau Maria Becht	
-----„-----	Herr Dieter Zimmer	
Mitglied für den Personalrat	Herr Karsten Arendt	
-----„-----	Frau Karin Sackbrook	bis 10.12.2014
-----„-----	Frau Susanne Weber	ab 10.12.2014
Sachkundige Einwohner/innen	Herr Hans-Joachim Junker	
-----„-----	Herr Mike Tetzner	

Für die Betriebskommission sind für das Wirtschaftsjahr 2014 Sitzungsgelder in Höhe von € 253,00 (Vorjahr: € 699,00) angefallen.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

C. Organe des Eigenbetriebes (Fortsetzung)

Betriebsleitung

Betriebsleiter	Herr Ralf Ackermann
Stellv. Betriebsleiter	Herr Joachim Kügler

Der Betriebsleitung wurden im Geschäftsjahr 2014 Vergütungen in Höhe von € 111.988 gezahlt.

D. Träger des Eigenbetriebes

Träger	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	100,00	51.129,19

E. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck des Eigenbetriebes bzw. dessen Aufgabenstellung.

Gemäß den Bestimmungen des Hessischen Rettungsdienstgesetzes (§ 4) sind die Landkreise und kreisfreien Städte Träger der bodengebundenen Notfallversorgung einschließlich der Berg- und Wasserrettung. Für den Kreis Offenbach erbringt der Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach diese Leistung.

Da es sich bei einem Eigenbetrieb nicht um eine wirtschaftliche Betätigung handelt, ist eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

F. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Privatrechtliche Leistungsentgelte

Produkt Genehmigung und Aufsicht

Buchungsstelle 37.03.01.50030010 (anteilig, den Eigenbetrieb Rettungsdienst betreffend)

in €	2015	2014	2013
Mieten und Pachten	61.000	57.000	57.937

Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Produkt Genehmigung und Aufsicht

in €	2015	2014	2013
Kostenersatz des EB Rettungsdienst Buchungsstelle 37.03.01.54850010	60.000	36.000	56.834

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besonderer Finanzaufwendungen

Produkt Gefahrenabwehr

Buchungsstelle 37.02.01.71250010

in €	2015	2014	2013
Anteil des Trägers EB Rettungsdienst	174.000	165.000	168.086

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2014 und 2015 jeweils auf die Haushaltsansätze und für das Jahr 2013 auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung des Kreises.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

G. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

H. Verbindlichkeiten des Eigenbetriebes

in €	2014	2013	2012
Verbindlichkeiten	153.314	204.017	174.872

Berichtsjahr 2014	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	204.017
Zunahmen	0
Abnahmen	50.703
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	153.314

I. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

J. Auszug aus dem Lagebericht 2014

1. Allgemeines

Der Kreistag des Kreises Offenbach hat am 14.12.1999 beschlossen, den „Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach“ ab 01. Juli 2000 als ein organisatorisch und wirtschaftlich eigenständiger Betrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit im Sinne des Eigenbetriebsgesetzes zu schaffen.

Der Kreistag des Kreises Offenbach entscheidet nach § 5 der Betriebssatzung über die Grundsätze, nach denen der Betrieb des Eigenbetriebes Rettungsdienst gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden soll. Nach § 6 der Betriebssatzung beruft der Kreisausschuss eine Betriebskommission. Sie überwacht nach § 7 der Betriebssatzung die Betriebsleitung, bereitet die Beschlüsse des Kreistages vor und ist zuständig für die Geschäfte, die über die laufende Betriebsführung hinausgehen.

Als Rettungsdienststräger obliegt dem Kreis Offenbach nach dem Hessischen Rettungsdienstgesetz die Sicherstellung des Rettungsdienstes unter Wahrung der medizinischen Erfordernisse zu sozial tragbaren Benutzungsentgelten. Diese Aufgabe wird vom Eigenbetrieb Rettungsdienst wahrgenommen. Er überwacht die bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransportes. Der Sicherstellungsauftrag umfasst in erster Linie den bodengebundenen Rettungsdienst, der insbesondere durch die Luftrettung ergänzt wird. Als weitere Aufgabenbereiche erfolgt der Betrieb der integrierten Zentralen Leitstelle für den Kreis Offenbach, der Betrieb von drei Notarzteinsetzfahrzeugen (NEF Systeme), einer Rettungswache sowie der Rettungsdienstschule in eigener Regie.

Zum Überblick an dieser Stelle eine Übersicht über die Einsätze in den vergangenen Jahren, aus der sich die Einsatzsituation - und somit ein Hauptposten der Einnahmesituation für die Leitstelle und in weiten Teilen die gesamte Ertragslage bis zum Jahr 2014 – entwickelt hat:

	2014	2013
Notfalleinsätze (Rettungsdiensteinsätze)	31.747	31.513
Qualifizierte Krankentransporte	2.786	3.071
Notarzteinsätze (alle Systeme)	6.434	6.603
Feuerwehralarmierungen	3.572	3.583

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

J. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

1. Allgemeines (Fortsetzung)

Es gab im Jahr 2014 insgesamt 40.967 abrechnungsfähige Einsätze in der Zentralen Leitstelle.

Im Wirtschaftsplan 2014 waren 37.500 Einsätze die Planungsgrundlage. Zusätzlich waren noch 172.957 Telefonkontakte und 59.225 Vermittlungen/Beratungen in der Zentralen Leitstelle zu bearbeiten.

2. Ertragslage und Geschäftsverlauf

Die Notarzteinsatzgebühren (Rettungsdienstgebühren) betreffen die Vergütung für die Einsätze der in eigener Regie betriebenen Notarzt-Einsatzfahrzeuge (bis 30. Juni 2014 € 293,55 pro Einsatz, danach € 310,00 pro Einsatz) Der Einsatz des Medikaments Lyse wird separat mit € 1.150,65 (bis 30. Juni 2014) bzw. mit € 1.200,00 (seit dem 1. Juli 2014) vergütet. Soweit die Einnahmen über (unter) dem mit den Kostenträgern vereinbarten Budget von € 1.980.000 liegen, erfolgt eine Einstellung in die (Inanspruchnahme der) Rückstellung für Budgetausgleiche und Budgetrisiken.

Mit Wirkung zum 1. Juli 2013 wurde die Leitstellengebühr von € 22,33 auf € 36,40 angehoben.

Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassen im Wesentlichen Erträge aus dem Betrieb der Rettungsdienstschule, Mieteinnahmen sowie Versicherungserstattungen.

Bei dem Materialaufwand handelt es sich im Wesentlichen um Aufwendungen für die Besetzung der Notarzteinsatzfahrzeuge mit Notärzten und daneben um auf Honorarbasis tätige Lehrkräfte in der Rettungsdienstschule sowie um Medikamente und medizinisches Verbrauchsmaterial, das im Zusammenhang mit dem Betrieb der Notarzteinsatzfahrzeuge sowie der Rettungs-/Krankentransportwagen angefallen ist.

Der Personalaufwand beinhaltet neben Löhnen und Gehältern und sozialen Abgaben auch Aufwandsentschädigungen. Im Geschäftsjahr beschäftigte der Eigenbetrieb durchschnittlich 48,80 (Vorjahr: 34,55) Mitarbeiter, die sich wie folgt aufteilen lassen:

	2014	2013
Betriebsleitung	1,30	1,30
Ärztlicher Leiter Rettungsdienst	0,50	0,50
Einsatzsachbearbeiter Leitstelle	13,75	15,25
Fahrer Notarzteinsatzfahrzeug	14,50	14,00
Fahrer Rettungs-/Krankentransportwagen	14,25	0,00
<u>Sachbearbeitung</u>	<u>4,50</u>	<u>3,50</u>
Gesamt	48,80	34,55

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

J. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

2. Ertragslage und Geschäftsverlauf (Fortsetzung)

Insgesamt konnte im Wirtschaftsjahr 2014 für den gesamten Eigenbetrieb ein Überschuss von T€ 56 erwirtschaftet werden. Die Zielsetzung eines über einen längeren Betrachtungszeitraum ausgeglichenen Ergebnisses bei kostendeckenden Gebühren wird als erreicht angesehen.

3. Finanzlage

Die im Wirtschaftsjahr eingetretenen Zahlungsströme gehen aus der folgenden zusammengefassten Kapitalflussrechnung hervor:

	2014 in T€	2013 in T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-3	+123
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-101	-89
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-22	-40
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-126	-6
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	+225	+231
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	+99	+225

Die Liquidität war im Wirtschaftsjahr 2014 jederzeit sichergestellt.

4. Vermögenslage

Zum Bilanzstichtag weist der Eigenbetrieb gegenüber dem Vorjahr eine um T€ 211 bzw. 18,1 % höhere Bilanzsumme von T€ 1.374 auf. Auf der Aktivseite haben sich die Leistungsforderungen um T€ 327 erhöht, wohingegen die flüssigen Mittel um T€ 126 abgenommen haben. Auf der Passivseite hat sich insbesondere das Eigenkapital um den im Berichtsjahr erwirtschafteten Überschuss um T€ 56 sowie die sonstigen Rückstellungen insbesondere aufgrund der Zuführungen für den Ausgleich Leitstellengebühren um T€ 247 erhöht, wohingegen die übrigen Posten der Fremdmittel zurückgeführt werden konnten.

5. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Das Hessische Rettungsdienstgesetz wurde im Dezember 2010 vom Hessischen Landtag beschlossen und trat am 01.01.2011 in Kraft. Für den wirtschaftlichen Bereich fand die größte Änderung im Bereich der Finanzen statt, der sich im Wirtschaftsplan sowie in der Jahresrechnung widerspiegelt (Rückzug des Landes aus der Mitfinanzierung).

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

J. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

5. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Es wurde nach der Auswertung der Hilfsfristen im Jahr 2014 der Wert von 91,1 % nach 10 Minuten, 95,2 % nach 12 Minuten sowie der Wert von 97 % nach 15 Minuten durchschnittlichem Hilfsfristerreichungsgrad im Kreis Offenbach erreicht – somit werden die Vorgaben des Landes Hessen eingehalten. Im ersten Halbjahr 2015 hat es eine Steigerung der Einsatzzahlen um 10% im Rettungsdienst gegeben. Eine Nachsteuerung der Rettungsmittelvorhaltung ist jetzt im Jahr 2015 erforderlich.

Der Digitalfunk wurde im Jahr 2014 im Kreis Offenbach eingeführt und bei Feuerwehr und Rettungsdienst in Betrieb genommen. Die bisherige Technik in der Leitstelle wurde ertüchtigt, so dass ein einwandfreier Betrieb möglich ist. Die Funkmeldeempfänger arbeiten allerdings noch auf den bisherigen Frequenzen im 4m Band.

Der Auftrag über die Erweiterung der Leitstellen-Software ISE über € 100.000 veranschlagt im Wirtschaftsplan mit Genehmigung des Landes Hessen einschließlich der Rückerstattung vom Land wurde erteilt und die Umstellung des gesamten Leitstellensystems erfolgte im Jahr 2015.

Es wurde im Jahr 2014 die komplette Server-Infrastruktur im Eigenbetrieb ausgetauscht. Dies betraf ebenfalls alle Arbeitsplätze des ERD (Leitstelle, Verwaltung sowie alle Außenstellen) inkl. Drucker.

Die bisherigen Notarzteinsatzfahrzeuge (PKW Limousinen) wurden gegen einen anderen Fahrzeugtyp (kleinen Kastenwagen - Vito) ausgetauscht, der eine höhere Zuladung und Platzmöglichkeiten bietet. Diese Fahrzeuge sind geleast, wurden nach den Vorgaben gebaut und sind Anfang Februar 2015 in Betrieb gegangen.

Aufgrund der Änderung des Bereichsplanes erfolgte die Übertragung der neuen Aufgabe im Rettungswachenbereich Obertshausen zum 01.01.2014. Hierfür erfolgten die Vorbereitungen und Umsetzungen im Bereich der Ausstattung und Ausrüstung. Mit den Kostenträgern (Krankenkassen) wurde hierfür ein Budget für 2014 einvernehmlich verhandelt. Im Jahr 2014 wurden insgesamt 3.029 Einsätze von den dortigen zwei Rettungswagen gefahren, die ihren Standort auf dem Gelände der Firma Maingau Energie GmbH haben.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

J. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

5. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Die Rettungsdienstschule setzte ihren erfolgreichen Kurs in 2014 fort. Neben einem Rettungssanitäterlehrgang lag wie erwartet der Schwerpunkt beim neuen Ausbildungsgang zum Notfallsanitäter. Die schulische Herausforderung liegt hier in unterschiedlichen Lehrgangsformaten und jeweils unterschiedlichen Prüfungen aufgrund von Übergangsregelungen für bisherige Rettungsassistenten. Diese müssen nicht die volle 3-jährige Ausbildung durchlaufen, sondern können je nach „Dienstalter“ in drei unterschiedliche Ergänzungslehrgänge einsteigen.

Im Jahr 2014 wurden an unserer Schule die ersten 10 Notfallsanitäter erfolgreich durch die staatliche Ergänzungsprüfung geführt. Ein Großteil der Teilnehmer bestand aus Kollegen der FIRN (Frankfurter Institut für Rettungsmedizin und Notfallversorgung) der Berufsfeuerwehr Frankfurt. Ebenfalls in 2014 startete der erste dreijährige Vollzeitlehrgang zum Notfallsanitäter. Um den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden, verstärken eine Schulleiterin und ein zusätzlicher Ausbilder das bestehende Team.

Im Jahr 2015 sind zum bestehenden Portfolio weitere Angebote geplant. Hier sind neben Notfalltrainings für Arztpraxen und einem Praxisanleiterlehrgang Erste-Hilfe-Ausbildungen für Grundlehrgänge der Feuerwehren zu nennen.

Zusammen mit dem Fachdienst Integration und den Leistungserbringern im Kreis führte der Eigenbetrieb Rettungsdienst im zweiten Halbjahr 2014 bis zum Ende des ersten Quartals 2015 Workshops zum Thema Interkulturelle Kompetenz für alle hauptamtlichen Mitarbeiter im Rettungsdienst des Kreises durch, um für mehr Verständnis durch Hintergrundinformationen zu werben, und damit letztendlich einer verbesserten Notfallversorgung trotz sprachlicher oder kultureller Barrieren von Teilen der Bevölkerung zu dienen. Das Projekt wurde vom Land Hessen als besonders förderungswürdig anerkannt.

Der Eigenbetrieb ermöglichte es einem Doktoranden, seine medizinische Promotion durchzuführen, die 2015 erfolgreich zum Abschluss gebracht wurde.

Problematisch hingegen gestaltet sich nach wie vor die Schnittstelle mit dem Ärztlichen Bereitschaftsdienst der kassenärztlichen Vereinigung (KV). Eine mögliche Kooperation der KV mit den Leitstellen (initiiert vom Hessischen Landkreistag) wurde im Berichtsjahr von ihr abgelehnt. Konsequenz ist eine jetzt schon erhöhte Nutzung der Zentralen Leitstelle durch die Bevölkerung.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

J. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

5. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Derzeitiger Sachstand ist, dass die KV eigenständige Zentralen aufgebaut hat. Damit fehlt aber leider der notwendige direkte Bezug zum Rettungsdienst – mögliche Synergien werden hier nicht umgesetzt. Das Thema ist leider ein Dauerbrenner und konnte bisher auch auf der Landesebene (Sozialministerium) nicht gelöst werden.

6. Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Sonstige wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, über die zu berichten wäre, haben sich nicht ereignet.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

K. Bilanz

	2014	2013	Veränderung	2012
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen	18.996	19.332	-336	24.728
Immaterielle Vermögensgegenstände	18.996	19.332	-336	24.728
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	139.477	162.972	-23.495	186.478
Maschinen und maschinelle Ausstattung	39.450	69.368	-29.918	78.854
Betriebs- und Geschäftsausstattung	138.616	84.691	53.925	76.778
Sachanlagevermögen	317.543	317.031	512	342.110
Anlagevermögen	336.539	336.363	176	366.838
Vorräte	7.937	7.937	0	7.937
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	850.286	522.708	327.578	524.923
Forderungen gegen den Träger	67.675	66.559	1.116	0
Sonstige Vermögensgegenstände	7.121	4.625	2.496	1.740
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	933.019	601.829	331.190	534.599
Kassenbestand + Guthaben bei Kreditinstituten	98.567	225.333	-126.765	230.857
Umlaufvermögen	1.031.586	827.162	204.424	765.456
Rechnungsabgrenzungsposten	5.686	0	5.386	0
	1.373.811	1.163.525	210.286	1.132.294

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

K. Bilanz (Fortsetzung)

	2014	2013	Veränderung	2012
	in €	in €	in €	in €
Passiva				
Stammkapital	51.129	51.129	0	51.129
Allgemeine Rücklage	73.000	73.000	0	73.000
Zweckgebundene Rücklage	127.600	127.600	0	127.600
Rücklagen	200.600	200.600	0	200.600
Gewinn-/Verlustvortrag	66.129	61.804	4.325	61.643
Verwendung für Einstellung in Rücklagen	0	0	0	0
	66.129	61.804	4.325	61.643
Jahresgewinn/-fehlbetrag	56.271	4.325	51.946	161
Gewinn	122.400	66.129	56.271	61.804
Eigenkapital	374.129	317.858	56.271	313.534
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	4.422	25.497	-21.075	46.573
Sonstige Rückstellungen	841.946	595.194	246.752	597.316
Rückstellungen	841.946	595.194	246.752	597.316
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	33.309	55.653	-22.345	95.328
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	106.196	144.962	-38.766	77.219
Sonstige Verbindlichkeiten	13.809	3.402	10.407	2.325
Verbindlichkeiten	153.314	204.018	-50.703	174.872
Rechnungsabgrenzungsposten	0	20.958	-20.958	0
	1.373.811	1.163.525	210.286	1.132.294

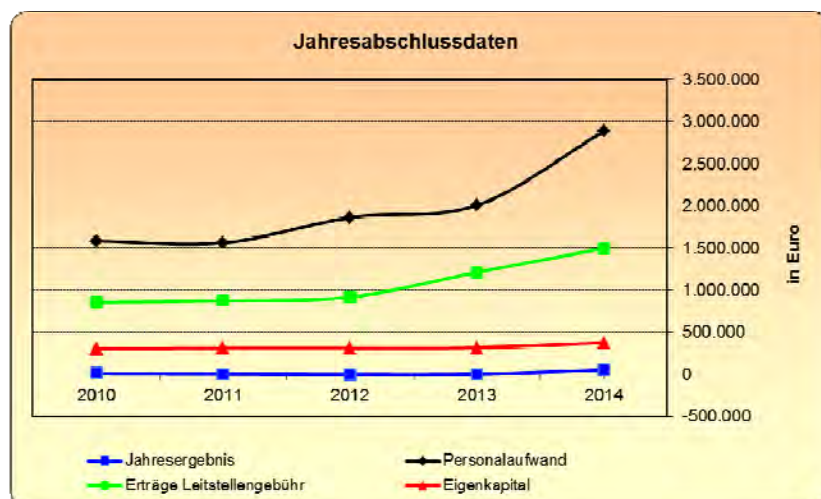
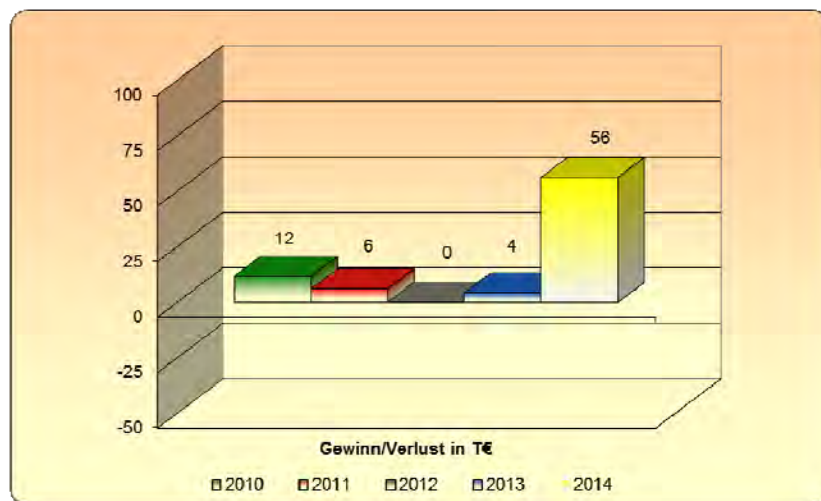
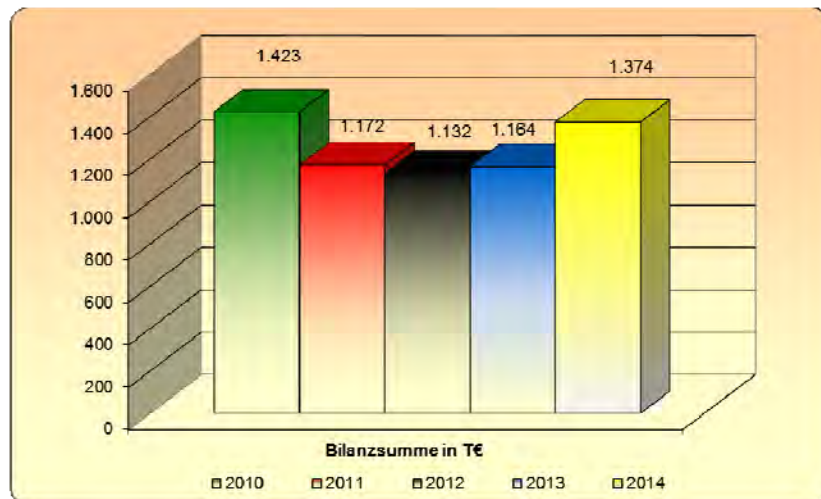
Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

L. Gewinn- und Verlustrechnung

	2014	2013	2012
	in €	in €	in €
Erträge Leitstellengebühren	1.495.130	1.212.252	919.951
Erträge Notarzteinsatzgebühren	2.014.402	2.087.471	1.880.040
Erträge Einsatzgebühren Rettungswache Obertshausen	970.481	0	0
Eigenanteil Kreis Offenbach	217.911	216.057	184.140
Zuschüsse Personalkostenanteil Land Hessen	67.427	67.427	67.427
Sonstige betriebliche Erträge	113.988	117.081	214.102
Umsatzerlöse	4.879.338	3.700.288	3.265.661
Materialaufwand			
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	104.278	124.580	66.785
Aufwendungen für bezogene Leistungen	764.274	757.728	733.073
	868.552	882.307	799.858
Personalaufwand	0	0	
Gehälter	2.320.561	1.602.164	1.503.942
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	564.461	405.457	359.208
	2.885.022	2.007.622	1.863.150
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	100.052	119.370	147.190
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	21.075	21.076	21.076
	78.977	98.294	126.114
Sonstige betriebliche Aufwendungen	988.579	704.075	472.017
Zinsen und ähnliche Erträge	121	300	1.399
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.848	3.386	5.179
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	56.481	4.905	741
Sonstige Steuern	210	580	580
Jahresgewinn/-fehlbetrag	56.271	4.325	161

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

M. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

Anschrift	Werner-Hilpert-Straße 1, 63128 Dietzenbach
Telefon	06074/8180-1240, -1241
Telefax	06074/8180-8910
E-Mail	servicecenter@proarbeit-kreis-of.de
Internet	www.proarbeit-kreis-of.de

Die Angaben zur Anstalt öffentlichen Rechts beziehen sich grundsätzlich auf das Jahr 2014 mit Ausnahme der Angaben zu „G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises“ (= 2015)

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	Anstalt öffentlichen Rechts
Gründungsdatum	12. Dezember 2007
Satzung	Die Satzung datiert vom 12. Dezember 2007 und ist gültig in der vom Verwaltungsrat am 12. Dezember 2013 beschlossenen Fassung.

B. Zweck der Anstalt öffentlichen Rechts

Mit der Gründung der Anstalt verfolgt der Kreis vorrangig die Ziele:

- auf kommunaler Ebene die Aufgaben als Optionskommune nach dem SGB II effektiv, wirtschaftlich und zügig umzusetzen;
- die im Feld der Beschäftigungsförderung bestehenden Finanzbeziehungen transparent darzustellen und damit den Mitteleinsatz zielgenau zu steuern und zu optimieren;
- die Personalhoheit im Bereich der Aufgabenerfüllung nach dem SGB II weitgehend in die Anstalt zu verlagern und damit eine effiziente, an den Erfordernissen der Beschäftigungsförderung ausgerichtete Personalpolitik mit der Möglichkeit der schnellen und flexiblen personalwirtschaftlichen Entscheidungsdurchsetzung zu ermöglichen.

Der Kreis überträgt der Anstalt „Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) die ihm im Rahmen des Gesetzes obliegenden Aufgaben und Zuständigkeiten als Optionskommune nach dem SGB II. Dies betrifft auch hoheitliche Aufgaben. Insoweit kann die Anstalt selbständig Verwaltungsakte erlassen. Die Führung der sozialgerichtlichen Verfahren verbleibt beim Kreis.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

B. Zweck der Anstalt öffentlichen Rechts (Fortsetzung)

Insbesondere obliegen der Anstalt folgende Aufgaben:

- Bewilligung von Leistungen nach dem SGB II;
- Beantragung, Durchführung und Abrechnung von Maßnahmen, die der Beschäftigungsförderung, Sozialen Betreuung, Aus- und Weiterbildung sowie der Ein- und Wiedereingliederung in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt dienen. Zu den Maßnahmen zählen auch: Beratungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote für Jugendliche; Angebote der betriebsübergreifenden Erstausbildung; Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte für Langzeitarbeitslose; unterstützende Angebote für die Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit;
- Organisation und Durchführung von europäischen, Bundes- und Landes-Projekten, die dem Zwecke der Anstalt dienen.

C. Organe der Anstalt öffentlichen Rechts

Verwaltungsrat

Zusammensetzung des Verwaltungsrates (Stand: 31.12.2014)	
Vorsitzender	Herr Carsten Müller
Stellv. Vorsitzender	Herr Oliver Quilling
Mitglied	Frau Maria Becht
-----,----	Herr Reimund Butz
-----,----	Frau Tina Hobusch
-----,----	Herr Stefan Jaud
-----,----	Frau Hildegard Ripper
-----,----	Herr Michael Schüßler
-----,----	Herr Dieter Zimmer

Im Wirtschaftsjahr 2014 beliefen sich die Verwaltungsratsvergütungen auf € 2.103,00 (2013: € 1.610,00).

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

C. Organe der Anstalt öffentlichen Rechts (Fortsetzung)

Vorstand

Vorstand (Stand: 31.12.2014)	
Vorstand	Herr Boris Alexander Berner

Die Gesamtbezüge des Vorstands im Wirtschaftsjahr 2014 beliefen sich auf € 114.750.

D. Träger

Träger	Anteil in %
Kreis Offenbach	100,00

E. Beteiligungen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Anstalt öffentlichen Rechts bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Trägerschaft des Kreises Offenbach an der Anstalt öffentlichen Rechts handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung.

Die rechtliche Grundlage für die Gründung der Anstalt öffentlichen Rechts ist das Hessische Offensiv-Gesetz in der Fassung vom 14.12.2006 (GVBl. I S. 666) §§ 2b ff.

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Teilergebnishaushalt

Produkt Personalverwaltung 11.01.02

Kostenersatzleistungen und –erstattungen

(alle Beträge in €)

Buchungsstelle	2015	2014	2013
Verwaltungskostenerstattung SGB II - Overheadkosten Buchungsstelle 11.01.02.54800020	80.000	190.000	144.847

Produkt Drittmittel 50.10.01

Kostenersatzleistungen und –erstattungen

(alle Beträge in €)

Buchungsstellen	2015	2014	2013
Erstattung vom Bund Personal- und Sachkosten SGB II Buchungsstelle 50.10.01.54800050	9.752	20.647	13.764
Kostenerstattung Frauenhaus Buchungsstelle 50.10.01.54840040	100.000	100.000	118.232

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

(alle Beträge in €)

Buchungsstelle	2015	2014	2013
Sonstiger Sachaufwand SGB II Buchungsstelle 50.10.01.69930110	11.500	24.348	4.653

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

(alle Beträge in €)

Buchungsstelle	2015	2014	2013
Zuweisung Pro Arbeit - für Leistungen als kostenerstattungspflichtiger Träger Frauenhaus Buchungsstelle 50.10.01.71710010	0	0	156.665

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Drittmittel 50.10.01 (Fortsetzung)

Transferaufwendungen

(alle Beträge in €)

Buchungsstellen	2015	2014	2013
Zuweisung Pro Arbeit - für psychosoziale Betreuung Frauenhaus Buchungsstelle 50.10.01.72710000	0	240.000	210.346
Zuweisung Pro Arbeit – Arbeitsmarktbudget für psychosoziale Betreuung Frauenhaus Buchungsstelle 50.10.01.72710010	0	85.000	121.166

Produkt Arbeitsmarktintegration nach SGB II (aktive Leistungen) 50.20.01 (alle Beträge in €)

Summenzeilen	2015	2014	2013
Summe der ordentlichen Erträge	24.748.219	23.922.014	24.647.123
Summe der ordentlichen Aufwendungen	24.778.569	24.030.578	23.820.585
Jahresergebnis vor internen Leistungsverrechnungen	-30.350	-108.564	828.538
Jahresergebnis nach internen Leistungsverrechnungen	-35.677	-110.950	828.538

**Produkt Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II (passive Leistungen) 50.20.02
(alle Beträge in €)**

Summenzeilen	2015	2014	2013
Summe der ordentlichen Erträge	65.000.000	64.000.000	60.640.000
Summe der ordentlichen Aufwendungen	60.017.040	64.014.830	60.640.000
Jahresergebnis vor internen Leistungsverrechnungen	-17.040	-14.830	0
Jahresergebnis nach internen Leistungsverrechnungen	-19.118	-15.787	0

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Originäre Kreisleistungen nach dem SGB II 50.20.03 (alle Beträge in €)

Summenzeilen	2015	2014	2013
Summe der ordentlichen Erträge	28.817.936	24.942.351	27.213.952
Summe der ordentlichen Aufwendungen	65.562.631	63.232.109	64.947.806
Jahresergebnis vor internen Leistungsverrechnungen	-36.744.695	-38.289.758	-37.733.854
Jahresergebnis nach internen Leistungsverrechnungen	-37.641.083	-39.271.365	-37.733.854

Produkt Wirtschaftliche Jugendhilfen nach dem KJHG 51.10.01

Transferaufwendungen

(alle Beträge in €)

Buchungsstelle	2015	2014	2013
Kosten für Kitabeträge für Asylbewerber Buchungsstelle 51.10.01.72500200	50.000	30.000	32.711

Produkt Berufswegebegleitung 51.40.04

Transferaufwendungen

(alle Beträge in €)

Buchungsstelle	2015	2014	2013
Zuweisung des Landes - Ausbildungsbudget Buchungsstelle 51.40.04.72100100	611.100	590.200	659.511

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Grundstücks- und Gebäudebewirtschaftung 65.03.01

Kostenersatzleistung und –erstattungen

(alle Beträge in €)

Buchungsstelle	2015	2014	2013
Verwaltungskostenerstattung SGB II – Arbeitsplatzkosten - Buchungsstelle 65.03.01.54850020	760.000	955.866	739.203

Produkt Grundstücks- und Gebäudebewirtschaftung 65.03.01

Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen

(alle Beträge in €)

Buchungsstelle	2015	2014	2013
Zuweisung Bund für Projekt Ü 50 Buchungsstelle 65.03.01.54200050	0	0	90.901

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2014 und 2015 jeweils auf die Haushaltsansätze und für das Jahr 2013 auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung des Kreises.

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2014	2013	2012
Verbindlichkeiten	560.188	470.644	446.101

Berichtsjahr 2014	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	470.644
Zunahmen	89.544
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	560.188

keine

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014

1. Einleitung

Seit dem 1. Januar 2008 ist im Kreis Offenbach die Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) als Kommunales Jobcenter für die Grundsicherung für Arbeitsuchende im Bereich des SGB II verantwortlich. Der Rechenschaftsbericht stellt u. a. den Stand der Aufgabenerfüllung mit den Strategien und Zielsetzungen sowie die voraussichtliche Entwicklung dar.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

2. Entwicklung der Fallzahlen

Am 31. Dezember 2014 betreute die Pro Arbeit - Kreis Offenbach – (AöR) insgesamt 10.369 Bedarfsgemeinschaften (BG). Waren es im Vorjahr 10.348, so ergab sich eine Zunahme von 21 Bedarfsgemeinschaften. Die Anzahl und Zusammensetzung der Personen in den Bedarfsgemeinschaften sind nahezu gleichgeblieben. Nach wie vor bilden die Single-Haushalte mit rund 47% die größte Gruppe. In rund 43% aller Bedarfsgemeinschaften leben Kinder entweder mit einer Person allein oder zwei Personen gemeinsam, die sich um ihre Erziehung kümmern.

Am 31. Dezember 2014 lebten insgesamt 14.983 erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Vorjahr 14.809) in den Bedarfsgemeinschaften. Ihre Aktivierung und Integration in existenzsichernde Beschäftigung stehen an erster Stelle. Zugleich sind rund ein Drittel aller Personen im SGB II-Bezug nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte (7.547).

2.794 Jugendliche und junge Erwachsene gehören zur Altersgruppe 15 bis 24 Jahre (Vorjahr 2.802); ihr Anteil beträgt knapp ein Fünftel. 3.454 Personen sind über 50 Jahre alt und älter (Vorjahr 3.417); das sind gut ein Fünftel aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Den größten Anteil mit 8.735 Personen mit rund 58% stellt das mittlere Alterssegment von 25 bis 49 Jahren dar.

Die Bundesagentur für Arbeit weist für den Kreis Offenbach im Rechtskreis des SGB II im Dezember 2014 insgesamt 5.135 Arbeitslose aus (Vorjahr 5.273). Von diesen sind 386 jünger als 25 Jahre und 1.706 Personen 50 Jahre und älter.

Im Vorjahr am 31. Dezember 2013 waren 5.273 Personen arbeitslos (SGB II) gemeldet. Die Anzahl der Arbeitslosen hat sich innerhalb eines Jahres um 138 auf 5.135 Personen reduziert. Der Bestand an Arbeitslosen ist rückläufig (-2,6%).

3. Integration in den Arbeitsmarkt

Im Jahr 2014 wurden 6.090 erwerbsfähige Leistungsberechtigte in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vermittelt. Durchschnittlich wurden 508 Personen monatlich vermittelt. Im Vergleich zum Vorjahr (6.618) wurden 528 Vermittlungen (-8,0%) weniger erreicht. Weitere 431 erwerbsfähige Leistungsberechtigte begannen eine Ausbildung, 57 weniger als im Vorjahr (488). 6.521 Personen wurden insgesamt in den ersten Arbeitsmarkt integriert.

Durch die Beratung und Förderung der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) konnten 1.248 Personen vermittelt werden, die jünger als 25 Jahre waren. Davon wurden 338 junge Erwachsene erfolgreich in ein Ausbildungs- und 910 in ein Beschäftigungsverhältnis vermittelt.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

In der Zielgruppe älter als 25 Jahre wurden 5.273 Vermittlungen erreicht, wobei diese als monatliche Integrationen in Arbeit und Ausbildung einzeln dargestellt sind.

Zur Überprüfung und Vergleichbarkeit der Zielerreichung wurden im Mai 2011 vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) Kennzahlen gemäß § 48a SGB II zur Beurteilung der Vermittlungserfolge entwickelt. Die dafür erforderlichen Daten werden von der Bundesagentur für Arbeit (BA) monatlich zur Veröffentlichung im Internet aufbereitet.

Die Förderstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) zeigt, für welche Arbeitsmarktpolitischen Instrumente (API) und in welchem Umfang Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II ausgegeben wurden. Ziel ist es, die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zu aktivieren und qualifizieren, damit sie in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können. Die zu Grunde liegenden Personen- und Förderungsdaten werden im Rahmen der Maßnahmen erhoben. Eine Förderung weist aus, dass für eine Person bzw. innerhalb der Teilnahme an einer Maßnahme der aktiven Arbeitsförderung eine Zahlung geleistet wurde. Gemäß den Vorgaben der BA werden nur Teilnahmen gezählt, keine individuellen Personen. Eine einzelne Person, die zeitgleich mehrere Förderleistungen erhalten hat, wurde demnach in der vorliegenden Statistik mehrfach gezählt.

Im Jahr 2014 wurden 30.580 Teilnahmen an Fördermaßnahmen gezählt, im Vergleich zum Vorjahr mit 34.221 Teilnahmen ergab sich ein Minus von rund 11% durch die Senkung der SGB II-Eingliederungsmittel. Im Rahmen der Förderstatistik sind die arbeitsmarktpolitischen Instrumente zu Förderarten zusammengefasst. Knapp zwei Fünftel der Maßnahmen waren als sonstige Förderung (Bundes- und Landesprogramme, BAMF sowie Europäischer Sozialfonds (ESF)) fremdfinanziert. Mehr als zwei Fünftel aller Maßnahmen sind direkt auf die Verbesserung der Aktivierungs- und Integrationschancen in den ersten Arbeitsmarkt gerichtet. Weniger als 10% der Förderungen betrafen die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, wobei sich knapp 2% auf die Berufsauswahl und Ausbildung bezogen.

Für die unter 25-Jährigen wurden 5.243 Teilnahmen in Maßnahmen gefördert. Im Vergleich zum Vorjahr (5.793) waren dies 550 Teilnahmen (9,5%) weniger. Mehr als ein Drittel aller Förderungen (39,8%) war auf Aktivierung und Eingliederung ausgerichtet. Die Berufsauswahl und Berufsausbildung betrafen rund 7% der Förderungen. Die sonstige Förderungsart betrug weniger als die Hälfte aller Förderungen (46,2%).

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.1 Abteilung Jobcoaching U25 und 25PLUS

Auch in der Abteilung Jobcoaching U25 und 25PLUS fanden gravierende Veränderungen statt: die bisherige Abteilungsleitung des Jobcoachings schied gegen Ende des Jahres 2014 aus. Daher musste im Vorfeld das Sachgebiet der stellvertretenden Abteilungsleitung ganzjährig dauervertreten werden. Umso höher ist zu bewerten, dass die Integrationszahlen weitgehend stabil gehalten werden konnten.

Die Abteilung Jobcoaching ist organisatorisch nach Zielgruppen gegliedert. Erstens gehört dazu die Gruppe der unter 25-Jährigen (U25), für die in zwei Sachgebieten zwei Leitungskräfte und rund 20 Beschäftigte arbeiten. Für die zweite Zielgruppe der über 25-Jährigen (25PLUS) sind drei Sachgebiete mit den Sachgebietsleitungen sowie rund 46 Beschäftigte zuständig. Ein weiteres Sachgebiet mit dem Schwerpunkt Familienmanagement wurde neu eingerichtet, dazu gehören eine Führungskraft U25, zwei Jobcoaches sowie eine Kollegin aus der Grundsicherung.

Für das Jobcoaching haben die passgenaue Qualifizierung und regelhafte Aktivierung oberste Priorität. Im Jahr 2014 zeigt sich auch hier, dass die Anzahl der Kunden mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen auch im Bereich 25PLUS weiter ansteigt, so dass die Prüfung der Erwerbsfähigkeit als Voraussetzung zur Vermittlung länger dauert und einen immer höheren Anteil der täglichen Arbeitszeit beansprucht. Da die Vermittlung der Kunden insgesamt schwieriger und aufwändiger geworden ist, ist die individuelle Beratung umso wichtiger geworden.

Die zwei Sachgebiete U25 haben Anfang des Jahres neue Räumlichkeiten bezogen, diese wurden zielgruppengerecht mit einem offenen Warte- und Arbeitsbereich gestaltet. Neben Informationsmaterialien stehen den Kunden dort komplett eingerichtete Computerarbeitsplätze zur Verfügung, um Stellenangebote online zu recherchieren und Bewerbungen zu erstellen.

Mit dem Ziel, die Vermittlungen zu steigern, hat die Abteilung Jobcoaching im Jahr 2011 fünf Kompetenzteams gegründet. Jedes Team ist für eine spezielle Zielgruppe zuständig: Migranten, Frauen, Schwerbehinderte, Langzeitleistungsbezieher und geringfügig Beschäftigte. In jedem Kompetenzteam arbeiten je eine Sachgebietsleitung und Jobcoaches mit Unterstützung der „Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt“ (BCA) zusammen.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.1 Abteilung Jobcoaching U25 und 25PLUS (Fortsetzung)

Das Kompetenzteam Migranten hat im Jahr 2014 den Handlungsleitfaden für die „Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse“ aktualisiert. Mithilfe des Leitfadens wird regelhaft geprüft, welche Voraussetzungen für ein Anerkennungsverfahren erforderlich sind. Die Verfahren werden seitdem systematisch in comp.ASS erfasst und ausgewertet.

Im Rahmen des Netzwerkes „Integration durch Qualifizierung“ (IQ) nahmen Mitglieder des Kompetenzteams an diversen Workshops bzw. Schulungen in den Handlungsfeldern „Anerkennung“, „Qualifizierung“, „Berufsbezogenes Deutsch“ und „Diversity Management“ teil. Der Leiter des Kompetenzteams besuchte regelmäßig die Regionalen Beiratssitzungen des Netzwerkes IQ.

Im Bereich der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wurden die Berufsbezogene Sprachförderung (ESF-BAMF-Programm) und die neue Förderperiode geplant. Aufgrund der gestiegenen Zahl von Flüchtlingen im Kreis Offenbach hat das Kompetenzteam eine Maßnahme für Flüchtlinge im SGB II-Bezug entwickelt, das sogenannte „Welcome-Center“. Ziel ist es, die Eingliederungschancen von Flüchtlingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt schnellstmöglich zu verbessern.

Für die alltägliche Beratungspraxis hat das Kompetenzteam ein Konzept zur Frage „Wie können Beschäftigte mit Migrationshintergrund als Laiendolmetscher in Beratungsgesprächen tätig sein?“ und Empfehlungen zum „Umgang mit Verschleierung bzw. Kopftuch“ erarbeitet.

Ziel des Kompetenzteams „Frauen, Alleinerziehende, Kinderbetreuung“ ist es u. a., die Sicherung von Kinderbetreuung zu optimieren. Um Lücken bei der Übernahme von Kinderbetreuungskosten zu schließen, wurde zwischen dem Kompetenzteam und dem SGB VIII vereinbart, dass die Kosten für Maßnahmen gem. §§ 44, 83 ff. SGB III bis 130,00 Euro vom SGB II-Träger zu übernehmen und etwaige Kostendifferenzen gem. § 16a SGB II vom SGB VIII-Träger zu übernehmen sind. Diese Vereinbarung ist eine wesentliche Verbesserung für die Vermittlungstätigkeit des Jobcoachings.

Weiteres Ziel war die verstärkte Aktivierung von Frauen und Männern in der Elternzeit. In Gruppenveranstaltungen wurden Informationen zur Beratung, Qualifizierung, Vermittlung und Kinderbetreuung angesprochen, um die Beteiligten frühzeitig über ihre Aktivierungs- und Integrationsoptionen aufzuklären. Da die Gruppeninformationen positiv beurteilt wurden, sollen diese voraussichtlich zwei Mal im Jahr veranstaltet werden.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.1 Abteilung Jobcoaching U25 und 25PLUS (Fortsetzung)

Zugleich gab es einen regelmäßigen Austausch mit den Frauenbeauftragten des Kreises Offenbach, u.a. um gemeinsam themenbezogen eine Projektreihe durchzuführen. Geplant ist u.a. auch das Sprechstundenangebot für Alleinerziehende in Rödermark zu erweitern. Für die Informationsvermittlung wurden zwei Flyer erstellt: Erstens zur Aktivierung und Integration von Alleinerziehenden, die sich an Arbeitgeber richten, sowie zweitens zum Elterngeld Plus.

Neben dem erfolgreichen Integrationsprojekt Check-In von Alleinerziehenden in Teilzeitbeschäftigung in Kooperation mit dem AGS am Frankfurter Flughafen wurde eine bewerberorientierte Vermittlung (BWO) für Alleinerziehende konzipiert.

Für die Zielgruppe der Menschen mit Schwerbehinderung zeigte es sich, dass die individuellen Bedarfe in der Beratung und Betreuung sehr aufwändig waren, so dass ein eigenes Sachgebiet für alle Altersgruppen neu in der Abteilung 50PLUS gegründet wurde.

Die Vermeidung und der Abbau von Langzeitleistungsbezug durch Integration in existenzsichernde Erwerbstätigkeit sind ein zentraler gesetzlicher Auftrag. Das Kompetenzteam Langzeitleistungsbezug bearbeitete Themen wie bspw. zur engeren Kontaktdichte und zum Wechsel des Jobcoaches bei festgefahrenen Beratungssituationen sowie die Überführung ins SGB XII.

Das Kompetenzteam der geringfügig Beschäftigten befasste sich mit der Frage, wie Minijobber möglichst in eine bedarfsdeckende Tätigkeit integriert und mit welchen Handlungsstrategien die Jobcoaches unterstützt werden können. Parallel wurde das Thema Mindestlohn bearbeitet. Das Team entwickelte Ideen zur Arbeitgeberansprache bei „stagnierenden Minijobs“ und befasste sich auch mit dem Thema Schwarzarbeit. Umfangreiche Datenerhebungen und -bereinigungen waren dazu erforderlich.

Themen im Bereich der Fortbildungen für die Beschäftigten waren Deeskalation und Eigensicherung sowie rechtliche Neuerungen im SGB II, SGB III und Ausländerrecht. Parallel haben die Jobcoaches Arbeitgeber und Betriebe vor Ort besucht. Auf die Gesunderhaltung der Beschäftigten zielten Angebote wie bspw. Resilienz und Stressmanagement sowie Supervision.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.1 Abteilung Jobcoaching U25 und 25PLUS (Fortsetzung)

Die Pro Arbeit, die Arbeitsagentur Offenbach und der SGB II Träger der Stadt Offenbach (Mainarbeit) organisierten gemeinsam eine Nachvermittlungsbörse (NVB). Daran nahmen ca. zehn Arbeitgeber, die Industrie- und Handelskammer (IHK) sowie Handwerkskammer (HWK) teil. Von 120 Jugendlichen erhielten 25 Personen eine Ausbildungs- bzw. Arbeitsstelle. Bei 55 Jugendlichen meldeten Arbeitgeber einen Qualifizierungsbedarf zurück.

Auch die internen Gruppenveranstaltungen im Bereich 25PLUS wurden fortgesetzt, da die Zusammenarbeit in der Gruppe hohe Synergieeffekte freisetzt. Die Vermittlungsquote erreichte knapp 35%. Insgesamt konnten auch im Jahr 2014 die Vermittlungszahlen in den ersten Arbeitsmarkt relativ stabil gehalten werden.

3.2 Arbeitgeberservice

Der Arbeitgeberservice (AGS) der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) hat im April 2013 die „Bewerberorientierte Vermittlung“ (BWO) eingeführt. Für die Altersgruppe der 15-49-Jährigen hält die BWO kontinuierlich 50 Plätze für die Integration in Ausbildung und 216 Plätze für die Integration in Arbeit vor. Die über 50-Jährigen werden im Projekt 50PLUS eigenständig betreut.

Im Jahr 2014 musste die BWO als neuer Integrationsansatz ihre Leistungsfähigkeit beweisen. Von insgesamt 1.040 Zusteuerungen waren 147 für die Vermittlung in Ausbildung und 893 für die Vermittlung in Arbeit vorgesehen. Gemäß den Vorgaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) werden in der BWO keine individuellen Personen, nur Teilnahmen gezählt. D. h. eine einzelne Person, die mehrere Male teilgenommen hat, wurde demnach in der vorliegenden Statistik auch mehrfach gezählt. Das Ziel der BWO, in Ausbildung oder Arbeit zu vermitteln, wurde in 284 Teilnahmen insgesamt erreicht, sodass der Arbeitgeberservice mit einer Integrationsquote von 36% im Bereich Arbeit und 37% im Bereich Ausbildung seine Zielvorgaben erreichte.

Das Konzept der BWO wurde Anfang des Jahres 2014 optimiert: Die Standards der Zusteuerung wurden erweitert sowie der Gesamtprozess durch neue Textbausteine und Formulare vereinfacht. Mit dem EDV-gestützten Berichtswesen können die Integrationen und Kundengruppen aktuell dargestellt werden.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.2 Arbeitgeberservice (Fortsetzung)

Ziel ist es, eine noch detailliertere Darstellung der Kundengruppen sowie der Auswertungsmöglichkeiten zu bekommen, um den Integrationsprozess bzw. die sich bei Rücksteuerung in das Jobcoaching anschließende Fallarbeit bedarfsgerecht fortzuführen. Ziel ist es auch, dass der Verbleib nach der BWO über längere Zeit abgebildet werden kann.

Voraussetzung der BWO sind eine enge Zusammenarbeit und Kontaktierung mit den Arbeitgebern vor Ort. Im Laufe des Jahres wurden insgesamt 283 Unternehmen besucht. Obwohl es einen hohen Zeitaufwand bedeutet, zahlt sich diese Investition für die Vermittlung von Kunden aus. Daher wird der AGS auch zukünftig an Unternehmerfrühstücken, Tagungen und Veranstaltungen der Wirtschaft und der Wirtschaftsförderungen teilnehmen.

Neben der BWO führte der AGS auch wieder zahlreiche Auswahlverfahren in Zusammenarbeit mit Unternehmen u.a. in den Branchen Lager und Logistik, Handel, Pflege und Gesundheit sowie Dienstleistungen durch. Betriebe, die Arbeits- und Ausbildungsplätze anbieten, erfahren den AGS als zuverlässigen, kompetenten Ansprechpartner. Zugleich wird die Stellenbesetzung zunehmend zur Herausforderung. Die Arbeitsvermittlung wurde im Herbst 2014 um eine weitere Mitarbeiterin für den Bereich U25 auf zwei Vollzeit-Äquivalente (VZÄ) erhöht.

Trotz der nach wie vor guten Arbeitsmarktlage im Rhein-Main-Gebiet, sind die Konsequenzen zunehmend komplexer Problemlagen, in denen sich viele Bewerber befinden, auch für den AGS spürbar. Eine Vielzahl der Bewerber hat einen schlechten oder keinen Schulabschluss. Neben fehlenden Berufsausbildungen kommen mangelnde berufliche Qualifikationen, ungenügende Deutschkenntnisse und gesundheitliche Einschränkungen hinzu. Für die bewerberorientierte Vermittlungsarbeit bedeutet dies u. a. erhöhten Aufwand in der Beratung und Vermittlung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten sowie besonderes Geschick in der Arbeitgeberansprache.

Unter der Prämisse „Ressourcen nutzen und Potentiale heben“ legte der AGS ein besonderes Augenmerk auf die Zielgruppe der „Alleinerziehenden“ und „Schwerbehinderten“. Zur Verbesserung des Arbeitsmarktzuganges für Alleinerziehende wurde gemeinsam mit der Fraport und der Fraport Tochter „Airport Personal Service GmbH“ (APS) das Projekt „Check-In“ entwickelt.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.2 Arbeitgeberservice (Fortsetzung)

In diesem noch laufenden Projekt erfolgt vor Einstellung eine dreimonatige Qualifikation mit integriertem Praktikum beim Arbeitgeber vor Ort und die Arbeitszeiten wurden an die Kinderbetreuungszeiten angepasst. Dem AGS ist es gelungen, im Projekt eine strukturelle Anpassung der Arbeitsbedingungen an die Bedürfnisse der Arbeitskräfte zu erreichen.

Mit dem Kompetenzteam „Frauen, Alleinerziehende, Kinderbetreuung“ entwickelte der AGS einen weiteren zielgruppenspezifischen Ansatz: Alleinerziehende wurden noch während der Elternzeit auf freiwilliger Basis im Rahmen von Gruppenveranstaltungen nach der sogenannten „RADAR-Methode“ bei der schnellstmöglichen (Re-)Integration in Ausbildung oder Arbeit unterstützt. Die erste Gruppe startete im Herbst 2014. Zentrale Frage war es, inwieweit gruppenorientierte Ansätze auch in der bewerberorientierten Vermittlungsarbeit eingesetzt werden können. Vom AGS wurden insgesamt 45 Alleinerziehende in Arbeit integriert.

Aufgrund der nach wie vor bei Arbeitgebern weit verbreiteten Vorurteile hinsichtlich der mit der Beschäftigung von Schwerbehinderten vermeintlich einhergehenden Probleme im Bereich des Arbeitsrechts wie bspw. dem Kündigungsschutz, bedarf es erheblicher Anstrengungen, der sachlichen Aufklärung sowie der Werbung für die Potentiale schwerbehinderter Personen. In Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit der Stadt Offenbach und dem Kommunalen Jobcenter der Stadt Offenbach wurde eine Informationsbroschüre veröffentlicht. Im Rahmen der BWO wurden insgesamt neun schwerbehinderte Personen in den ersten Arbeitsmarkt integriert.

Neue, herausfordernde Aufgaben wie bspw. die Mitarbeit an Projektanträgen für den Europäischen Sozialfonds (ESF) waren zu lösen. Gemeinsam mit dem „Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur“ (IWAK) führte der AGS zudem eine Fachtagung zum Thema "Aktuelle Lösungsansätze zur Gewinnung von Fachkräften in der Kranken- und Altenpflege" durch, zuvor war eine Situationsanalyse im Bereich der Fachkräftesicherung vom IWAK durchgeführt worden.

Die Kooperation mit anderen Jobcentern und der Agentur für Arbeit wurde verstärkt, u. a. da die Nachfrage nach Arbeitskräften in fast allen Branchen unverändert hoch blieb: Fasst man alle vom AGS organisierten Veranstaltungen zusammen, so wurden insgesamt ca. 1.600 Personen Arbeits- und Ausbildungsstellen angeboten. Bei den Veranstaltungen betrug die Anwesenheitsquote etwa 50%, wobei die Integrationsquote nach drei Monaten rund 25% erreichte.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.2 Arbeitgeberservice (Fortsetzung)

Der AGS führt seit Jahren erfolgreiche Veranstaltungen durch, da seine Arbeitsmarktkenntnisse vielfältig und seine Netzwerke eng sind. Mit den kommunalen Jobcentern der Rhein-Main-Region gibt es regelmäßigen Austausch, um die Arbeitgeberansprache vor Ort effektiv zu gestalten. Neben seinen Kernaufgaben ist der AGS an vielfältigen Themenstellungen aktiv beteiligt. Besonders erwähnenswert ist die zweite Flughafenmesse im „House of Logistics and Management - Forum Frankfurt“ (HOLM), die federführend von der Pro Arbeit gemeinsam mit fünf kommunalen Jobcentern organisiert wurde.

3.3 Abteilung 50PLUS

Die Abteilung 50PLUS setzt in Verbindung mit dem Regelgeschäft der Pro Arbeit die Zusatzprojekte „Perspektive 50plus“ und das Sonder-Projekt „Impuls“ um. Die Konzepte für die Arbeit mit der Zielgruppe 50PLUS wurden im Jahr 2014 kontinuierlich weiterentwickelt.

Auch für die Zielgruppe 50PLUS ist die Beratungssituation zwischen Jobcoach und erwerbsfähigem Leistungsberechtigten nach wie vor von größter Bedeutung. Angesichts vielfältiger Problemlagen der immer schwieriger zu vermittelnden Kunden bietet der niedrige Fallschlüssel gute Unterstützung und ist zielführend. Der einzelne Jobcoach kann sich intensiv „seinen“ Kunden widmen, hat Gelegenheit, eine Ebene für vertrauensvolle Zusammenarbeit „auf Augenhöhe“ zu gestalten und die individuelle Situation des Kunden ganzheitlich zu berücksichtigen. Neben dem „Beschäftigungsproblem“ werden diverse Lebensbereiche wie bspw. die Interessen, Gesundheit und sozialen Beziehungen in den Beratungs- und Vermittlungsprozess miteinbezogen.

Der niedrige Betreuungsschlüssel ermöglicht eine hohe Kontaktdichte, d. h. die Kunden können engmaschig und aktiv im (Beratungs-) Prozess gehalten werden. Der Betreuungsschlüssel liegt im Schnitt bei 1:80 und im Projekt Impuls bei 1:40.

Neben der Einzelberatung wird in der Aktivierung von Direktvermittlungskunden konsequent auf Gruppenveranstaltungen gesetzt. Die Jobcoaches konzipieren diese gemäß den Erfordernissen der Zielgruppe. Das Angebot wurde deutlich vergrößert: „PC-Grundlagen für Bewerber“, „Jobnetzwerk“, „Vorstellungsgespräch“ sowie „Stil und Etikette im Bewerbungsprozess“. Die Beschäftigten im Sonder-Projekt Impuls arbeiteten auch neue Gruppenveranstaltungen wie z.B. „Selbstbild-Fremdbild“, „Positivierung“ und „Transfermodul“ aus.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.3 Abteilung 50PLUS (Fortsetzung)

Häufig fällt es den Teilnehmenden schwer, einen direkten Bezug vom Gelernten zur Beratung des Jobcoaches herzustellen. Um dieses Wissen in Gruppenveranstaltungen bzw. in Maßnahmen besser nutzen zu können, wurde das „Transfermodul“ entwickelt. Dabei werden die relevanten Inhalte erarbeitet, u.a. um diese dem Jobcoach in der Beratung mitzuteilen.

Der Anteil der über 50-Jährigen mit Migrationshintergrund beträgt rund 60%. Zwei Jobcoaches aus Impuls mit Migrationshintergrund haben eine niederschwellige Gruppenveranstaltung entwickelt. Dabei geht es um interkulturelle Kompetenzen und Rollenbilder aus der Sicht der Teilnehmenden sowie eine Präsentation zu „Rechten & Pflichten“ in einfacher Sprache.

Die zweite große Zielgruppe bei den 50PLUS Kunden sind jene mit gesundheitlichen Einschränkungen. Die Zahlen haben sich fast auf dem Niveau des Vorjahres gehalten, so dass sich immer noch rund 48% der Kundinnen und Kunden in den Förderzielen „Herstellung der Prozessfähigkeit“ und „Stabilisierung der Erwerbsfähigkeit“ befinden. Ihre Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt ist sehr stark beeinträchtigt bzw. verhindert.

Das Projekt 50PLUS hat eine bewerberorientierte Jobvermittlung, die sich als eigenständiger Arbeitgeberservice erfolgreich etabliert hat. Drei Beschäftigte arbeiten sowohl mit Kunden in einem Fallschlüssel von 1:40 wie auch Arbeitgebern zusammen. Sie haben 91 Kunden im Jahr 2014 vermittelt. Die Vermittlungsquote beträgt gut zwei Fünftel (41,4%). Dank der bestehenden Arbeitgeberkontakte wurden erstmals eigene Auswahlverfahren bei einem Arbeitgeber nur für die Zielgruppe 50PLUS durchgeführt: fünf Festeinstellungen wurden auf diesem Wege erreicht.

Vermittelte 50PLUS-Kundinnen und Kunden erhalten eine freiwillige Nachbetreuung durch das zuständige Jobcoaching oder durch Mitarbeiter in Vermittlungsmaßnahmen. Mit Impuls beteiligte sich die Pro Arbeit am Jahresschwerpunktthema „Nachhaltigkeit von Integrationen“. Zum erfolgreichen Konzept von Impuls gehört von Anfang an eine sechsmonatige Nachbetreuung zur Integration. Das Angebot gilt für alle Vermittelten: Diese können von sich aus auf die Jobcoaches zukommen, andernfalls kontaktieren die Jobcoaches die betreffenden Personen mindestens einmal monatlich. In einer Auswertung zur Nachhaltigkeit von Integrationen zeigte sich, dass in Impuls bei 32 von 35 Vermittlungen eine Nachbetreuung stattfand.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.3 Abteilung 50PLUS (Fortsetzung)

Das 2012 durch das Sonder-Projekt Impuls entwickelte Konzept des begleitenden Jobcoachings wurde weiterentwickelt. Die Handlungsstrategien aus diesem Konzept wurden in die Fallsteuerungslogik des fa:z modells© übertragen und für die Bearbeitung der „weichen Ressourcenbereiche“ angepasst. Bevor das Konzept auf die Gesamtorganisation übertragen werden kann, soll die Umsetzung zunächst in Impuls erfolgen.

Seit Herbst 2014 hat das Sonder-Projekt Impuls die neue Maßnahme „Mobile Kreativwerkstatt“, indem Erfolgserlebnisse und Selbstbewusstsein im Vordergrund stehen. Der Träger der Maßnahme organisiert insgesamt drei Aufführungen in drei aufeinander folgenden Schleifen, um die Motivation der Teilnehmenden zu fördern. Die Aufführungen sollen in sozialen Einrichtungen stattfinden, so dass die Teilnehmenden Erfolgserlebnisse generieren und Gelegenheiten erhalten, sich die vielfältigen, beruflichen Tätigkeiten in den sozialen Einrichtungen ansehen, um durch die Erfahrungen neue Ideen in ihre Beratung und Eingliederungsstrategie zu haben.

Der Beschäftigungspakt ProArbeit 50PLUS nahm am bundesweiten Wettbewerb „Unternehmen mit Weitblick“ teil und versandte Mails, Anschreiben und Flyer an 600 Unternehmen in den fünf Paktregionen. Gewinner ist das Unternehmen „Eiskalt Sauber GmbH“ aus dem Kreis Offenbach, das auf industrielle Reinigung mit Trockeneis spezialisiert ist. 25% der Beschäftigten sind über 50 Jahre alt, sie werden wegen ihrer Loyalität und Arbeitsmoral sehr geschätzt. Frau Dr. Rose Langer vom Bundesministerium Arbeit und Soziales (BMAS) nahm die Auszeichnung vor.

Die Zielvorgaben im Bundesprogramm Perspektive 50plus wurden auch im Jahr 2014 wieder übererfüllt und konnten im Vergleich zum Vorjahr noch gesteigert werden.

Vor dem Hintergrund einer immer schwieriger werdenden Klientel und eines hart umkämpften Arbeitsmarktes im Rhein-Main-Gebiet sind die Ergebnisse als großer Erfolg zu werten. Hohen Stellenwert haben die kontinuierliche Entwicklung der Instrumente und Maßnahmen sowie ihre Anpassung an die sich verändernden Rahmenbedingungen. Angesichts der immer problematischeren Kundengruppe ist auch im Bereich des Förderziels Direktvermittlung oftmals eine engmaschige Betreuung und Unterstützung durch die Jobcoaches erforderlich. Dies wird u. a. durch die bewerberorientierte Jobvermittlung gewährleistet.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.4 Existenzgründer und Selbstständige

Die Teams der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) wurden im Frühjahr 2014 in Form einer Präsentation über das 2013 verabschiedete, weiterentwickelte Beratungskonzept des Sachgebietes „Existenzgründer und Selbstständige“ informiert. Dazu wurden sowohl die Arbeitsergebnisse aus den vorangegangenen Qualitätszirkeln und Klausurtagungen vorgestellt als auch Zuständigkeiten in der Schnittstelle zu anderen Organisationseinheiten definiert. Die folgenden Sachgebiete waren beteiligt: das Jobcoaching 25PLUS, Projekt 50PLUS mit den Sachgebieten B und C, die Grundsicherung in den Regionen West, Mitte und Ost sowie das Servicecenter.

Das Konzept stellt die wichtigsten Informationen vor: Diese betreffen die Beschäftigten des Sachgebietes Existenzgründer und Selbstständige, ihre Aufgaben und Zuständigkeiten in der Einheitssachbearbeitung sowie die wesentlichen Schnittstellen des Sachgebietes. Wichtige Neuerung ist die Einführung einer Gründerjury als zusätzlicher Baustein im Rahmen der Vorprüfung.

Ende 2014 absolvierten alle Teilnehmenden eine insgesamt zehntägige Fortbildung zur bzw. zum zertifizierten Gründungsberater bzw. -beraterin. Die Fortbildungsreihe wurde von der KIZ PROWINA pro Wirtschaft und neue Arbeit GmbH in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Gründungsmanagement der Universität Lüneburg entwickelt.

Die Teilnehmenden absolvierten die Prüfung nach den Standards des Bundesqualitätszirkels Gründungsberatung e.V. Diese hochwertige Weiterbildung erhöht einerseits die Beratungskompetenz und ist andererseits Grundlage für ein einheitliches Verständnis von Qualitätsstandards, die im Rahmen eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses das zielgruppenspezifische Beratungskonzept und die unternehmensanalytische Prognose auf Tragfähigkeit optimiert.

4. Förderprogramm

Das Förderprogramm umfasst die Arbeitsmarktpolitischen Instrumente der Pro Arbeit - Kreis Offenbach – (AöR). Alle Maßnahmen des Förderprogramms sind auf Aktivierung und Vermittlung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in den Arbeitsmarkt ausgerichtet. Unabhängig davon, ob es sich um Einzel- und Gruppenleistungen handelt. Für das Förderprogramm werden die gesetzlichen Grundlagen des SGB II und SGB III sowie die Bedarfe der Kunden, die Eingliederungsmittel und Anforderungen des Arbeitsmarktes vorausgesetzt.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

4. Förderprogramm (Fortsetzung)

4.1 Rechts- und Vergabestelle (Fortsetzung)

Die Rechts- und Vergabestelle hat im Verlauf des Jahres 2014 etwa 50 Vergabeverfahren bearbeitet. Gegenstand der Vergabeverfahren waren überwiegend Arbeitsmarktdienstleistungen; in Einzelfällen wurden auch Beratungsleistungen und weitere Dienstleistungen beschafft.

Die Vergabeverfahren wurden regelhaft im Wege der öffentlichen Ausschreibung, im Ausnahmefall als freihändige Vergabe durchgeführt. Im Rahmen der rechtlichen Vorgaben wurde dem freihändigen Vergabeverfahren ein öffentliches Interessenbekundungsverfahren vorgeschaltet.

Das zeitlich und inhaltlich umfangreichste Vergabeverfahren hatte die Beschaffung einer neuen Fachsoftware zum Gegenstand. Im Zusammenhang mit der Beschaffung der Fachsoftware war zu bedenken, dass diese sowohl die Gewährung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes (Grundsicherungsleistungen) als auch die Gewährung von Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (Eingliederungsleistungen) abbilden musste. Neben den daraus resultierenden zahlreichen rechtlichen, fachlichen und inhaltlichen Anforderungen musste auch die bestehende „IT-Struktur“, bestehend aus einem LAN (Local Area Network) im Kreishaus mit ca. 200 Nutzern, den beiden Außenstellen mit ca. 130 Nutzern und den Telearbeitsplätzen, berücksichtigt werden. In Zusammenarbeit mit einer auf das Vergaberecht spezialisierten Anwaltskanzlei hat die Rechts- und Vergabestelle die gesamten Vergabeunterlagen erstellt, die sich wiederum aus einer umfangreichen Leistungsbeschreibung, einem IT-Systemvertrag (einschließlich Pflege der Software) und mehr als 60 Anlagen zusammensetzten. Nachdem die Unterlagen im Wege eines europaweiten offenen Verfahrens im August 2014 veröffentlicht worden waren, bearbeitete die Rechts- und Vergabestelle die Korrespondenz mit den Bietern, die Auswertung der eingegangenen Angebote und die im November 2014 erfolgte Zuschlagserteilung an den wirtschaftlichsten Bieter.

Auch alle weiteren Vergabeverfahren wurden von der Rechts- und Vergabestelle begleitet – diese Begleitung beinhaltete u. a. die Zusammenstellung, rechtliche Prüfung und Bekanntmachung der Vergabeunterlagen, die förmliche Prüfung der eingegangenen Angebote, die Teilnahme an Auswahl- und Bewertungsgesprächen sowie die Dokumentation der Verfahren einschließlich der Vorbereitung der Zuschlagserteilung und die Ausarbeitung der entsprechenden Vergabevermerke. Im Anschluss an die Zuschlagserteilung über Arbeitsmarktdienstleistungen (Maßnahmen) war die Rechts- und

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

4. Förderprogramm (Fortsetzung)

4.1 Rechts- und Vergabestelle (Fortsetzung)

Vergabestelle ferner in die weiteren internen Prozesse eingebunden, um die Daten zur jeweiligen Maßnahme statistisch zutreffend zu erheben, zu verarbeiten und abschließend an die Bundesagentur für Arbeit zu übermitteln (§ 51b SGB II).

Die Rechts- und Vergabestelle hat im Jahre 2014 – in Zusammenarbeit mit den Abteilungs- und Sachgebietsleitungen – die rechtlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen bei der Gewährung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes sowie bei der Gewährung von Leistungen zur Eingliederung in Arbeit geprüft. Soweit Sachverhalte mit übergreifender Bedeutung festgestellt wurden, erfolgte die Entwicklung und Ausarbeitung entsprechender Vertragsbedingungen, Handlungsanweisungen, Förderrichtlinien, Formulare und Muster. Vor der Einführung des „allgemeinen“ Mindestlohns zum ersten Januar 2015 hat die Rechts- und Vergabestelle ferner ein entsprechendes Hinweis- und Informationsschreiben erstellt.

Neben der Beantwortung telefonischer und schriftlicher Kurzanfragen sowie der Bearbeitung und Pflege der rechtlichen Hinweise im Compliance-Handbuch der Pro Arbeit hat die Rechts- und Vergabestelle in etwa monatlichen Abständen verschiedene Schulungen der Beschäftigten durchgeführt, darunter die jeweils zweitägige Rechtsschulung über Grundsicherungs- und Eingliederungsleistungen.

Zudem hat die Rechts- und Vergabestelle an den Sitzungen des Deutschen Vergabenetzwerkes (Regionalgruppe Rhein-Main) teilgenommen und die fachlichen Rückmeldungen, Änderungsvorschläge und Anwendungshinweise der Landkreise zur Kommunalträger-Abrechnungsverwaltungsvorschrift (KoAVV) begleitet.

4.2 Arbeitsmarktpolitische Instrumente

Auch im Jahr 2014 wurde die Optimierung zahlreicher Kern- und Teilprozesse im Bereich „Eingliederungsleistungen“ (EGL) intensiv fortgeführt. Aufgrund der regelmäßigen, aktiven Auseinandersetzungen mit allen wesentlichen Arbeitsprozessen entstand eine zunehmende Prozesssicherheit der Beschäftigten und in Folge eine spürbare Qualitätsverbesserung bei gleichzeitiger Verkürzung der Bearbeitungszeiten. Die damit einhergehende Arbeitsverdichtung im Bereich der Eingliederungsleistungen hat nunmehr ihr Maximum erreicht.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

4. Förderprogramm (Fortsetzung)

4.2 Arbeitsmarktpolitische Instrumente (Fortsetzung)

Parallel zur fortlaufenden Geschäftsprozessoptimierung (GPO) wurde das bereits im Jahr 2013 erarbeitete „Prüfkonzept zur Qualitätssicherung für Arbeitsmarktdienstleistungen bei Trägern“ und die zugehörigen Prüfkriterien im Jahr 2014 in die Praxis überführt. Zur Sicherung der Qualität der Prüfungen selbst, wurde ein strukturierter, standardisierter EDV-gestützter Prüfbogen entwickelt, mit dessen Hilfe seit Mai 2014 mit der Durchführung von insgesamt elf Maßnahmenprüfungen vor Ort beim Träger begonnen wurde.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt des Jahres 2014, der ebenfalls im erweiterten Kontext der „Qualitätssicherung“ verortet ist, betrifft den die Fallarbeit unterstützenden Gesamtprozess des Maßnahmenmanagements. Mit der Zielsetzung ein fa:z modell© konformes, umfassendes Maßnahmenmanagement zu entwickeln, nahm im Frühjahr eine Projektgruppe bestehend aus Beschäftigten unterschiedlicher Aufgabenbereiche der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) mit externer Begleitung die sehr anspruchsvolle und komplexe Entwicklungsarbeit auf.

Neben den operativen Kernaufgaben wurde auch im Jahr 2014 die Thematik „Grundbildung“ intensiv weiterverfolgt. Eine vom Kompetenzteam Grundbildung initiierte Bedarfserhebung in Form einer ersten Einschätzung durch das Jobcoaching ergab, dass deutlicher Förderbedarf der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Bereich der Grundbildung besteht. Um zukünftig bereits zu Beginn der Fallarbeit einen ggf. bestehenden Förderbedarf zu ermitteln, wird derzeit die Aufnahme der Thematik „Grundbildung“ in geeigneter Form in das Profilinginstrument in Form der Potentialanalyse diskutiert. Intensiv wird nach geeigneten und sinnvollen Ansätzen zur Einbindung arbeitsmarktrelevanter Grundbildungselemente in Fördermaßnahmen gesucht.

Die zunehmende Zahl von weiblichen und männlichen Asylbewerbern sowie Flüchtlingen im SGB II-Leistungsbezug stellt neben dem bekannten Problembereich des verfestigten Leistungsbezugs eine neue, schnell anwachsende Herausforderung dar. Da mit den bisherigen Verfahren und Instrumenten dieser sehr heterogenen Zielgruppe häufig kein angemessenes Förderangebot unterbreitet werden kann, bedarf es zeitnah der Entwicklung geeigneter Ansätze zur Verbesserung ihrer Eingliederungschancen. Damit ein realistischer Zugang zum Arbeitsmarkt generell hergestellt und wenn möglich eine bedarfsdeckende Beschäftigung erlangt werden kann, sind neben schulischer bzw. fachlicher Qualifikationen insbesondere grundlegende arbeitsmarktbezogene Kenntnisse der deutschen Sprache in Wort und Schrift erforderlich. Hierin liegt u. E. derzeit jedoch eines der Hauptprobleme.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

4. Förderprogramm (Fortsetzung)

4.2 Arbeitsmarktpolitische Instrumente (Fortsetzung)

Das im Rahmen von Integrationskursen erlangte Sprachniveau reicht bereits heute aufgrund gestiegener Anforderungen des Arbeitsmarktes selbst für Helfertätigkeiten bspw. im Bereich Reinigung in der Regel nicht bzw. nicht mehr aus. Aufgrund der neuen Rahmenbedingungen für die ESF-BAMF Sprachkurse (berufsbezogenes Deutsch) wird das Angebot mit voraussichtlich fünf Kursen mit jeweils ca. 15 Teilnehmenden nicht ansatzweise den bereits bestehenden hohen und weiter steigenden Bedarf im Kreis Offenbach decken können. Neben der Notwendigkeit des Spracherwerbs zeichnet sich die o.g. Zielgruppe durch eine Vielzahl weiterer, eine Eingliederung erschwerender Faktoren aus, welche nicht alleine durch das Jobcenter bearbeitet oder gar gelöst werden können. In Zusammenarbeit mit dem Kompetenzteam „Migranten“ der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR), dem Bereich „Asyl“ der Kreisverwaltung sowie weiterer Experten wurden neue Maßnahmenkonzeptionen im Bereich der Eingliederungsleistungen (EGL) mitentwickelt.

Wie auch in den letzten Jahren traten weitere Budgetkürzungen in Kraft, diese betrafen sowohl den Umfang wie auch die Anzahl der Plätze und Teilnehmenden insgesamt. Die durchschnittliche Auslastung der Maßnahmen beträgt zwischenzeitlich rund 99%.

Die Qualifizierungsmaßnahmen für die unter 25-Jährigen umfassten insgesamt ein Volumen von 953.299,15 Euro (Vorjahr 1.057.671,48 Euro), wobei sich klare Schwerpunkte in der Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit bzw. Prozessfähigkeit abzeichnen. Die Maßnahmenkosten wurden inklusive der Fahrtkosten und gegebenenfalls der Mehraufwandsentschädigung (MAE) abgerechnet. Die Ausgaben betrugen 104.372,33 Euro (-9,9%) weniger als im Vorjahr.

Im Vergleich dazu beliefen sich die Ausgaben für die Qualifizierungsmaßnahmen der über 25-Jährigen auf 2.876.567,85 Euro. Die gesamten Ausgaben lagen fast eine halbe Million Euro unter den Kosten des Vorjahres (3.345.527,88 Euro; 14,0%).

Im Jahr 2014 haben die Qualifizierungsmaßnahmen für die Zielgruppe der über 50-Jährigen 1.175.301,24 Euro gekostet. Die Ausgaben wurden im Vergleich zum Vorjahr (1.500.684,55 Euro) um mehr als ein Fünftel (21,7%) gesenkt.

In den vertraglich vereinbarten Qualifizierungsmaßnahmen betrug die Anzahl der tatsächlich besetzten Teilnehmerplätze 4.024 in Gruppenmaßnahmen für erwerbsfähige Leistungsberechtigte ab 25 Jahren sowie 1.297 in besonderen Qualifizierungsmaßnahmen für erwerbsfähige Leistungsberechtigte unter 25 Jahren. Für die Zielgruppe der über 50-Jährigen ergaben sich im Ergebnis 1.423 tatsächlich besetzte Teilnehmerplätze.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

4. Förderprogramm (Fortsetzung)

4.2 Arbeitsmarktpolitische Instrumente (Fortsetzung)

Im Bereich der Existenzgründung und Selbstständigen standen insgesamt 155 tatsächlich besetzte Teilnehmerplätze zur Verfügung, wobei sich die Kosten auf 192.767,52 Euro beliefen.

Die Leistungen für Eingliederung in Arbeit erreichten eine Summe von 6.867.827,01 Euro im Jahr 2014.

5. Grundsicherung

Die Grundsicherung der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) ist in drei regionale Bereiche geteilt: West, Mitte und Ost. Die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten werden von ihren zuständigen Ansprechpartnern kompetent betreut. Im Vordergrund stehen die Sicherung des Lebensunterhaltes und Unterstützung bei der Aufnahme oder Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit.

5.1 Servicecenter

Im Jahr 2014 wurden 4.758 Neuanträge im Servicecenter eingereicht. Im Vergleich zum Vorjahr (4.558) ist die Anzahl um 4,4% gestiegen. 523 Anträge wurden zurückgezogen. Die Grundsicherung bearbeitete 3.929 Erstanträge. 2.771 Anträge wurden bewilligt. Sowohl die Anzahl der zu bearbeitenden Erstanträge (Vorjahr 3.853, 2,0%) wie auch die der bewilligten Anträge (Vorjahr 2.692, 2,9%) sind gestiegen.

Grundlegende Veränderung war die Einführung des Dokumentenmanagement-Systems (DMS) für die Bearbeitung von Neuanträgen. Ab sofort wurden die Anträge sowie Zusatzblätter und Unterlagen während des Termins durch die Beschäftigten des Servicecenters eingescannt, so dass diese der Grundsicherung direkt zur weiteren Bearbeitung und Bescheidung vorliegen. Fortan ist es weder notwendig, Kundenakten noch Kopien zu erstellen.

Das Servicetelefon (Hotline) insbesondere das Angebot, dass die Anrufer zurückgerufen werden, erhielt sehr gute Rückmeldungen. Mit Unterstützung der 24 geringfügig Beschäftigten, die zusätzlich neu eingestellt wurden, konnte die Erreichbarkeit auch in Spitzenzeiten gewährleistet werden. Diese wurden im Servicecenter intensiv geschult und gecoacht, um Auskünfte in der Hotline geben zu können.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

5. Grundsicherung (Fortsetzung)

5.1 Servicecenter (Fortsetzung)

Da die UNHCR-Flüchtlinge Anspruch auf SGB II-Leistungen haben, werden sie direkt nach ihrer Ankunft in Deutschland im Servicecenter intensiv betreut. Zwei Mitarbeiterinnen wurden geschult, um z.T. mit Hilfe von Übersetzern, die Anträge ausfüllen und erste Leistungen auszahlen zu können.

Neu ist das Konzept der „aufsuchenden Grundsicherung“: Bei bestimmten Krankheitsbildern werden Personen zu Hause aufgesucht, die vom SGB XII in das SGB II gewechselt sind, um ihre Leistungen nach dem SGB II beantragen zu können. Da das persönliche Erscheinen im Kreishaus für die Antragstellung im ersten Schritt als große Hürde entfällt, ruft das unerwartete Hilfsangebot ausgesprochene Dankbarkeit bei den Beteiligten hervor.

Eine weitere Verbesserung des Servicecenters ist auch, dass selbstständige Neuantragsteller direkt dem Sachgebiet „Existenzgründer und Selbstständige“ zugesteuert werden.

Seit 2014 können die Auszubildenden der Stadt Dreieich auch im Servicecenter eine zwei Monate dauernde Arbeitsstation absolvieren, u. a. um die Abläufe und Aufgaben praktisch kennenzulernen.

5.2 Aktivierungswerkstatt

Die Neukundinnen und -kunden werden regelhaft in die Aktivierungswerkstatt direkt nach Antragstellung und Feststellung des Leistungsanspruchs zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung in eine versicherungspflichtige Beschäftigung (§ 16 SGB II i. V. m. § 46 SGB III) eingesteuert.

In die Aktivierungswerkstatt werden alle leistungsberechtigten Neuantragsteller i. S. d. § 7 SGB II mit wenigen Ausnahmen zugewiesen: arbeitslose Frauen und Männer mit und ohne Berufsausbildung, die im laufenden Bewerbungsverfahren unterstützt werden bzw. für die der Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt oder insbesondere in eine betriebliche Ausbildung unter Einbeziehung aller persönlichen Voraussetzungen, beruflichen Fähigkeiten und Qualifikationen, durch besondere Hilfen, Beratung und Aktivierung ermöglicht werden sollen.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

5. Grundsicherung (Fortsetzung)

5.2 Aktivierungswerkstatt (Fortsetzung)

Für die Kundensteuerung und Zielvorgaben stellt die strategische Ausrichtung der Aktivierungswerkstatt ein unverzichtbares Angebot dar. Dafür wurde der Werkakademie-Ansatz auf die Rahmenbedingungen der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) übertragen. Der zuständige Träger bietet 206 Maßnahmenplätze mit einer regelhaften Teilnahmedauer von acht Wochen.

Um den Integrationsprozess zielorientiert zu gestalten, sind u.a. eine passgenaue Aktivierung und Beratung nötig. Wie beim Vorbild der holländischen „Werkakademie“ ist eigenverantwortliches Denken und Agieren gefordert. Das Motto lautet: „Ihr Job ist es, einen Job (Ausbildung) zu finden“. Im Mittelpunkt stehen selbstständiges Arbeiten und aktive Selbstorganisation. Die Aktivierungswerkstatt ist ein sozialer Kontext, in dem durch gemeinsamen Erfahrungsaustausch individuelle Lösungsstrategien gefunden und gegenseitige Hilfestellungen gegeben werden sollen.

5.3 Regionen West, Mitte und Ost

Die Grundsicherung der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) ist in die drei Sachgebiete „Ost“, „Mitte“, „West“ regional aufgeteilt. In der Grundsicherung wurden insgesamt 3.929 Erstanträge auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II zur weiteren Bearbeitung in die zuständigen Regionen geleitet.

Wesentliche Veränderung war die Einführung der digitalen Akte als Dokumentenmanagementsystem (DMS) im August 2014, diese wurde überwiegend sehr positiv angenommen. Bislang hatten die einzelnen Abteilungen wie bspw. Grundsicherung, Jobcoaching, Unterhalt, Ermittlungsdienst jeweils eigene Akten. Damit war einerseits eine kurzfristige Verfügbarkeit einzelner relevanter Dokumente für die Beschäftigten der anderen Bereiche – gerade an den entscheidenden Schnittstellen wie bspw. bei Beschäftigungsaufnahme – nicht regelhaft gewährleistet und andererseits hatten sich allein in der Grundsicherung im Laufe der Jahre bereits ca. 43.000, z.T. mehrbändige Papierakten angesammelt. Mit der Digitalisierung der Akten befinden sich alle Unterlagen an zentraler Stelle, so dass die Beschäftigten jederzeit Zugriff auf die relevanten Dokumente von ihrem PC aus haben.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

5. Grundsicherung (Fortsetzung)

5.3 Regionen West, Mitte und Ost (Fortsetzung)

Das Jobcoaching ist seit Einführung der digitalen Akte per Schnittstelle mit dem Fachverfahren verbunden. Daher wurden sowohl im System digital abgelegte Unterlagen wie bspw. Bewerbungsschreiben oder Korrespondenzen – insgesamt 648.000 Dokumente – vollständig in die elektronische Akte überführt als auch sämtliche im Fachverfahren erstellten Schriftstücke übertragen. Eine weitere Schnittstelle besteht zur Software „Jobnetzwerk“, so dass bspw. auch Lebensläufe automatisch in der digitalen Akte abgelegt werden.

Eine weitere Änderung der Organisation betrifft die neue SGB II-Leistungssoftware, die im August 2014 europaweit ausgeschrieben wurde. Den Zuschlag erhielt die Firma Prosozial mit ihrer Software „comp.ASS“. Seit November 2014 laufen die Vorbereitungen zur Umstellung der Leistungssoftware in der Grundsicherung zum Mai 2015; hier gilt es u. a. neben den systemischen Anpassungen, Schnittstellen bspw. zur digitalen Akte zu definieren, eine möglichst vollständige Datenmigration zu gewährleisten und bestehende Geschäftsprozesse anzupassen.

Für insgesamt 8.188 Kinder und Jugendliche, die Wohngeld, Kinderzuschlag oder Leistungen nach dem SGB II beziehen, wurden zusätzlich Zahlungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket veranlasst. Bei 7.029 anspruchsberechtigten Kindern und Jugendlichen im Rechtskreis SGB II konnte durch weiterhin kontinuierliche Beratung eine hohe Abdeckung erreicht werden.

Für insgesamt 1.234 Kinder und Jugendliche, die Wohngeld oder Kinderzuschlag beziehen, konnten ebenfalls Bildungs- und Teilhabeleistungen bewilligt werden. Die hohe Quote ist vor allem der Hinwirkung des Grundsicherungsträgers geschuldet.

Im Ergebnis wurden insgesamt 11.924 Anträge auf Bildungs- und Teilhabeleistungen nach dem SGB II bewilligt, die jeweils unterschiedliche Leistungsarten berücksichtigten.

5.4 Grundsatzangelegenheiten

Im Jahr 2014 hat sich die Rechtslage im SGB II weiter verstetigt. Gesetzliche Anpassungen, die Auswirkungen auf das SGB II haben, gab es nur in geringem Umfang wie z. B. hinsichtlich Erstattungsregelungen der Träger verschiedener Sozialleistungsträger untereinander (vgl. § 40 a SGB II). Mit dem Ziel, das Leistungsrecht zu vereinfachen, wurde 2013 eine bundesweit organisierte Arbeitsgruppe gebildet.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

5. Grundsicherung (Fortsetzung)

5.4 Grundsatzangelegenheiten (Fortsetzung)

Mit dem Inkrafttreten der Änderungen ist aufgrund der Komplexität des Gesetzgebungsverfahrens im Bereich des SGB II voraussichtlich erst im Jahr 2015 zu rechnen.

Zum ersten Januar 2014 wurden die Regelbedarfe (turnusüblich) um 2,27% erhöht.

Rechtlich umstritten bleibt, unter welchen Voraussetzungen EU-Bürger einen Zugang zu Leistungen nach dem SGB II haben. Zur Klärung grundsätzlicher Fragen wird es hierzu notwendig sein, Widersprüche zwischen europäischem und nationalem Recht aufzulösen. Letztlich wird die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zu einer Vorlagefrage des Bundessozialgerichts (BSG) aus Dezember 2013 abzuwarten bleiben. Eine Entscheidung wird im Jahr 2015 erwartet.

Auch der Zugang von Flüchtlingen aus sogenannten Drittstaaten (außerhalb des EU-Raumes) gewinnt an Bedeutung. Im Jahr 2015 wird es zu gesetzlichen Änderungen kommen, die einen schnelleren Zugang zu SGB II Leistungen bei bestimmten Flüchtlingsgruppen regeln werden.

Die Widerspruchsbearbeitung beschäftigt sich mit der Prüfung der Rechtsmittel, die von den Leistungsbeziehern eingelegt werden. In der Grundsicherung gingen 1.664 Widersprüche (Vorjahr 1.624) ein. 1.436 (Vorjahr 1.345) wurden abschließend bearbeitet.

Bei den beschiedenen Fällen stieg die Abhilfequote mit 41% um fünf Prozentpunkte an, die Teilabhilfe- und Zurückweisungsquote (51%) nahm fünf Prozentpunkte ab. Die Anzahl der zurückgenommenen Widersprüche ist auf 4% (Vorjahr 5%) zurückgegangen. Im Bereich der Kosten der Unterkunft (KdU) ist abermals ein Rückgang der Widerspruchsverfahren um einen Prozentpunkt auf 14% zu verzeichnen, was auf die Anwendung des grundsicherungsrelevanten Mietspiegels 2011 und die „Gerichtsfestigkeit“ der Angemessenheitswerte zurückzuführen sein dürfte.

Die übergegangenen Ansprüche der Leistungsempfänger gegen Dritte, die nicht Sozialleistungsträger sind, betreffen überwiegend Fälle von zivilrechtlichem Unterhalt nach dem BGB, aber auch Fälle mit arbeitsrechtlichem Hintergrund wie z. B. Kündigungsstreitigkeiten oder erbrechtliche Ansprüche. Im Bereich Unterhalt und Drittanprüche lag die Hauptaufgabe in der außergerichtlichen und gerichtlichen Bearbeitung der übergegangenen Fälle. Der Gesamtbetrag der Sollstellungen aus geltend gemachten Forderungen übertraf erneut die 400.000,00 Euro-Marke.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

5. Grundsicherung (Fortsetzung)

5.5 Frauenhaus

Für Frauen und ihre Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, bietet der Verein „Frauen helfen Frauen“ Kreis Offenbach e.V. als einziger Träger im Kreis Schutz und Beratung an. Zum Angebot gehören ein Frauenhaus sowie eine Frauenberatungsstelle.

Im Jahr 2014 nahmen 53 Frauen mit 56 Kindern das Angebot des Frauenhauses für insgesamt 2.784 Tage in Anspruch. Die durchschnittliche Verweildauer pro Frau betrug rund 52,5 Tage.

Alle Frauen, die im Frauenhaus untergebracht waren, erhielten Leistungen nach dem SGB II. Die Gesamtsumme aller Ausgaben für das Jahr 2014 betrug 379.173,66 Euro für alle Personen außer SGB XII. In diesen Ausgaben waren Betreuungskosten, KdU und Betriebskosten enthalten.

5.6 Beschwerdemanagement

Im Jahr 2014 hat das Beschwerdemanagement insgesamt 850 Beschwerden bearbeitet. Die Mitarbeiterinnen der Beschwerdestelle wurden als Ansprechpartnerinnen für die Anliegen und Beschwerden sowohl von Leistungsberechtigten, Vermietern und sonstigen Beteiligten in Anspruch genommen. Die angemessene Klärung der unterschiedlichen Anliegen war stets das Ziel.

In der grundsätzlichen Beschwerdebearbeitung und Analyse ihrer Ursachen wurden die internen Abläufe weiter entwickelt. Unter Beteiligung der entsprechenden Organisationseinheiten wurde kontinuierlich für eine hinreichende Abarbeitung des jeweiligen Anliegens Sorge getragen.

Im Bereich der Grundsicherung wurden insgesamt 773 Beschwerden bearbeitet. Hier wurde das Beschwerdemanagement häufig tätig, um eine rechtskonforme und zeitnahe Leistungsgewährung zu veranlassen.

Aus der Abteilung Jobcoaching wurden insgesamt 77 Beschwerden bearbeitet. Dabei wurde die Beschwerdestelle zumeist tätig, um bei den Mitarbeitern im Jobcoaching auf eine zielorientierte Ausübung des Ermessens bei der Gewährung von Eingliederungsleistungen und bei der Anwendung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente hinzuwirken. Abschließend war es Teil der Aufgabe, die individuelle Ermessensentscheidung des Jobcoachings verständlich an den Beschwerdeführer zu transportieren.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

5. Grundsicherung (Fortsetzung)

5.6 Beschwerdemanagement (Fortsetzung)

Im Ergebnis waren 44% der Beschwerden berechtigt und wurden vollumfänglich abgeholfen. In der Sache waren 39% der Eingaben teilweise begründet. Allerdings waren 17% der Einlassungen lediglich dem subjektiven Empfinden des Beschwerdeführers geschuldet.

In enger Kooperation mit den Sachgebietsleitungen sowie der Widerspruchs- und Grundsatzstelle wurde an der Schaffung einheitlicher Standards und Strukturen gearbeitet, um eine einheitliche Rechtsanwendung bzw. Lösungen zur Ausübung des Ermessens zu entwickeln.

5.7 Ermittlungsdienst und Bußgeldstelle SGB II

Wesentliche Aufgabe des Ermittlungsdienstes ist es, Verdachtsfälle auf Leistungsmissbrauch zu erkennen, den Bedarf bei beantragter Wohnungserstausstattung festzustellen sowie Ordnungswidrigkeiten im Sinne der Bußgeldvorschriften nach § 63 SGB II zu verfolgen und zu ahnden. Das gesamte Bußgeldverfahren – von der Einleitung des Ermittlungsverfahrens über die Aufklärung des Sachverhaltes bis zum Erlass einer Verwarnungs- oder Bußgeldentscheidung – obliegt ihm.

Beim Ermittlungsdienst gingen insgesamt 1.101 Vorgänge ein, davon 669 Verdachtsfälle auf Leistungsmissbrauch sowie 432 Anträge auf Bedarfsüberprüfung der Wohnungserstausstattung.

640 Verdachtsfälle auf Leistungsmissbrauch wurden abgeschlossen. In 242 Fällen hat sich der Verdacht bestätigt. Zu Unrecht bezogen wurden Leistungen in Höhe von 219.933,61 Euro. Insgesamt wurden 518 Fälle von beantragter Wohnungserstausstattung überprüft und abgeschlossen, davon ergaben 191 Fälle keinen oder nur teilweisen Anspruch, so dass eine Ersparnis von 83.077,82 Euro erzielt wurde.

266 Anzeigen zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten wurden abschließend bearbeitet: u.a. 147 Bußgeldbescheide, 16 Verwarnungen mit Verwarnungsgeld sowie 102 Einstellungen. Die Gesamthöhe betrug 41.937,00 Euro. In 41 Fällen wurde Strafanzeige wegen des Verdachts auf Sozialleistungsbetrug erstellt und an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

5. Grundsicherung (Fortsetzung)

5.7 Ermittlungsdienst und Bußgeldstelle SGB II (Fortsetzung)

Seit 2007 bietet das Projekt „Begleitung bei Bedarfsüberprüfungen“ den Beschäftigten die Möglichkeit einmal jährlich den Ermittlungsdienst bei Bedarfsüberprüfungen ganztags zu begleiten. So wird der Ermittlungsdienst personell entlastet. Zudem werden neue Eindrücke gewonnen und die innerorganisationale Zusammenarbeit gefördert. Durch das insgesamt positive Feedback der Beschäftigten werden sie auch zukünftig bei Bedarfsüberprüfungen mitgehen.

6. Bereich Personal

Die 2012 begonnene Personalkostenkonsolidierungsphase wurde auch im Jahr 2014 fortgesetzt. Die zum ersten Januar 2012 übernommenen Stellen im Umfang von 17 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) aus der Beendigung der Projekte „Start.Zeit“ und „M-AUT“, die bereits 2013 auf neun VZÄ abgebaut werden konnten, wurden auf vier VZÄ-Stellen im Jahr 2014 weiter abgesenkt. Vorgesehen ist, dass die Stellen zukünftig vollständig entfallen.

Die vom Verwaltungsrat beschlossene, vorübergehende Aufstockung des Personals in der Finanzbuchhaltung für die Jahre 2014 und 2015 gestaltete sich in der Umsetzung schwierig, da es an gut ausgebildeten Buchhaltungskräften auf dem Arbeitsmarkt mangelt. Die Einstellungen konnten erst im Laufe des Jahres vorgenommen werden, so dass der Abbau von Altfällen im Forderungsmanagement bis in das Jahr 2016 andauern wird. Für die zusätzlich eingestellten Kräfte liegt offiziell eine bis zum 31. Dezember 2015 befristete Genehmigung vor.

Zu den besonderen Aufgaben im Jahr 2014 gehörte der Ausbau des Gesundheitsmanagements, auch aufgrund der bestehenden hohen Fehlzeiten wegen Arbeitsunfähigkeit.

Im Rahmen der Arbeitssicherheit wurde mit der Ausbildung von psychologischen Ersthelfern und Ersthelferinnen in den eigenen Reihen begonnen. Sie unterstützen die Beschäftigten durch Krisenintervention, wenn ihnen Gewalt am Arbeitsplatz in Form von Gewalt- und Todesdrohungen oder körperlichen Angriffen widerfahren ist. Ziel derartiger Intervention ist es, die Betroffenen im Umgang mit der daraus entstandenen Belastung zu unterstützen und psychische Not zu lindern. Die professionelle Betreuung ist wichtig, um bestmöglich späteren Folgen wie einer posttraumatischen Belastungsstörung oder tiefer gehenden Traumatisierung präventiv zu begegnen.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

6. Bereich Personal (Fortsetzung)

Am zwölften März 2014 wurde erstmalig ein Gesundheitstag durchgeführt: Informationsstände boten Beratung an, Vorträge gaben Anregungen und bei Tests konnten die Beschäftigten selbst aktiv werden. Zielführend war u. a., dass die Belegschaft Impulse für das tägliche Leben gewinnt. Aufgrund der positiven Rückmeldungen wurden im Nachgang weitere Aktionen wie Lungenfunktionstests, Business-Yogakurse sowie die Fortführung der Rückenschule angeboten. Ergänzend erhielten die Beschäftigten Resilienztraining und die Führungskräfte Training in spezialisierter Form zum Thema „Resilienz bei Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen fördern“.

Zur Verbesserung des Arbeitsschutzes wurde in Kooperation mit der Fachkraft für Arbeitssicherheit und dem Betriebsarzt im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung eine Mitarbeiterbefragung zur Ermittlung von Belastungen am Arbeitsplatz schriftlich durchgeführt. Im Frühjahr 2015 werden die Auswertungsergebnisse in den Teams präsentiert und daraus Maßnahmen abgeleitet.

Ein weiterer Schwerpunkt betraf die Verhandlung und den Abschluss von Dienstvereinbarungen mit dem Personalrat (PR). Im Juli 2014 wurde zwischen dem Vorstand und Personalrat beschlossen, die im Tarifvertrag für die Bundesagentur für Arbeit vorgenommene Tarifsteigerung der Gehälter in Höhe von drei Prozentpunkten, diese beträgt mindestens 90 Euro, rückwirkend ab dem ersten März 2014 auch auf die Beschäftigten der Pro Arbeit zu übertragen.

Im Oktober 2014 wurde zwischen dem Vorstand und Personalrat eine Dienstvereinbarung über die alternierende Telearbeit abgeschlossen. Ziel ist es, die alternierende Telearbeit als eine räumlich und zeitlich flexibilisierte Alternative zur bestehenden Form der Arbeitszeitgestaltung anzubieten. Die alternierende Telearbeit dient der verbesserten Vereinbarkeit von Familie oder der persönlichen Lebensumstände mit dem Beruf. Zusätzlich trägt diese dazu bei, die Arbeitszufriedenheit und Motivation der Beschäftigten zu steigern und bewirkt auf diesem Wege einen positiven Effekt auf die Arbeitsproduktivität und Arbeitsqualität.

Gegen Jahresende 2014 wurde mit dem Personalrat eine Dienstvereinbarung zur Zahlung der tarifvertraglich vorgesehenen Leistungskomponente geschlossen.

Mit dem Ablauf der sechsjährigen Bestellung der Frauenbeauftragten wurde die Stelle intern im Sommer 2014 ausgeschrieben. Nach einem Auswahlverfahren wurde die bisherige Frauenbeauftragte der Pro Arbeit erneut für die Laufzeit von sechs Jahren bestellt.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

6. Bereich Personal (Fortsetzung)

Nach Beschluss des Verwaltungsrates veranlasste der Vorstand die Restrukturierung der Servicehotline. Bisher wurden Beschäftigte neben ihrer Hauptbeschäftigung in der Grundsicherung und dem Jobcoaching der Pro Arbeit eingesetzt, doch dieses Verfahren hatte sich in der Praxis nicht bewährt. Fiel zudem Personal durch Arbeitsunfähigkeit aus, hatte das Personal des Servicecenters Unterstützung zu leisten.

Daher wurden für die Hotline Beschäftigte auf Geringverdiener-Basis rekrutiert. Fünfzehn studentische Aushilfen wurden nach einem Auswahlprozess eingestellt und geschult. Sie können ihre Arbeitszeit von 9 bis 17 Uhr einteilen und dabei ihre Studienzeiten berücksichtigen.

Zu einer erheblichen Erleichterung der Administration und Arbeitsabläufe führte die Erweiterung des Interflex-WebClients als digitales Zeitwirtschaftssystem. Bei dem „Employee Self Service“ (ESS) handelt es sich um ein webbasiertes Anwendungsprogramm, in dem die Beschäftigten eigene personalbezogene Daten bspw. anlegen und ändern können.

Die Weiterentwicklung der Arbeitszeiterfassung bzw. -verwaltung hat die Effizienz in der Verwaltung spürbar gesteigert. Anträge, Fehlzeiten und Korrekturen z. B. können von den Beschäftigten beantragt, automatisch per E-Mail weitergeleitet und an der zuständigen Stelle administriert werden. Urlaubsanträge z.B. werden direkt an die zuständigen Führungskräfte und Personalabteilung per Mail ohne Verzögerungen durch Zwischenstopps in der Sachbearbeitung weitergeleitet. Alle relevanten Daten zur Genehmigung wie bspw. der Stand der Urlaubstage oder Saldostand des Arbeitszeitkontos für die Beschäftigten werden übermittelt. Durch ein kurzes Quittieren kann der Antrag ohne großen Aufwand von Formularen und Botengängen elektronisch akzeptiert oder abgelehnt werden. Die Antragsteller erhalten nahezu in Echtzeit per Mail die Bestätigung oder Ablehnung. So reduziert sich der Zeitaufwand für diesen alltäglichen Administrationsvorgang.

Der Arbeitsbeginn und -ende können ebenfalls über das neue System gebucht werden. Die Beschäftigten können ihre Arbeitszeit, bspw. bei Telearbeit, zeitgenau erfassen. Manuelle Korrekturen oder Eintragungen in das Zeiterfassungssystem sind unnötig.

Alle Beschäftigten der Pro Arbeit nutzen das neue, papierlose Genehmigungsverfahren. Ca. 900 Anträge werden durchschnittlich monatlich gestellt und zeitnah bearbeitet. Das schnellere Bearbeitungsverfahren stellt nicht nur eine Arbeitserleichterung dar, sondern hat auch dazu beigetragen, die Zufriedenheit der Belegschaft zu steigern.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

6. Bereich Personal (Fortsetzung)

Zahlreiche Fortbildungen zu Themen wie bspw. Insolvenzrecht, Mietrecht bis hin zu Zuwendungs- und Vergaberecht sowie einem Zertifikatslehrgang für die Einheitssachbearbeiterinnen und -bearbeiter im Sachgebiet Existenzgründung wurden im Lauf des Jahres durchgeführt. Ein Schulungsschwerpunkt in der Beratung war die gruppenorientierte Kundenaktivierung.

Das Training zur Deeskalation und Eigensicherung im Rahmen der Arbeitssicherheit, an dem alle Beschäftigten der Pro Arbeit teilnehmen konnten, fand in zweitägigen Grundlagen- und eintägigen Aufbauschulungen statt. Inhalte waren u. a. die verbale und nonverbale Kommunikation, der Umgang mit Bedrohung und Nötigung sowie Techniken zur Selbstverteidigung.

Mithilfe von Teamentwicklungstagen sollte die Team- und Führungsarbeit weiterentwickelt sowie das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt werden. Ca. 140 Beschäftigte bzw. 13 Teams nahmen an den Indoor- bzw. Outdoor-Events teil, um die Kommunikation im Team zu verbessern, Kernkompetenzen der Mitglieder zu erkennen bzw. Lösungsstrategien zu entwickeln.

Wichtig waren auch die angeleiteten Gruppensupervisionen, in denen die ca. 100 Teilnehmenden ihren Arbeitsalltag thematisieren konnten. Die Supervisionen dienen der Reflexion der Zusammenhänge sowie der Entwicklung der Organisation und Tätigkeitsbereiche, wobei die z. T. komplexen Wechselwirkungen, in denen sich die handelnden Personen im Jobcenter befinden, thematisch aufgegriffen wurden.

Die Beschäftigten der Pro Arbeit erhielten insgesamt 3.223 Schulungstage, d. h. die Fortbildungsdichte entspricht ca. 7,82 Schulungstagen pro Beschäftigtem. Das detaillierte Personalcontrolling ist im Personalbericht 2014 nachzulesen, der im Intranet eingestellt wird.

Im Jahr 2014 ist bei der Pro Arbeit ein Leitbild eingeführt worden, das unter Berücksichtigung aller durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingebrachten Themen entwickelt worden ist. Ziel ist es, mittels gemeinsamer Leitsätze die gemeinschaftliche Unternehmenskultur und den Zusammenhalt bei der Pro Arbeit zu fördern.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

7. Bereich Finanzen

Die Finanzbuchhaltung der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) hat allgemein die Aufgabe, das gesamte Geschäftsgeschehen im Zusammenhang mit Leistungen nach dem SGB II zahlenmäßig zu erfassen, zu überwachen und auszuwerten. Im Jahr 2014 waren durchschnittlich 13 Beschäftigte im Bereich Finanzen tätig.

Im Wirtschaftsjahr 2014 wurde der erste Nachtrag Wirtschaftsplan 2014 sowie der Haushaltsplan 2015 erstellt und vom Verwaltungsrat beschlossen.

Insgesamt entsteht der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) ein Gewinn von 94.058,41 Euro, welcher unter anderem aus der Abrechnung von Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BTP) kommunal resultiert.

8. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Im Jahr 2014 hat die Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) als Kommunales Jobcenter 6.090 erwerbsfähige Leistungsberechtigte in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vermittelt. Im Vergleich zum Vorjahr (6.618) wurden 528 Vermittlungen (- 8,0%) weniger erreicht. Weitere 431 erwerbsfähige Leistungsberechtigte begannen eine Ausbildung. 6.521 Personen wurden insgesamt in den ersten Arbeitsmarkt integriert.

Für die Organisation der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) besteht permanenter Veränderungs- und Anpassungsbedarf. Konstante Organisationsentwicklung bedeutet für alle Führungs- und Fachkräfte, dass die Strukturen, Prozesse, Schnittstellen und Aufgaben aufwändiger, anspruchsvoller und komplexer geworden sind.

Die Einführung der digitalen Akte (DMS) im August 2014 schuf fundamentale Veränderungen. Nicht nur alle im System digital abgelegten Unterlagen wie bspw. Bewerbungsschreiben oder Korrespondenzen – insgesamt 648.000 Dokumente – wurden vollständig in die elektronische Akte übertragen, sondern auch sämtliche im Fachverfahren erstellten Schriftstücke. Die Einführung des DMS stellt eine verantwortungsvolle Aufgabe dar, für welche die Führungskräfte in ihrer jeweiligen Organisationseinheit verantwortlich sind. Dafür ist die technische Anpassung der IT-Infrastruktur des Kreises Offenbach wesentliche Voraussetzung.

Die neue SGB II-Leistungssoftware, die 2014 europaweit ausgeschrieben wurde, wird weitere Änderungen der Organisation in der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) mit sich bringen. Die Leistungssoftware in der Grundsicherung wurde zum Mai 2015 umgestellt.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

8. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Voraussetzung waren u.a. systemische Anpassungen, Schnittstellen bspw. zur digitalen Akte zu definieren, eine möglichst vollständige Datenmigration zu gewährleisten und Geschäftsprozesse anzupassen.

Konsistente Aktualisierungen der laufenden Datenverarbeitungs-Fachverfahren wie bspw. comp.ASS sind erforderlich, um die systematische Bearbeitung und Erfassung der Fallbestände sowie gleichmäßige Ergebnisse zu sichern. Diese Anpassungen betreffen sowohl die Planung, Umsetzung als auch Optimierung der fachlichen Vorgaben.

Die Arbeitsmarktpolitischen Instrumente erfordern u. a. eine generelle Flexibilisierung durch umfassende, klare und strukturierte Prozesse. Mitte des Jahres fanden mehrere Workshops zum Thema „umfassendes Maßnahmencontrolling“ statt. Parallel sind einerseits die Effekte massiver Kürzungen einschneidend für alle Führungs- und Fachkräfte zu spüren, die auf die Budgetreduzierung für Eingliederungsleistungen zurückzuführen sind. Durch weitere Kürzungen des Eingliederungstitels gestaltete sich andererseits auch die Maßnahmenplanung erheblich aufwändiger.

Die Weiterentwicklung der Potentialanalyse ist nicht nur für das Maßnahmencontrolling essentiell: Als standardisiertes Profilinginstrument ist sie wesentlicher Erfolgsfaktor für die nachhaltige Aktivierung und Integration von Frauen und Männern im SGB II-Leistungsbezug.

Der Arbeitgeberservice (AGS) hat im April 2013 die „Bewerberorientierte Vermittlung“ (BWO) eingeführt. Das Ziel der BWO, in Ausbildung oder Arbeit zu vermitteln, wurde in 284 Teilnahmen insgesamt erreicht, sodass der Arbeitgeberservice mit einer Integrationsquote von 36% im Bereich Arbeit und 37% im Bereich Ausbildung seine Zielvorgaben erreichte.

Um die gemeinschaftliche Unternehmenskultur und den Zusammenhalt zu fördern, ist ein Leitbild entwickelt worden. Der Verwaltungsrat wünschte eine stetige Weiterentwicklung des Leitbildes unter Berücksichtigung aller durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingebrachten Themen.

Für das Jobcoaching haben die passgenaue Qualifizierung und regelhafte Aktivierung oberste Priorität. Es zeigt sich auch hier, dass die Anzahl der Kunden mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen auch im Bereich 25PLUS weiter ansteigt, so dass die Prüfung der Erwerbsfähigkeit als Voraussetzung zur Vermittlung länger dauert und einen immer höheren Anteil der täglichen Arbeitszeit beansprucht. Da die Vermittlung der Kunden insgesamt schwieriger und aufwändiger geworden ist, ist die individuelle Beratung umso wichtiger geworden.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

8. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Auch für die Zielgruppe 50PLUS ist die Beratungssituation zwischen Jobcoach und erwerbsfähigem Leistungsberechtigten nach wie vor von größter Bedeutung. Angesichts vielfältiger Problemlagen der immer schwieriger zu vermittelnden Kunden bietet der niedrige Fallschlüssel gute Unterstützung und ist zielführend. Der einzelne Jobcoach kann sich intensiv „seinen“ Kunden widmen, hat Gelegenheit, eine Ebene für vertrauensvolle Zusammenarbeit „auf Augenhöhe“ zu gestalten und die individuelle Situation des Kunden ganzheitlich zu berücksichtigen.

Im Jobcoaching erfordern die Zielgruppen der unter 25-Jährigen, über 25-Jährigen und über 50-Jährigen eine enge Prozess-Einbindung und Terminierung. Die Fortsetzung zielgruppenorientierter Kompetenzteams sowie hierarchieübergreifender Rückkopplungen und Feedbackschleifen sind wichtig. Zugleich offenbart die Kundenstruktur die Zunahme multipler Vermittlungshemmnisse, gesundheitlicher Einschränkungen und situativen Beharrungsvermögens im SGB II-Bezug. Obwohl diese Kunden stärkeren Unterstützungsbedarf haben, sind durch die finanziellen Restriktionen klare Grenzen gesetzt. Angesichts der Prinzipien „Fördern und Fordern“ stehen Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und Motivation im Mittelpunkt. Ressourcenstärkende, d. h. passgenaue Fördermaßnahmen sind nötig, um die Beschäftigungsfähigkeit wiederherzustellen und Integrationserfolge zu ermöglichen.

Der Anstieg von Asylbewerbern sowie Flüchtlingen im SGB II-Leistungsbezug stellt eine weitere Herausforderung dar, bei der es zeitnah auf geeignete Förderinstrumente zur Verbesserung ihrer Integrationschancen ankommt. Neben schulischer bzw. fachlicher Qualifikationen sind insbesondere arbeitsmarkt-bezogene Kenntnisse der deutschen Sprache erforderlich.

Trotz der guten Arbeitsmarktlage im Rhein-Main-Gebiet sind die Effekte zunehmend multipler Problemlagen, in denen sich viele der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten befinden, für die Beschäftigten der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) immer stärker spürbar. Die Mehrzahl der Bewerber hat einen schlechten oder keinen Schulabschluss. Neben fehlenden Berufsausbildungen kommen mangelnde berufliche Qualifikationen, ungenügende Deutschkenntnisse und gesundheitliche Einschränkungen hinzu. Für bewerberorientierte Integration bedeutet dies u. a. auch zukünftig zunehmend hohe Aufwände in der Beratung im Jobcoaching sowie besonderes Geschick in der Arbeitgeberansprache und in der Nachbetreuung der Kundinnen und Kunden.

9. Wichtige Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag haben nicht stattgefunden.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

L. Bilanz

	2014	2013	Verände-	2012
			rung	
Aktiva	in €	in €	in €	in €
- EDV-Software	67.398	119.506	-52.108	147.866
Immaterielle Vermögensgegenstände	67.398	119.506	-52.108	147.866
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	450.270	479.795	-29.525	422.615
Sachanlagen	450.270	479.795	-29.525	422.615
Anlagevermögen	517.668	599.301	-81.633	570.481
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.807.146	5.027.527	779.619	5.569.729
- Forderungen gegen den Träger Kreis Offenbach	1.356.279	2.212.125	-855.846	1.117.983
- Sonstige Vermögensgegenstände	19.735	7.892	11.844	82.996
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.183.160	7.247.544	-64.384	6.770.709
- Guthaben bei Kreditinstituten	976.389	569.732	406.658	758.484
Umlaufvermögen	8.159.549	7.817.275	342.274	7.529.192
Rechnungsabgrenzungsposten	7.780.052	7.292.895	487.158	7.369.405
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	23.666	-23.666	44.457
	16.457.269	15.733.136	724.133	15.513.535
Passiva				
- Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	70.393	0	70.393	0
- Ergebnisvortrag	0	-44.457	44.457	-108.565
- Jahresüberschuss /-fehlbetrag	0	20.791	-20.791	64.109
- Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	23.666	-23.666	44.457
Eigenkapital	70.393	0	70.393	0
- Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2.048.011	1.890.613	157.398	1.760.015
- Sonstige Rückstellungen	6.228.677	5.476.880	751.798	6.181.419
Rückstellungen	8.276.688	7.367.493	909.196	7.941.434
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	77.265	77.648	-382	88.741
- Sonstige Verbindlichkeiten	482.923	392.996	89.927	357.360
Verbindlichkeiten	560.188	470.644	89.544	446.101
Rechnungsabgrenzungsposten	7.550.000	7.895.000	-345.000	7.126.000
	16.457.269	15.733.136	724.133	15.513.535

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

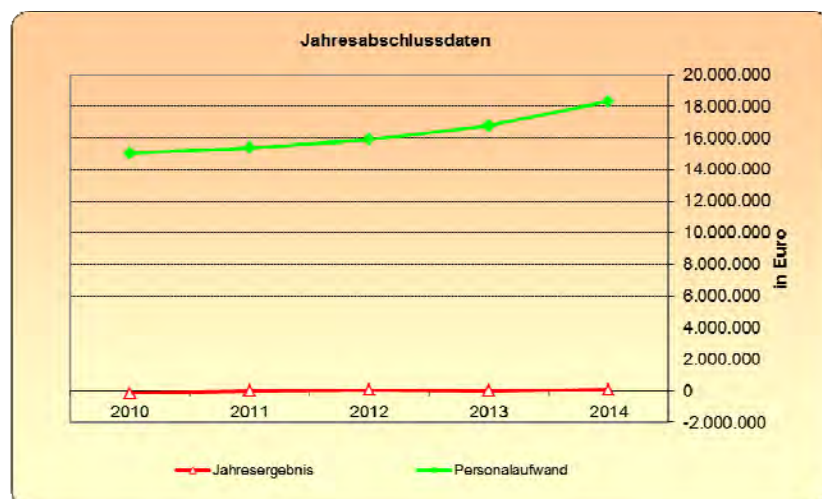
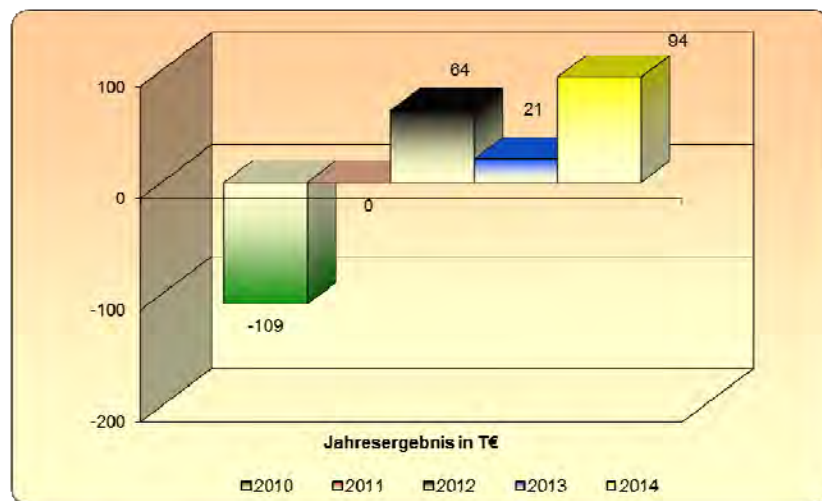
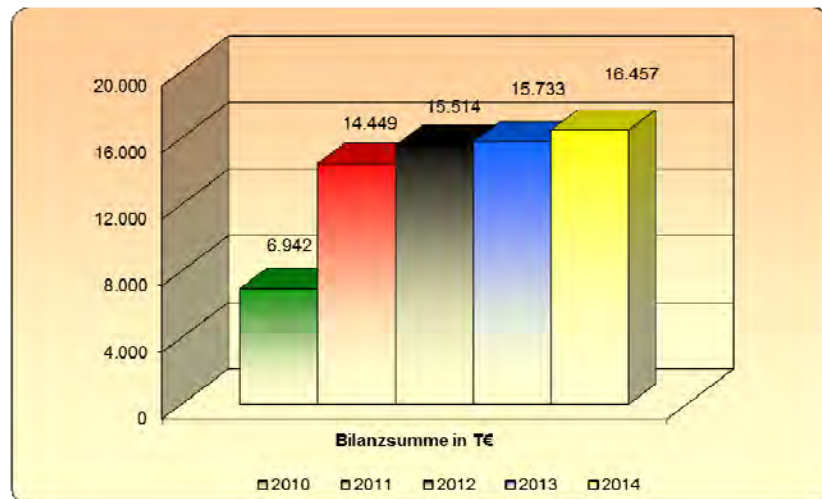
M. Gewinn und Verlustrechnung

	2014	2013
	in €	in €
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	48.132	7.034
Erträge aus Transferleistungen	162.134.662	154.591.579
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	134.882	120.445
Sonstige ordentliche Erträge	390.270	1.017.021
Summe der ordentlichen Erträge	162.707.946	155.736.080
Personalaufwendungen	17.617.368	16.522.203
Versorgungsaufwendungen	685.215	236.628
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.225.846	2.506.057
Abschreibungen	787.994	1.269.531
Transferaufwendungen	139.854.569	134.961.044
Sonstige ordentliche Aufwendungen	879.624	224.334
Summe der ordentlichen Aufwendungen	163.050.616	155.719.796
Verwaltungsergebnis	-342.670	16.283
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	516.285	96.575
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	92.262	88.705
Finanzergebnis	424.023	7.870
Ordentliches Ergebnis	81.353	24.154
Außerordentliche Erträge	14.127	19
Außerordentliche Aufwendungen	1.421	3.381
Außerordentliches Ergebnis	12.706	-3.363
Jahresüberschuss	94.058	20.791
Verlustvortrag	23.666	
Einstellungen in Rücklagen	70.393	
Bilanzergebnis	0	

Aufgrund einer geänderten Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung in 2014 wird aus Gründen der in weiten Teilen fehlenden Vergleichbarkeit der Jahre 2012 und älter auf die Darstellung dieser Vergleichsjahre verzichtet.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

Die Berufsakademie Rhein-Main GmbH wurde mit Wirkung zum 27. Oktober 2008 gegründet. Sie ging aus der Verschmelzung der beiden Gesellschaften Berufsakademie Rhein-Main GmbH & Co. KG und der Berufsakademie Rhein-Main Verwaltungs GmbH hervor.

Der Kreistag des Kreises Offenbach hat in seiner Sitzung am 20. März 2013 im Rahmen der Beschlüsse zur strategischen und finanziellen Entwicklung der KVBG mbH einstimmig die Abtretung der Gesellschaftsanteile der KVBG mbH an der Berufsakademie Rhein Main GmbH an den Kreis Offenbach beschlossen.

Gesellschafter der Berufsakademie Rhein Main GmbH sind die Stadt Rödermark und der Kreis Offenbach. Das gezeichnete Kapital beträgt € 35.000,--. Daran sind die Stadt Rödermark mit € 29.850,-- (85,29%) und der Kreis Offenbach mit € 5.150,-- (14,71%) beteiligt.

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

Anschrift	Am Schwimmbad 3, 63322 Rödermark
Telefon	06074/3101120
Telefax	06074/3101121
E-Mail	info@ba-rm.de
Internet	www.ba-rm.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2014.

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	27. Oktober 2008
Stammkapital	35.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 28.01.2014.
Handelsregister	HRB 43780 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Gegenstand der Gesellschaft

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Berufsbildung gem. § 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 der Abgabenordnung. Dieser Zweck wird verwirklicht durch die Entwicklung sowie den Betrieb einer Berufsakademie in der Stadt Rödermark und in Städten des Kreises Offenbach.

Die Gesellschaft ist berechtigt, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vorzunehmen, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes dienlich sind oder das

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

B. Gegenstand der Gesellschaft (Fortsetzung)

Unternehmen zu fördern geeignet erscheinen, insbesondere sich unmittelbar oder mittelbar an anderen Unternehmen zu beteiligen, die ebenfalls ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgen.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2014 (Stand: 31.12.2014)	
Vorsitzender	Herr Jörg Rotter
Stellv. Vorsitzende	Frau Karin von der Lühe
Mitglied	Herr Gerd Hibbeler
-----„-----	Herr Werner Popp
-----„-----	Frau Margot Süß
-----„-----	Herr Sven Sulzmann

Der Aufsichtsrat erhielt im Jahr 2014 Vergütungen von insgesamt € 240.

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Bernd Albrecht
------------------------	---------------------

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Geschäftsführung verzichtet unter Berufung auf § 286 Abs. 4 HGB auf die Angabe der Bezüge.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Stadt Rödermark	85,29	29.850,00
Kreis Offenbach	14,71	5.150,00

E. Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 2 HGO gelten als wirtschaftliche Betätigung nicht Tätigkeiten, auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung.

Aufgrund dieses Sachverhaltes ist die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2014	2013	2012
Verbindlichkeiten	2.848.938	2.916.027	2.772.132

Berichtsjahr 2014	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	2.916.027
Zunahmen	0
Abnahmen	67.089
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	2.848.938

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Geschäft

Die Berufsakademie Rhein-Main GmbH wurde mit Wirkung zum 27. Oktober 2008 gegründet. Sie ging aus der Verschmelzung der beiden Gesellschaften Berufsakademie Rhein-Main GmbH & Co. KG und der Berufsakademie Rhein-Main Verwaltungs GmbH hervor.

Gegenstand der Berufsakademie Rhein-Main GmbH ist der Betrieb einer Berufsakademie in der Stadt Rödermark.

Gesellschafter sind die Stadt Rödermark und seit 16. April 2013 der Kreis Offenbach (bis 15. April 2013 die KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH). Das gezeichnete Kapital beträgt EUR 35.000,00. Daran sind die Stadt Rödermark mit € 29.850,00 (85,29 %) und der Kreis Offenbach mit €R 5.150,00 (14,71 %) beteiligt.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden folgende Studiengänge, jeweils mit der Regelstudiendauer von sechs Semestern, angeboten:

- Studiengang Wirtschaft, mit den Spezialisierungen Handel und Dienstleistungen, Banking & Finance, Spedition & Logistik, Hotel- und Gastronomiemanagement, Industrie
- Studiengang Wirtschaftsinformatik (B.Sc.)
- Studiengang Internationale Betriebswirtschaftslehre und Außenwirtschaft (B.A.)

Mit 103 Studierenden konnte wieder eine sehr erfreulich hohe Anzahl neuer Studierenden immatrikuliert werden. Festzustellen ist die zufriedenstellende Nachfrage von Studieninteressenten nach betriebswirtschaftlichen Studiengängen und die weiterhin sehr schwierige und kostenintensive Rekrutierung für die Unternehmen im Segment der Wirtschaftsinformatik. Zu verzeichnen ist eine weiterhin gute Entwicklung der Studierendenanzahl auf einem stagnierenden aber weiterhin hohen Niveau. Auf Grund der wachsenden Konkurrenz und der nicht zu quantifizierenden Einstellungspolitik der Unternehmen ist es für die BA, im Vergleich zu den vergangenen Jahren wesentlich zeit- und kostenintensiver, die quantitativen und qualitativen Ziele zu erreichen.

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Geschäfts- und Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

Rahmenbedingungen

Generell sind die Rahmenbedingungen für duale Studiengänge positiv. Die klassische duale Ausbildung verzeichnet tendenziell eine leicht rückläufige Tendenz zu Gunsten dualer Studiengänge. Die hohe Abiturquote von über 50%, bezogen auf eine Jahreshkohorte sowie eine Studierquote von über 75% bieten die Grundlage für diese Entwicklung. Immer mehr Interessenten, die sich früher für eine klassische Ausbildung entschieden haben, wählen, auf Grund ihrer vorliegenden Hochschulzugangsberechtigung, den dualen Studienweg. Das Werben der Anbieter um die Gunst von Studieninteressenten und Unternehmen hat sich jedoch verschärft.

Die Landesregierung forciert den Aufbau dualer Studiengänge in Hessen. Die Kampagne duales Studium des HMWK und HMWVL führte zu einem größeren Bekanntheitsgrad des dualen Studiums und zu einem stärkeren Hochschulangebot. Der Anteil Studierender an Hochschulen in Hessen beträgt über 60%. Hochschulen bieten das duale Studium sehr kostengünstig an, da die Refinanzierung über staatliche Zuwendungen erfolgt und die dual Studierenden modulspezifisch an den Vorlesungen von Vollzeitstudenten teilnehmen. Für die BA ist weiterhin der fehlende Zugang zum Bafög und zum KfW Kredit hinderlich. Eine Öffnung wird es in absehbarer Zeit, so die Darlegung des BMBF und der KfW, nicht geben.

Geschäftsergebnis

Die BA konnte auch in 2014 wieder ein positives Ergebnis erzielen. Die Umsatzziele wurden erreicht. Eine Planabweichung gab es insbesondere bei den Personalkosten. Die Überschreitung von TEUR 90 ergibt sich aus einem zusätzlichen hauptamtlichen Dozenten und weiterer Unterstützung im Vertrieb und Prüfungswesen. Diese Anpassung war auf Grund der Akkreditierung und des starken Anstiegs an prüfungsspezifischen Aufgaben notwendig. Einsparungen in Höhe von TEUR 21 gab es bei den Kosten für Lehrbeauftragte. Das Jahresergebnis betrug TEUR 27.

Personal

Im Geschäftsjahr waren der Geschäftsführer und im Durchschnitt 15 Mitarbeiter in der Gesellschaft, inkl. zwei geringfügig Beschäftigte (Reinigungskräfte) und eine Angestellte in Elternzeit, beschäftigt.

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Vermögensstruktur

Insgesamt hat sich die Bilanzsumme um TEUR 21 gegenüber dem Vorjahr verringert.

Finanzlage

Die Gesellschaft verfügte zum 31. Dezember 2014 über liquide Mittel in Höhe von TEUR 2.317 (Vorjahr TEUR 2.248).

Die Zahlungsfähigkeit war stets gegeben.

Ertragslage

Im Studienbetrieb waren im Jahre 2014 durchschnittlich 297 Studierende immatrikuliert. Das Jahresergebnis beträgt T€ 27. Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen eine staatliche Zuwendung gemäß Berufsakademiegesetz in Höhe von TEUR 309. Die Voraussetzungen für die Zuwendungen wurden mit der Akkreditierung und der Anerkennung als gemeinnützige Einrichtung im Jahre 2008 gelegt.

Die Umsatzrentabilität beträgt 2,4 %,

Aus Sicht der Geschäftsführung ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens insgesamt als positiv zu betrachten.

Zukünftige Entwicklung

Die Planbarkeit der Studierendenzahlen ist weiterhin schwierig. Die konjunkturelle Situation der jeweiligen Branche wirkt sich in der Regel kurzfristig auf die betreffenden Studierendenzahlen aus.

Hochschulen sind hierbei weiterhin ernst zu nehmende Konkurrenten. Sie verstehen unter einem dualen Studienangebot vielfach die Eingliederung der Studenten in Vollzeitstudiengänge, nur mit dem Unterschied, dass die Semesterferien von den dual Studierenden obligatorisch als Praktika zu belegen sind. Das erleichtert die Organisation um ein Vielfaches und verschafft den Hochschulen die Möglichkeit, mit überschaubarem Aufwand sehr schnell am Markt agieren zu können. Auch kleine Studiengruppen sind wirtschaftlich vertretbar, da durch die Integration in den Vollzeitbetrieb keine Zusatzkosten entstehen.

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Zukünftige Entwicklung (Fortsetzung)

Die BA wird alle Anstrengungen unternehmen, die Planzahlen für 2015 zu erreichen. Eine zuverlässige Aussage zu den Studierendenzahlen für das Wintersemester 2015 ist zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund der Planungsunsicherheit und der späten Anmeldungen durch die Unternehmen nicht möglich. In der Wirtschaftsinformatik fällt es den Unternehmen weiterhin sehr schwer, qualifizierte Abiturienten zu rekrutieren. Die Nachfrage von Unternehmen ist weiterhin positiv. Allerdings erwächst der BA eine zunehmende Rekrutierungsaufgabe zu, die sehr kostenintensiv ist. Die BA unterstützt die Partnerunternehmen im Rahmen der Rekrutierung. Werbespots im Rundfunk, Anzeigen, Messeauftritte, Schulpräsentationen und Online-Stellenanzeigen werden u.a. von der BA initiiert. Die Präsenz der BA auf Messen und Schulveranstaltungen ist weiterhin sehr hoch. Besonders erfolgreich sind die neu initiierten Speed Dating Veranstaltungen.

Bezüglich des Angebots von Master Studiengängen, als zusätzliche Einnahmequelle, werden Kooperationsgespräche geführt.

Die Wirtschaftspläne 2015 und 2016 weisen für den Studienbetrieb (ohne Institut für Weiterbildung) Jahresüberschüsse von TEUR 6 bzw. TEUR 64 aus.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Der Erfolg der Berufsakademie Rhein-Main hängt auch weiterhin im Wesentlichen von folgenden zentralen Faktoren ab

- wirtschaftliche Entwicklung
- Konkurrenzsituation
- Politische Rahmenbedingungen

Das kostenlose und zum Teil identische Studienangebot der öffentlich-rechtlichen Hochschulen sowie die Konkurrenz durch andere Berufsakademien, erschweren auch weiterhin das Geschäft.

Auf Grund der steigenden, leistungsbedingten Exmatrikulationen, der kostenintensiven Rekrutierungsaktivitäten und der wachsenden Konkurrenz ist das Geschäft weiterhin sehr anspruchsvoll und personalintensiv.

Weitere Kostenverpflichtungen können sich möglicherweise aus dem EU-Beihilferecht ergeben. So könnte die Patronatserklärung ein zusätzliches Risiko darstellen. Es muss von Seiten der BA sichergestellt werden, dass die Landeszuschüsse ausschließlich dem Zweckbetrieb "Studienbetrieb" zufließen. Ein ggf. notwendiger Nachweis kann in Form einer Trennungsrechnung erfolgen.

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Eine hohe Qualität des Studiums, Flexibilität und Kundennähe werden sich jedoch auch weiterhin positiv auf unsere Akademie auswirken.

Die Geschäftsführung und die Mitarbeiter der Berufsakademie werden auch weiterhin alle Kraft in die Weiterentwicklung der Berufsakademie lenken. Eine weiterhin kostenbewusste, kundenorientierte und bedarfsgerechte strategische Vorgehensweise, unter dem Blickwinkel des Wachstums und der Profitabilität, wird auch weiterhin die Maxime sein.

Der Risikofrüherkennung wird durch eine ständige Markt- und Konkurrenzbeobachtung Rechnung getragen. Unsere Controlling-Instrumentarien ermöglichen eine systematische und zeitnahe Kostenkontrolle und Kostenabweichungsanalyse.

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

L. Bilanz

	2014	2013	Verände-	2012
	in €	in €	rung in €	in €
Aktiva				
Immaterielle Vermögensgegenstände	4	4	0	4
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.867.072	2.930.866	-63.794	2.897.350
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	61.397	76.410	-15.013	81.944
Sachanlagen	2.928.469	3.007.276	-78.807	2.979.294
Finanzanlagen / Sonstige Ausleihungen	100	100	0	100
Anlagevermögen	2.928.573	3.007.380	-78.807	2.979.398
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.707	5.032	-325	16.341
Sonstige Vermögensgegenstände	6.228	16.150	-9.922	95.594
	10.935	21.182	-10.247	111.935
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.316.706	2.248.048	68.658	1.865.770
Umlaufvermögen	2.327.641	2.269.230	58.411	1.977.705
Rechnungsabgrenzungsposten	2.628	3.028	-399	660
	5.258.842	5.279.638	-20.796	4.957.763

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2014	2013	Verände-	2012
	in €	in €	rung in €	in €
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	35.000	35.000	0	35.000
Kapitalrücklage	247.868	247.868	0	247.868
Gewinnrücklage	1.829.593	1.802.188	27.405	1.642.376
Jahresüberschuss	0	0	0	0
Eigenkapital	2.112.461	2.085.056	27.405	1.925.244
Sonstige Rückstellungen	71.693	46.055	25.638	35.387
Rückstellungen	71.693	46.055	25.638	35.387
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.800.000	2.800.000	0	2.580.000
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0	0	0	2.700
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	13.298	82.905	-69.607	167.820
Sonstige Verbindlichkeiten	35.640	33.122	2.518	21.612
Verbindlichkeiten	2.848.938	2.916.027	-67.089	2.772.132
Rechnungsabgrenzungsposten	225.750	232.500	-6.750	225.000
	5.258.842	5.279.638	-20.796	4.957.763

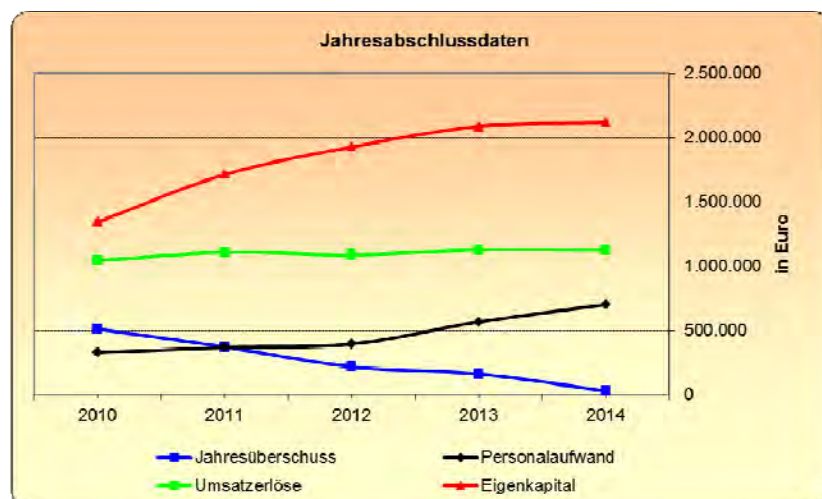
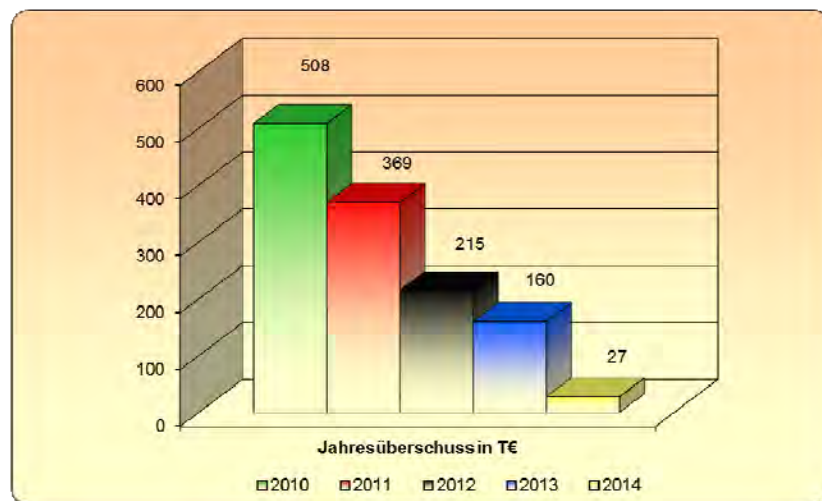
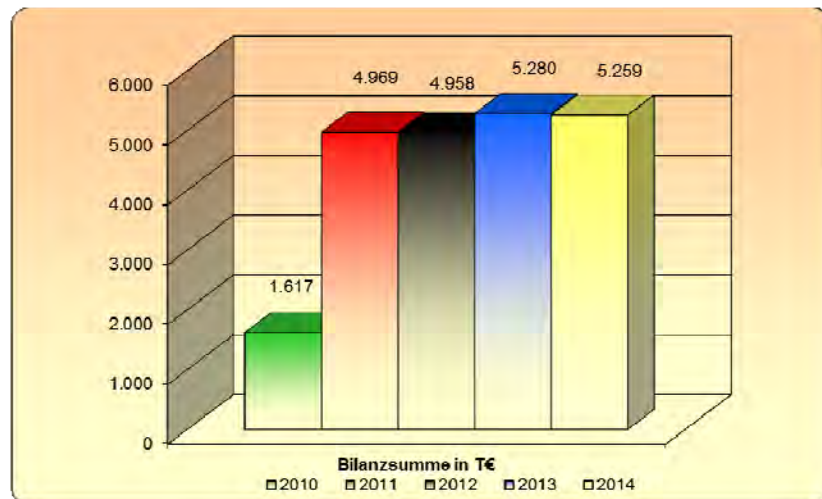
**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2014	2013	2012
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	1.120.437	1.123.790	1.086.006
Sonstige betriebliche Erträge	354.755	329.449	313.058
Löhne und Gehälter	590.484	482.910	335.197
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	107.796	80.942	56.270
Personalaufwand	698.280	563.852	391.467
Abschreibungen auf Sachanlagen	90.530	83.725	91.296
Sonstige betriebliche Aufwendungen	529.210	518.865	581.065
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.394	3.615	9.086
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	131.160	130.600	129.618
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	27.405	159.812	214.704
Jahresüberschuss	27.405	159.812	214.704
Gewinnvortrag	0	0	0
Entnahmen Rücklagen	0	0	800.000
Einstellungen Rücklagen	27.405	159.812	1.014.704
Bilanzgewinn	0	0	0

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

Anschrift	Rathausplatz 1, 61343 Bad Homburg v.d. Höhe Geschäftsstelle: Poststrasse 16, 60329 Frankfurt
Telefon	069/2577-1700
Telefax	069/2577-1750
E-Mail	geschaeftsfuehrung@krfrm.de
Internet	www.krfrm.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2014

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	gGmbH
Gründungsdatum	21. Dezember 2005
Stammkapital	29.650,-- €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag vom 21.12.2005 mit Änderung vom 11.04.2012.
Handelsregistereintrag	HRB 10260 beim Amtsgericht Bad Homburg v. d. Höhe

B. Zweck der Gesellschaft

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Gegenstand und Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Kultur durch die Schaffung und Durchführung regional, überregional und international bedeutsamer Kulturprojekte und Veranstaltungen. Diese haben den Zweck, das kulturelle Profil der Gesellschafter und der Region Frankfurt Rhein-Main zu schärfen und herauszuheben.

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere verwirklicht durch

- die Fortführung und Durchführung bisher beispielhaft veranstalteter und begonnener Projekte wie die Route der Industriekultur, Garten Rhein-Main, Freiheit des Geistes – Geist der Freiheit und weiterer, bisher noch nicht begonnener Kulturprojekte und Veranstaltungen,
- die Pflege der interkommunalen Zusammenarbeit in Form von Vernetzung, Austausch, Bündelung und Präsentation kultureller Projekte innerhalb der Kulturregion Frankfurt Rhein-Main mit dem Ziel, das Interesse an den vielfältigen Kulturangeboten der Rhein-Main Region zu fördern,
- die Unterstützung regional und überregional bedeutsamer kultureller Projekte gemeinnütziger Träger und Veranstalter, wobei die Grenze hierfür bei maximal 50% der Eigenmittel der Gesellschaft liegt,
- eine übergreifende Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung der lokalen kulturbezogenen Öffentlichkeitsarbeit,
- die überregionale und internationale Präsentation der Kulturregion.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2014 (Stand: 31.12.2014)

Vorsitzender	Herr Thomas Will
Zweiter Vorsitzender	Herr Prof. Dr. Felix Semmelroth
Mitglieder	Herr Burkard Fleckenstein
-----„-----	Frau Beate Fleige

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

**Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2014
(Stand: 31.12.2014) (Fortsetzung)**

Mitglieder	Herr Dennis Grieser
-----,,-----	Herr Claus Kaminsky
-----,,-----	Herr Wolfgang Kollmeier
-----,,-----	Herr Ulrich Krebs
-----,,-----	Herr Michael Keller
-----,,-----	Frau Antje Köster
-----,,-----	Herr Joachim Kolbe
-----,,-----	Herr Jochen Partsch
-----,,-----	Frau Cornelia-Katrin von Plottnitz
-----,,-----	Herr Oliver Quilling
-----,,-----	Herr Horst Schneider
-----,,-----	Herr Dr. Thomas Stöhr
-----,,-----	Herr Ludger Stüve

Geschäftsführung

Geschäftsführerin	Frau Sabine von Bebenburg
--------------------------	---------------------------

Die Schutzklausel gem. § 286 Abs. 4 HGB wurde in Anspruch genommen.

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

D. Gesellschafter

Gesellschafter (Stand:31.12.2014)	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	9,44 %	2.800,00
Hochtaunuskreis	5,40 %	1.600,00
Landkreis Groß-Gerau	5,73 %	1.700,00
Main-Taunus-Kreis	5,73 %	1.700,00
Stadt Alzenau	0,68 %	200,00
Stadt Aschaffenburg	2,02 %	600,00
Stadt Babenhausen	0,51 %	150,00
Stadt Bad Homburg vor der Höhe	1,69 %	500,00
Stadt Bad Vilbel	1,01 %	300,00
Stadt Bischofsheim	0,51 %	150,00
Stadt Bingen	0,84 %	250,00
Stadt Büdingen	0,68 %	200,00
Stadt Darmstadt	4,38 %	1.300,00
Stadt Dieburg	0,51 %	150,00
Stadt Dreieich	1,35 %	400,00
Stadt Eltville	0,51 %	150,00
Stadt Eschborn	0,68 %	200,00
Stadt Frankfurt am Main	20,24 %	6.000,00
Stadt Friedberg (Hessen)	0,84 %	250,00
Stadt Friedrichsdorf Taunus	0,84 %	250,00
Markt Groß-Ostheim	0,51 %	150,00

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

D. Gesellschafter (Fortsetzung)

Gesellschafter (Stand:31.12.2014)	Anteil in %	Anteil in €
Stadt Geisenheim	0,34 %	100,00
Stadt Ginsheim-Gustavsburg	0,51 %	150,00
Stadt Hanau	2,70 %	800,00
Stadt Hattersheim	0,68 %	200,00
Stadt Ingelheim	0,84 %	250,00
Stadt Kelsterbach	0,51 %	150,00
Stadt Kronberg im Taunus	0,51 %	150,00
Stadt Langen	1,01 %	300,00
Stadt Miltenberg	0,34 %	100,00
Stadt Offenbach am Main	3,71 %	1.100,00
Stadt Raunheim	0,51 %	150,00
Stadt Rüsselsheim	1,86 %	550,00
Stadt Seligenstadt	0,68 %	200,00
Gemeinde Brachtal	0,17 %	50,00
Gemeinde Niederdorfelden	0,34 %	100,00
Gemeinde Wölfersheim	0,34 %	100,00
Regionalverband FrankfurtRheinMain	3,37 %	1.000,00
Eigene Anteile	17,54 %	5.200,00

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Die gesetzliche Verpflichtung der Städte, Gemeinden und Landkreise zur Bildung von Zusammenschlüssen im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ergibt sich aus dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG). Gesetzliche Aufgabe ist unter anderem die Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung von kulturellen Einrichtungen von überörtlicher Bedeutung, § 1 Abs. 1 Nr. 5 BallrG.

Aufgrund dieses Sachverhaltes ist eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entbehrlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Privatrechtliche Leistungsentgelte

Produkt Förderung des Ehrenamtes, Sport und Kultur 10.60.01.69100010

Buchungsstelle 10.60.01.69100010, anteilig bezogen auf die Gesellschaft

in €	2015	2014	2013
Mitgliedsbeitrag Kulturregion Frankfurt Rhein-Main gGmbH	24.100	24.100	24.071

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2015 und 2014 jeweils auf die Haushaltsansätze und für das Jahr 2013 auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung des Kreises.

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2014	2013	2012
Verbindlichkeiten	9.807	35.162	19.597

Berichtsjahr 2014	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	35.162
Zunahmen	0
Abnahmen	25.355
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	9.807

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014

Grundlagen des Unternehmens

I. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Geschäftsverlauf 2014 war geprägt durch die Intensivierung der Projektarbeit, gepaart mit einem ebenso intensiven Werben um neue Gesellschafter, der Suche nach Kooperationspartnern und der Drittmiteleinwerbung. Mit dem Kulturfonds wurde die Kooperation "Klangkunst" in Industriekultur anlässlich der Eröffnung der Tage der Industriekultur im Hattersheimer Wasserwerk begonnen. Ergänzende Veranstaltungsformate wie Vortragsreihen wurden sehr gut angenommen und verhalfen der KulturRegion mit ihren Projekten und besonderen Orten zu einem noch höheren Bekanntheitsgrad.

Die Vernetzung und der Austausch der regionalen Akteure ruhrte zu einer dauerhaften Qualitätssteigerung der Kulturarbeit vor Ort, was den Gesellschaftern ebenso unmittelbar nutzte wie die Impulse, die durch die Geschäftsstelle in die Facharbeitskreise gegeben werden. Neben der Projektarbeit wurde der Bereich "Service" ausgebaut. Im April 2014 fand eine Veranstaltung zum Thema Kulturtourismus in der KulturRegion statt und im November (s.u.) ein Workshop zur kulturellen Teilhabe. Beide Veranstaltungen stießen auf sehr große Resonanz bei den Mitgliedskommunen.

- Das Jahresprogramm "Museen und Sonderausstellungen in Rhein-Main" erschien im Januar zum fünften Mal. Die Auflage lag bei 50.000 Exemplaren. 61 Museen und Ausstellungshäuser aus der ganzen Region beteiligten sich. Durch Druckkostenbeteiligungen und Anzeigen konnte das Jahresprogramm weitgehend refinanziert werden.
- Zum sechsten Mal fand das etablierte Internationale Kindertheaterfestival "Starke Stücke" vom 18. - 28.03.2014 unter dem Dach der KulturRegion statt: 16 nationale und internationale Theaterproduktionen aus neun Ländern wurden in 125 Vorstellungen in 17 Städten gezeigt, ergänzt durch 50 theaterpädagogische Workshops und Lehrerfortbildungen in Schulen, Kindergärten und Theatern. Zudem gab es zwei Festivalprojekte in Hofheim und Eschborn. Im Jubiläumsjahr wurde das Festival mit dem Kinder- und Jugendtheaterpreis der Stadt Frankfurt "Karfunkel" ausgezeichnet.

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Grundlagen des Unternehmens (Fortsetzung)

I. Wirtschaftsbericht (Fortsetzung)

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

- GartenRheinMain - Vom Klostergarten zum Regionalpark feierte 2014 sein zehnjähriges Bestehen mit zehn sog. Fokusveranstaltungen zum Jahresthema "Kräuter, Kuren & Kulturen – Im Garten der Gesundheit". Eine Vortragsreihe zum Jahresthema im Palmensaal des Frankfurter Palmengartens ergänzte das Jubiläumsprogramm. Das rund 800 Veranstaltungen umfassende Jahresprogramm GartenRheinMain erschien im März 2014 wieder in einer Auflage von 45.000 Exemplaren. Im Mai 2014 erschien der gemeinsam mit dem Institut für Stadtgeschichte in der Reihe "Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst" herausgegebene Band "Frankfurter Parkgeschichten", eine Dokumentation der gleichnamigen Vortragsreihe im Institut.
- Das Programm zum Projekt "Burgen, Schlösser und Paläste" hatte als Leitmotiv 2014 ebenfalls das Thema Gesundheit: "Wasser, Pest und schlechte Lüfte - Feudale Orte der Gesundheit" umfasste rund 80 Veranstaltungen an 36 Orten, die Auflage betrug 20.000. Im Herbst wurde ein Schreibwettbewerb für Kinder, Jugendliche und Erwachsene unter dem Titel "Neue Burg- und Schlossgeschichten aus der Region" durchgeführt. Unterstützt wurde der Wettbewerb von der FAZIT-Stiftung, den Städten Bad Vilbel und Kronberg sowie von hr2-kultur. Der HR machte aus den Wettbewerbsbeiträgen ein einstündiges Feature im Hörfunk.
- Das Projekt "Geist der Freiheit" griff die Jahrestage zu den Befreiungskriegen und zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges auf und stellte das Jahr 2014 unter das Motto "Krieg und Freiheit". Im Zentrum stand die gleichnamige Wanderausstellung zur Geschichte der Region in der Franzosenzeit und den Befreiungskriegen 1792-1815. Sie wurde im Jahresverlauf an sechs Orten in der KulturRegion gezeigt und um zahlreiche Begleitveranstaltungen ergänzt. Die Ausstellung wandert 2015 weiter durch die Region. Die Impulsveranstaltung "Krieg und Freiheit" am 13.10.2014 in Hanau fand vor dem Eindruck aktueller Konflikte (Ukraine, IS) statt. Insofern spannte die gemeinsam mit der Stadt Hanau, hr-info und der Friedrich-Naumann-Stiftung/Karl-Hermann-Flach-Stiftung durchgeführte Podiumsdiskussion den Bogen von der Geschichte bis in die Gegenwart.

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Grundlagen des Unternehmens (Fortsetzung)

I. Wirtschaftsbericht (Fortsetzung)

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

- Bei der Route der Industriekultur standen die 12. Tage der Industriekultur RheinMain unter dem gemeinsamen Jahresthema "Gesundheit!". Im Jahr 2014 umfassten die Tage der Industriekultur über 400 Veranstaltungen mit mehr als 24.000 Besuchern an rund 150 Orten in der KulturRegion FrankfurtRheinMain. Erstmals wurden die Tage der Industriekultur in der letzten Woche vor den Schulferien veranstaltet. Durch spezielle "Schülerpakete", ist es gelungen, rund 2.000 Kinder und Jugendliche für das Thema zu gewinnen. Ebenfalls zum ersten Mal wurden die Tage der Industriekultur 2014 auf zehn Tage, mit zwei Wochenenden ausgeweitet. Im Herbst wurde in Kooperation mit verschiedenen Partnern eine ergänzende Vortragsreihe konzipiert und durchgeführt, die sich großer Beliebtheit erfreute.
- Gemeinsam mit der Landesvereinigung Kulturelle Bildung und der Sparkassen Kulturstiftung veranstaltete die KulturRegion am 21.11.2014 ein eintägiges Symposium mit Workshops zum Thema kulturelle Teilhabe mit dem Titel "Kultur für Alle!?". Prof. Hilmar Hoffmann, der die Schirmherrschaft übernommen hatte, begleitete die Veranstaltung. Bei den über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der ganzen KulturRegion stieß das Symposium auf sehr großes Interesse, sie wirkten auch tatkräftig an den Workshops zu: Kinder, Jugendliche, Kultur im Stadtteil und generationenübergreifende Projekte mit. Allgemeiner Wunsch war mit weiteren Veranstaltungen den Diskussionsprozess fortzuführen.

Alle Projekte in 2014 hatten gemeinsam mit ihren Partnern wieder sehr öffentlichkeitswirksame und attraktive Veranstaltungen durchgeführt, was sich nicht nur in den Teilnehmerzahlen, sondern auch in der Resonanz in den Medien dokumentierte. Ergänzend zu den Veranstaltungsprogrammen GartenRheinMain (GRM) und Route der Industriekultur (RDIK) veröffentlichte die Frankfurter Allgemeine Zeitung jeweils Sonderseiten bzw. Sonderbeilagen.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden wieder regelmäßig Informations-, Akquisitions- und Repräsentationstermine bei aktuellen und potenziellen Gesellschaftern sowie bei anderen kulturellen Akteuren, Institutionen und Netzwerken wahrgenommen - dies sowohl regional, national wie international.

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Grundlagen des Unternehmens (Fortsetzung)

I. Wirtschaftsbericht (Fortsetzung)

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

Der Main-Kinzig-Kreis kündigte seine Mitgliedschaft zum 31.12.2014. Im Dezember wurde die Aufnahme von sechs neuen Kommunen als Gesellschafter beschlossen (Brachtal, Büdingen, Geisenheim, Ingelheim, Kronberg, Raunheim). Die Stadt Nidda wird ab 2014 assoziiertes Mitglied.

2. Geschäftsverlauf

Die Erträge aus Mitgliedsbeiträgen und Zuschüssen sind um TEUR 88,3 von TEUR 539,4 im Vorjahr auf TEUR 451,1 gesunken, wovon TEUR 26,1 auf geringere Mitgliedsbeiträge entfallen und TEUR 62,2 auf geringere veranstaltungsgebundene Zuschüsse. Der Austritt des Gesellschafter Main-Kinzig-Kreis mit einem Mitgliedsbeitrag von TEUR 31,5 im Vorjahr konnte durch die Mitgliedsbeiträge der neu beigetretenen Gesellschafter in Höhe von TEUR 11,2 nicht kompensiert werden. Die übrigen Umsatzerlöse sind mit TEUR 79,4 gegenüber dem Vorjahr (TEUR 81,9) annähernd konstant geblieben. Der Personalaufwand hat sich um TEUR 33,3 von TEUR 170,0 im Vorjahr auf TEUR 203,3 erhöht, die Aufwendungen für bezogene Leistungen um TEUR 7,3 von TEUR 39,6 im Vorjahr auf TEUR 46,9. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um TEUR 149,1 von TEUR 394,6 auf TEUR 245,5 gesunken. Dies resultiert ganz überwiegend aus der Reduzierung der Kosten für Druck und Gestaltung um TEUR 63,4 von TEUR 183,9 im Vorjahr auf TEUR 120,5 sowie der veranstaltungsabhängigen Kosten um TEUR 72,9 von TEUR 101,9 im Vorjahr auf TEUR 29,0. Insgesamt ergab sich gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverbesserung um TEUR 19,9.

3. Lage

a. Ertragslage

Die Ertragslage stellt sich zum zweiten Mal in Folge positiv dar. Bei einer Ergebnisverbesserung um TEUR 19,9 wurde ein Jahresüberschuss von TEUR 35,1 erzielt (Vorjahr: TEUR 15,2). Die Ergebnisverbesserung setzt sich zusammen aus einem um TEUR 70,0 von TEUR 393,8 auf TEUR 323,8 gesunkenen Verlust im Bereich sonstige Zweckbetriebe sowie einem um TEUR 7,0 von TEUR 22,3 auf TEUR 29,3 gestiegenen Gewinn im Bereich sonstige Geschäftsbetriebe, welchem insbesondere ein um TEUR 56,7 von TEUR 385,8 auf TEUR 329,1 gesunkener Gewinn im ideellen Bereich gegenübersteht.

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

Grundlagen des Unternehmens (Fortsetzung)

I. Wirtschaftsbericht (Fortsetzung)

3. Lage (Fortsetzung)

a. Ertragslage (Fortsetzung)

Die Ergebnisverbesserung im Bereich sonstige Zweckbetriebe um TEUR 70,0 resultiert ganz überwiegend aus den um TEUR 63,4 gesunkenen Kosten für Druck und Gestaltung sowie den um TEUR 72,9 gesunkenen veranstaltungsabhängigen Kosten, denen eine Verminderung der Umsatzerlöse und Zuschüsse in Höhe von TEUR 71,6 gegenübersteht.

b. Finanzlage

Die Finanzlage hat sich gegenüber dem Vorjahr positiv verändert. Es ergab sich zum zweiten Mal in Folge ein positiver Cash Flow (Jahresüberschuss zuzüglich Abschreibungen) in Höhe von TEUR 36,8 (Vorjahr: TEUR 17,9). Der Finanzmittelbestand ist um TEUR 13,1 auf TEUR 237,4 gestiegen. Gelder werden kurzfristig zu bestmöglichen Marktkonditionen bei den örtlichen Sparkassen angelegt.

c. Vermögenslage

Die Vermögenslage zum Bilanzstichtag war gekennzeichnet durch einen gemessen an der Bilanzsumme von TEUR 246,3 sehr hohen Finanzmittelbestand von TEUR 237,4 im Umlaufvermögen, der sich überwiegend in einem um TEUR 33,0 gestiegenen Eigenkapitalbestand von TEUR 200,2 widerspiegelt. Das Stammkapital in Höhe von TEUR 29,6 blieb im Geschäftsjahr unverändert wobei die Gesellschaft infolge des Austritts des Gesellschafters Main-Kinzig-Kreis bei Neuaufnahme der Kommunen Brachtal, Büdingen, Geisenheim, Ingelheim, Kronberg und Raunheim zum Stichtag 31.12.2014 über eigene Anteile in Höhe von TEUR 5,2 verfügt.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Das Zinsergebnis beläuft sich im Geschäftsjahr auf TEUR 0,5 (Vorjahr 0,9).

Die Eigenkapitalrentabilität, die Umsatzrendite und der Return on Investment sind zweiten Mal in Folge positiv. Die Gesellschaft ist infolge ihrer Gemeinnützigkeit jedoch nicht auf die Erzielung von Gewinnen angelegt.

Die Liquidität ersten Grades beläuft sich bei liquiden Mitteln von TEUR 237,4 (Vorjahr: TEUR 224,3) und kurzfristigen Verbindlichkeiten von TEUR 9,8 (Vorjahr: TEUR 35,2) auf 24,2 (Vorjahr: 6,4).

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

II. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

III. Chancen- und Risikobericht sowie Prognosebericht

1. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die bestehenden Projekte, Veranstaltungen und Publikationen dienen unmittelbar dem Gesellschaftszweck. Sie bieten mit ihrer bewährten Konzeption und Grundlagenarbeit, ihren neuen Ansätzen (Fokusthemen), ihrer großen Akzeptanz und etablierten Vernetzungen ideale Bedingungen für eine positive Weiterentwicklung. Dies wird mithilfe von Kooperationspartnern möglich, die ihre jeweiligen Ressourcen einbringen. So wird in 2015 ein gemeinsames Kooperationsprojekt von "Geist der Freiheit - Freiheit des Geistes" der KulturRegion und "Transit" des Kulturfonds vorbereitet, das sich bis ins Jahr 2017 erstrecken soll. Bei der "Route der Industriekultur Rhein-Main" 2015 wird gemeinsam mit dem Regionalverband die Beteiligung an EU-Kooperationsprojekten vorbereitet, die im Oktober zur Förderung eingereicht werden sollen. Durch die aktive Mitgliedschaft bei der Initiative Industriekultur in Hessen, die landesweit auftritt, tun sich für die KulturRegion Möglichkeiten einer Unterstützung auf Landesebene auf im Kontakt zum Hessischen Landesamt für Denkmalpflege und dem Wirtschaftsministerium, in dem auch das Referat für Kreativwirtschaft angesiedelt ist. Beim Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst gibt es Gespräche zur Förderung von 10 bis 16 jährigen im Umfeld des Kindertheaterfestivals Starke Stücke sowie bei den Tagen der Industriekultur. GartenRheinMain stellt mit "Stadt Land Grün" 2015 wieder aktuelle Trends und gute Praxisbeispiele vor, von der "essbaren Siedlung" bis zur städtischen Freiflächenplanung.

Damit die Potenziale der KulturRegion stärker wahrgenommen werden, jenseits der erfolgreich erreichten Primärzielgruppen, gilt es, die Öffentlichkeitsarbeit systematisch zu verstärken: Hier ist in 2015 ein neuer Webauftritt vorgesehen sowie ein Mitarbeiter (Teilzeit oder freier Mitarbeiter) für die Öffentlichkeitsarbeit, wie in einer Gesellschaft dieser Größenordnung üblich (und auch von den Gesellschaftern gefordert). Auch der Imageflyer der KulturRegion wird 2015 überarbeitet und neu aufgelegt.

Angedacht ist weiterhin eine Fortbildung für Gästeführer (Multiplikatoren) zu den Highlights und verborgenen Schätzen der KulturRegion und ein Ausbau von Infostellen der KulturRegion in Museen.

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

III. Chancen- und Risikobericht sowie Prognosebericht (Fortsetzung)

1. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft (Fortsetzung)

Auf dem Gebiet "Service und Beratung" sollen 2015 die Bereiche kulturelle Bildung und Marketing sowie touristische Angebote weiter entwickelt werden. Dazu sind Veranstaltungen für Akteure aus der KulturRegion geplant, die an die Aktivitäten von 2014 anknüpfen (Treffen Touristiker, Tagung kulturelle Teilhabe). Auch das touristisch interessante Jahresprogramm "Museen und Sonderausstellungen" wird 2015 wieder erarbeitet (erscheint jeweils im Januar). "Burgen, Schlösser und Paläste" wird, wie beschlossen, nicht mehr unter dem Dach der KulturRegion fortgeführt. Hier konnte der RMV gewonnen werden, das Thema, wenn auch in anderer Form, fortzuführen.

Um die Metropolregion FrankfurtRheinMain umfassend und attraktiv abzubilden, ist die Beteiligung der Landeshauptstädte Wiesbaden und Mainz weiter wünschenswert. In den kleineren Kommunen bieten Gespräche über konkrete Potenziale und Projekte, der Marketing- und Tourismus-Aspekt sowie der Mehrwert durch die interkommunale Zusammenarbeit Gelegenheit, Bürgermeister für einen Beitritt zur KulturRegion anzusprechen.

Eine stärkere Einbindung des Landes Hessen und der an der Gesellschaft beteiligten Bundesländer Rheinland-Pfalz und Bayern wird weiter angestrebt. Die Konsolidierung der Gesellschaft, die Bestandspflege der Mitglieder sowie das Werben um neue Gesellschafter und Drittmittel bleibt eine permanente Herausforderung in Zeiten knapper öffentlicher finanzieller Ressourcen.

2. Risikobericht

Trotz der Gemeinnützigkeit der Gesellschaft in Verbindung mit fehlender Gewinnerzielungsabsicht bleibt die Abhängigkeit von Zuschüssen und Mitgliedsbeiträgen der Gesellschafter. In Zeiten knapper öffentlicher Kassen und kommunalen Schutzschirmen in Hessen stehen freiwillige Leistungen auf dem Prüfstand - die Bestandspflege der Gebietskörperschaften bleibt eine wichtige Aufgabe.

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

III. Chancen- und Risikobericht sowie Prognosebericht (Fortsetzung)

3. Chancenbericht

Durch die Ausweitung der Kooperation mit dem Kulturfonds tun sich Möglichkeiten auf, Potenziale in der KulturRegion attraktiv zu präsentieren und bekannter zu machen. Auch durch die Bündelung von Kräften mit verwandten regionalen Organisationen (Standortmarketing, Tourismus, Willkommenskultur, kulturelle Bildung und Integration) kann die Wirksamkeit und Reichweite der KulturRegion-Aktivitäten erhöht werden. Es sieht so aus, dass sich hier noch große zukünftige Aktionsfelder auftun können für die KulturRegion.

Die Qualitätssteigerung kultureller Angebote durch interkommunale Kooperation bleibt ein wichtiges Aufgabenfeld der KulturRegion, das den Gesellschaftern und Menschen in der Metropolregion FrankfurtRheinMain unmittelbar zu Gute kommt.

Durch die Einhaltung der projektbezogenen Budgets und flexible Anpassung der Projektbudgets je nach Höhe der projektbezogenen Zuschüsse sollte wie bisher auch längerfristig ein annähernd ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden können. Die Vielzahl der Gesellschafter und die daraus resultierende breite Streuung der Mitgliedsbeiträge bieten hierfür, zusammen mit den Zuschüssen des Landes Hessen und des Regionalverbandes Frankfurt/Rhein-Main, eine verlässliche Berechnungsgrundlage.

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

L. Bilanz

	2014	2013	Verän-	2012
			derung	
Aktiva	in €	in €	in €	in €
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände				
- Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen	1.156	1.304	-148	1.451
Sachanlagen				
- andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.526	7	7.519	2.557
	8.682	1.311	7.371	4.008
Umlaufvermögen				
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	88	-88	2.970
- Sonstige Vermögensgegenstände	222	222	0	2.237
	222	311	-88	5.208
Flüssige Mittel				
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	237.368	224.302	13.066	190.048
	237.591	224.613	12.978	195.255
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	246.273	225.924	20.349	199.263

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2014	2013	Verän-	2012
			derung	
Passiva	in €	in €	in €	in €
Eigenkapital				
- Gezeichnetes Kapital	29.650	29.650	0	29.650
- Eigene Anteile	-5.200	-3.200	-2.000	0
- Kapitalrücklagen	125.517	125.517	0	141.958
- Ergebnissrücklagen	0	0	0	0
- Gewinnvortrag	15.196	0	15.196	0
- Jahresüberschuss/-fehlbetrag	35.053	15.196	19.858	-16.442
	200.215	167.162	33.053	155.167
Rückstellungen				
- Sonstige Rückstellungen	33.250	23.600	9.650	24.500
	33.250	23.600	9.650	24.500
Verbindlichkeiten				
- Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0	11.300	-11.300	5.000
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.312	6.923	-3.611	8.187
- Sonstige Verbindlichkeiten	6.495	16.938	-10.443	6.409
	9.807	35.162	-25.354	19.597
Rechnungsabgrenzungsposten	3.000	0	3.000	0
	246.273	225.924	20.349	199.263

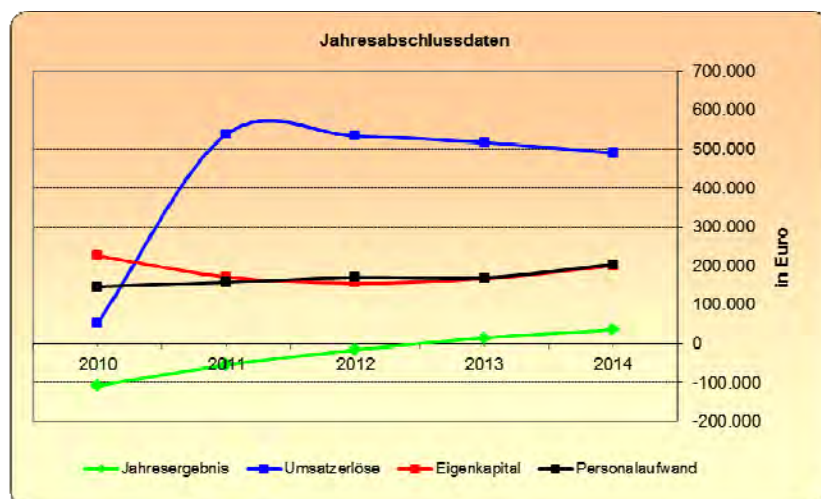
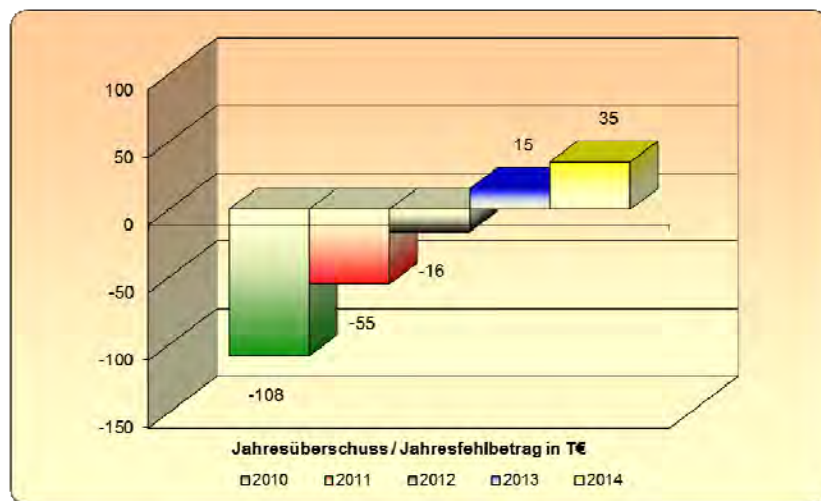
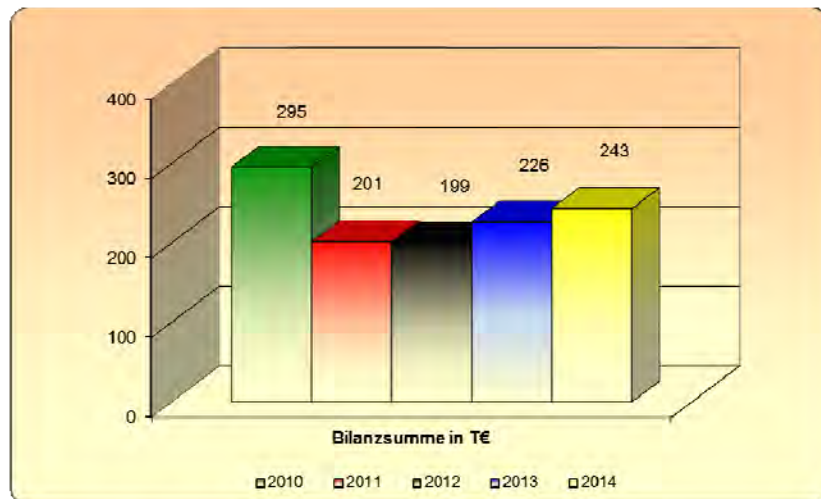
Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2014	2013	2012
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	489.890	516.880	533.680
Sonstige betriebliche Erträge	42.157	104.382	78.363
Gesamtleistung	532.047	621.262	612.043
Materialaufwand			
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	46.937	39.602	68.842
Rohergebnis	485.110	581.660	543.201
Löhne und Gehälter	169.517	138.706	135.489
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	33.802	31.282	35.282
Personalaufwand	203.319	169.988	170.770
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.704	2.697	9.392
Sonstige betriebliche Aufwendungen	245.545	394.637	381.044
Betriebsergebnis	34.541	14.339	-18.005
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	512	856	1.564
Finanzergebnis	512	856	1.564
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	35.053	15.196	-16.442
Jahresfehlbetrag	35.053	15.196	-16.442

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

Anschrift	Rembrücker Straße 15, 63150 Heusenstamm
Telefon	06104/6488-0
Telefax	06104/6488-19
E-Mail	schulpartner@hochtief.de
Internet	www.hochtief-schulpartner.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2014

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH & Co. KG
Gründungsdatum	13. Oktober 2004
Stammkapital	100.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der zuletzt geänderten Fassung vom 18.08.2009.
Handelsregistereintrag	HRA 41335 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Bewirtschaftung, Instandsetzung und Instandhaltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeisterservices, Facility Management Aufgaben, Verwaltungsleistungen, etc. unter Beachtung des Grundsatzes des unbedingten Vorrangs des ordnungsgemäßen Schulbetriebes. Ausgenommen sind der Unterrichtsbetrieb in diesen Schulen und die Trägerschaft der Schulen.

Die Gesellschaft kann ferner Betriebs- und Instandhaltungsleistungen für öffentliche Gebäude aller Art im Rhein-Main-Gebiet erbringen.

Die Gesellschaft ist zu allen Handlungen berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm zu dienen geeignet sind und die seine Erfüllung nicht gefährden.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

B. Gegenstand des Unternehmens (Fortsetzung)

Die Gesellschaft darf insbesondere Dritte mit der Betreuung und Durchführung der baulichen Instandhaltung und Instandsetzung sowie der Bewirtschaftung der Schulimmobilien beauftragen.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2014 (Stand: 31.12.2014)		
Vorsitzender	Herr Peter Coenen	
Stellv. Vorsitzender	Herr Oliver Quilling	
Mitglied	Frau Sandra Arendt	
-----„-----	Herr Peter Buchta	bis 28.11.2014
-----„-----	Herr Roland Gerhardt	ab 28.11.2014
-----„-----	Herr Bernd Holtwick	
-----„-----	Frau Claudia Jäger	
-----„-----	Herr Dr. Roland Mörmel	bis 31.12.2014

Im Berichtsjahr wurden Aufsichtsratsvergütungen in Höhe von € 200,-- geleistet.

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Raik Kratz
------------------------	-----------------

Auf die Angaben der Gesamtbezüge der gesetzlichen Vertreter ist in zulässiger Anwendung von § 286 Abs. 4 HGB verzichtet worden.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Hochtief PPP Solutions GmbH, Essen	94,90	94.900,--
Kreis Offenbach	5,10	5.100,--

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen
keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Entsprechend des § 138 Hessisches Schulgesetz (HSchG) sind die kreisfreien Städte und Landkreise Träger der Schulen, soweit in § 138 nichts anderes bestimmt ist. Die Trägerschaft des Kreises Offenbach bleibt durch die Beauftragung der Hochtief-PPP Schulpartner GmbH für die Bewirtschaftung, Instandsetzung und -haltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeisterservices, Facility Management Aufgaben, Verwaltungsleistungen, etc. unberührt.

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Teilergebnishaushalt

Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Produkt Schulbezogene Dienstleistungen

in €	2015	2014	2013
Kostenerstattung PPP-Projekt Schulen - Buchungsstelle 40.01.11.54870010	58.000	56.640	64.219

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Produkt Schulpartnerschaftsprojekte

in €	2015	2014	2013
Leistungsentgelt Facility-Management - Buchungsstelle 65.01.01.61670050	29.000.000	29.000.000	27.607.317

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2014 und 2015 jeweils auf die Haushaltsansätze und für das Jahr 2013 auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung des Kreises.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2014	2013	2012
Verbindlichkeiten	2.485.173	2.799.596	2.986.269

Berichtsjahr 2014	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres	2.799.596
Zunahmen	0
Abnahmen	314.423
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	2.485.173

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2014

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes

1. Allgemeine Vorbemerkungen

Die Firma HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, nachfolgend HTSP genannt, wurde gemäß Gesellschaftsvertrag vom 13. Oktober 2004 gegründet. Mit Umwandlungsbeschluss vom 14. August 2009 hat die Gesellschafterversammlung die Umwandlung der Gesellschaft von einer GmbH in eine GmbH & Co. KG gemäß § 190 ff. UmwG beschlossen. Die Umwandlung wurde mit Eintragung in das Handelsregister am 29. September 2009 wirksam. Gesellschafter sind mit Stichtag 31. Dezember 2014 HOCHTIEF PPP Schulpartner Verwaltungs-GmbH (Kapitaleinlage: EUR 0) als Komplementärin sowie HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, (Kapital- bzw. Kommanditanteil: EUR 94.900,--, 94,90 %) und Kreis Offenbach, Dietzenbach (Kapital- bzw. Kommanditanteil: E.UR 5.100,--, 5,10 %) als Kommanditisten.

Gegenstand des Unternehmens ist nach aktueller Fassung die Bewirtschaftung und Instandhaltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeister-services, Facility-Management-Aufgaben und Verwaltungsleistungen etc. sowie des Weiteren die Planung, der Bau und der Betrieb von Gebäuden einschließlich Schulen im Rhein Main Gebiet. Grundlage dafür bildet ein PPP-Vertrag mit dem Kreis Offenbach, Fachdienst Gebäudewirtschaft, Dietzenbach (nachfolgend: Kreis Offenbach) über eine Laufzeit von 15 Jahren.

Das Geschäftsfeld der HTSP fällt in den Bereich der Public Private Pmtnership und unterliegt aufgrund des Pilotprojektcharakters und seiner Größe einer besonderen öffentlichen Wahrnehmung. Insbesondere mit Blick auf das Vertragsende 31. Dezember 2019 und der damit verbundenen erstmaligen planmäßigen Vertragsbeendigung eines deutschen PPP-Projektes kommt diesem Projekt eine hohe Bedeutung zu.

2. Entwicklung der Branche

Öffentliche Infrastrukturprojekte auf privatwirtschaftlich finanzierter Basis - Public Private Partnership (PPP) - zu realisieren, schont die öffentlichen Haushalte. Ohne privates Engagement würden viele wichtige Projekte im Straßen- wie im Hochbau mangels Finanzierbarkeit überhaupt nicht realisiert. Studien weisen Effizienzgewinne von über 15 % nach, wenn öffentliche Infrastrukturprojekte privatwirtschaftlich realisiert werden.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

2. Entwicklung der Branche (Fortsetzung)

Diese Effizienzsteigerungen resultieren vornehmlich aus geringeren Investitionskosten, weil Private die Lebenszykluskosten eines Projektes gesamtheitlich optimieren. Hinzu kommen verkürzte Planungs- und Bauzeiten sowie ein besserer Betrieb und Unterhalt der Projekte.

Der steigende Kostendruck in den öffentlichen Haushalten und die zunehmende Bewertung von Straßen und Immobilien als Kostenfaktor sowie als wertvolle Ressource sind wichtige Treiber dieser Entwicklung. Dem entgegenstehen allerdings der zunehmend wachsende Druck hochverschuldeter öffentlicher Haushalte und eine parallel vorherrschende politische Meinung mit dem Fokus auf Rekommunalisierung und Antiprivatisierung. Mit dem Auslaufen der Konjunkturprogramme und den Folgen der Finanzmarktkrise brachen die Investitionsvolumen der neubegonnenen PPP-Vorhaben deutschlandweit ein. Der Markt für PPP Projekte hat sich nach Meinung von Experten jedoch seitdem wieder erholt, so dass der Ausblick von vielen Branchenunternehmen wieder positiv ist.

3. Entwicklung der Gesellschaft

Zum 01. Januar 2005 begannen sämtliche Leistungserbringungen der Sanierungs-, Instandhaltungs- und Betreiberleistungen an den Schulen im Kreis Offenbach.

Im Hinblick auf eine effektive und effiziente Leistungsausführung hat HTSP grundlegende Auftragsinhalte wie die Modernisierungs- und Sanierungsleistungen sowie die laufenden baulichen Instandhaltungsmaßnahmen an die HOCHTIEF Building GmbH (früher Hochtief Solutions AG) vergeben. Die Facility-Management Dienstleistungen werden vornehmlich mit eigenen Mitarbeitern sowie Rahmenvertragspartnern ausgeführt.

Alle bisher geschuldeten vertraglichen Leistungen wurden termingerecht bzw. vorzeitig erfüllt.

Der Kreis Offenbach zahlt für Sanierungsleistungen und für Facility-Management Leistungen jeweils monatlich eine feste Pauschale zzgl. der auf umsatzsteuerpflichtige Leistungen entfallenden Umsatzsteuer in der jeweiligen gesetzlichen Höhe. Über eine Wertsicherungsklausel werden Änderungen bestimmter Indizes berücksichtigt. Die Vergütungsanpassung hat aufgrund von zehn Erfüllungstatbeständen stattgefunden.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

3. Entwicklung der Gesellschaft (Fortsetzung)

Diese gliedern sich in zwei Anpassungen im Jahr 2005, eine im Jahr 2007, zwei in 2008, eine in 2009, eine in 2010 und zwei im Jahr 2011 sowie eine in 2012. In den Jahren 2013 und 2014 entwickelte sich die Wertsicherungsklausel vornehmlich ausgelöst durch ein Absinken des Index für leichtes Heizöl in Summe seitwärts. Ein Anpassungsanspruch bestand somit nicht. Der aktuelle Wert der Wertsicherungsklausel (Stichtag 8. Januar 2015) beträgt 1,71% (Hurtlerate 3,0%). Bezüglich der Anwendung der Wertsicherungsklausel auf die beiden Leistungsverträge sowie einer eventuellen Änderung bzw. Fortschreibung der Wertsicherungsklausel besteht weiterhin Dissens zwischen den Parteien. Details dieser Sachverhalte, der bisherigen Entwicklungen sowie des weiteren Vorgehens werden in Kapitel III ausgeführt.

Für die operative Abarbeitung des Auftrages wurde vor Ort eine auftrags- und vertragsorientierte Aufbau- und Ablauforganisation innerhalb der HTSP implementiert, welche durch ein implementiertes und zertifiziertes Qualitätsmanagementsystem (QMS) überwacht wird. Mit Ende der Sanierungsaufgaben trat mit Wirkung zum 1. Januar 2010 eine Neuorganisation in der Aufbauorganisation der HTSP in Kraft, welche der ausschließlichen FM-Fokussierung Rechnung trägt. Auch diese Organisation ist Bestandteil des QMS der Gesellschaft.

Die Gesellschaft ist weiterhin über die HOCHTIEF Solutions AG im Finanz- und Rechnungswesen der HOCHTIEF PPP Solutions GmbH eingebunden. Für die Bereiche Personal, Steuern, Recht sowie Finanzen wird über Verträge mit HOCHTIEF Solutions AG auf Ressourcen von Zentralabteilungen der HOCHTIEF AG bzw. der HOCHTIEF Solutions AG zugegriffen.

Durch das Controllingsystem, basierend auf der Auftragszergliederung der Urkalkulation (Financial Model), werden Planabweichungen erfasst und die Ergebnisentwicklung sowie die Zielerreichung fortlaufend analysiert (Bestandsmodell).

Das in 2005 eingerichtete Qualitätsmanagementsystem wurde Ende 2006 mittels externem Audit durch die DQS GmbH (Deutsche Gesellschaft zur Zertifizierung von Managementsystemen) zertifiziert und 2009 sowie zuletzt 2012 für drei Jahre verlängert. Eine erneute Auditierung der DQS erfolgte in der Zeit vom 5. bis 6. November 2014 ohne jegliche Beanstandung.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

4. Umsatz- und Auftragsentwicklung

HTSP erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Umsatz von TEUR 23.201. Die sonstigen betrieblichen Erträge im Geschäftsjahr 2014 in Höhe von TEUR 863 beruhen im Wesentlichen auf dem sonstigen Zusatzgeschäft.

Der Auftragsbestand (i.S.v. vertraglich besicherten zukünftigen Umsatzerlösen bis zum 31. Dezember 2019 ohne Berücksichtigung zukünftiger Wertsicherungsklauseln, Vertragsanpassungen oder ähnlichem) beläuft sich zum 31. Dezember 2014 auf TEUR 105.329 (Vorjahr: TEUR 125.717).

5. Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigt zum 31. Dezember 2014 71 Mitarbeiter (Vorjahr 71), diese gliedern sich in 69 Mitarbeiter mit HTSP-Verträgen, einen Kreis-Beigestellten und einen kreisdienstüberlassenen Mitarbeiter.

II. Darstellung der VFE-Lage

1. Vermögenslage

Das Umlaufvermögen (TEUR 9.814) stellt 98,79 % (Vorjahr: 98,8 %) der gesamten Bilanzsumme dar und resultiert im Wesentlichen aus Forderungen gegen verbundene Unternehmen (TEUR 9.605), die die Cash-Pool-Forderungen gegen die HOCHTIEF PPP Solutions GmbH beinhalten.

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen von TEUR 26 (Vorjahr: TEUR 55) entfallen vollständig auf Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betreffen im Wesentlichen Nachlaufkoten in Höhe von TEUR 859 (Vorjahr: TEUR 659). Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen nahezu vollständig gegenüber der HOCHTIEF Solutions AG. Sämtliche Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

Das Eigenkapital ist um insgesamt TEUR 511 gesunken, wodurch die Eigenkapitalquote auf 69,0 % (Vorjahr: 67,1 %) stieg. Der Rückgang des Eigenkapitals beruht auf dem Rückgang des Jahresüberschusses um TEUR 502 sowie der Verminderung der Kapitalrücklagen um TEUR 8 aufgrund der Gewinnverwendung 2013.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

II. Darstellung der VFE-Lage (Fortsetzung)

2. Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft wird durch die laufenden monatlichen Zahlungen des Auftraggebers sichergestellt. Diese Feststellung wird durch das vertraglich vereinbarte Financial Model sowie durch die Liquiditätsplanung unterlegt. Des Weiteren ist HTSP über den Cash-Pool der HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, in das Cash-Pooling-System der HOCHTIEF AG, Essen, eingebunden.

Die Stichtagsliquidität der HTSP weist zum 31. Dezember 2014 ein Guthaben-im Cash-Pooling der HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, von TEUR 9.284 (Vorjahr: TEUR 9.973) aus, darüber hinaus besitzt die Gesellschaft einen Kreditrahmenvertrag mit der HOCHTIEF PPP Solutions GmbH in Höhe Mio. EUR 20, welcher jedoch nicht in Anspruch genommen wurde.

3. Ertragslage

Die Gesellschaft weist zum 31. Dezember 2014 ein Ergebnis. vor Steuern (EBT) in Höhe von TEUR 6.569 (Vorjahr: TEUR 7.087) aus.

Die Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 23.201 setzen sich aus Facility-Management-Leistungen (TEUR 18.493) und baulichen Instandhaltungen (TEUR 4.708) zusammen.

Die langfristig abgeschlossenen Kunden- und Lieferantenverträge führen im Zeitablauf zu konstanten positiven Rohgewinnmargen, die stichtagsbedingt variieren können.

Die Umsatzrendite (Jahresergebnis vor Steuern/Umsatz) ist um 2,1 % auf 28,3 % im Geschäftsjahr gesunken. Hauptverantwortlich dafür zeigen sich zum einen die variierenden, stichtagsbezogenen Abgrenzungen langlaufender Kunden- bzw. Lieferantenbeziehungen und zum anderen die im Berichtsjahr notwendigen Sonderaufwendungen im Personalbereich. Diese beinhalten u.a. Abgrenzungen für überlassene Kreismitarbeiter und Mehrkosten für (ungewolltes) Outsourcing infolge des hohen Krankenstandes.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

II. Darstellung der Lage (Fortsetzung)

3. Ertragslage (Fortsetzung)

Unter Berücksichtigung des Aufwands für Personalsonderzahlungen bewegt sich der Personalaufwand pro rata auf Höhe des Vorjahres.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HTSP bewegte sich in 2014 mit nur geringen Abweichungen auf dem Niveau der Vorjahre und entspricht den Erwartungen und Vorhersagen der Geschäftsführung in vollem Umfang. Auch für die Folgejahre wird seitens der Geschäftsführung eine Fortschreibung dieser Performance erwartet.

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Im Zentrum sämtlicher Aktivitäten steht nach wie vor die Stabilisierung des FM-Geschäftes im Projekt Schulen Offenbach. Dabei genießen die beiden Unternehmensziele Vertragserfüllung und Kundenzufriedenheit oberste Priorität.

Im Bereich Betrieb steht die Aufrechterhaltung des ordnungsgemäßen Schulbetriebes durch Vorhaltung von funktionalen Schulbauten im Vordergrund. Kerninhalte sind hier die bauliche Instandhaltung, die technische Wartung, das infrastrukturelle Gebäudemanagement, insbesondere Reinigung und Arbeiten in Außenanlagen sowie die Ver- und Entsorgung. Des Weiteren wird ein Schwerpunkt auf das Energiemanagement und die Senkung der Vandalismusschäden an den Schulen gelegt.

Die HTSP hat mit dem Kreis Offenbach im Jahr 2004 Verträge mit einer Laufzeit von 15 Jahren abgeschlossen und somit noch einen verbleibenden Auftragsbestand von 5 Jahren bis zum Vertragsende am 31. Dezember 2019. Für die Gesellschaft bedeutet dies eine langfristig gesicherte Geschäftsgrundlage. Das Risiko, dass sich Leistungen und entsprechende Vergütungen bei langfristigen Verträgen ändern, ist grundsätzlich gegeben. Jedoch wurden zur Kompensation dieses Risikos zum einen ausführliche Regelungen zur Leistungs- und Vergütungsanpassung in die Verträge aufgenommen und zum anderen ist eine Wertsicherungsklausel Vertragsbestandteil.

Zum Thema Abrechnung der Wertsicherung nach Sanierungsende besteht wie bereits berichtet zwischen den Vertragsparteien Unstimmigkeit. Sowohl die Anwendung der gemeinsamen Wertsicherungsklausel auf beide Leistungsverträge (FM- und Sanierung) als auch die Änderung der gemeinsamen Wertsicherungsklausel zu einer eigenständigen FM-Klausel sind strittig. Diesbezüglich lassen sich die Parteien seit Mitte 2011 juristisch unterstützen.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Eine einvernehmliche Einigung auf dem Weg einer vertraglichen oder gesetzlichen Schlichtung konnte weder im Kalenderjahr 2011 noch im Kalenderjahr 2012 erzielt werden. Alle Schlichtungsversuche waren erfolglos. Im Ergebnis der Gesellschafterversammlung vom 21. November 2012 erklärten beide Gesellschafter das Bestreiten des Klageweges als letztes verbleibendes Mittel. Unter dem Datum vom 11. Dezember 2012 hat HTSP beim Landgericht Darmstadt Klage eingereicht. Am 23. Oktober 2013 fand eine mündliche Verhandlung vor dem Landgericht Darmstadt statt. In diesem Termin setzte das Gericht abschließend einen Termin zur Verkündung einer Entscheidung auf den 13. November 2013 fest. Am 13. November 2013 ging ein Hinweisbeschluss des Landgerichtes ein, in dem die Kammer den Klageantrag zu I für unbegründet hält. Am 9. Dezember 2013 hat HTSP über ihre Anwälte zu dem Hinweisbeschluss Stellung genommen. Anlässlich eines zum 14. Mai 2014 anberaumten erneuten Anhörungstermin teilte das Gericht mit, dass es im Dezernat zu einem Richterwechsel gekommen sei. Aus diesem Grund begann der neue Richter das Anhörungsverfahren von vorne. Im Protokoll zu dieser Anhörung war nunmehr die Zulässigkeit unserer Klage vernehmbar und es wurde ein Entscheidungstermin für den 8. Oktober 2014 festgesetzt. Nach nochmals ausführlichem Schriftsatz des Kreises Offenbach beantragte der Richter die Übernahme des Rechtsstreits durch die Kammer (mind. 3 Richter). Gemäß Antragsunterlage stellt der vorliegende Fall eine erheblich über das übliche Maß hinausgehende Anforderung. Aus diesem Grund stimmte die Kammer mit Beschluss vom 10. November 2014 dem Antrag zu. Für den 21. April 2015 wurde ein neuer Anhörungstermin anberaumt. In Folge des in keiner Weise vorhersehbaren Ausgangs dieses Verfahrens wurde mit kaufmännischer Vorsicht von einer Abweisung der Klage ausgegangen. Es wurden somit keinerlei zukünftige Erlöse aus der Wertsicherungsklausel auf das Sanierungsentgelt im Bestandsmodell berücksichtigt. Ergebnismindernd verbleiben für diesen Fall lediglich die zu tragenden Anwaltskosten. Für den positiven Fall eines Gerichtsentscheides entsprechend unserer Klage ist mit der direkten Berufung/Revision des Kreises Offenbach zu rechnen. Nach Vorliegen eines letztinstanzlichen Urteiles in unserem Sinne wäre mit einem Ergebnispotential je nach Szenario zwischen Mio. EUR 7-11 zu rechnen.

Neben diesen somit bestehenden allgemeinen Prozess- und Vergütungsrisiken liegen grundsätzlich Risiken in der zeitgerechten Realisierung der vertraglich vereinbarten Leistungen. Nach Abschluss der Sanierungen beschränken sich diese Leistungen jedoch ausschließlich auf das Facility-Management, d.h. Betriebsführung, Inspektion, Wartung, Instandsetzung, etc. HTSP strebt im Projekt generell eine hohe Eigenleistungsquote an.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Mit Ausnahme der auch in diesem Bericht benannten langlaufenden Verträge (vorrangig mit Konzernunternehmen) erbringt HTSP Leistungen des technischen/infrastrukturellen und kaufmännischen Gebäudemanagements mit eigenem Personal. Bereits in den zurückliegenden Jahren war hier ein im Vergleich zu anderen Konzerngesellschaften höherer Krankenstand der operativen Belegschaft zu verzeichnen. Wesentliche Gründe hierfür sind im Altersdurchschnitt der Gesellschaft, dem hohen Anteil an schwerbeschädigter/gleichgestellter Belegschaft und der Herkunft des Großteils der Belegschaft aus Arbeitsverhältnissen der öffentlichen Hand zu vermuten. Im Berichtsjahr 2014 hat sich diese Entwicklung fortgesetzt. In Folge der bestehenden engen Kooperationen und der geschlossenen Verträge mit HOCHTIEF-Gesellschaften und Dritten konnte aber sichergestellt werden, dass die vereinbarten Leistungen in Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen termingerecht erbracht wurden. Die mit diesem (ungewollten) Outsourcing von ehemals eigenerbrachten Leistungen verbundene Kostensteigerung ist in der Ergebnisentwicklung in gedämpftem Maß ablesbar. Die Ergebnisminderung beläuft sich im Berichtsjahr auf TEUR 339 und wird für die Folgejahre auf ähnlichem Niveau erwartet.

Durch die Einführung eines aktiven Energiemanagements im Jahr 2005 und die konsequente Fortsetzung dieser Maßnahmen ist es HTSP auch zukünftig möglich, energetische Veränderungen an den Gebäuden zu erkennen und hierauf kurzfristig zu reagieren.

Im Hinblick auf die erfolgreiche Abwicklung des Auftragsbestandes ist ein für die Belange der Gesellschaft geeignetes Überwachungs- und Steuerungssystem installiert worden. Darüber hinaus ist die Gesellschaft in das Risikomanagementsystem des Konzerns eingebunden.

Nach der bereits berichteten fristlosen Kündigung der Firma Elite Facility Services & Co. KG zum 24. Januar 2014 wurde seit dem 27. Januar 2014 die Interimsreinigung der Schulen durch drei regionale Dienstleister zunächst bis zum 31. März 2014 erbracht. In einer begrenzten regionalen Ausschreibung in 3 Losen für die Reinigung der 50 Schulen im Los Ost wurde zum 1. April 2014 an die Firmen Hectas, Piepenbrock und arealinfra cleaning GmbH vergeben. Durch diesen Abschluss entstehen HTSP seither jährliche Mehraufwendungen für die Reinigung von rund TEUR 300 per anno.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Die Streitigkeiten bezüglich bestehender Schadenersatzforderungen gegen den bisherigen Dienstleister ELITE wurden unter Moderation des Hauptgesellschafters HOCHTIEF PPP Solutions GmbH einvernehmlich geregelt und beigelegt.

IV. Sonstige Angaben

Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. April 2013 wurde mit der HT Solutions AG (vormals: HTFM) am 27. August 2013 eine Vertragsaufhebung unterzeichnet. Die jeweiligen Gesellschafter, HOCHTIEF Solutions AG bzw. HOCHTIEF PPP Solutions GmbH stimmten dieser Vertragsaufhebung zu.

V. Prognosebericht

Für das Jahr 2015 rechnet die Geschäftsführung gemäß genehmigtem Wirtschaftsplan 2015 (Auszug der Jahresscheibe aus dem Financial Model) aus der Gesellschafterversammlung vom 28. November 2014 mit einem geplanten Vorsteuerergebnis in Höhe von TEUR 3.547 (vor jährlicher nachträglicher Vergütungsanpassung) und geplanten Umsatzerlösen in Höhe von TEUR 20.692 (vor jährlicher nachträglicher Vergütungsanpassung). Für die Folgejahre wird seitens der Geschäftsführung eine Fortschreibung dieser Performance erwartet.

VI. Nachtragsbericht

Darüber hinausgehende Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, sind uns nicht bekannt.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

L. Bilanz

	2014	2013	Veränderung	2012
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	1.800	0	1.800	0
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	118.999	133.509	-14.510	116.993
Anlagevermögen	120.799	133.509	-12.710	116.993
Forderungen aus Lieferung und Leistung	71.751	71.429	322	25.498
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	9.605.117	10.011.487	-406.370	11.305.554
Sonstige Vermögensgegenstände	136.076	761.763	-625.687	36.675
	9.812.944	10.844.680	-1.031.736	11.367.727
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.161	3.078	-1.917	2.562
Umlaufvermögen	9.814.105	10.847.757	-1.033.652	11.370.289
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	9.934.904	10.981.266	-1.046.362	11.487.282

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2014	2013	Veränderung	2012
	in €	in €	in €	in €
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	0	100.000
Rücklagen	1.066.625	1.075.001	-8.376	1.060.563
Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	5.687.778	6.190.159	-502.381	6.656.782
Eigenkapital	6.854.402	7.365.159	-510.757	7.817.345
Rückstellungen für Pensionen	110.668	97.495	13.173	77.229
Steuerrückstellungen	0	242.493	-242.493	0
Sonstige Rückstellungen	484.661	476.523	8.138	606.439
Rückstellungen	595.329	816.511	-221.182	683.668
Erhaltene Anzahlungen	198.797	59.453	139.344	47.934
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	980.910	729.096	251.815	1.087.511
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	5.468	567.772	-562.305	333.257
Sonstige Verbindlichkeiten	1.299.998	1.443.274	-143.277	1.517.568
Verbindlichkeiten	2.485.173	2.799.596	-314.423	2.986.269
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	9.934.904	10.981.266	-1.046.362	11.487.282

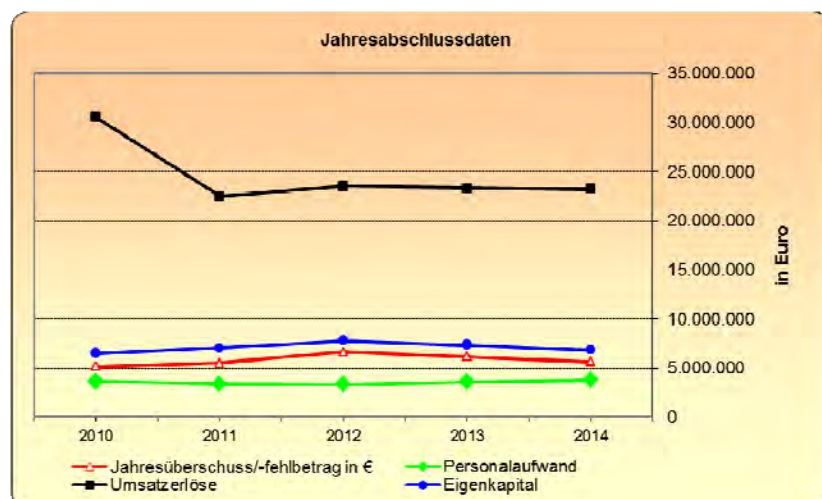
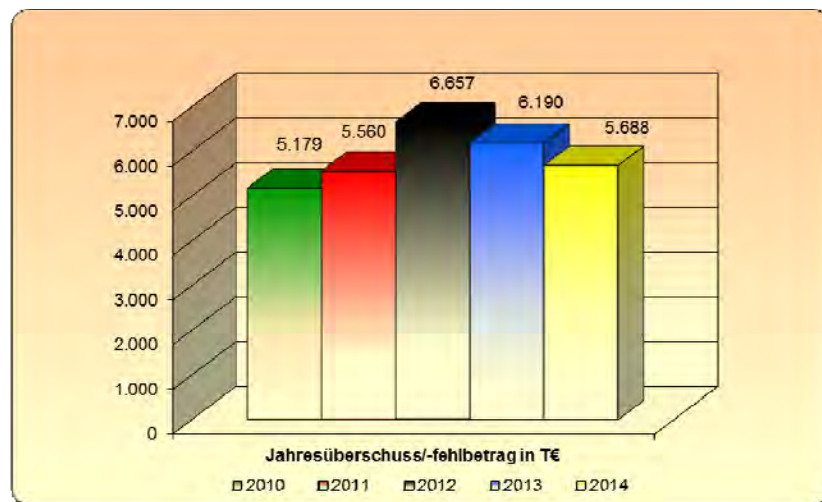
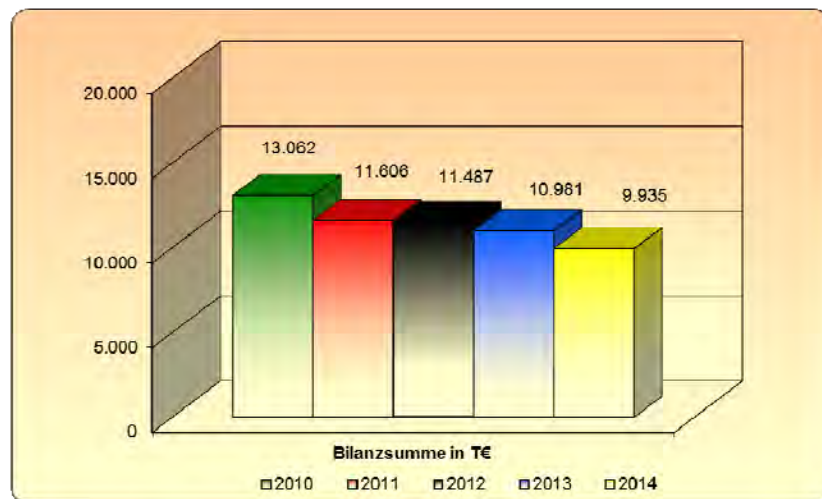
**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2014	2013	2012
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	23.200.514	23.332.494	23.500.011
Verminderung/Erhöhung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	863.406	1.107.304	1.065.692
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.700.560	2.799.226	2.736.130
Aufwendungen für bezogene Leistungen	9.676.874	9.362.931	9.309.598
Materialaufwand	12.377.434	12.162.157	12.045.728
Löhne und Gehälter	3.015.426	2.844.348	2.635.901
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	784.169	767.979	746.151
Personalaufwand	3.799.595	3.612.327	3.382.053
Abschreibungen	38.963	36.120	37.034
Sonstige betriebliche Aufwendungen	954.786	1.198.715	1.114.435
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	293.859	272.788	368.835
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	618.268	615.776	684.220
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6.568.734	7.087.492	7.671.068
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	880.956	897.333	1.014.286
Jahresüberschuss	5.687.778	6.190.159	6.656.782

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

Anschrift	Rembrücker Straße 15, 63150 Heusenstamm
Telefon	06104/6488-0
Telefax	06104/6488-19
E-Mail	schulpartner@hochtief.de
Internet	www.hochtief-schulpartner.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2014

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	14. August 2009
Stammkapital	25.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der zuletzt geänderten Fassung vom 01.09.2009.
Handelsregistereintrag	HRB 44319 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin an der HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm, die die Bewirtschaftung, Instandsetzung und Instandhaltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach zum Gegenstand hat.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Geschäftsführer

Herr Raik Kratz

D. Gesellschafter

Gesellschafter (Stand 31.12.14)	Anteil in %	Anteil in €
Hochtief PPP Solutions GmbH, Essen	94,90	23.725,--
Kreis Offenbach	5,10	1.275,--

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Entsprechend des § 138 Hessisches Schulgesetz (HSchG) sind die kreisfreien Städte und Landkreise Träger der Schulen, soweit in § 138 nichts anderes bestimmt ist. Die Trägerschaft des Kreises Offenbach bleibt durch die Beauftragung der Hochtief-PPP Schulpartner GmbH für die Bewirtschaftung, Instandsetzung und -haltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeisterservices, Facility Management Aufgaben, Verwaltungsleistungen, etc. unberührt.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

**Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH,
Heusenstamm**

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2014	2013	2012
Verbindlichkeiten	2.611	1.670	1.222

Berichtsjahr 2014	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres	1.670
Zunahmen	941
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	2.611

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2014

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes

1. Allgemeine Vorbemerkungen

Die Firma HOCHTIEF PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm, (HTSP VG) existiert seit dem Umwandlungsbeschluss vom 14. August 2009 der HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH, Heusenstamm, zur HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH & Co. KG (HTSP KG) als Komplementärin dieser KG.

Gegenstand der HTSP VG ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der HTSP.

Gegenstand dieser KG ist nach neuester Fassung die Bewirtschaftung, Instandsetzung und Instandhaltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeisterservices, Facility-Management-Aufgaben und Verwaltungsleistungen etc. sowie des Weiteren die Planung, der Bau und der Betrieb von Gebäuden einschließlich Schulen im Rhein-Main-Gebiet. Grundlage dafür bildet ein PPP-Vertrag mit dem Kreis Offenbach, Fachdienst Gebäudewirtschaft, Dietzenbach (nachfolgend: Kreis Offenbach) über eine Laufzeit von 15 Jahren.

Gesellschafter der HTSP KG sind mit Stichtag 31. Dezember 2014 HTSP VG, (Kapitaleinlage: € 0) als Komplementärin sowie HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, (Kapital- bzw. Kommanditanteil: € 94.900,--, 94,90%) und Kreis Offenbach, Dietzenbach (Kapital- bzw. Kommanditanteil: € 5.100,--, 5,10 %) als Kommanditisten.

Gesellschafter der HTSP VG sind mit Stichtag 31. Dezember 2014 HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, (Kapitalanteil: € 23.725,--, 94,90%) und Kreis Offenbach, Dietzenbach, (Kapitalanteil € 1.275,--, 5,10%).

Bedingt durch die Bedeutung dieses Projektes und der Historie der Gesellschaft – zunächst geführt über eine GmbH und später durch Umwandlungsbeschluss zur KG und einer Komplementär-GmbH – gelten für beide Gesellschaften gemäß Gesellschaftsvertrag die Regeln für große Kapitalgesellschaften und die Prüfungserfordernisse nach § 53 HGrG. Die Aufgaben und der Gesellschaftszweck der Komplementär-GmbH würden dies bei isolierter Betrachtung mit Sicherheit nicht erfordern. Maßgeblich bleibt aber der Gesellschaftsvertrag. In ihrer Sitzung vom 18. November 2010 haben die Gesellschafter beschlossen, einen Antrag über den Kreis Offenbach an das Regierungspräsidium Darmstadt zu stellen, mit dem Ziel, die Prüfungserfordernisse für die HTSP VG zu reduzieren. Der Antrag wurde seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt abgelehnt.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

2. Entwicklung der Branche

Öffentliche Infrastrukturprojekte auf privatwirtschaftlich finanzierter Basis - Public Private Partnership (PPP) - zu realisieren, schont die öffentlichen Haushalte. Ohne privates Engagement würden viele wichtige Projekte im Straßen- wie Hochbau mangels Finanzierbarkeit überhaupt nicht realisiert. Studien weisen Effizienzgewinne von über 15% nach, wenn öffentliche Infrastrukturprojekte privatwirtschaftlich realisiert werden. Diese Effizienzsteigerungen resultieren vornehmlich aus geringeren Investitionskosten, weil Private die Lebenszykluskosten eines Projektes gesamtheitlich optimieren. Hinzu kommen verkürzte Planungs- und Bauzeiten sowie ein besserer Betrieb und Unterhalt der Projekte.

Der steigende Kostendruck in den öffentlichen Haushalten und die zunehmende Bewertung von Straßen und Immobilien als Kostenfaktor sowie als wertvolle Ressource sind wichtige Treiber dieser Entwicklung. Dem entgegen stehen allerdings der zunehmend wachsende Druck hochverschuldeter öffentlicher Haushalte und eine parallel vorherrschende politische Meinung mit dem Fokus auf Rekommunalisierung und Antiprивatisierung. Mit dem Auslaufen der Konjunkturprogramme und den Folgen der Finanzmarktkrise brachen die Investitionsvolumen der neubegonnenen PPP-Vorhaben deutschlandweit ein. Der Markt für PPP-Projekte hat sich nach Meinung von Experten jedoch seitdem wieder erholt, so dass der Ausblick von vielen Branchenunternehmen wieder positiv ist.

3. Entwicklung der Gesellschaft

Zum 01. Januar 2005 begannen sämtliche Leistungserbringungen der Sanierungs-, Instandhaltungs- und Betriebsleistungen an den Schulen im Kreis Offenbach. Seit dem Umwandlungsbeschluss vom 14. August 2009 wird die operative Projektführung vollständig durch die HTSP KG wahrgenommen. Als Geschäftsführerin und als persönlich haftende Gesellschafterin dieser KG tritt die HTSP VG auf. Gemäß bestehendem Vertrag mit dem alleinigen Geschäftsführer war bis September 2013 über eine Verlängerung bzw. Neubestellung zu entscheiden. Der aktuelle Geschäftsführungsvertrag lief in seiner aktuellen Fassung längstens bis September 2014. Im Jahr 2013 wurde der Geschäftsführervertrag bis zum 31. Dezember 2017 verlängert.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

4. Umsatz- und Auftragsentwicklung

HTSP VG erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr planmäßig keinen relevanten Umsatz.

Sämtliche operativen Verträge für die Umsetzung des Projektes und zur Leistungserbringung werden durch die HTSP KG abgeschlossen. Als Ausnahme gelten hier die folgenden:

- Abschluss von Geschäfts- und Dienstleistungsverträgen mit den Corporate Services der HOCHTIEF AG, HOCHTIEF Solutions AG in den Bereichen Rechnungswesen, Controlling, Personal, Steuern, Recht und Financial Services durch die HTSP VG.
- Abschluss des Geschäftsführervertrages mit dem Geschäftsführer Raik Kratz durch die HTSP VG, legitimiert durch beide Gesellschafter.

5. Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigt zum 31.12.2014 keinen Mitarbeiter.

II. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen bestehen ausschließlich gegen die HT PPP Solutions mit € 12223,481. Diese betreffen ausschließlich Forderungen aus dem Cash-Pooling.

Die liquiden Mittel bestehen aus dem Guthaben auf dem Girokonto der Commerzbank AG und betragen zum 31. Dezember 2014 € 25.000,00.

Die Eigenkapitalquote beträgt 81,8 % (Vorjahr 80,9 %).

2. Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft wird durch die laufenden Aufwandserstattungen der HTSP KG sichergestellt. Die HTSP VG ist seit September 2010 über den Cash-Pool der HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, in das Cash-Pooling-System der HOCHTIEF AG, Essen, eingebunden.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

II. Darstellung der Lage (Fortsetzung)

3. Ertragslage

Die Gesellschaft weist zum 31. Dezember 2014 einen Jahresüberschuss in Höhe von € 958,05 (Vorjahr: 412,48) aus.

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die HTSP VG haftet als Komplementärin für die HTSP KG, daher werden nachfolgend die Risiken der HTSP KG dargestellt.

Im Zentrum sämtlicher Aktivitäten steht nach wie vor die Stabilisierung des Facility Management-Geschäftes im Projekt Schulen Offenbach. Dabei genießen die beiden Unternehmensziele Vertragserfüllung und Kundenzufriedenheit oberste Priorität.

Im Bereich Betrieb steht die Aufrechterhaltung des ordnungsgemäßen Schulbetriebes durch Vorhaltung von funktionalen Schulbauten im Vordergrund. Kerninhalte sind hier die bauliche Instandhaltung, die technische Wartung, das infrastrukturelle Gebäudemanagement sowie die Ver- und Entsorgung. Des Weiteren wird ein Schwerpunkt auf das Energiemanagement und die Senkung der Vandalismusschäden an den Schulen gelegt.

Die HTSP KG hat mit dem Kreis Offenbach Verträge mit einer Laufzeit von 15 Jahren abgeschlossen und somit noch einen verbleibenden Auftragsbestand von fünf Jahren bis zum Vertragsende am 31. Dezember 2019. Für die Gesellschaft bedeutet dies eine langfristig gesicherte Geschäftsgrundlage. Das Risiko, dass sich Leistungen und entsprechende Vergütungen bei langfristigen Verträgen ändern, ist grundsätzlich gegeben. Jedoch wurden zur Kompensation dieses Risikos zum einen ausführliche Regelungen zur Leistungs- und Vergütungsanpassung in die Verträge aufgenommen und zum anderen ist eine Wertsicherungsklausel Vertragsbestandteil.

Zum Thema Abrechnung der Wertsicherung nach Sanierungsende besteht zwischen den Vertragsparteien Unstimmigkeit. Sowohl die Anwendung der gemeinsamen Wertsicherungsklausel auf beide Leistungsverträge (FM- und Sanierung) als auch die Änderung der gemeinsamen Wertsicherungsklausel zu einer eigenständigen FM-Klausel sind strittig. Diesbezüglich lassen sich die Parteien seit Mitte 2011 juristisch unterstützen. Eine einvernehmliche Einigung auf dem Weg einer vertraglichen oder gesetzlichen Schlichtung konnte weder im Kalenderjahr 2011 noch im Kalenderjahr 2012 erzielt werden. Alle Schlichtungsversuche waren erfolglos. Im Ergebnis der Gesellschafterversammlung vom 21. November 2012 erklärten beide Gesellschafter das Bestreiten des Klageweges als letztes verbleibendes Mittel.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Unter dem Datum vom 11. Dezember 2012 hat HTSP KG beim Landgericht Darmstadt Klage eingereicht. Am 23. Oktober 2013 fand eine mündliche Verhandlung vor dem Landgericht Darmstadt statt. Für den 21. April 2015 wurde ein nächster Anhörungstermin anberaumt.

Neben diesen somit bestehenden allgemeinen Prozess- und Vergütungsrisiken liegen grundsätzlich Risiken in der zeitgerechten Realisierung der vertraglich vereinbarten Leistungen. Nach Abschluss der Sanierungen beschränken sich diese Leistungen jedoch ausschließlich auf das Facility Management, d.h. Betriebsführung, Inspektion, Wartung, Instandsetzung, etc. HTSP KG strebt im Projekt generell eine hohe Eigenleistungsquote an. Mit Ausnahme der auch in diesem Bericht benannten langlaufenden Verträge (vorrangig mit Konzernunternehmen) erbringt HTSP KG Leistungen des technischen/infrastrukturellen und kaufmännischen Gebäudemanagements mit eigenem Personal. Bereits in den zurückliegenden Jahren war hier ein im Vergleich zu anderen Konzerngesellschaften höherer Krankenstand der operativen Belegschaft zu verzeichnen. Wesentliche Gründe hierfür sind im Altersdurchschnitt der Gesellschaft zu vermuten. Im Berichtsjahr 2014 hat sich diese Entwicklung fortgesetzt. Infolge der bestehenden engen Kooperationen und der geschlossenen Verträge mit HOCHTIEF-Gesellschaften konnte aber sichergestellt werden, dass die vereinbarten Leistungen in Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen termingerecht erbracht wurden. Die mit diesem (ungewollten) Outsourcing von ehemals eigenerbrachten Leistungen verbundene Kostensteigerung ist in der Ergebnisentwicklung in gedämpftem Maß ablesbar.

Durch die Einführung eines aktiven Energiemanagements im Jahr 2005 und die konsequente Fortsetzung dieser Maßnahmen ist es der HTSP KG auch zukünftig möglich, energetische Veränderungen an den Gebäuden zu erkennen und hierauf kurzfristig zu reagieren.

Im Hinblick auf die erfolgreiche Abwicklung des Auftragsbestandes ist ein für die Belange der Gesellschaft geeignetes Überwachungs- und Steuerungssystem installiert worden. Darüber hinaus ist die Gesellschaft in das Risikomanagementsystem des Konzerns eingebunden.

Für die HTSP VG ist somit festzuhalten, dass bedingt durch die hohe Sicherheit des Geschäftes der KG keine signifikanten Risiken zu erkennen sind. Sämtliche Verpflichtungen sind vertraglich abgedeckt und die Finanzausstattung (bedingt durch die Kostenüberwälzung auf die HTSP KG) sichergestellt.

**Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH,
Heusenstamm**

K. Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

IV. Ausblick

Wir erwarten für das nächste Geschäftsjahr eine vergleichbare Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Es wird mit einem Jahresüberschuss von TEUR 1 gerechnet.

IV. Nachtragsbericht

Darüber hinausgehende Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, sind uns nicht bekannt.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

L. Bilanz

	2014	2013	Veränderung	2012
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	12.223	11.442	781	10.384
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	25.000	25.000	0	25.000
Umlaufvermögen	37.223	36.442	781	35.384
	37.223	36.442	781	35.384
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	0	25.000
Verlustvortrag	4.475	4.063	412	-5.665
Jahresüberschuss(+)/-fehlbetrag (-)	958	412	546	9.727
Eigenkapital	30.433	29.475	958	29.063
Steuerrückstellungen	179	197	-18	0
Sonstige Rückstellungen	4.000	5.100	-1.100	5.100
Rückstellungen	4.179	5.297	-1.118	5.100
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.205	15	1.190	15
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.406	1.655	-249	1.207
Verbindlichkeiten	2.611	1.670	941	1.222
	37.223	36.442	781	35.384

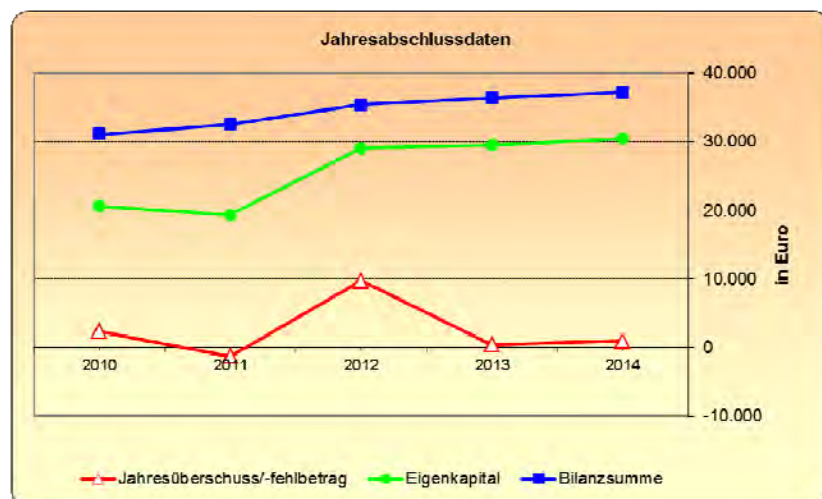
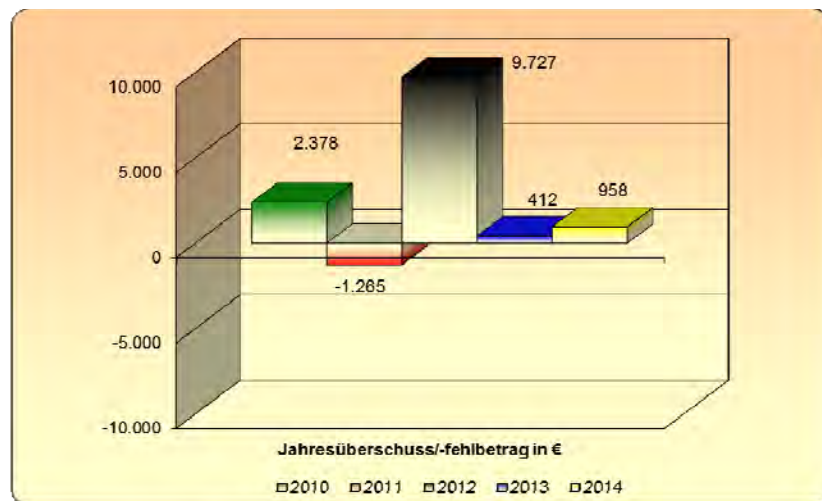
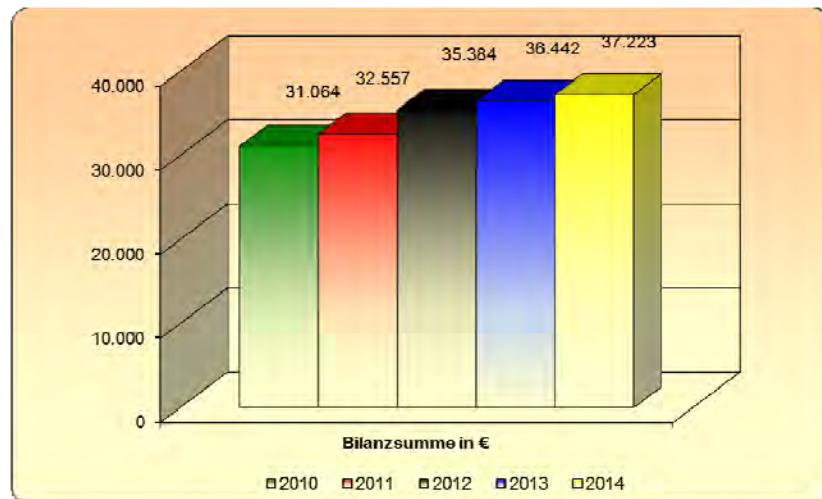
Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2014	2013	2012
	in €	in €	in €
Sonstige betriebliche Erträge	8.589	8.710	17.373
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.464	7.467	7.460
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12	9	14
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	199
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.137	1.252	9.727
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	179	840	0
Jahresüberschuss	958	412	9.727

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



**SKE Schul-Facility Management GmbH,
Langen**

Anschrift	Paul-Ehrlich-Straße 9 -13, 63225 Langen
Telefon	06103/83320-100
Telefax	06103/83320-111
E-Mail	ske@sfm-online.de
Internet	www.sfm-online.de/ppp/offenbach/ske_ppp_projekt.php

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2014

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	Am 10. Oktober 2003 wurde der Gesellschaftsvertrag der Granat 41. V V GmbH, Berlin, geschlossen und am 28. Oktober 2003 beim Amtsgericht Charlottenburg unter der Nr. HRB 90604 eingetragen. Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 12. Dezember 2003 ist die Firma von Granat 41. V V GmbH in SKE Schul-Facility-Management GmbH geändert und das Stammkapital von € 25.000,-- um € 75.000,-- auf € 100.000,-- erhöht worden.
Stammkapital	100.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 02. Juni 2004
Handelsregistereintrag	HRB 41313 beim Amtsgericht Langen

B. Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Bewirtschaftung, Instandsetzung und -haltung von Schulen des Kreises Offenbach und alle damit zusammengehörenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen aller Art durch Nachunternehmer, Hausmeisterdienstleistungen, kleinere Instandhaltungsarbeiten und alle hiermit in Zusammenhang stehenden Verwaltungsleistungen.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Gemäß § 10 Ziffer 1 des Gesellschaftsvertrages hat die Gesellschaft einen aus sechs natürlichen Personen bestehenden Aufsichtsrat. Zwei Mitglieder des Aufsichtsrates werden vom Gesellschafter KVBG entsandt.

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2014 (Stand 31.12.2014)	
Vorsitzender	Herr Joachim Nolden
Stellv. Vorsitzende	Frau Claudia Jäger
Mitglied	Herr Rainer Beisel
-----„-----	Herr Jochen Hauptmann
-----„-----	Frau Roswitha Korbach
-----„-----	Herr Oliver Quilling

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Dipl.-Ing. Johannes Huismann
------------------------	-----------------------------------

Der Geschäftsführer erhält keine Bezüge von der Gesellschaft.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
SKE Service GmbH, Mannheim	94,90	94.900,--
Kreis Offenbach	5,10	5.100,--

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen
keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

**SKE Schul-Facility Management GmbH,
Langen**

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes (Fortsetzung)

Entsprechend des § 138 Hessisches Schulgesetz (HSchG) sind die kreisfreien Städte und Landkreise Träger der Schulen, soweit in § 138 nichts anderes bestimmt ist. Die Trägerschaft des Kreises Offenbach bleibt durch die Beauftragung der SKE Schul-Facility Management GmbH für die Bewirtschaftung, Instandsetzung und -haltung von Schulen des Kreises Offenbach und alle damit zusammengehörenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen aller Art durch Nachunternehmer, Hausmeisterdienstleistungen, kleinere Instandhaltungsarbeiten und alle hiermit in Zusammenhang stehenden Verwaltungsleistungen unberührt.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Teilergebnishaushalt

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Produkt Schulpartnerschaftsprojekte

in €	2015	2014	2013
Leistungsentgelt Facility-Management Los West - Buchungsstelle 65.01.01.61670040	24.600.000	24.600.000	24.525.562

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2014 und 2015 jeweils auf die Haushaltsansätze und für das Jahr 2013 auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung des Kreises.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2014	2013	2012
Verbindlichkeiten	2.066.394	2.219.293	2.518.864

Berichtsjahr 2014	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	2.219.293
Zunahmen	0
Abnahmen	152.899
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	2.066.394

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes

1. Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Bewirtschaftung sowie die Instandsetzung und Instandhaltung von Schulgebäuden des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten. Zu den Tätigkeiten gehören neben der Ausführung von Bau- und Baudienstleistungen zum Beispiel auch die Durchführung von Hausmeister-Serviceleistungen sowie andere allgemeine auftragsbezogene Verwaltungsleistungen.

Der Sitz der Gesellschaft ist Langen.

2. Tätigkeitsbeschreibung

Mit dem Kreis Offenbach (Auftraggeber und über eine Beteiligungsgesellschaft Minderheitsgesellschafter) wurde am 02.06.2004 ein Vertrag geschlossen, die kreiseigenen Schulen im „Los West“ (die Städte Dietzenbach, Neu-Isenburg, Dreieich und Langen sowie die Gemeinde Egelsbach) für 15 Jahre bis zum 30.09.2019 zu bewirtschaften. Der Vertrag ist in einen Sanierungs- und einen Bewirtschaftungsvertrag aufgeteilt:

- Über den Sanierungsvertrag sind alle beauftragten Bauleistungen innerhalb der ersten fünf Jahre erbracht worden. Die einzelnen Teilleistungen waren festgelegt und mit Preisen versehen. Vertraglich geschuldet war im Zeitraum vom 01.10.2004 bis 30.09.2009 die Herstellung eines definierten Sollzustandes für alle Schulen des „Los West“.
- Über den Bewirtschaftungsvertrag werden alle Dienstleistungen definiert, die mit der Bewirtschaftung der Liegenschaft anfallen. Zu nennen sind beispielsweise Energielieferungen, Müllentsorgung, Unterhaltsreinigung, jede Art von Reparaturen innerhalb und außerhalb der Gebäude, Pflege der Außenanlagen, ein Wartungsprogramm für alle wartungsfähigen Einbauten sowie Übernahme von kreiseigenem Personal. Die Leistungen werden durch ein pauschales monatliches Entgelt vergütet.

Die SKE-SFM versteht sich als Projektgesellschaft, da sich die betriebliche Tätigkeit ausschließlich auf die Abwicklung der vom Kreis Offenbach beauftragten Leistungen beschränkt.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

3. Umsatz- und Ergebnisentwicklung

Auf Grund des Generalunternehmervertrages zwischen der SKE-SFM und der SKE FMG ist ein annähernd gleichbleibendes Betriebsergebnis zu erwarten. Die Gesellschaft führt ein Jahresergebnis von T€ 522 (im Vj. T€ 516) an die SKE Facility Management GmbH ab.

4. Personalbestand

Der Personalbestand zum Bilanzstichtag 2014 hat sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um drei Personen von 29 auf 26 Mitarbeiter reduziert.

5. Auftragsbestand

01.01.2014	Auftragszugang	Leistung	31.12.2014
133,5	0,2	-23,3	110,4

Über den Auftragsbestand für das Projekt „Los West“ inkl. des Nachtrags „Haus des lebenslangen Lernens“ (kurz HLL) ist die Beschäftigung bis 2019 gesichert.

6. Vermögens- und Kapitalstruktur/Finanzierung/Liquidität

Durch die Erhöhung des Gesamtkapitals um T€ 158 auf T€ 2.243 ist die langfristige Eigenkapitalquote (im „wirtschaftlichen Sinne“) um 3,9 % auf 58,0 % gestiegen.

Die laufende Finanzierung der Gesellschaft wird aus eigenen Mitteln sowie über die Muttergesellschaft SKE Service GmbH gesichert.

II. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Kundenzufriedenheit

Im Rahmen des internen PPP-Controllingmodul Qualitätsmanagement wurde in 2013 eine Nutzerbefragung bei den Schulleitern durchgeführt. Ziel der Befragung war es, die Zufriedenheit der Nutzer, bestehende Service - Level und Zustand der Gebäude und Außenanlagen u. a. zu ermitteln und dadurch Verbesserungspotenziale abzuleiten. Dazu wurden alle Schulleitungen im Kreis Offenbach angeschrieben und zur Teilnahme aufgefordert. Insgesamt wurde eine Beteiligungsquote von 79,5 % erreicht.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

II. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Kundenzufriedenheit

Das Ergebnis der Befragung zeigt, dass die Nutzer mit den Leistungen überwiegend zufrieden sind. Die Bewertungsskala orientiert sich an der Schulnotenskala von Note 1 (sehr gut) bis Note 6 (ungenügend). Bei dieser Befragung konnten wir eine Durchschnittsquote von 1,97 erreichen. Weiterhin sind knapp 80 % der Schulleiterinnen und Schulleitern mit den Dienstleistungen unserer Gesellschaft zufrieden.

Unser Ziel ist diese Zufriedenheit zu halten.

Personal

Eine wichtige Komponente, um auch weiterhin die im ersten Punkt genannte Kundenzufriedenheit zu erreichen, ist ein hohes Level an qualifizierten und leistungsbereiten Mitarbeitern zu haben. Daher sollen sich die Mitarbeiter mit ihrem Unternehmen identifizieren und vermittelt bekommen, dass man an einer langfristigen Zusammenarbeit interessiert ist.

Die SKE Schul-Facility Management GmbH legt daher einen großen Wert auf die Fortbildung und Schulung ihrer Mitarbeiter.

Rentabilität des eingesetzten Kapitals

Unter wirtschaftlichen Aspekten betrachtet, soll unser Unternehmen langfristig am Markt bleiben, was voraussetzt, dass die getätigten Geschäfte rentabel sind. Eine Analyse der Eigenkapitalrentabilität (Betriebsergebnis / Eigenkapital) ergibt eine Rentabilität von 5,97% (Vj. 5,92%). Bei einer Betrachtung der allgemeinen Marktlage und unter Berücksichtigung, dass sich die Zinsentwicklung im europäischen Raum im Moment wesentlich unter dieser Kennzahl befindet, sind wir mit der Entwicklung zufrieden. Unser Ziel ist es daher, diese Zahl zu halten und natürlich darauf hin zu arbeiten sie zu verbessern, falls es die Geschäfts- und Marktlage möglich macht.

Rentabilität des Umsatzes

Die Rentabilität unseres Umsatzes (Gewinn vor Steuern * 100 / Umsatzerlöse) ergibt für 2014 2,24% (Vj. 2,21%), was nach unserer Sicht positiv zu werten ist.

Wir erwarten für das Folgejahr eine gleichbleibende Umsatzrentabilität.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

K. Auszug aus dem Lagebericht 2014 (Fortsetzung)

II. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Fortsetzung)

Chancen und Risiken

Der Vertrag mit dem Landkreis Offenbach sah für die ersten drei Jahre der Vertragslaufzeit einen Leistungsstand von 60 % der beauftragten Sanierungsarbeiten vor. Dies entspricht bei einem Vertragsvolumen von rund EUR 83,6 Mio. einem geforderten Leistungsfortschritt von EUR 50,2 Mio. Dieser Leistungsfortschritt war zum 31. Dezember 2006 erreicht. In den Folgejahren wurden die Sanierungsarbeiten kontinuierlich fortgeführt und im Jahre 2009 der vereinbarte Endfertigstellungstermin zum 30. September 2009 vertragskonform eingehalten.

Aus dem Facility-Management-Vertrag mit dem Kreis Offenbach, der noch eine Laufzeit bis 30. September 2019 hat, ist die SKE-SFM zur Erbringung von Leistungen verpflichtet, die gemäß Generalunternehmervertrag seit dem 1. Januar 2007 von der SKE FMG zu erbringen sind.

Durch den Generalunternehmervertrag mit der SKE Facility-Management GmbH und die damit nach Preis und Qualität garantierten Fremdleistungen sind die wesentlichen Chancen und Risiken auf den Vertragspartner übergegangen. Insofern bestehen keine Risiken der künftigen Entwicklung, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Ertrags und Finanzlage haben könnten. Insbesondere bestehen keine entwicklungsbeeinträchtigenden oder bestandsgefährdenden Risiken.

Am Ende der Vertragslaufzeit hat der Kreis Offenbach die Option, die Gesellschaft selbst oder über eine andere, ihm gehörende Gesellschaft zu übernehmen; er kann sie aber auch im Beteiligungsbesitz der SKE Facility-Management GmbH belassen und mit einem Folgeauftrag ausstatten.

Das Risikomanagementsystem ist in Bezug auf die Komplexität der Gesellschaft angemessen.

Die Geschäftsführung der Gesellschaft erwartet für das folgende Geschäftsjahr ein gleichbleibendes Jahresergebnis auf der Basis von 2014.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

L. Bilanz

	2014	2013	Verände-	2012
	in €	in €	rung in €	in €
Aktiva				
Anlagevermögen	0	0	0	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0	587.848
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2.240.642	2.400.935	-160.293	2.102.676
Sonstige Vermögensgegenstände	2.760	0	2.760	6.500
	2.243.402	2.400.935	-157.533	2.697.024
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	0	0	0	0
Umlaufvermögen	2.243.402	2.400.935	-157.533	2.697.024
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	2.243.402	2.400.935	-157.533	2.697.024
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	0	100.000
Jahresüberschuss	0	0	0	0
Eigenkapital	100.000	100.000	0	100.000
Sonstige Rückstellungen	77.008	81.643	-4.635	78.160
Rückstellungen	77.008	81.643	-4.635	78.160
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0	4.365	-4.365	255
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.532.961	1.686.847	-153.886	2.002.136
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	522.375	516.282	6.093	495.814
Sonstige Verbindlichkeiten	11.059	11.799	-740	20.659
Verbindlichkeiten	2.066.394	2.219.293	-152.898	2.518.864
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	2.243.402	2.400.935	-157.533	2.697.024

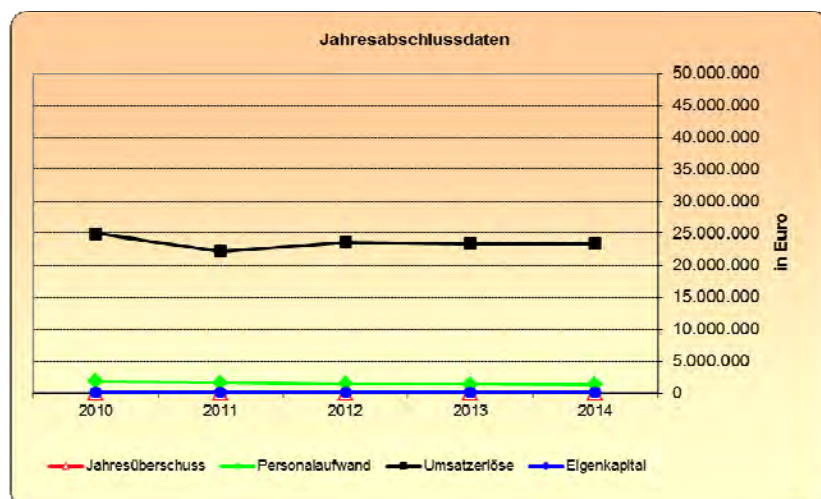
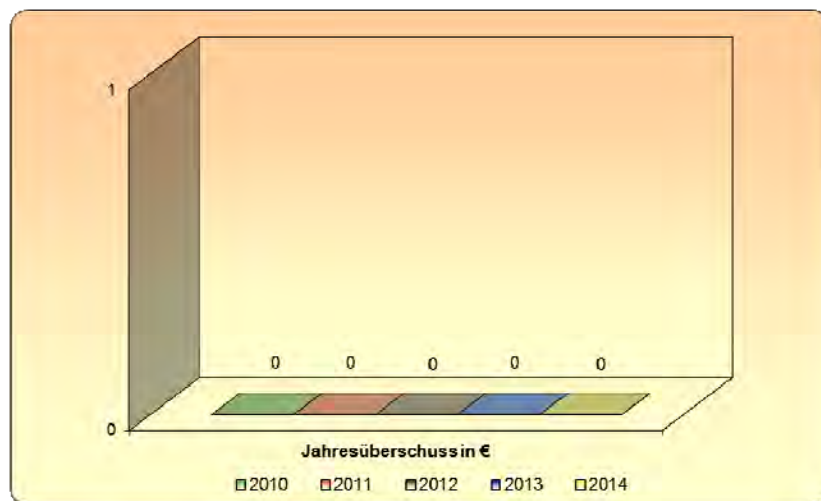
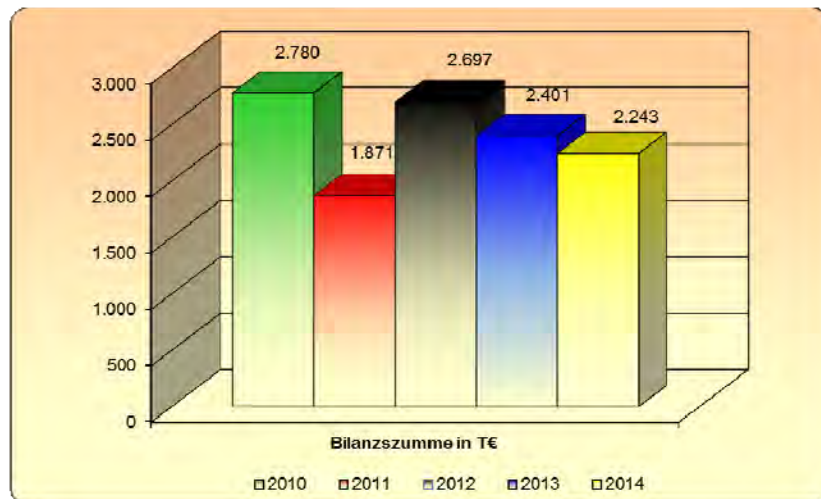
SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2014	2013	2012
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	23.327.513	23.327.436	23.609.884
Sonstige betriebliche Erträge	1.460.520	1.383.984	1.412.079
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0
Aufwendungen für bezogene Leistungen	22.627.687	22.629.081	22.904.805
Materialaufwand	22.627.687	22.629.081	22.904.805
Löhne und Gehälter	970.793	1.023.031	1.045.419
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	308.624	328.880	353.455
Personalaufwand	1.279.417	1.351.911	1.398.874
Sonstige betriebliche Aufwendungen	284.073	137.764	144.866
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.519	2.004	562
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	78.000	78.386	78.166
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	522.375	516.282	495.814
Steuern vom Einkommen	0	0	0
	522.375	516.282	495.814
Gewinnabführung	522.375	516.282	495.814
Jahresüberschuss	0	0	0

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Mitgliedschaften

Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen (agah)
Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Frankfurt
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht, Heidelberg
Deutsches Jugendherbergswerk
Deutsches Volksheimstättenwerk
Europa-Union Deutschland Kreisverband Offenbach - Stadt und Kreis e.V.
Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V.
Förderverein des MRE-Netzwerkes Rhein-Main (Multiresistente Erreger)
Förderverein Fritz-Bauer-Institut
Freundschaftsverein Hessen-Wisconsin e.V.
Gesicht zeigen - Aktion weltoffenes Deutschland e.V.
Hess. Verwaltungsschulverband Frankfurt, Frankfurt
Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung (HAGE)
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände
Hessischer Landkreistag
Hessischer Museumsverband (für Dreieich-M. + Landschaftsm. Seligenstadt)
Hessischer Volkshochschulverband
Kommunale Arbeitsgemeinschaft "Flughafenausbau Frankfurt/Main"
Kommunale Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Fremdenverkehrs in Stadt und Kreis Offenbach
Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGST), Köln
Kreisarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben
Kultursommer Südhessen e.V.
Landesarbeitsgemeinschaft Hessischer Frauenbüros
Landesfilmdienst e.V., Frankfurt
Landesverkehrswacht Hessen e.V.
Migrationsrecht.net
Rat der Gemeinden und Regionen Europas
Unfallkasse Hessen
Verein Behindertenhilfe für Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach
West-+ Süddt. Verband für Altertumsforschung Reiss-Engelhorn Museum
Wirtschaftsförderung Region Frankfurt/Rhein-Main e.V.

1)

1) = gekündigt zum 31.12.2014

